

Werbeseite

Werbeseite

Hausmitteilung

Betr.: Wehner, Powell, Schlöndorff

Daß Herbert Wehner im Moskauer Exil 1937 bis 1941 KP-Genossen denunziert hat, muß seit der Serie von SPIEGEL-Redakteur Fritjof Meyer (12, 13/1993) als erwiesen gelten. Ein Jahr später fanden er und



SPIEGEL-Titel 12/1993

SPIEGEL-Kollege Georg Mascolo heraus, daß der deutsche KP-Funktionär beim NKWD noch weit mehr Genossen angeschwärzt hatte, als bis dahin bekannt war.

Der Verdacht, daß Wehner auch in Schweden Verrat geübt habe, als er 1942 wegen Spionage vor Gericht stand, wird zwar durch ein neues Wehner-Buch ausgeräumt. Aber Archivfunde, die dort beschrieben werden, und zusätzliche Papiere, die SPIEGEL-Mitarbeiter Klaus Wiegrefe aufgestöbert hat, werfen neue Schatten auf Wehner. Die Dokumente belegen, daß er den Bruch mit den Kommunisten nicht so glatt und nicht so früh vollzogen hat, wie er es später darstellte. Erst als der erhoffte Ruf Walter Ulbrichts nach Ost-Berlin ausblieb, wandte sich Wehner endgültig von der KPD ab und der SPD zu (Seite 68).

Den letzten General, der als Kriegsheld ins Weiße Haus eingezogen war, hatte Colin Powell immer schon vor Augen. Im Pentagon residierte er als ranghöchster Militär der USA im Eisenhower-Flügel. Heute grübelt der Ratgeber dreier US-Präsidenten über seine Chancen als erster schwarzer



Powell

Präsident – im Obergeschoß eines Gebäudes am Rand Washingtons, das dem Soldaten-Staatsmann gewidmet ist und wo Pförtner „Ike“ unter einem riesigen Porträt des Namensvetters sitzt. Aus seinem Eckbüro, in dem Powell die Redakteure Stefan Aust, Hans Hoyng, Siegmund von Ilse- mann und Heinz Lohfeldt zum Gespräch (Seite 153) erwartete, hat der siegreiche Golfkriegsstrategie das Herz der Hauptstadt im Visier – den Sitz des amerikanischen Präsidenten.

Dem Regisseur Volker Schlöndorff hat der SPIEGEL schon oft bei Dreharbeiten zu seinen Filmen über die Schulter geschaut. 1978 war Marie-Luise Scherer in Danzig bei den ersten „Blechtrommel“-Szenen dabei. Fritz Rumler, 1981 im Bürgerkriegs-Beirut, duckte sich hinter Sandsäcken, wenn Heckenschützen die Aufnahmen für „Die Fälschung“ unterbrachen. 1989, in der südkalifornischen Wüste, beobachtete Rainer Traub, wie Schlöndorff für „Homo Faber“ die Bruchlandung einer „Super Constellation“ inszenierte.

Für den jüngsten Drehbericht (Seite 198) hatte Urs Jenny angenehmere Bedingungen: Der erste Teil des neuen Schlöndorff-Werks „Der Unhold“ spielt in Paris. Abends saßen Regisseur und Journalist in einem Restaurant nahe der Place des Vosges zusammen und versuchten sich an ihre erste Begegnung zu erinnern, in München vor bald 30 Jahren. Es muß in einer kleinen privaten Runde gewesen sein, die der „Blaue Engel“-Regisseur Josef von Sternberg durch sein herrisches Schweigen dominierte.

TITEL

Der Diäten-Coup des Bundestags – eine Mißachtung des Grundgesetzes22

KOMMENTAR

Rudolf Augstein: Die Ladenhüter24

DEUTSCHLAND

Panorama16
Flüchtlinge: Abschiebung wider besseres Wissen31
 Terrorland Sudan32
Nato: SPIEGEL-Gespräch mit Generalsekretär Willy Claes über Bosnien, Bombardements und den Streit mit Moskau35
Außenpolitik: SPD-Politiker Peter Glotz über die gefährliche Osterweiterung der Nato41
Haushalt: Die Militärs wissen nicht, wohin mit ihren Millionen48
Umweltbewegung: Jürgen Neffe über den Greenpeace-Geschäftsführer Thilo Bode50
Mieten: Laxe Zahlungsmoral im Osten64
Zeitgeschichte: Wehners später Bruch mit dem Kommunismus68
Grenze: Preiskrieg an der Oder76
Weltausstellung: Wird die Expo 2000 in Hannover ein Flop?82
Ärzte: Berlin will Nebeneinkünfte der Klinikchefs beschneiden86
Strafjustiz: Gisela Friedrichsen über den Prozeß gegen Alexander Schalck-Golodkowski in Berlin93
Affären: Der Ärger des BND mit seinem V-Mann „Rafa“98

WIRTSCHAFT

Banken: Tohuwabohu bei der Deutschen Bank100
 Die Sprache deutscher Top-Banker102
Mißmanagement: Eurotunnel vor der Pleite103
Telefonkarten: Wie Tüftler die Telekom betrügen104
Arbeitszeit: Die atmende Fabrik105
Geldanlage: Eine Hamburger Arztfrau jagt Finanzjongleur Harksen106
Trends109
Japan: Finanzsystem vor dem Crash?111
 Volkswirt Norbert Walter über die Folgen der japanischen Bankenkrise für Deutschland114
Auktionen: Markgraf Max von Baden muß Millionenschätze versteigern118

GESELLSCHAFT

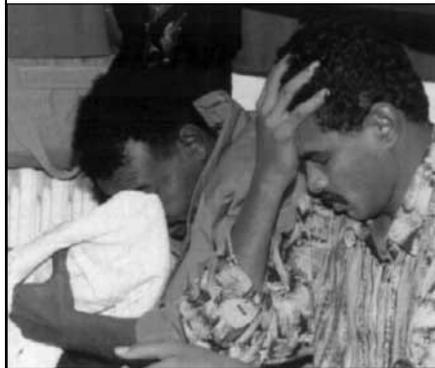
Tourismus: Rimini im Sex-Sumpf122
Legenden: Das Comeback des DDR-Schallplatten-Labels Amiga127
Bücher: Umstrittener Bestseller über die deutsche Besatzung in Holland130

SERIE

Mecklenburg-Vorpommern – weites Land mit wenig Menschen134
 Die Glücksritter von Usedom140
 Schriftstellerin Sonja Voß-Scharfenberg über ihre Heimat Mecklenburg145

Abschiebung mit Tricks

Seite 31



Sudan-Flüchtlinge in Frankfurt

Bei der Abschiebung von sieben Sudanesen aus Frankfurt hat Minister Kanther ergetzt, weil er Härte demonstrieren wollte. Dem Verfassungsgericht wurde vorgegaukelt, die Flüchtlinge seien in ihrer Heimat sicher. Doch nach einem vertraulichen Bericht des Außenministeriums wird im Sudan gefoltert. Das Land hatte sich zudem geweigert, die Sicherheit der Rückkehrer vor Verfolgung schriftlich zu garantieren.

„Bonn hat gelogen“

Seite 98

Agent „Rafa“, Schlüsselfigur in der Plutonium-Affäre, erhebt massive Vorwürfe gegen Bundesregierung und BND. Der V-Mann behauptet nun, der Prozeß gegen die Atomschmuggler von München „war eine Farce“. „Rafa“: „Bonn hat gelogen.“

Hohe Mietschulden im Osten

Seite 64

Ob aus Wut über Mietsteigerungen oder aus blanker Not: Viele Wohnungsinhaber in Ostdeutschland zahlen ihre Miete nicht. In manchen Wohnquartieren sind Tausende im Rückstand. Bei den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsgesellschaften, die etwa die Hälfte aller Mietwohnungen betreuen, standen die Mieter Ende 1994 mit 518 Millionen Mark im Soll.



Plattenbau in Dresden-Gorbitz

Rache am Finanzjongleur Harksen

Seite 106



Harksen, Familie

Nur noch ein paar Tage bleiben dem Finanzjongleur Jürgen Harksen, um mehr als 100 Anlegern über zwei Milliarden Mark zurückzuzahlen. Linda Stock wollte so lange nicht warten: Die Arztgattin nahm allein den Kampf gegen Harksen auf und holte sich ihr Geld zurück. Monatlang verfolgte sie die Spuren des vermeintlichen Finanzgenies – und stieß in Dänemark auf eine schmutzige Vergangenheit.

„Ein absoluter Einzelgänger“

Seiten 166, 174

US-Starautor Norman Mailer hat den „Berg von Geheimnissen“ durchwühlt, der den Kennedy-Mord noch immer umgibt. Gestützt auf geheime Abhörprotokolle des KGB, enthüllt er in einer Biographie neue Details über den Attentäter Lee Oswald: „ein absoluter Einzelgänger“. Auszüge bringt der SPIEGEL in einer neuen Serie.



NATIONAL ARCHIVES

US-Präsident Kennedy am Tag seiner Ermordung in Dallas, 22. November 1963

Urahn von Wurm und Mensch

Seite 234

Sie steuern die Entwicklung von Embryonen, helfen aber auch der Evolution auf die Sprünge: Die bei Menschen wie Würmern wirksamen Hox-Gene – womöglich Erbschaft eines gemeinsamen Urahns – können Flossen in Pfoten, Arme in Flügel verwandeln.

Teure Fußballer-Gesundheit

Seite 192

Wenn sich Fußballprofis verletzen, zahlt die Berufsgenossenschaft Arzt- und Reha-Kosten – wenn nötig auch Umschulung und Rente. Mehr Sportunfälle, aufwendigere Therapien und die Raffke-Mentalität vieler Vereine haben 1994 die Kosten auf 31,2 Millionen Mark hochschnellen lassen. Jetzt sollen die Klubs um 600 Prozent höhere Tarife zahlen.



H. RAUCHENSTEINER

Verletzter Fußballprofi Klinsmann

Sex-Hunger an der Adria

Seite 122



Animationstänzer in Rimini

R. KLOSTERMEIER / VISION PHOTOS

Rimini, 1989 wegen der Algenpest in Verruf geraten, hat sich zum ausufernden Sex-Dorado gewandelt: Porno-Starlets der italienischen Hardcore-Szene posieren in aller Öffentlichkeit, Nutten aus aller Welt bedienen im größten Badeort an der Adriaküste sexhungrige Einheimische und Touristen – die Seepromenade wird zum Strich. „Die Prostitution“, klagt Carlo Barbera, Chef der Stadtpolizei, „ist zum Hauptübel der Stadt geworden.“

Panorama Ausland	148
USA: Washington im Powell-Fieber – ein Schwarzer als Präsident?	150
SPIEGEL-Gespräch mit General Colin Powell über seine politische Zukunft	153
Bosnien: Russen nach Sarajevo	157
Weltfrauenkonferenz: SPIEGEL-Streitgespräch um Frauenrechte und Fundamentalismus	160
Kennedy-Mord: Attentäter Lee Oswald im Licht neuer Erkenntnisse	166
Die sowjetische Odyssee des Ex-Marineinfanteristen Oswald (I) / Von Norman Mailer	174
Südafrika: Präsident Mandela und die Frauen	188
Albanien: Machtkampf im Land der Skipetaren	190

SPORT

Fußball: Berufsgenossenschaften zahlen Millionen für verletzte Spieler	192
Sportgymnastik: Wie Magdalena Brzeska ihre Sponsoren auch ohne Medaillen glücklich macht	196

KULTUR

Kino: Urs Jenny über die Dreharbeiten für den neuen Schlöndorff-Film „Der Unhold“	198
Oper: Roberto Alagna – der Pavarotti von morgen	203
Regisseure: SPIEGEL-Gespräch mit dem Bochumer Intendanten Leander Haußmann über den Generationswechsel im Theater	204
Literatur: Volker Hage über Christoph Ransmayrs Roman „Morbus Kitahara“	208
Bestseller	210
Pop: Klassenkampf in der britischen Hitparade	214
Szene	216
Affären: Henryk M. Broder über Annemarie Schimmel und Salman Rushdie	223
Fernseh-Vorausschau	250

WISSENSCHAFT

Medizin: Kritik an der ziellosen Vielfalt der WHO-Programme	226
Genetik: Die Rolle der Hox-Gene in der Evolution	234
Wünschelruten: US-Forscher widerlegen deutsche Rutengänger-Studie	238
Prisma	240
Nutztiere: Verbot der Straußenzucht in Deutschland?	244

TECHNIK

Computer: Speicher-Engpässe durch Windows 95	232
---	-----

Briefe	7
Impressum	14
Register	246
Personalien	248
Hohlspiegel/Rückspiegel	254

Werbeseite

Werbeseite

Nur mosern ist zuwenig

(Nr. 35/1995, Medizin: Computer-obern Kliniken und Praxen)

Wie soll der Arzt die richtige Diagnose finden, wenn der informierte, aufgeweckte Patient ihm intime Details verschweigt, um sie nicht der Öffentlichkeit preiszugeben? Die Folgen für die Therapie sind vorhersehbar. Wäre es nicht besser, diese Daten beim Heilkundigen zu belassen und damit das für die Medizin essentielle Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt sicherzustellen?
Passau PETER EICHINGER

Wenn die Datenschützer zur Abwechslung mal ein paar konstruktive Vorschläge zur Realisierung eines effizienten Datenschutzes machen würden, könnte man dankbar sein. Nur mosern und auf sicherlich vorhandene Gefahren hinweisen ist zuwenig. Lösungen sind gefragt, denn Computer und Chipkarte im Medizinbereich kommen so sicher wie das Amen in der Kirche.
Heidelberg BASTIAN CHEVREUX

Das ist der Beginn des ausufernden Mißbrauchs intimster Daten unserer Patienten, die auf Knopfdruck jedem zugänglich sind. Als Krönung wird es sogar möglich sein, durch Datenverknüpfung Daten herzustellen und verschlüsselte Daten zu repersonalisieren. Helfen wir uns, indem wir uns gegen einen solchen Moloch wehren.
Trostberg (Bayern) DR. WOLFRAM WILHELM

Mit einer elektronischen Krankenakte lassen sich bei chronisch Kranken überflüssige Untersuchungen vermeiden und therapeutische Maßnahmen gezielt anwenden, allerdings ist der Aufwand er-

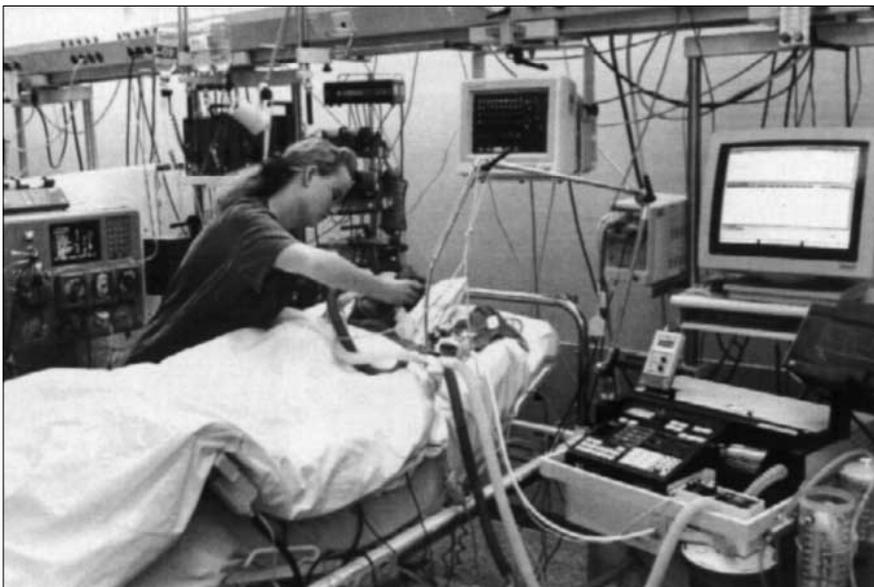
heblich. Dabei möchten die Mediziner die eierlegende Wollmilchsau, die Verwaltungen aber nur ein Huhn bezahlen. Andererseits kann das bequeme Datensammeln mit der Elektronik leicht zum medizinischen Stasi-Syndrom führen: an und in Daten ersticken, ohne die richtige Information gefunden zu haben.
Gehrden (Nieders.) DR. LUDWIG KÜHN

Welch grenzenlose Leichtfertigkeit derer, die dieser Horrormedizin das Wort reden. Wenn sich alle medizinischen Daten der Deutschen „im Datennetz der Kassen wiederfinden“ und für „jeden einzelnen Versicherten ein individuelles Leistungskonto“ errichtet werden könnte, was heißt das? Wird dann zu prüfen sein, ob sich die Operation „X“ bei Patient „Y“ noch lohnt, oder wird Patient „Z“ eine Prämienanpassung zu verschmerzen haben, weil er zum wiederholten Mal übergewichtig ist?
Erlangen DR. RUDOLF RÖRSCHNER

Alle hatten Schwächen

(Nr. 35/1995, Rechtsprechung: SPIEGEL-Gespräch mit Jutta Limbach über die Kritik am Kruzifix-Urteil)

Die Behauptung, die Befürworter eines 6:2-Quorums hätten sich früher über 5:3-Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts gefreut, ist kein Sachargument und trifft im übrigen für mich nicht zu. Ich kann mich an keinen mit 5:3-Richterstimmen ergangenen Spruch des Bundesverfassungsgerichts erinnern, über den ich mich gefreut hätte; auch nicht über den zu Paragraph 218 ergangenen. Alle diese Entscheidungen hatten Schwächen und waren kaum geeignet, den Rechtsfrieden zu fördern.
Bonn HORST EYLMANN
CDU/MdB



Krankenpflege auf der Intensivstation: Wie das Amen in der Kirche

Werbeseite

Werbeseite

Die Idee bleibt

(Nr. 36/1995, Panorama: Interview mit dem Bundessprecher der Statt Partei Hans-Werner Ullrich)

Ob der „Bundessprecher“ der Statt Partei wohl auch zu der Kategorie derjenigen gehört, die der Statt Partei von jeher die Verfehlung des politischen Ziels wünschten? Es mag sein, daß der Name Statt Partei aus sich selbst heraus ausgewählt und verhöhnt wurde, indem sich wieder einmal die durchsetzten, die so sein wollen, wie andere seit 50 Jahren in etablierten Parteien sind. Dies habe ich nicht vorausbedacht. In einem irrt der Herr aber gewaltig: Die Idee einer „anstatt Partei“ – bürgernah, ideologiefrei, pragmatisch, kreativ und unkonventionell – wird bestehen bleiben.

Hamburg MARKUS E. WEGNER
Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft

Rote Buchstaben

(Nr. 36/1995, Bildung: Die Zahl der Alphabeten in Deutschland wächst)

Ich möchte noch auf die Glenn-Doman-Methode hinweisen, deren besondere Technik das Lesenlernen leichter macht. Es werden sogenannte Wortkarten hergestellt, rote Buchstaben auf weißem Grund, circa zehn Zentimeter hoch und einen Zentimeter breit der Strich. Man zeigt zehn Wörter nacheinander, jedes Wort nur eine Sekunde lang, und benennt sie laut und deutlich. In vielen Fällen gelingt es, in einer bestimmten Zeit das „Lesezentrum“ durch die Eingabe zu aktivieren, und nacheinander werden Wörter gespeichert und wiedererkannt. Die Methode kann noch weiter variiert werden.

Mainz

THEO WOLLWEBER
Psychologe

Völlig andere Gesichter

(Nr. 30/1995, Arbeitgeber: Asiatische Firmen in Deutschland mißachten Arbeitnehmerrechte)

Wenn man Ihrem Artikel Glauben schenken soll, sind die deutschen Arbeitnehmer alle Engel und koreanische und japanische Arbeitgeber Teufel. Man sollte es wirklich nicht so pauschal sehen. Natürlich gibt es Probleme, weil asiatische Arbeitgeber keine oder wenig Kenntnisse der hiesigen Verhältnisse und Bestimmungen haben und die Unternehmen daher nach Maßstäben des Heimatlandes führen wollen. Dennoch geht die Behauptung, daß die Unternehmen wie Armeen geführt werden, viel zu weit. Bei den Koreanern und Japanern ist immer noch irgendwo in einer Ecke das Sittlichkeitsgefühl aus dem Konfuzianismus verwurzelt geblieben, so gegenüber älteren Menschen Verehrung zu zeigen und gehorsam zu sein. Das gilt nicht nur in der Familie, sondern auch in der Schule und später im Berufsleben. Man respektiert die Meinung der Älteren; die Vorgesetzten sind meistens älter als die Untergebenen. Die deutschen Mitarbeiter versuchen, die Unkenntnis der Geschäftsleitung auszunutzen, wobei Rechthaberei und Wichtigtuerei eine große Rolle spielen; Unkenntnis mit Dummheit verwechselt wird. Den Koreanern wird oft Irrationalität vor-



Manager Hong

geworfen. Ignoranz der Geschäftsleitung und Mißachtung der Hausordnung seien an der Tagesordnung. Dabei verstoßen die Arbeitnehmer selbst gegen die Bestimmungen. Beispiele: Man versucht, den gesetzlichen Urlaub durch Geld abzugelten, obwohl das nicht gestattet ist. Eine mehrwöchige Kur wird angetreten, ohne die Geschäftsleitung zu informieren. Oft melden sich Mitarbeiter

telefonisch krank, ohne eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorzulegen. Daß die Krankheitsquote der deutschen Mitarbeiter weit höher als die der Koreaner liegt, macht auch die Geschäftsleitung krank. Wie kann eine Firma all das verkraften? Dabei hat die Firma für alle Mitarbeiter alle möglichen Leistungen und Fürsorgen getroffen: Au-

ßer denen im Manteltarifvertrag festgelegten gibt es Restaurantschecks im Wert von fünf Mark pro Tag, alle Getränke sind kostenlos, Geburtstagsgeschenke, freies Telefonieren. Die deutschen Mitarbeiter sind unzufrieden und nicht bereit, unter den asiatischen Arbeitgebern zu arbeiten, obwohl sie bei Unterzeichnung des Vertrages genau gewußt haben, daß sie bei einer Filiale des asiatischen Konzerns angestellt sind, deren Geschäftsführung asiatisch besetzt ist. Nach der sechsmonatigen Probezeit zeigen sie völlig andere Gesichter.

Frankfurt am Main JONG CHUL HONG
Daewoo-Verwaltungsleiter



M. PERSSON / GAMMA / STUDIO X

Abgeschossene Elefanten im Krüger-Nationalpark: Allenfalls Augenwischerei

Heilige Kühe

(Nr. 35/1995, Elefanten: Tierschützer protestieren gegen die blutige Auslese in Südafrika)

Care for the Wild hat angeboten, alle angeblich überzähligen Elefanten kostenlos in andere Gebiete Südafrikas umzusiedeln. Dies wurde vom Nationalparkmanagement zunächst abgelehnt. Schließlich wollte man Care for the Wild die Elefanten für 2500 englische Pfund je Stück verkaufen. Care for the Wild hat auch vorgeschlagen, den Grenzzaun des Krüger-Nationalparks nach Mosambik zu öffnen. Mosambik wäre sehr froh, wieder Elefanten zu haben, nachdem der Bürgerkrieg den Bestand nahezu ausgelöscht hat. Zudem stünde den Elefanten eine noch größere Fläche zur Verfügung. Südafrika lehnte diesen Vorschlag mit dem Hinweis ab, die Tiere könnten Wilderern zum Opfer fallen. Die ökologische Begründung des Abschusses ist allenfalls Augenwischerei.

Kornal (Bad.-Württ.)
ROLAND WITSCHEL
Care for the Wild
Deutschland

Die Begrenzung des Lebensraumes auf relativ kleine Reservate hindert die Tiere, Klimaschwankungen auszuweichen. Greift der Mensch nicht ein, ist das Ergebnis eine Halbwüste, nachdem

eben diese Elefanten die Vegetation abgeräumt haben. So geschehen im Tsavo-Nationalpark Mitte der sechziger Jahre. „Heilige Kühe“ im Zeitalter der Überbevölkerung sind Nonsens. Liebe Tierschützer, schützt die Menschen in den 35 Krisenherden.

Neubiberg (Bayern) UDO HENTSCHEL

Klare Spaßbilanz

(Nr. 36/1995, Automobile: Der Kult ums nostalgische Auto-Recycling)

Auch ich fahre und repariere ein altes Auto. Für mich ist diese Art der Konsumverweigerung eine Geisteshaltung. Zum besseren Absatz der Automobilindustrie aber dürfen Altfahrzeuge ohne neueste Abgastechnik ab dem Jahr 2000



F. HOLLANDER / DRAGONAL

Ausbau von Ersatzteilen auf dem Schrottplatz
Eine Art Konsumverweigerung

wohl nicht mehr betrieben werden. Das könnte für meinen alten Citroën-Leichttransporter, der schon vor fünf Jahren hätte verschrottet werden sollen, das endgültige Ende in der Schrottpresse bedeuten. Schade.

Göttingen

JULIAN MEYER

Es freut mich, wenn sich inzwischen renommierte Umweltschützer mit der Ökobilanz eines Oldtimers befassen. Ich fahre einen 32 Jahre alten VW Käfer, einen Mercedes Strich 8 und einen 30 Jahre alten Austin-Healey Zweisitzer. Für mich ist die Spaßbilanz schon lange klar, und jede noch so hohe Abwrackprämie ist mir schnuppe.

Münsterhausen

MARKUS BODE

Willkürliche Auslegung

(Nr. 35/1995, Steuern: Die Vermögenssteuer ist verfassungswidrig)

Die Tatsache, daß der Gesetzgeber und die Bundesregierung (leider auch das Bundesverfassungsgericht) jahrzehntelang angesichts der offenkundig verfassungswidrigen Bodenbesteuerung untätig geblieben sind, ist keine Entschuldigung dafür, daß das Gericht sich nun als Ersatzgesetzgeber betätigt, schon gar nicht unter willkürlicher Auslegung und Erweiterung der Verfassung. Wenn ein Verfassungsrichter Gesetze machen will, dann soll er für den Bundestag kandidieren.

Stuttgart

PETER CONRADI
SPD/MdB

Sachlich, luzide, pointiert und aufschlußreich für den Leser! Dennoch: Einen Gesichtspunkt ließen Sie aus: Besteuerungssätze von 82 Prozent sind suggestiv. Wahrscheinlich jedoch stellten die Richter auf die Durchschnittsbesteuerung und nicht den Grenzsteuersatz ab.

Berlin

GERD GRAF VON BASSEWITZ

Es wird ja auch noch die Besteuerung der Veräußerungsgewinne bei Immobilien diskutiert, was fraglos zu mehr Steuergerechtigkeit führen würde. Der privatrechtliche Mieterschutz ist sicherlich ein Fortschritt in Sachen sozialer Gerechtigkeit. Vielleicht sollte der Staat dann aber auch seiner Fürsorgepflicht für Bürger nachkommen und alle entmündigen, die noch in den privaten Mietwohnungsbau investieren wollen – es sei, sie weisen in einer Gewissensprüfung nach, daß das nur eine Wohltätigkeitsveranstaltung sein soll.

Hamburg

JUSTUS FISCHER-ZERNIN
Fachanwalt für Steuerrecht

20457 Hamburg, Brandstwierte 19, Telefon (040) 3007-0, Telefax (040) 3007 2247, Telex 2 162 477
CompuServe: 74431,736 · Internet: http://www.spiegel.de
Abonnenten-Service: Tel. 0130-863006. Telefax (040) 30072898, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg.

HERAUSGEBER: Rudolf Augstein

CHEFREDAKTEUR: Stefan Aust

STELLV. CHEFREDAKTEUR: Joachim Preuß, Dr. Dieter Wild

REDAKTION: Karen Andresen, Ariane Barth, Dieter Bednarz, Wilhelm Bittorf, Peter Böike, Ulrich Booms, Dr. Hermann Bott, Klaus Brinkbäumer, Henryk M. Broder, Werner Dähnhardt, Dr. Thomas Darnstädt, Hans-Dieter Degler, Dr. Martin Doerry, Anke Dürr, Adel S. Elias, Marco Evers, Nikolaus von Festenberg, Uly Foerster, Dr. Erich Follath, Klaus Franke, Gisela Friedrichsen, Angela Gatterburg, Henry Glass, Johann Grolle, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Hans Hielscher, Wolfgang Höbel, Heinz Höfl, Clemens Höges, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Hans Hoing, Thomas Huetlin, Ulrich Jaeger, Hans-Jürgen Jakobs, Urs Jenny, Dr. Hellmuth Karasek, Sabine Karte, Klaus-Peter Kerbusk, Ralf Klassen, Petra Kleinau, Sebastian Knauer, Dr. Walter Knips, Susanne Koelbl, Christiane Kohl, Dr. Joachim Kronsbein, Bernd Kühnl, Wulf Küster, Dr. Romain Leckia, Hans Leyendecker, Heinz P. Lohfeldt, Udo Ludwig, Klaus Madzik, Armin Mahler, Dr. Hans-Peter Martin, Georg Mascolo, Gerhard Mauz, Fritjof Meyer, Dr. Werner Meyer-Larsen, Michael Mönninger, Joachim Mohr, Matthias Müller von Blumencron, Bettina Musall, Dr. Jürgen Nef, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hans-Joachim Noack, Claudia Pai, Rainer Paul, Christoph Pauly, Jürgen Petermann, Dietmar Pieper, Norbert F. Pötzl, Detlef Pypke, Dr. Rolf Rietzler, Jürgen Schimmöller, Dr. Fritz Rumler, Dr. Johannes Saltzweid, Karl-H. Schaper, Marie-Luise Scherer, Michaela Schießl, Heiner Schimmöller, Roland Schleicher, Michael Schmidt-Klingenberg, Cordt Schnibben, Hans Joachim Schöps, Dr. Matthias Schreiber, Sylvia Schreiber, Bruno Schrep, Helmut Schumann, Matthias Schulz, Birgit Schwarz, Ulrich Schwarz, Claudius Seidi, Dr. Stefan Simons, Marika Spiess-Hohnholz, Dr. Gerhard Spörl, Olaf Stampf, Gabor Steingart, Hans-Ulrich Stoldt, Peter Stolle, Barbara Supp, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hans-Jörg Wehlewald, Dr. Manfred Weber, Susanne Weingarten, Alfred Wehner, Marianne Wellershoff, Peter Wensierski, Carlos Widmann, Erich Wiedemann, Christian Wüst, Peter Zobel, Dr. Peter Zolling, Helene Zuber

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND: Berlin: Wolfgang Bayer, Petra Bornhöft, Markus Dettmer, Jan Fleischhauer, Uwe Klüßmann, Jürgen Leinemann, Claus Christian Malzahn, Walter Mayr, Harald Schumacher, Michael Sontheimer, Kurfürstenstraße 72 - 74, 10787 Berlin, Tel. (030) 25 40 91 0, Telefax 25 40 91 10 · Bonn: Winfried Dizdoleit, Manfred Ertel, Dr. Olaf Ihlau, Dirk Koch, Ursula Kossler, Dr. Paul Lersch, Elisabeth Niejahr, Hartmut Palmer, Olaf Petersen, Rainer Pörtner, Hans-Jürgen Schlamp, Hajo Schumacher, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 53113 Bonn, Tel. (0228) 26 70 3-0, Telefax 21 51 10 · Dresden: Sebastian Borge, Christian Habbe, Königsbrücker Str. 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 567 0271, Telefax 567 0275 · Düsseldorf: Ulrich Bieger, Georg Bönisch, Richard Rickelmann, Oststraße 10, 40211 Düsseldorf, Tel. (0211) 93 601-01, Telefax 35 83 44 · Erfurt: Felix Kurz, Dalbergsweg 6, 99084 Erfurt, Tel. (0361) 642 2696, Telefax 566 7459 · Frankfurt a. M.: Peter Adam, Wolfgang Bittner, Annette Großbongardt, Rüdiger Jungbluth, Ulrich Manz, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt a. M., Tel. (069) 71 71 81, Telefax 72 17 02 · Hannover: Ansbert Kneip, Rathenaustraße 16, 30159 Hannover, Tel. (0511) 32 69 39, Telefax 32 85 92 · Karlsruhe: Dr. Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 225 14, Telefax 276 12 · Mainz: Wilfried Voigt, Weißliliegasse 10, 55116 Mainz, Tel. (0631) 23 24 40, Telefax 23 47 68 · München: Dinah Deckstein, Annette Ramelsberger, Dr. Joachim Reimann, Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 41 80 04-0, Telefax 4180 0425 · Schwerin: Bert Gammerslag, Spielortdamm 9, 19055 Schwerin, Tel. (0385) 557 44 42, Telefax 56 99 19 · Stuttgart: Dr. Hans-Ulrich Grimm, Kriegsbergstraße 11, 70174 Stuttgart, Tel. (0711) 22 15 31, Telefax 29 77 65

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND: Basel: Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. (004161) 283 0474, Telefax 283 0475 · Belgrad: Renate Flottau, Teodora Dražera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 66 99 87, Telefax 66 01 60 · Brüssel: Heiko Martens, Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1040 Brüssel, Tel. (00322) 230 61 08, Telefax 231 1436 · Jerusalem: Jürgen Hogrefe, 29, Hatikva Street, Yemin Moshe, Jerusalem 94103, Tel. (009722) 24 57 55, Telefax 24 05 70 · Johannesburg: Almut Hielscher, Royal St. Mary's, 4th Floor, 85 Eloff Street, Johannesburg 2000, Tel. (002711) 333 1864, Telefax 336 4057 · Kairo: Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 360 4944, Telefax 360 7655 · Kiew: Martina Helmerich, ul. Kostjolnaja 8, kw. 24, 252001 Kiew, Tel. (0038044) 228 63 87 · London: Bernd Dörler, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PS, Tel. (0044171) 379 8550, Telefax 379 8599 · Moskau: Jörg R. Metke, Dr. Christian Neef, Krutizkij Wal 3, Korp. 2, kw. 36, 109 044 Moskau, Tel. (007502) 221 7725, Telefax 221 7724 · Neu-Delhi: Dr. Tiziano Terzani, 6A Sujjan Singh Park, New Delhi 110003, Tel. (009111) 469 7273, Telefax 460 2775 · New York: Matthias Matussek, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. (001212) 221 7583, Telefax 302 6258 · Paris: Lutz Krusche, Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. (00331) 4256 1211, Telefax 4256 1972 · Peking: Jürgen Kremb, Qijayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. (008610) 532 3541, Telefax 532 5453 · Prag: Jiřka 8, 11 000 Prag, Tel. (00422)

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is \$290.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., P.O. Box 9868, Englewood, NJ 07631-1123.

24 22 0138, Telefax 24 22 0138 · Rio de Janeiro: Jens Glüsing, Avenida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. (005521) 275 1204, Telefax 542 6583 · Rom: Valeria von Roques, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (00396) 679 7522, Telefax 679 7768 · Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, 11 223 Stockholm, Tel. (00468) 650 82 41, Telefax 652 99 97 · Warschau: Andreas Lorenz, Ul. Polna 44/24, 00-635 Warschau, Tel. (004822) 25 49 96, Telefax 25 84 74 · Washington: Karl-Heinz Büschemann, Siegesmund von Isemann, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20 045, Tel. (001202) 347 5222, Telefax 347 3194 · Wien: Dr. Martin Pollack, Schönbrunner Straße 26/2, 1050 Wien, Tel. (00431) 587 4141, Telefax 587 4242

ILLUSTRATION: Werner Bartels, Renata Biendarra, Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Martin Brinker, Manuela Cramer, Josef Scallios, Volker Fensky, Ralf Geilhufe, Rüdiger Geinhart, Tiina Hurme, Bettina Janietz, Claudia Jeczawitz, Antje Klein, Ursula Morschhäuser, Cornelia Pfauter, Monika Rick, Chris Riewerts, Julia Saur, Detlev Scheerbarth, Manfred Schniedenharn, Frank Schumann, Rainer Sennewald, Karin Weinberg, Matthias Welker, Monika Zucht
Titelfoto: Frank Darchinger

SCHLUSSREDAKTION: Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Sabine Bodenhausen, Reinhold Bussmann, Dieter Gellich, Hermann Harms, Bianca Hunekuhl, Rolf Jochum, Karl-Heinz Körner, Inga Lembocke, Christa Lüken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Andreas M. Peets, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirrka, Ruth Tenhaef, Hans-Jürgen Vogt, Kirsten Wiedner, Holger Wolters

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR dieser Ausgabe für Panorama, Titelgeschichte, Flüchtlinge (S. 31), Außenpolitik, Haushalt: Dr. Thomas Darnstädt; für Mieten, Grenze, Weltausstellung, Affären (S. 98), Serie: Ulrich Schwarz; für Zeitgeschichte, Hausmitteilung: Norbert F. Pötzl; für Banks, Mißmanagement, Telefonkarten, Arbeitszeit, Geldanlage, Trends, Japan, Auktionen: Gabor Steingart; für Tourismus, Legenden, Bücher, Pop, Szene, Fernseh-Vorausschau: Wolfgang Höbel; für Flüchtlinge (S. 32), Nato, Panorama Ausland, USA, Bosnien, Weltfrauenkonferenz, Südafrika, Albanien: Dr. Erich Follath; für Kennedy-Mord (S. 166): Hans Hoing; für Kennedy-Mord (S. 174): Dr. Rolf Rietzler; für Fußball, Sportgymnastik: Heiner Schimmöller; für Oper, Regisseure, Bestseller: Dr. Martin Doerry; für Ärzte, Medizin, Computer, Genetik, Wünschelruten, Prisma, Nutztiere: Klaus Franke; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Register, Personalien, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Matthias Welker; für Gestaltung: Manfred Schniedenharn; Chef vom Dienst: Horst Beckmann (sämtlich Brandstwierte 19, 20457 Hamburg)

DOKUMENTATION: Jörg-Hinrich Ahrens, Sigrid Behrend, Dr. Helmut Bott, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Heiko Buschke, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Dr. Karen Eriksen, Cordelia Freiwald, Dr. André Geicke, Ille von Gerstenbergk-Hellendorf, Dr. Dieter Gessner, Hartmut Heidler, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Joachim Immissch, Hauke Janssen, Günter Johannes, Michael Jürgens, Ulrich Klötzer, Angela Kölsch, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig, Sigrid Lütlich, Roderich Maurer, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Nienich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Christa Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Ulrich Rambow, Dr. Mechtild Ripke, Constanze Sanders, Petra Santos, Christof Schepers, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Andrea Schumann, Claudia Siewert, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Stefan Storz, Rainer Szimm, Monika Tänzer, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpe-Hamel, Carsten Voigt, Horst Wachholz, Ursula Wamsler, Dieter Wessendorf, Andrea Wilkens, Karl-Henning Windelband

BÜRO DES HERAUSGEBERS: Irma Nelles

NACHRICHTENDIENSTE: AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid, Time

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Abonnementspreise: Normalpost Inland: sechs Monate DM 130,00, zwölf Monate DM 260,00, für Studenten (nur Inland) DM 182,00. Normalpost Europa: sechs Monate DM 184,60, zwölf Monate DM 369,20; Seepost Übersee: sechs Monate DM 189,80, zwölf Monate DM 379,60; Luftpostpreise auf Anfrage.
Verlagsgeschäftsstellen: Berlin: Kurfürstenstraße 72 - 74, 10787 Berlin, Tel. (030) 25 40 91 25/26, Telefax 25 40 9130; Düsseldorf: Oststraße 10, 40211 Düsseldorf, Tel. (0211) 93 60 102, Telefax 36 42 95; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 60323 Frankfurt a. M., Tel. (069) 72 03 91, Telefax 72 43 32; München: Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 41 80 04-0, Telefax 4180 0425; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 70174 Stuttgart, Tel. (0711) 226 30 35, Telefax 29 77 65

Verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 49 vom 1. Januar 1995

Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20

Druck: Gruner Druck, Itzehoe; maul belser, Nürnberg

VERLAGSLEITUNG: Fried von Bismarck

MÄRKTE UND ERLÖSE: Werner E. Klatten

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

Derber Spaß

(Nr. 36/1995, FDP: SPIEGEL-Gespräch mit Hans-Dietrich Genscher über Sternstunden und Pleiten seiner Minister-Jahre; Wolfram Bickerich über die „Erinnerungen“ von Hans-Dietrich Genscher)

Trotz unverändert kritischer Distanz zum ehemaligen Außenminister darf ich richtigstellen, daß die Titulierung Genschers als „Hallodri“ (angeblich die Steigerung von „Hallenser“) nicht von mir stammt. Das wäre denn auch eine ganz abwegige Charakterisierung, die eher schon zu seinem Adepten Möllemann paßt. Bei einem Gespräch mit Honecker auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1981 wollte der von mir wissen, warum Gen-



Politiker Genscher, Bölling (1979)
„Hallenser, Halloren, Halunken“

scher kurzfristig eine Moskauer-Krise abgesagt habe. Meine Antwort, dafür gebe es nur technische Gründe, schien den SED-Generalsekretär nicht zu überzeugen. Er witterte politische Hintergründe und zitierte den alten Bergleute-Spruch: „Hallenser, Halloren, Halunken“. (Halloren nannte man schon im 17. Jahrhundert die sehr angesehenen Arbeiter in den Salinen zu Halle). Ich verwahrte mich gegen die Bemerkung, die Honecker mehr als derben Spaß denn als Sottise vortrug und erinnerte ihn daran, daß seine Ehefrau Margot, genau wie Genscher, aus der Saalestadt Halle stammt. Er quittierte das mit Lachen, während die anwesenden Politbüromitglieder, humorlos, wie sie fast alle waren, eine mittlere Majestätsbeleidigung argwöhnten.

Berlin

KLAUS BÖLLING

Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin 1981/1982

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen.

Eine Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält eine Beilage der Firma Manufactory Hoof, Marl, der Firma Wöhrl, Nürnberg, sowie des Verlages Gruner + Jahr/GEO, Hamburg.



Wachbataillon der Bundeswehr

Staatsbesuche

Hakenkreuze präsentiert

Wenn ausländische Staatsgäste nach Bonn kommen, tritt ihnen zu Ehren das Wachbataillon der Bundeswehr an und präsentiert das Gewehr. Was Besuchern wie dem israelischen Premier Jizchak Rabin entging: Jahrelang zeigten die Parade-Soldaten alte Wehrmachtskarabiner vom Typ 98 K mit aufgeprägtem Hakenkreuz vor. Erst als sich im August dieses Jahres Angehörige der Zeremonien-Truppe beim

SPD-Bundestagsabgeordneten Hans Wallow beklagten, wurde das Verteidigungsministerium aktiv. Die Parlamentarische Staatssekretärin Michaela Geiger (CSU) versuchte den SPD-Mann zu beschwichtigen: Aus den Depots seien zwar „vereinzelt“ Karabiner geliefert worden, „die noch Wehrmachts-Beschußstempel mit Hakenkreuz trugen“. Mittlerweile aber sei „sichergestellt, daß keine Karabiner mit NS-Symbol mehr verwendet werden“. Allerdings lehnt es die Hardthöhe ab, alle Reserve-Waffen des Wachbataillons in den Lagern vorsorglich überprüfen und von Hakenkreuzen befreien zu lassen. Die „Entkonservierung und Neukonservierung“ würde „Kosten von mehr als 80 000 Mark“ verursachen.

Parteispenden

SPD-Filz vor Gericht

Eine für die saarländische SPD unangenehme Spendenaffäre wird demnächst vor Gericht untersucht. Horst Heinrich Löffler, einer der freigebigsten Sportsponsoren im Saarland mit guten Verbindungen zu SPD-Fraktionschef Reinhard Klimmt, muß sich wegen des Verdachts der Bilanzmanipulation, des Kreditbetruges und der Veruntreuung von Firmengeldern in Millionenhöhe vor einer Saarbrücker Wirtschaftsstrafkammer verantworten. Unter den 164 Delikten, die Löffler vorgeworfen werden, ist auch ein Fall, dessen penible Durchleuchtung den Fraktionschef Klimmt in Schwierigkeiten bringen könnte: Ende 1989 und Anfang 1990 hatte Löffler, damals Vorstandsmitglied der zum Moksel-Konzern gehörenden Dillinger Fleischfirma Salomon, vier Schecks in Höhe von insgesamt 100 000 Mark auf den

Fraktionsvorsitzenden Klimmt ausgestellt (SPIEGEL 3/1994). Mit dieser Summe, einer der höchsten Spenden, die je im Saarland an die SPD gezahlt wurden, revanchierte sich Löffler für einen Sondereinsatz Klimmts. Der hatte sich bei der Sparkasse Saarbrücken für die Gewährung von Millionenkrediten an Löffler und einen von dessen früheren Geschäftspartnern eingesetzt. Löffler: „Ohne Klimmt hätten wir das Geld mit Sicherheit nicht bekommen.“ Die Ankläger werfen die Spende an Klimmt, ebenso wie diverse Millionenzahlungen an Sportvereine, als Veruntreuung von Firmenvermögen. Löffler habe die Zahlungen „ohne Genehmigung“ vorgenommen. Der Prozeß könnte auch für die

SPD peinlich werden. Klimmt muß eventuell als Zeuge gegen den Großspender antreten, die SPD wird das Geld bei einer Verurteilung Löfflers möglicherweise zurückzahlen müssen.



Klimmt

H. WINDECK / BONN-SEQUENZ

M. DÄRCHINGER

Sanfte Energien

Chancen verschlafen

Deutschland werde auf dem zukunfts-trächtigen Weltmarkt für alternative Energien systematisch von den USA und Japan verdrängt, warnt eine Markt-Analyse des Verbandes der europäischen Solarwirtschaft, Eurosolar. Die US-Energieministerin Hazel O' Leary habe allein in China und Indien Alternativenenergie-Aufträge für zwei Milliarden Dollar eingesammelt; Japan kaufe unterdessen in großem Stil Patente von europäischen Firmen. Sowohl die USA als auch Japan unterstützen neue Energie-Ideen bis zur Marktreife, förderten das Einrichten von Solarzellen auf Dächern sowie den Export. Bonn hingegen hilft da kaum. Für Atomforschung wird in Deutschland etwa zehnmals soviel ausgegeben wie für sanfte Energien – und das, obwohl mit Alternativ-Strom ein glänzendes Geschäft zu machen ist: Bis zu 100 Milliarden Dollar jährlich, schätzen Experten, werden die Entwicklungsländer künftig zur Deckung des

rapide wachsenden Strombedarfs ausgeben. Bleibe die deutsche Politik so passiv, prophezeit Eurosolar-Chef und SPD-Parlamentarier Hermann Scheer, verspiele sie „einen der wichtigsten Zukunftsmärkte des 21. Jahrhunderts“.



Solarturm in Offenburg

Rundfunkgebühren

Vier Mark mehr für ARD und ZDF

Die Rundfunkgebühren von ARD und ZDF, derzeit 23,80 Mark pro Monat, sollen von 1997 an voraussichtlich um vier Mark angehoben werden. Die von den Bundesländern eingesetzte Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der öffentlich-rechtlichen Anstalten erwägt, den Landesregierungen eine Gebührenerhöhung von jeweils rund zwei Mark für ARD und ZDF vorzuschlagen. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten würden damit zusammen über 1,5 Milliarden Mark im Jahr mehr einnehmen. Die Gebührenerlöse des ZDF würden um fast 50 Prozent steigen, die der ARD um etwas mehr als 10 Prozent. Weil das Bundesverfassungsgericht jüngst die Position des Gremiums gestärkt hat, dürften die Länder kaum von der Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs abweichen.

Kruzifix-Urteil

Getarnter Rechtsbruch

Der Berliner Verfassungsrechtler Bernhard Schlink, 51, über die Versuche des Freistaates Bayern, das Kruzifix im Klassenzimmer zu lassen

SPIEGEL: Die Bayerische Staatsregierung riskiert eine offene Konfrontation mit dem Bundesverfassungsgericht – vier Wochen nach der Veröffentlichung des Kruzifix-Urteils kündigt sie an, die Kreuze in den Schulen per Gesetz durchsetzen zu wollen. Verstößen die Bayern gegen die Verfassung?

Schlink: Der Freistaat setzt sich klar in Widerspruch zur Entscheidung des Gerichts. Er tarnt dies nur ein bißchen mit einem Gutachten.

SPIEGEL: München stützt sich auf ein Gutachten des Staatsrechtlers Peter Badura. Der meint, mit Hilfe einer eigenwilligen Interpretation sei die bayerische Kreuzspflicht doch noch mit dem Urteil zu vereinbaren. Hat er recht?

Schlink: Nein. Herr Badura ist in der schwierigen Lage, ein Vorhaben, das der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zuwiderläuft, verkaufen zu müssen, als tue es das nicht. Juristen sind um Einfälle in solchen Situationen nicht verlegen.

SPIEGEL: Ministerpräsident Edmund Stoiber erklärt, seine Regierung respektiere das Urteil, aber inhaltlich werde sie es nicht akzeptieren.

Schlink: Man kann ein Urteil nur respektieren, indem man es inhaltlich respektiert. Und inhaltlich stellt sich Bayern offen gegen das Gericht. Stellen Sie sich vor, so etwas hätten SPD und FDP beim Urteil zu Paragraph 218 getan.

SPIEGEL: Nach der geplanten Neuregelung reicht ein einfaches Nein gegen das Kreuz künftig nicht, statt dessen müs-

sen Schüler und Eltern „ernsthafte, einsehbare und gewichtige“ Gründe vorbringen, wenn sie wollen, daß es verschwindet. Ist das rechtmäßig?

Schlink: Nein, das ist ein Unding. Das Bundesverfassungsgericht hat erklärt, bei einem Pflichtkreuz im Klassenzimmer handele es sich um Zwang – dann muß niemand begründen, warum er sich diesem Zwang nicht aussetzen will. Ein einfaches Nein genügt.

SPIEGEL: Der bayerische Schulleiter soll zwischen dem Nein und der Mehrheitsmeinung abwägen – unter deutlicher Berücksichtigung der Mehrheit.

Schlink: Diese Regelung kann, wenn das Gericht bei seiner Linie bleibt, nicht Bestand haben. Die Bayern wollen die Religionsausübung der Mehrheit sichern. Das Bundesverfassungsgericht dagegen sagt, es gebe von vornherein kein Recht für eine Religionsausübung mit Zwang. Die nächsten Verfassungsbeschwerden kommen bestimmt, das neue Kruzifix-Gesetz landet wieder in Karlsruhe.

SPIEGEL: Muß München dann Konsequenzen befürchten?

Schlink: Das einzige, was passieren kann: Das Gesetz wird kassiert. Strafen für eine Mißachtung des Gerichts gibt es nicht. Ich halte es aber auch nicht für ausgeschlossen, daß das Gericht einen Schritt zurückgeht und das neue bayerische Gesetz mit kleineren Auflagen passieren läßt. Immerhin hat das Gericht bisher religions- und kirchenfreundlicher entschieden.

SPIEGEL: Der ehemalige Verfassungsrichter Helmut Simon sieht in der Kritik den Versuch, das Gericht einzuschüchtern – vor allem mit Blick auf das anstehende Urteil zum Asylrecht.

Schlink: Wenn das Bundesverfassungsgericht nicht Manns genug ist, mit so etwas umzugehen, wofür haben wir es dann?



Schlink

N. FEHMY/SABA

Greenpeace

„Deutsche Panzerwagen“

Die mißglückte Protestaktion vor Mururoa offenbart eine schwere Führungskrise beim Öko-Multi Greenpeace.

Innerhalb von nur 35 Minuten hatte das französische Militär am 1. September das Greenpeace-Boot „Rainbow Warrior II“ in der Zwölf-Meilen-Zone vor dem Atomtest-Atoll Mururoa geentert und wenig später das außerhalb der Sperrzone liegende Versorgungsschiff „MV Greenpeace“ gestoppt – aus der Traum vom Sieg der Regenbogenkämpfer gegen die Atommacht Frankreich. Ursache für die blamable Schlappe: Die Verantwortlichen auf den beiden Schiffen hatten gegen Anweisungen verstoßen und so den Verlust des Leitschiffes „MV Greenpeace“ verschuldet.

Für Insider ist der Eigensinn symptomatisch. „Das ganze Gerede von der strengen Hierarchie bei Greenpeace ist eine Mär“, sagt Ulrich Jürgens, Direktor der internationalen Kampagnen, „Entscheidungen, die gegen die Interessen bestimmter Gruppen innerhalb der Organisation fallen, werden schlicht nicht akzeptiert.“

Schon im Vorfeld der Aktion im Pazifik hatte es heftige Grabenkämpfe gegeben. Gegen den Willen von Greenpeace-Aktivisten aus Neuseeland und Fidschi richtete die Amsterdamer Konzernzentrale ein Aktions-Büro in Papeete ein. Federführung: die beiden Deutschen Ulrich Jürgens und Thomas Schultz-Jagow, internationaler Atom-Kampagnenleiter der Umweltorganisation. Die Mitarbeiter aus dem Südpazifikraum, die seit Jahren gegen die

französischen Atomtests kämpfen, fühlten sich übergangen.

Gegen den Willen der beiden Deutschen setzten sie die Neuseeländerin Stephanie Mills als Kampagnenleiterin auf der „Rainbow Warrior II“ ein. Die Neuseeländerin vereitelte dann prompt eine streng geheime Mission:

Greenpeace-Mitarbeiter Jürgens war von Papeete aus mit dem Chef der tahitianischen Unabhängigkeitspartei, Oscar Temaru, Ex-Greenpeace-Chef David McTaggart und einem US-Kongreßabgeordneten auf die Insel Tureia gereist. Dort sollte die Promi-

nentencrew auf McTaggerts Segeljacht „Vega“ wechseln und überraschend auf das Mururoa-Atoll vordringen.

Als Mills beim täglichen Skipper-Treffen den Kapitän der „Vega“ vermißte, wurde sie mißtrauisch und ließ die „Rainbow Warrior II“ Kurs auf Tureia nehmen. So bekamen auch die an Bord befindlichen Journalisten Wind von der Sache – die Aktion mußte abgebrochen werden.

Entgegen den Absprachen mit dem Büro in Papeete beschlossen die Kampagnenleiter und Skipper der beiden Greenpeace-Schiffe später, den Hubschrauber und die Schlauchboote der „MV Greenpeace“ in die Zwölf-Meilen-Zone starten zu lassen. Peter Schwarz, Schweizer Kapitän der „MV Greenpeace“: „Zugegeben, es war ein Fehler, aber ich habe nicht geglaubt, daß die Franzosen uns in internationalen Gewässern entern.“

Jürgens sieht einen innerorganisatorischen „Kulturkampf“ bei Greenpeace: einen Aufstand gegen die Deutschen. Weil die Deutschen mit Abstand das meiste Geld in die Regenbogen-Kasse bringen (1994: fast 70 Millionen Mark), hat deren Macht im internationalen Konzern stark zugenommen. Mit Thilo Bode (siehe Seite 50) wurde Anfang September ein Deutscher Greenpeace-Boß, ihm zur Seite stehen die Deutschen Jürgens, Schultz-Jagow und die Vorstandsvorsitzende Uta Bellion.

Jürgens spürt einen „unerschwelligen Deutschenhaß“ in der Organisation: „Viele Mitarbeiter aus anderen Ländern kommen mit unserer direkten, ungeschminkten Ansprache schlecht zurecht. Für die sind wir deutsche Panzerwagen mit Dampfwalzenmentalität.“



Entern der „Rainbow Warrior II“ vor Mururoa

Fernsehen

Virtuelles Kaufhaus

Bayerns CSU-Regierung möchte im Alleingang den Weg für den ersten deutschen Warenhaus-Kanal Home Order Television (H.O.T.) frei machen – für den Chef der Landesmedienanstalten Thomas Kleist ein „eindeutig rechtswidriges Verhalten“. Das Versandunternehmen Quelle und der Privatsender Pro Sieben wollen von München aus ihr virtuelles Kaufhaus präsentieren, bei dem der Zuschauer per Telefon bestellen kann. Die Landesmedienanstalten stimmten in der

vergangenen Woche mehrheitlich gegen die Zulassung von H.O.T., da rechtlich nur eine Stunde Verkaufsfernsehen pro Tag zulässig ist. CSU-Staatskanzleiminister Erwin Huber verwarf die Bedenken mit einer eigenwilligen Definition: H.O.T. sei gar kein Fernsehen, sondern „ein elektronischer Verkaufskatalog“. Huber will dem Kaufhaus-TV nun im Alleingang mit einer Lizenz der bayerischen Landesmedienanstalt zur deutschlandweiten Ausstrahlung via Satellit verhelfen. Die CSU könnte den Start von H.O.T. so als Attraktion für die Mitte Oktober stattfindenden Münchner Medientage nutzen, mit denen sie den Freistaat als TV-Standort profilieren möchte.



Brunner (1942)

Kriegsverbrecher

Kopfgeld für Brunner

Zuletzt ist er angeblich in Kambodscha gesehen worden; davor in der brasilianischen Stadt Salvador, wahlweise auch in Argentinien oder Chile. Haftbefehle aus Deutschland, Frankreich und Österreich liegen gegen Alois Brunner, 83, vor. Interpol sucht ihn als einzigen Deutschen weltweit – wegen der Deportation und der Ermordung von 128 500 Juden zwischen 1938 und 1945. Jetzt soll viel Geld helfen, den früheren SS-Hauptsturmführer und letzten hochrangigen Schergen aus Hitlers Vernichtungsapparat doch noch aufzuspüren. Für Hinweise, die „zur Ermittlung des derzeitigen Aufenthaltes“ von Brunner und „zu seiner Überstellung nach Deutschland“ führen, setzen die Staatsanwaltschaften Köln und Frankfurt eine halbe Million Mark Belohnung aus. Brunner, ein gebürtiger Österreicher, gilt als rechte Hand von Adolf Eichmann, der 1962 in Israel hingerichtet wurde. Brunner kommandierte Sondereinheiten, die in mehreren Ländern Europas Juden verhafteten und sie in die Gaskammern von Auschwitz schickten. Nach dem Krieg versteckte sich der Nazi bis 1954 als Alois Schmaldienst in Essen. Dann flüchtete er mit Hilfe alter Kameraden in die syrische Hauptstadt Damaskus, wo er als Kaufmann und Regierungsberater – Falschname: Dr. Georg Fischer – unbehelligt lebte. Auf mehrere Auslieferungsbegehren reagierte Syrien nicht oder mit dem Hinweis, es sei „unerträglich“, zu behaupten, „ein solches Individuum“ halte sich im Land auf. 1992 wurde Brunners Tod eher beiläufig gemeldet. NS-Spezialisten wie der Pariser Anwalt Serge Klarsfeld glauben nicht daran. Der Jurist vermutet, daß der schwerkranke Brunner unter eine Art Hausarrest gestellt wurde – in einem staatlichen Appartement in Damaskus.



Kohl, Chirac (im Mai in Straßburg)

Europa

Stockender Motor

Zu einem Spektakel ohne politische Fortschritte droht der Gipfel der 15 EU-Staats- und Regierungschefs am kommenden Freitag zu mißraten. Hauptgrund: Der Motor des europäischen Einigungsprozesses, die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland, stockt. Für die Unstimmigkeiten macht Bonn vorwiegend das „sprunghafte und erratische Verhalten“ des neuen französischen Präsidenten Jacques Chirac verantwortlich. Der Neogaullist, der 1992 bei der französischen Volksabstimmung energisch für Maastricht eingetreten war, wird heute von Bonner Spitzendiplomaten verdächtigt, „innere Vorbehalte gegen Europa zu haben“.

So verliefen die Beratungen über eine gemeinsame Position bei der 1996 geplanten Regierungskonferenz zum Maastrichter Vertrag ohne Ergebnis. Bonn und Paris sind in Grundfragen völlig uneinig: etwa über die Währungsunion und die Stabilitätspolitik, die Agrar- und Strukturreform, über neue Mitgliedsformen bei der Osterweiterung, die nukleare Komponente einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft und den Einsatz des Eurokorps.

All diese Themen, so die Außenminister Klaus Kinkel (FDP) und Hervé de Charette Ende voriger Woche in Bonn, sollen Anfang Oktober auf einer bilateralen Klausurtagung erörtert werden. Deutsche Diplomaten versprechen sich davon indes wenig und deuten an, daß die Zusammenarbeit mit London derzeit besser laufe als die mit Paris. Bonn rechnet inzwischen nicht mit einem Abschluß der Maastricht-II-Konferenz vor Mitte 1997.

Chirac und Kanzler Helmut Kohl haben Schwierigkeiten miteinander. Zwischen beiden gibt es auch nach fünf Begegnungen seit Amtsantritt des Franzosen keine engeren politischen Beziehungen. Das Verhältnis erinnert AA-Beamte an die aufgesetzte Freundlichkeit zwischen Charles de Gaulle und Ludwig Erhard oder Georges Pompidou und Willy Brandt. Aufmerksam registriert wurde am Rhein, daß der impulsive Präsident in zehn Tagen den französischen Medien drei Interviews gab, ohne das deutsch-französische Verhältnis zu erwähnen. Kohl verübelt Chirac, daß der ihn vor den Mururoa-Atomtests nicht konsultiert hat und Bonn nun auch noch mit der – halbherzigen – Offerte eines Nuklearschirms bedrängt. Annähernden Gleichklang der Interessen zwischen Chirac und Kohl bemerkten Eingeweihte bisher nur auf kulinarischem Feld: Beide lieben den guten Tropfen und deftige Kost; der Franzose bevorzugt Kalbskopf, der Pfälzer Saumagen.

„Tornado“-Absturz

Frontal aufeinander

Der Absturz zweier „Tornado“-Kampffjets der Luftwaffe im Untertal Ende August ist durch Fehler der Besatzungen verursacht worden, die den Luftkampf üben wollten. Das ist das vorläufige Ergebnis interner Ermittlungen bei der Bundeswehr. Die Maschinen vom Jagdbombergeschwader 34 in Memmingen hatten 20 Minuten nach dem Start ein Luftkampf-Manöver eingeleitet. Nach einigen steilen Kurven rasten die Jets frontal aufeinander zu, ein Ausweichversuch mißlang: Die „Tornados“ rissen sich gegenseitig eine Tragfläche ab. Die Besatzungen hatten es offenbar

versäumt, die üblichen präzisen Absprachen über den Höhenabstand für die beabsichtigte Wiederbegegnung zu treffen. Die vier Luftwaffenoffiziere konnten ihr Leben mit dem Schleudersitz retten. Mit jeweils ungefähr fünf Tonnen Treibstoff an Bord zerschellten die pro Stück mehr als 50 Millionen Mark teuren Flugzeuge unweit der Orte Babenhausen und Dettingen.

1 Aufstieg und anschließender Parallelflyg in über 3000 Meter Höhe

2 Die Maschinen trennen sich, fliegen Kurven und steigen beide auf rund 4000 Meter.

3 Beide „Tornados“ bewegen sich in leichtem Sinkflug aufeinander zu. Der Vorbeiflug hätte mit deutlichem Höhenabstand erfolgen müssen – statt dessen kollidieren die Jets.



BND

Rote Doppelspitze

Der traditionell konservative Bundesnachrichtendienst (BND) soll eine rote Doppelspitze erhalten. Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidbauer, CDU-Staatsminister im Bundeskanzleramt, will den Sozialdemokraten Gerhard Güllich als neuen Vize-Präsidenten des Geheimdienstes vorschlagen. BND-Präsident Konrad Porzner ist ebenfalls SPD-Mitglied. Güllich, 57, würde Nachfolger des CSU-Mitglieds Paul Münstermann, der im September 1994 als BND-Vize ausgeschieden ist. Spitzenpolitiker aus der SPD-Bundestagsfraktion sehen in Güllich gar schon einen qualifizierten Nachfolger für den auch in der eigenen Partei umstrittenen Geheimdienstchef Porzner, der sich mehrere peinliche Auftritte in Bonn geleistet hat und in der Plutonium-Affäre eine dubiose Rolle spielte.



Güllich

Hand auf – Augen zu

Mit einem Verfassungsbruch will eine große Koalition von Bonner Parlamentariern den jährlichen Streit um höhere Diäten klammheimlich für alle Zeiten entscheiden. Diese Woche soll das Parlament einer Mauschel-Regelung zur automatischen Gehaltsvermehrung der Abgeordneten zustimmen. Nur die FDP hat Skrupel.



H. WINDECK / BONN-SEQUENZ

Parlamentspräsidentin Süssmuth (CDU): Scheinheilige Mimosen

Wolfgang Schäuble ermahnte seine Bundestagskollegen, Vorbilder für das deutsche Volk zu sein: „Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir selbst, wie wir uns verhalten und behandeln, Entwicklungen mit beeinflussen.“

In der Haushaltsdebatte des Bundestages predigte der Chef der Unionsfraktion vorletzten Mittwoch edle Prinzipien: „Bescheidenheit, Sparsamkeit, Bereitschaft auch zum Verzicht auf hohem Niveau“.

Hehre Worte. Heile Welt. Leeres Geschwätz.

Schäuble hatte sein tugendhaftes Gerede über die Bescheidenheit noch nicht beendet, als beim Bundesrat ein Dokument der Ungeduld und Unbescheidenheit einging. Absender: Joachim Hör-

ster, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Schäubles.

In dem Brief, um 10.08 Uhr per Boten zugestellt, drängte Hörster den Direktor des Bundesrates Georg-Berndt Oschatz, zwei Gesetze bevorzugt abzufertigen, die den Wohlstand der deutschen Abgeordneten mehren sollen. Begründung: „eilbedürftig“.

Am 21. September, schrieb Hörster, werde der Bundestag in zweiter und dritter Lesung die Verfassung ändern und zugleich eine Neuregelung der Abgeordnetenbezüge beschließen: „Ich wäre Ihnen dankbar, wenn sich der Bundesrat bereits in seiner Sitzung am 22. September 1995 damit befassen könnte.“

Das Ersuchen um „Fristverkürzung“ ist ungewöhnlich und unverschämt.



F. DARCHINGER

Präsidiumsmitglieder Klose (SPD), Vollmer



Drei Wochen Bedenk- und Beratungszeit bittet sich der Bundesrat schon bei einfachen Gesetzen und erst recht bei Verfassungsänderungen aus.

Seit der überstürzten Verabschiedung des Kontaktsperregesetzes zur Abwehr terroristischer Gefahren wurde die Länderkammer nicht mehr so massiv genötigt, sich binnen 24 Stunden für oder gegen eine Gesetzesänderung zu entscheiden. Damals, im Herbst 1977, ging es immerhin um die innere Sicherheit der Republik. Diesmal galt Hörsters Drängen ausschließlich dem Portemonnaie der Bonner Parlamentarier.

Zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik wollen CDU/CSU und SPD in komplizierter Eintracht das Grundgesetz ausschließlich zum eigenen Vorteil ändern. Nicht erst für künftige Zeiten ist die Wohltat gedacht, nicht einmal, wie bei Beschlüssen in eigener Sache üblich, erst für die nächste Legislaturperiode. Grundgesetzänderung und geändertes Abgeordnetengesetz sollen sofort wirksam werden, die Diäten-Regelung soll sogar rückwirkend zum 1. Januar 1995 in Kraft treten.

Der Coup, bislang von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, soll am

Donnerstag dieser Woche besiegelt werden.

Wieder einmal geht es um die Finanzierung des politischen Betriebs, um Diäten und Pensionen, um Selbstbedienung und Bereicherung, um die Kontrolle der Pfründen. Aber diesmal droht – das ist neu – gleichzeitig ein Verfassungsbruch.

Ein für alle Male soll mit der Grundgesetzänderung das Diäten-Thema in die parlamentarischen Hinterzimmer verbannt und der öffentlichen Kontrolle entzogen werden. Ungerührt, als hätte es nie einen Parteispenden-, Flick- und Amnestie-Skandal gegeben, versucht die politische Klasse, ihre finanziellen Angelegenheiten künftig zu verschleiern und endlich lästiger Kritik zu entziehen.

Es ist der bislang dreiste Versuch. Mehr Geld, weniger Transparenz heißt das Motto. Der speyerische Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim sieht in der geplanten Grundgesetzänderung eine „Ermächtigungsvorschrift für den Bundestag“.

In den Sog des neuen Diätenskandals gerät ausgerechnet die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) – bislang eine für ihre tadelnsfreie Amtsführung im Volk angesehene Frau.

Noch vor der Sommerpause hatte auch Frau Süßmuth zusammen mit Vizepräsident Hans-Ulrich Klose (SPD) der Öffentlichkeit Bescheidenheit, Sparsamkeit und Transparenz versprochen. Die Diäten, so hieß es damals staatstragend, sollten maßvoll erhöht, die Pensionen sogar gekürzt werden. Ein Wort des SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharping zu Diäten und Alterssicherung machte die Runde: „Die Abgeordneten sind zu schlecht bezahlt und zu gut versorgt.“

Doch nun sollen die Abgeordneten zuzulassen dürfen:

Die Diäten sollen in den nächsten sechs Jahren schrittweise von monatlich 10 366 auf über 16 000 Mark wachsen – eine Steigerung um fast 60 Prozent.

Im gleichen Zeitraum steigen die Pensionen, so daß ehemalige und amtierende Abgeordnete zur Jahrtausendwende einen Zuschlag bis zu 40 Prozent erwarten können.

Die steuerfreie Kostenpauschale von jetzt 5978 Mark kann künftig der allgemeinen Preisentwicklung angepaßt und entsprechend angehoben werden.

Nur das Übergangsgeld (bisheriger Höchstbetrag: 373 176 Mark) soll für künftige Mandatsträger zurückgenommen werden.

Gegen eine angemessene Erhöhung der Abgeordnetenbezüge ist an sich nichts einzuwenden. Ein Zuschlag ließe sich schon damit begründen, daß die Parlamentarier einige Jahre auf Zu-



(Grüne), Diätenempfänger im Bundestag (u.): „In der Position des Lumpen“



VARIO PRESSES

F. DARGINGER

Die Ladenhüter

RUDOLF AUGSTEIN

Die Würde des Bundestages ist jederzeit antastbar, wenn unabweisbare Gründe dafür gefunden werden können. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

ARTIKEL 1001 GG

Wie fast alle Menschen sind auch die Abgeordneten des Bundestages geldgeil und geldgierig. Dagegen, weil man die Natur des Menschen bis zu seinem Ende nicht mehr ändern wird, ist wohl nichts einzuwenden.

Man ist nur wieder platt angesichts der Frechheit, mit der sonstige Leuchttürme der Moral, Rita Süßmuth etwa, Hans-Ulrich Klose nicht unbedingt, ihre Richtstrahler ins Volk hinein abschalten, wenn es um ein kollektives Gaunerstück geht. Dann sind sie ja geschützt, dann können sie persönlich nicht angegriffen werden.

In all ihrer verständlichen Geldgier und Geldgeilheit haben die Abgeordneten es bisher noch nie gewagt, das Grundgesetz zu ihren eigenen Gunsten zu ändern. Sie haben es umgangen, sie haben es unterlaufen, sie haben sich bis zur Lächerlichkeit um den Wortlaut herumgeschlichen.

Das reicht ihnen nun offenbar nicht mehr. Sie wollen, um einem befürchteten Urteilsspruch aus Karlsruhe zuvorzukommen, das Grundgesetz selbst ändern. Welch katastrophale Folgen es hat, das Bundesverfassungsgericht – eine der beiden wichtigsten Institutionen des Staates – durch Nichtbeachtung (siehe Kruzifix-Urteil) oder Trickserei auszumanövrieren und damit zu beschädigen, läßt sie kalt. „Unsere Menschen draußen“ merken ja nichts, wenn man nur schnell genug wie ein präziser Einbrecher vorgeht.

Kann man das Grundgesetz denn ändern? Ja, aber nicht in allen Artikeln. Es gibt welche, die guten Grundes überhaupt nicht geändert werden können. Artikel 48 Absatz 3 gehört nicht dazu. Mit Zweidrittel-Mehrheit kann man ihn ändern. Er lautet jetzt:

Die Abgeordneten haben Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung. Sie haben das Recht der freien Benutzung aller staatlichen Verkehrsmittel. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Das klingt vernünftig, obwohl anknüpfend an die Zeiten von Wilhelm

II., als die SPD-Abgeordneten noch zu wenig Geld hatten, die staatlichen Verkehrsmittel zu benutzen. Der Text ist ohne Arg. Nun halten wir aber bitte dagegen, daß in dieser Woche im Schnell- und Eilverfahren, ohne irgendeine Art öffentlicher Diskussion, in Artikel 48 Absatz 3 stehen soll:

Die Abgeordnetenentschädigung bestimmt sich nach den Jahresbezügen eines Richters an einem obersten Bundesgericht. Das Nähere, insbesondere über die Abgeordneten- und Altersentschädigung sowie die Amtsausstattung, wird durch Bundesgesetz oder auf Grund eines Bundesgesetzes geregelt.

Wer Betrug wittern kann, muß hier Betrug wittern. Schon die Formulierung „wird durch Bundesgesetz oder auf Grund eines Bundesgesetzes geregelt“ muß die Freunde der italienischen Oper in Palermo vor Ehrfurcht erschauern lassen.

Für sich selbst scheuen diese Vorbilder der Nation, als die sie sich gar nicht empfinden müßten, vor keiner Untergrundschleicherei zurück. Da darf natürlich die allzuständige Vizepräsidentin Antje Vollmer nicht fehlen, die uns neuerdings den Frieden der Fußballplätze predigt.

Die „Diäten der Abgeordneten“ sind lange schon kein Thema mehr. Man hält für ganz selbstverständlich, daß sie soviel verdienen wie gleichbegabte Bürger auch, und auf Grund besserer Diebesbelegenheiten, siehe die Stiftungen der Parteien, etwas mehr. Aufregen kann das keinen Hund mehr.

Aber leider sind die Parteien, auf Grund ihres berechtigten schlechten Gewissens, nicht auf der Höhe der Zeit. Sie wollen einen „Freibrief“, um hinfort ohne Kontrolle seitens der Öffentlichkeit sich da zu bedienen, wo sie es für erforderlich halten, ohne irgendwelche Transparenz. Sie wollen unter sich mit Zweidrittel-Mehrheit etwas beschließen, was folgenreich für die Gesamtkonstruktion des Staates sein wird, sie wollen sich ihr Geld selber drucken.

Das kann man mit dem Bundesverfassungsgericht, das eigentlich über die Einhaltung der Verfassung zu wachen hätte, natürlich nicht machen. Deswe-

gen muß man Karlsruhe durch eine rechtlich bodenlose Änderung der Verfassung aushebeln. Das Bundesverfassungsgericht hat 1975 die Kopplung der Diäten an die Beamtenbesoldung und damit auch an die Richtergehälter untersagt. Dieses Urteil wurde allgemein anerkannt. Folgerung? Aushebeln.

Es wird nun nicht mehr nötig sein, ein eigenes Gesetz zu beschließen, in dem „das Nähere“ geregelt wird. Dies kann nun auch „auf Grund eines Bundesgesetzes“ geschehen, also zum Beispiel durch das Haushaltsgesetz.

Um die Bürger nicht unnütz zu verunsichern, können wichtige Posten wie Abgeordnetenentschädigung und Altersversorgung und vor allem die Höhe der steuerfreien Pauschale („Amtsausstattung“) nun wieder im stillen Kämmerlein beschlossen werden. „Für den Bürger durchschaubar“ sollten diese Erhöhungen sein, so entschieden die Richter in ihrem Urteil.

Was aber die große Koalition der aus Feigheit vor der Angst ersterbenden Bundestagsabgeordneten in dieser Woche aller Voraussicht nach beschließen wird, ist die Verheimlichung der Abgeordnetenbezüge insgesamt. Sie sollen für den Bürger undurchschaubar werden. Damit erreicht man das Gegenteil dessen, was die „Hüter der Verfassung“ im Jahre 1975 angeordnet hatten.

Wie unsinnig es ist, die Diäten an die Gehälter „oberster Richter“ zu koppeln, ergibt sich schon daraus, daß solche obersten Richter keine regelmäßige bezahlte Nebenbeschäftigung annehmen dürfen. Intelligente Abgeordnete hingegen verdienen oft das Mehrfache ihrer Diäten und Vergütungen im Privatbereich. Zwar müssen sie das der Bundestagspräsidentin offenbaren, die aber wiederum an die Schweigepflicht gebunden ist, bis irgendein Fall auffliegt. Es ist aber, soweit bekannt, noch keiner aufgefliegen: „Camera obscura“.

Empörung über das abscheuliche Eilverfahren ist nirgends laut geworden – wenn man von dem Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim absieht, der recht hat, aber auch rechthaberisch nervt. So erfolgreich waren die Täter mit dem Leuchtturm Rita Süßmuth vor Augen.

Friedrich Karl Fromme, wahrlich ein Fachmann, meldete in der *Frankfurter Allgemeinen* immerhin, bisher sei, soweit zu sehen, noch nie eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts durch eine Grundgesetzänderung „abgefangen“ worden. Die insgesamt beträchtliche Diätenerhöhung solle, so meint Fromme, „unauffällig“ erfolgen.

Der „Leuchtturm“ Süßmuth, der Radfahrer Scharping und der Maßhalte-Apostel Schäuble sollten uns aber künftig mit ihren ständigen Ermahnungen zu allem und jedem verschonen. Die große Koalition hat noch immer zusammengestanden, wenn es um Geld und Macht ging.

Wer immer dieser „Ermächtigungsvorschrift“ per Verfassungsänderung in dieser Woche zustimmt, wird auf Achtung und Ehre keinen Anspruch mehr erheben können. Der Staat, das sind ja angeblich wir. Der Staat nach deren Auffassung hingegen, das sind ja nur sie selbst, das ist die Zweidrittel-Mehrheit.

Recht haben unsere Abgeordneten, wenn sie annehmen, auf Grund ihrer Diäten-Manipulationen würden Wahlen nicht verloren. Sicher nicht. Aber wie, wenn noch weniger, besonders junge Leute, zur Wahl gingen? Oder gar die noch einzige „saubere“ PDS Zulauf erhielt?

Ein Parlament, das so wenig auf seine Selbstachtung bedacht ist, hat auf Achtung seitens der Wähler keinen Anspruch mehr. Man denke, sie balgen sich um ein 13. Monatsgehalt, so als ob sie zu Weihnachten und Neujahr besonders viel zu tun hätten.

Sie fühlen sich als Beamte, Angestellte und Gewerkschafter. Nur konnten sie das bisher nicht auf Kosten der Gemeinschaft durchsetzen. Nur soll man sich nicht täuschen: Gelingt dieser Coup, wird es zu weiteren „Öffnungen“, zu weiteren „Selbstermächtigungen“ kommen. Das Verfassungsgefüge kracht, und das, weil die finanziell am besten ausgestatteten Parteien der Welt sich heimlich noch mehr Geld zuschanzen wollen. Trostlos.

Wohlgermerkt, niemanden stört es, wenn unsere Abgeordneten sich um mehr Geld bemühen. Aber ein Selbstbedienungsladen in einer Demokratie braucht besonders angesehene Wachleute wie Rita Süßmuth, Wolfgang Thierse, Antje Vollmer, Wolfgang Schäuble etc.

So etwas nannte man früher „Ladenhüter“.



K. SCHÖNE / ZEITENSPIEGEL

Diäten-Detektiv von Arnim: „Ermächtigungsvorschrift für den Bundestag“

wachs verzichteten. Die gewaltige Erhöhung der Pensionen wiegt schon schwerer, zumal das Gegenteil versprochen war. Ein Abgeordneter, der im Jahr 2000 pensioniert wird, kann durch die jetzt geplante Gesetzes-Wohltat eine „Prämie aus dem Bundeshaushalt in siebenstelliger Höhe“ (Arnim) einstreichen. Als normaler Sterblicher müßte er, um die gleichen Rentenzuwächse zu erwerben, bei seiner Lebensversicherung bis zu 700 000 Mark – aus versteuertem Einkommen – einzahlen.

Ohne Beispiel aber ist die Unverfrorenheit, mit der Union und SPD die öf-

„Höhere Entschädigungen nur vor den Augen der Öffentlichkeit“

fentliche Debatte um ihre Einkünfte umgehen wollen. Das Abgeordnetensalär soll nicht mehr per Gesetz immer neu festgesetzt werden. Statt dessen soll es automatisch an die Bezüge der Richter an einem obersten Bundesgericht angeglichen werden.

Den Artikel 48 des Grundgesetzes, der bislang ein spezielles Diätengesetz verlangt, will Frau Süßmuth ändern lassen. Künftig soll es reichen, wenn die Parlamentarierbezüge „aufgrund eines Bundesgesetzes“, also etwa durch Verweis auf die Regelung der Richterbesoldung, festgesetzt werden. Steigt die Besoldung der Richter, erhöhen sich automatisch auch die Überweisungen für die Abgeordneten: Hand auf, Augen zu – ohne öffentliche Beschimpfungen und ohne Rechtfertigungsdruck.

Die finanzielle Orientierung am Einkommen der Bundesrichter könnte ja noch angemessen sein. Doch im Unterschied zu einem Parlamentarier darf ein Bundesrichter keine regelmäßigen Nebeneinkünfte haben. Mehrfach-Pensionen aus verschiedenen öffentlichen Kassen werden bei Richtern vollständig gegeneinander verrechnet, bei Mandatsträgern des Bundestages nur zum Teil.

Tatsächlich ist der Plan der Bonner Parlamentarier ein krasser Verstoß gegen das Verfassungsrecht. Offenbar vorzüglich wollen die Abgeordneten die Hürden beiseite räumen, die Karlsruher Verfassungsrichter in Jahrzehnten gegen Selbstbedienung und Mauseheile errichtet haben.

Schon 1975 gaben die Richter den Parlamentariern auf, die Höhe ihres Gehaltes selbst zu bestimmen und gegenüber dem Volk zu vertreten. Jedermann sollte leicht ermitteln können, wieviel die Abgeordneten für ihre Arbeit kassieren. Unabhängigkeit und Transparenz waren die obersten Gebote.

Damit untersagten sie den Abgeordneten eine Praxis, die sich zuvor in vielen Parlamenten durchgesetzt hatte: die Koppelung der Diäten an die Beamtenbesoldung. Nach Meinung der Richter war das unzulässig. „Der Abgeordnete ist kein Beamter“, so das Karlsruher Verdikt, weil er niemandem zur Leistung von Diensten verpflichtet sei.

Nur dem Volk sei er verpflichtet. „Jede Veränderung in der Höhe der Entschädigung“ sei darum im Plenum zu diskutieren, „vor den Augen der Öffentlichkeit“ sei darüber zu entscheiden.

Damit war klargelegt: Wo Abgeordnete mehr Geld aus der Staatskasse ha-

Werbeseite

Werbeseite

ben wollten, mußten sie dafür einen speziellen Gesetzentwurf im Parlament einbringen, auch wenn die Debatte in eigener Sache noch so lästig war. Mit dem Versteckspiel um die eigenen Privilegien sollte ein für alle Male Schluß sein.

Mit einem juristischen Trick wollen die Bonner Parlamentarier genau 20 Jahre später den Karlsruher Gesetzesvorbehalt umgehen und die guten alten Zeiten des Diäten-Dunkels wieder aufleben lassen. Auch die steuerfreie Kostenpauschale soll künftig hinter verschlossenen Türen, im Ältestenrat oder Haushaltsausschuß, fixiert werden.

Er habe es satt, „dauernd völlig ungerechtfertigt in die Position des Lumpen“ gestellt zu werden, verkündete vergangene Woche Klose. Die Lautlos-Regelung diene dem Ansehen des Parlaments und damit der Demokratie.

Mit solch selbstgerechten Argumenten wird ein Verfassungsbruch bemäntelt. In dem Urteil heißt es nämlich:

Der vom Verfassungsgericht zitierte Artikel 20, der unter anderem Gewaltenteilung und Demokratieprinzip fest schreibt, gehört zum Kernbestand des Grundgesetzes. Selbst mit noch so großer Mehrheit können die Parlamentarier die Prinzipien dieses Artikels nicht ändern. Das verbietet der Grundgesetzartikel 79 Absatz 3, die sogenannte Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes.

Ob die Diäten-Ehrlichkeit so tatsächlich auf „ewig“ gelten müsse, ist unter Juristen zwar umstritten. „Für mich reicht es“, sagt etwa der Berliner Staatsrechtler Ulrich Battis, „wenn die Diäten an das Beamtenrecht gekoppelt sind.“ Die öffentliche Kontrolle wäre gewährleistet, weil auch die Anhebung der Besoldungsgruppen per Gesetz beschlossen werde.

Doch das Verfassungsgericht hat gute Argumente auf seiner Seite. Ein Parlament, das sich in absolutistischer Manier aus der Staatskasse bedienen kann, hätte

Beim Abendessen in gemütlicher Runde wurde über dies und das gestritten und gestichelt, auch über Diäten und Karlsruher Richtersprüche dazu. Anschließend verbreiteten Teilnehmer in Bonn leise eine frohe Botschaft: Die Verfassungsrichter von heute seien „unglücklich“ mit dem Karlsruher Diäten-Verdikt von 1975.

Kaum zu glauben und aus Karlsruhe auch prompt dementiert, daß in Frau Süßmuths fröhlicher Justiz-Runde ein Gast aus Karlsruhe zum Verfassungscoup ermuntert haben sollte. Gerichtspräsidentin Jutta Limbach jedenfalls nennt es „abwegig“ anzunehmen, irgendeiner ihrer Kollegen habe an jenem Abend „eine Rechtsauskunft in dieser oder einer anderen Sache gegeben“.

Zwei Wochen später – zweiter Akt – präsentierten Süßmuth und Klose ihre auf den ersten Blick vernünftigen Vorschläge, die wohlwollend aufgenommen wurden. Dann hörte man nicht mehr viel.

Der Gesetzentwurf aber, der am 29. Juni zur ersten Lesung im Bundestag anstand, sah völlig anders aus als Süßmuths und Kloses öffentliche Vorschläge. Sie waren von CDU/CSU und SPD in aller Heimlichkeit verändert worden – ohne daß die Öffentlichkeit darüber informiert worden wäre.

Die Eingriffe sind erheblich. Ursprünglich sollten beispielsweise – mehr Transparenz! – konkrete Summen genannt werden. Jetzt sind die Spezialkenntnisse eines Verwaltungsjuristen und ein intensives Studium miteinander verschachtelter Verordnungen und Gesetze nötig, um den Wust von Paragraphen und Prozentsätzen zu entwirren. Vier Wochen brauchte Diäten-Kenner von Arnim, um das „Meisterwerk der Camouflage“ zu dechiffrieren.

Selbst wo sie scheinbar konkret wurden, blieben die Verfasser des Gesetzentwurfs – absichtsvoll? – vage.

Per Grundgesetz wollen sie die Diäten pauschal „nach den Jahresbezügen eines Richters an einem obersten Bundesgericht“ bestimmen. Sie lassen aber offen, welchen Richter sie meinen: den einfachen „Richter“, den „Vorsitzenden Richter“ oder gar den „Präsidenten“. Immerhin klafft dazwischen eine Besoldungsdifferenz von rund 9000 Mark.

Das Abgeordnetengesetz bezieht sich zwar konkret auf die unterste Besoldungsgruppe R 6. Doch die Richterskala ist nach oben offen. Änderungen wären – nach dem Wortlaut des geplanten Gesetzes – jederzeit mit einfacher Mehrheit möglich.

Mehr Transparenz? Bundestagsvizepräsident Burkhard Hirsch (FDP) hat Zweifel: „Klarheit schafft das nicht, R 6 ist für die meisten Bürger eine Zigarettenmarke.“

Weil „Geld das Gewissen schweigen“ läßt (Arnim), brachen die Abgeordneten



FIDELITAS FOTO

Verfassungsrichter beim Diäten-Urteil 1975: „Der Abgeordnete ist kein Beamter“

In einer parlamentarischen Demokratie läßt es sich nicht vermeiden, daß das Parlament in eigener Sache entscheidet, wenn es um die Festsetzung der Höhe und um die nähere Ausgestaltung der mit dem Abgeordnetenstatus verbundenen finanziellen Regelungen geht. Gerade in einem solchen Fall verlangt aber das demokratische und rechtsstaatliche Prinzip (Artikel 20 Grundgesetz), daß der gesamte Willensbildungsprozeß für den Bürger durchschaubar ist und das Ergebnis vor den Augen der Öffentlichkeit beschlossen wird. Denn dies ist die einzige wirksame Kontrolle. Die parlamentarische Demokratie basiert auf dem Vertrauen des Volkes; Vertrauen ohne Transparenz, die erlaubt zu verfolgen, was politisch geschieht, ist nicht möglich.

mit der vom Grundgesetz gewollten Volksvertretung nichts gemein. Es ist kaum einsehbar, warum die Juristen von ihrer wohlbegründeten Forderung nach größtmöglicher Diäten-Transparenz abrücken sollen, nur weil die Parlamentarier plötzlich der Mut in eigener Sache verläßt. Während sie in politischen Alltagsdebatten harte Schläge austeilen und in Kauf nehmen, schrumpfen sie in der Diäten-Debatte zu Mimosen.

Die Mimosen zögerten nicht, ihr Selbstmitleid rechtzeitig höheren Orten zu Gehör zu bringen: Ende Mai schon trafen sich das Präsidium des Bundestages und die Fraktionsvorsitzenden – nur die Grünen fehlten – in Rita Süßmuths Residenz mit dem Ersten und Zweiten Senat des Karlsruher Verfassungsgerichts.



Reichstags Sitzung (im Jahr 1888)*: Sold-Verbot für Abgeordnete

sogar klammheimlich mit einst tönend aufgestellten Grundsätzen. Als „unvereinbar“ mit ihrem Status haben die Bonner Parlamentarier vor Jahren noch Zugaben wie Weihnachtsgeld zurückgewiesen.

Das gilt nun nicht mehr: Im Gesetzestext ist auch ein 13. Monatsgehalt versteckt.

Der Gesetzentwurf wurde – Ausweis des schlechten Gewissens – noch schnell in der vorletzten Sitzung vor der Sommerpause eingebracht. Zwischen allerlei parlamentarischen Plunder, der von vorangegangenen Beratungen übriggeblieben war, fiel er gar nicht weiter auf.

Nun, nach den Parlamentsferien, drücken Union und SPD gewaltig aufs Tempo. Bereits in der zweiten Sitzungswoche soll das Gesetz durchgepeitscht werden.

Störenfried von Arnim, der die politische Klasse seit Jahren mit seinen Enthüllungen ärgert, fand diesmal wenig Aufmerksamkeit. SPD-Führungstreit, Haushaltsdebatte und der Atombomben-Versuch auf dem fernen Mururoa-Atoll beschäftigten die Öffentlichkeit mehr als des Professors scharfsinnige Berechnungen. Prompt wurde der Wissenschaftler von den Politikern in die Ecke von Querulanten gestellt.

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Wilhelm Schmidt sprach dem stets auf Selbstdarstellung bedachten Gelehrten die Berechtigung ab, Kritik zu üben. Arnim sei „nicht legitimiert, für das Volk zu sprechen“. CDU-Kollege Hörster stänkernte, des Professors „wissenschaftlicher Lebenszweck“ sei es, „die Situation der Abgeordneten zu bekämpfen“.

Solche Vorwürfe sind wohlfeil: Wer den Abgeordneten ihre Bezüge streitig macht, setzt sich schnell dem Verdacht aus, an unselige Traditionen der Weimarer Republik anzuknüpfen, wo das Parlament auch als Schwatzbude von Geldverschwendern diffamiert wurde.

* Mit Bismarck am Rednerpult.

Tatsächlich gilt seit langem die ordentliche Versorgung der Parlamentarier mit öffentlichen Geldern als ein Prüfstein für funktionierende Demokratie. Hieß es doch unter Otto von Bismarck in der Reichsverfassung von 1871 noch: „Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen.“

Das Verbot nutzte der Reaktion: Den Job im ungeliebten Parlament konnten so nur Besserverdiener ausüben – ein willkommenes Korrelat für das gerade erst erkämpfte allgemeine Wahlrecht, das auch den Armen Sitz und Stimme geben sollte.

Aus der Geschichte läßt sich lernen. Nie haben die Karlsruher eine schlichte Diäten-Erhöhung verhindert. Gerade weil der Brotkorb für das Parlament so ein großes politisches Gewicht hat, bestand das Bundesverfassungsgericht darauf, daß niemand den Abgeordneten die Entscheidung darüber aus der Hand nehmen kann – weder die Parteien noch Hinterzimmergremien oder Expertenkommissionen.

Was Parlamentarier in ihrer verfassungsrechtlich abgesicherten Unabhängigkeit allerdings so alles beschlossen haben, ist ihnen offenbar selbst peinlich. Denn schon lange hat sich die unselige politische Kultur des Versteckens und Vermauschelns breitgemacht.

Das Ergebnis der Selbstversorgung ist ein mehrfach privilegierter Status der Abgeordneten. Zunächst hatten sie Steuerfreiheit für ihre Diäten genossen. Als dies aus rechtlichen Gründen in den siebziger Jahren unhaltbar wurde, genehmigten sich die Parlamentarier in Bund und Ländern großzügige Erhöhungen von Diäten und Kostenpauschalen. Dadurch wurde der vorherige Zustand

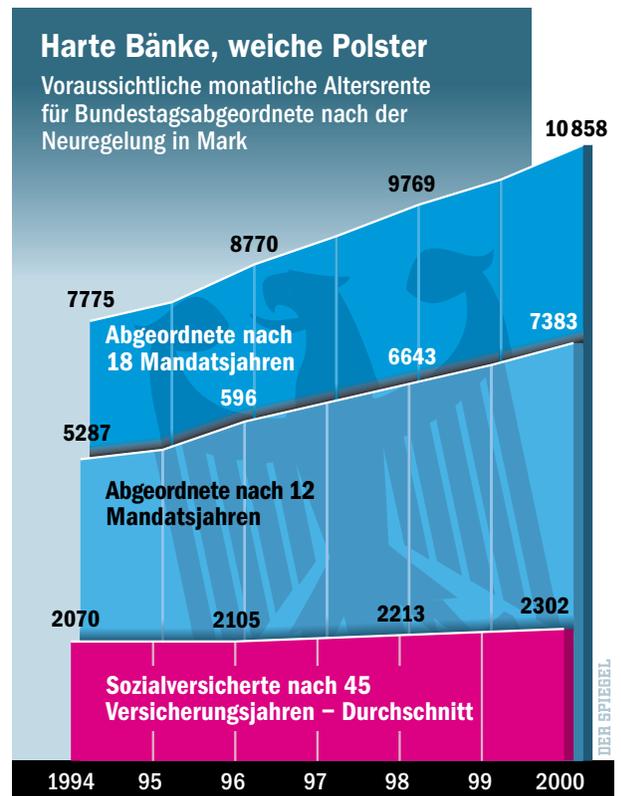
faktisch nicht nur wiederhergestellt, sondern materiell noch weit übertroffen.

Großzügige Übergangsregelungen, eine aufgeblähte Altersversorgung und der Zugewinn nicht angerechneter Einkünfte aus öffentlichen Tätigkeiten, den das Bundesverfassungsgericht verboten hatte, verstärken den Eindruck einer ungehemmten Raffke-Mentalität.

Dazu trugen auch die ständigen Affären um Diäten- und Pensionserhöhungen in den Ländern bei, deren Politiker sich teilweise noch ungenierter bedienten als die Bundestagsabgeordneten. In Hessen wurde vor Jahren sogar eine saftige Anhebung von Diäten und Pauschalen systematisch heruntergelassen, so daß sich Öffentlichkeit und Medien zunächst täuschen ließen. Als die Manipulation herauskam, mußten nacheinander der Vizepräsident und der Präsident des Landtags zurücktreten.

In Hamburg beschloß die Bürgerschaft ein verfassungswidriges Diäten-Gesetz, das sich an dem schlechten Beispiel einer übermäßigen Pensionserhöhung für Senatoren orientierte. Später mußten beide Gesetze kassiert werden. Im verarmten Saarland versuchte Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD) vergebens, mit Vorwürfen gegen Kritiker von hausgemachten Schlaraffenregeln abzulenken. Danach kann ein langgedienter Parlamentarier schon nach einem Tag Amtszeit als Regierungsmitglied eine Pension von 75 Prozent seines Gehalts einfordern.

Ähnlich wie die Bonner Abgeordneten wollten sich die Kollegen in Bayern schon



im Frühjahr für die Diätkur vergangener Jahre entschädigen. Nach mehreren Nullrunden planten die Münchner Landtagsabgeordneten ein Diäten-Plus von gleich 27 Prozent. Nach öffentlicher Empörung über die „Absahner“ und „Abzocker“, so die Schlagzeilen, wurde das Projekt vertagt.

Der Thüringer Landtag hat dagegen im März eine Zugewinn-Automatik beschlossen. Rückwirkend zum 1. November 1994 wucherte er die Diäten von 4900 auf gut 7000 Mark hoch. Nächsten November gibt es weitere 700 Mark dazu.

Daß Abgeordnete gut verdienen sollen, weil Volksvertretung harte Arbeit ist, steht außer Diskussion. Gleichwohl finden die Vertretenen, das Volk, die Jobs überbezahlt: 76 Prozent der im vergangenen Jahr von Emnid im Auftrag des SPIEGEL Befragten halten die Diäten für zu hoch. Und gar 83 Prozent glauben, daß etwa die Mehrzahl der Politiker ohnehin jede Gelegenheit nutze, um unge-rechtfertigte finanzielle Vorteile in Anspruch zu nehmen.

Die „Unregelmäßigkeiten in der Politikfinanzierung“, kommentiert der Staatsrechtler Hans-Peter Schneider, trügen zu einer „Vertrauens- und Glaubwürdigkeitskrise des Parteienstaates“ bei. Mag das eigentliche Einkommen der Politiker noch halbwegs angemessen sein, so hat das Mehrfacheinkommen zahlreicher Abgeordneter aus früherer oder beratender Tätigkeit, wie Schneider bemängelt, „ein Niveau erreicht, das die Vorstellungskraft des einfachen Bürgers schlicht übersteigt und es ihm schwer macht, sich mit bestimmten Leitfiguren überhaupt noch zu identifizieren und ihnen seine Stimme zu geben“.

Die Bundestagsabgeordneten halten, wie Emnid voriges Jahr herausfand, ihre Privilegien für das Normale. Die Diäten finden 45 von 100 befragten Parlamentariern angemessen, 47 zu niedrig. Zu hoch aber sei, wie 62 Prozent der befragten Abgeordneten erklärten, ihre Belastung durch Parlamentsdebatten – obwohl der Bundestag meist leer ist.

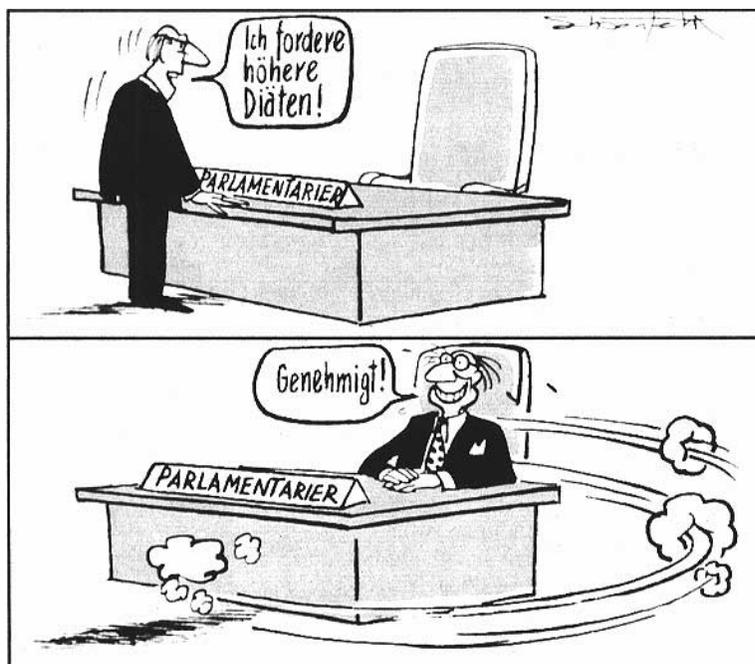
Welche Möglichkeiten zu einträglicher Nebentätigkeit sich gleichwohl Politikern bieten, läßt ein Blick in das Handbuch des Bundestags ahnen. Demnach betätigen sich Abgeordnete, die von Haus aus Gewerkschaftssekretäre sind, in Aufsichts- und Verwaltungsrä-

ten, gelernte Handelsvertreter in Banken- oder Amtsgremien, ehemalige Journalisten in Akademien, Stiftungen und Landsmannschaften.

Allein der Rechtsanwalt Otto Graf Lambsdorff, der als nordrhein-westfälischer FDP-Schatzmeister einst in der Parteispendenaffäre zu 180 000 Mark Geldstrafe wegen Steuerhinterziehung verurteilt wurde, gibt vorschriftsmäßig 22 Aufsichtsratsmandate und Verbandsposten an – von Posten bei Alcatel und General Electric bis zur Würde eines Ehrendomherrn am Domstift Brandenburg.

Insgesamt über 280 Aufsichts- oder Beiratsposten halten Bonner Abgeordnete besetzt. Bei Großunternehmen werden dafür jeweils 20 000 Mark und mehr ausgeschüttet.

Nach Aufdeckung der Flick- und Parteispendenaffäre versprochen die Parteien vor Jahren, für „gläserne Taschen“ der Parlamentarier zu sorgen. Doch der Durchblick fällt immer noch schwer.



Hamburger Abendblatt

Denn Beraterverträge, Firmenbeteiligungen und Gutachterjobs werden im Bundestagshandbuch nicht veröffentlicht.

Die verdeckten legislativen Begünstigungstricks, die oft nicht einmal die Begünstigten selber durchschauen, steigern den allgemeinen Ingrimm über die etablierten Parteien, der sich in zunehmender Politikferne und Wahlenthaltung der Bürger Luft macht.

Die „Austreibung der politischen Moral“, die der Bonner Politologe Thomas Meyer konstatiert, fördert nicht nur den Ansehensverlust von Parteien und Politikern. Sie kann, wie der Stuttgarter Nichtwähler-Forscher Michael Eilfort warnte, über kurz oder lang „auch dem Ansehen

der demokratischen Institutionen“ gefährlich werden.

Der ständige Verlust der Parteien an demokratischer Legitimation wird langfristig begünstigt durch den bräsigen Zynismus der Volksvertreter, denen bei ihren Beutezügen offenbar jedes Unrechtsbewußtsein fehlt.

Sie scheinen sich an vordemokratische Vorstellungen zu halten wie die von der „nützlichen Unklarheit“, die der französische Staatsmann und Machiavellist Fürst Talleyrand so sehr schätzte. Das Volk will betrogen sein, hieß die Leitlinie – oder: „Wer Untertanen regiert, muß sie zwingen oder sie täuschen“, so 1773 der Königsberger Philosoph Johann Georg Hamann.

Für die Bundestagspräsidentin scheint das nun wieder zu gelten. Scheinheilig läßt sie in Presseerklärungen verbreiten, das Grundgesetz werde doch nur „präzisiert“. Süßmuth-Logik: „Eine Klarstellung kann kein Verfassungsbruch sein.“

Das Bundestagspräsidium beschloß, den Abgeordneten schnell noch eine Argumentationshilfe nach Hause zu schicken. Man dürfe sie in ihren Wahlkreisen nicht wehrlos lassen, forderte einfühlsam die grüne Vizepräsidentin Antje Vollmer, „wenn am Montag der SPIEGEL herauskommt“.

Die Täter stehen in Treue fest. Rita Süßmuth verteidigt sich pauschal gegen vermeintliche „Zahlenspieler“ und setzt – Mehrheit ist Wahrheit? – auf die Kraft der großen Koalition: „Die vorgeschlagene Regelung“ sei schließlich „von einer großen Mehrheit getragen“.

Die Moralistin Vollmer setzt noch einen drauf. Sie spricht von „Abgeordneten-Mobbing“ und „lächerlichen Dämonisierungen“.

Mehr Gespür für die Brisanz des Themas zeigt ihr Fraktionschef Joschka Fischer. Er ist gegen jede Diäten-Erhöhung. „Wenn ich das Wort schon höre, reagiere ich wie das Schwein, das gerade noch mal dem Messer des Metzgers entronnen ist“, moserte der Metzgersohn im erweiterten Fraktionsvorstand: „Dann mache ich quiek – und bin weg.“

Ausgerechnet jetzt, wo das Ziel zum Greifen nahe ist, gerät die Strategie der großen Selbstbedienungs-Koalition vielleicht doch noch ins Wanken.

Erste Irritationen gab es letzte Woche. Die Nachricht, daß rund 70 ehemalige Ostparlamentarier eine Extra-Ren-

te von 2400 Mark bekommen sollen, drohte die gesamte Diäten-Reform in die Schlagzeilen zurückzuholen.

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Peter Struck und Kollege Hörster versuchten sogleich, das Feuerchen auszutreten. Anfang dieser Woche soll auf ihr Betreiben die ostdeutsche Extrawurst, für die sich die Präsidentin stark gemacht hatte, möglichst geräuschlos wieder abgeräumt werden.

„Die blöde Süßmuth macht uns alles kaputt“, schimpfte ein SPD-Strategie. Bei der CDU/CSU genügte der bloße Hinweis, einer der Nutznießer werde der DDR-Übergangs-Ministerpräsident Hans Modrow (PDS) sein.

Überraschend zeigt diesmal jedoch der sonst so weiche Koalitionspartner Profil: die FDP. Die Parteiführung beschloß, nun doch noch gegen „die verfassungsrechtlich kritischen Punkte“ (FDP-Rechtsexperte Jörg van Essen) in der Diäten-Vorlage initiativ zu werden. Ein eigener Antrag soll her: mehr Transparenz, keine Grundgesetzänderung, keine Ankoppelung der Diäten an Richter- oder Beamtenbesoldung.

Eine unabhängige Kommission – vom Bundespräsidenten berufen – soll, so die FDP-Pläne, künftig die Höhe der Diäten vorschlagen. Der Bundestag muß dann darüber öffentlich diskutieren und beschließen. Van Essen: „Damit ist der Gesetzesvorbehalt gewahrt, den können und dürfen wir nicht aushebeln.“

Ausgerechnet die „Partei der Besserverdienenden“ (Wahlslogan) zeigt sich bei Diäten und Pensionen bescheiden: kein 13. Monatsgehalt, geringerer Anstieg der Bezüge und dementsprechend niedrigere Ruhegelder.

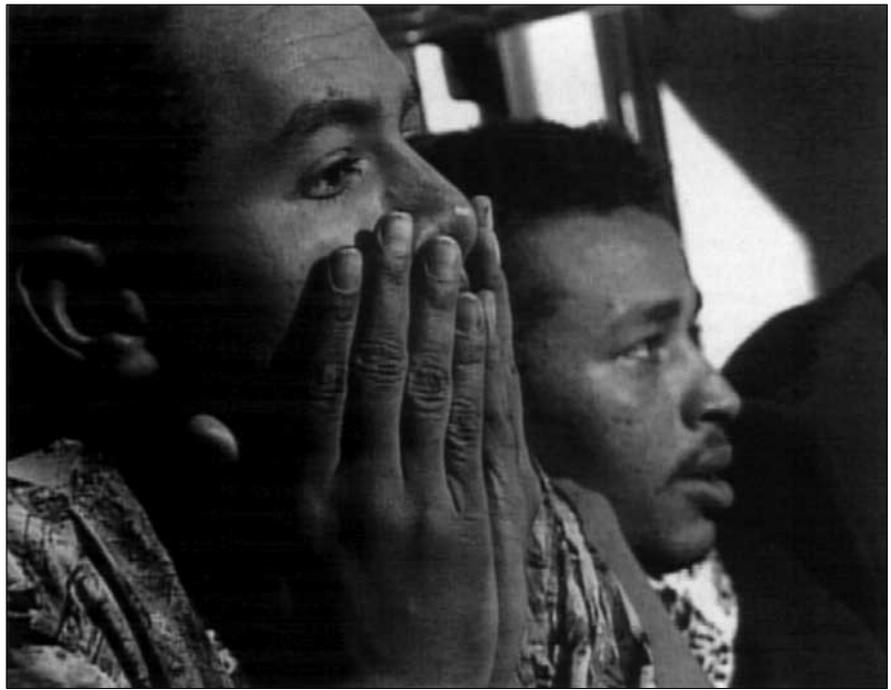
Langjährige ehemalige FDP-Minister wie Hans-Dietrich Genscher, Otto Graf Lambsdorff oder Hans Engelhard geraten jetzt in eine Zwickmühle: Liberale Grundsatztreue wird teuer. Käme der FDP-Antrag durch, so haben Fraktionsmitarbeiter fix ausgerechnet, reduziert sich ihre Ministerpension um etwa 2000 Mark monatlich.

Auch der Parforceritt des eiligen CDU-Briefschreibers Hörster ist erst einmal gestoppt. Der Bundesrat legt sich quer.

Das Hauruckverfahren scheiterte vergangenen Mittwoch schon im Ständigen Beirat, in dem die Länder-Bevollmächtigten die Tagesordnung festlegen.

SPD- und unionsgeführte Länder waren sich schnell einig, daß gerade bei diesem heiklen Thema besondere Sorgfalt vonnöten sei.

Das Verfahren, so ein Teilnehmer, „muß rite laufen“. Wenn schon Verfassungsbruch, dann wenigstens ordentlich. Doch für den 21. September steht der Verfassungsbruch nach wie vor auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages.



Sudanesische Flüchtlinge in Frankfurt: Ein Exempel statuiert

Flüchtlinge

Christlicher Terminator

Interne Dokumente belegen: Innenminister Kanther hat sieben Sudanesen abgeschoben, obwohl er wissen mußte, welche Gefahr ihnen droht.

Eine Koran-Sure, mit Reißzwecken an die Wand gepinnt, Brotreste, Peperoni-Schoten, das sind die Spuren der sieben Sudanesen in dem Schlafraum im Frankfurter Flughafen-Transit.

Aus dem Spind kramen neue Zimmerbewohner einen Zettel hervor, auf dem ihre Vorgänger in feingeschwungener arabischer Schrift ihre Ängste niedergeschrieben haben. „Wir wissen nicht, wohin wir gehen, was aus uns wird“, übersetzt ein Landsmann sinngemäß, „ob man uns fesselt oder tötet.“

Was mit den Autoren geschieht – Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) will es darauf ankommen lassen. Am Dienstag vergangener Woche ordnete er die Abschiebung der durch Hungerstreik geschwächten Flüchtlinge an.

In einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurden die Studenten in ihre Heimat Sudan zurückverfrachtet, in eine fundamentalistische Militärdiktatur, in der Terror und Folter alltäglich sind (siehe Seite 32).

Ein Exempel sollte statuiert werden, daß Deutschland hart und abschreckend sein Gesetz vollstreckt – im Zweifel nicht für, sondern gegen Asylsuchende. Dabei belegen interne Dokumente, daß die Bundesregierung den Sudan sehr wohl für gefährlich hält.

Selbst Parteifreund Wolfgang Schäuble war über den Juristen Kanther erschrocken: Eiskalt und menschenverachtend habe der Kollege im Fernsehen gewirkt. Es sei nicht klug gewesen, so der CDU/CSU-Fraktionschef im kleinen Kreis, wie der Innenminister mit dem Thema umgegangen



Innenminister Kanther
Eiskalt und menschenverachtend

Peitsche und Zwiebelmesser

Terror, Folter und ethnische Säuberungen – der Horrorstaat Sudan

Die Macht ergriff Umar Hassan el-Baschir „im Namen Allahs, des Gütigen und Barmherzigen“ – doch Milde wollte der General nicht walten lassen.

„Wer diese Nation verrät, hat es nicht verdient zu leben“, verkündete Baschir nach seinem Putsch 1989 und drohte: „Wir werden unsere Reihen von Verrätern und Gesinnungslosen, von Feinden des Volkes und der Streitkräfte säubern.“ Der Staatschef hielt Wort – zum Entsetzen von Menschenrechtsorganisationen und Hilfswerken.

Das „barbarischste Regime der Welt“, so die Göttinger Gesellschaft für bedrohte Völker, knechtet Afrikas größten Flächenstaat, den seit Jahren – weitgehend selbstverschuldete – Hungerkatastrophen und ein grausamer Bürgerkrieg erschüttern. Uno-Experten schätzen, daß bereits ein Drittel der 29 Millionen Sudanese hungern.

Errichtet haben Baschir, 51, und sein Vordenker Hassan el-Turabi, 63, eine militante Religionsdiktatur, gegen die selbst der Iran des Ajatollah Chomeini liberal wirkt, einen Folterstaat, der an das afrikanische Horrorregime Idi Amins erinnert.

Alle politischen Parteien und Gewerkschaften wurden verboten, oppositionelle Politiker eingekerkert oder verschleppt, die ohnehin schon benachteiligten Animisten und Christen im Süden des Landes weiter entrechtet und zuweilen sogar mit der „Hunger-Waffe“ unterbliebener Lebensmitteltransporte gezielt ins Elend gestürzt. Statt wie früher 40 Tageszeitungen erscheinen heute im Sudan nur noch 4, streng staatlich kontrollierte. Mehrere Geheimdienste beschatten alle Verdächtigen rund um die Uhr.

Das Schreckensregime wird nach außen hin von einem Kabinett regiert,



Juntachef Baschir: „Wer verrät, verdient nicht zu leben“



Islamistenführer Turabi: Mehr Macht als Chomeini

unter Vorsitz von Präsident und Premier Baschir. Wichtiger ist der nur Insidern bekannte „Rat der Vierzig“ – ein Gremium von Offizieren und Islamideologen, die in regelmäßigen Geheim Sitzungen die Anordnungen ihres fanatisch-fundamentalistischen Chefs entgegennehmen: Hassan el-Turabi.

Der in Großbritannien und Frankreich ausgebildete Islampolitiker „übt mehr Macht aus als selbst Irans Ajatollah Chomeini in seinen besten Zeiten“, beklagt der vor kurzem wieder einmal nach längerer Haft freigelassene Sadik

el-Mahdi, letzter gewählter Regierungschef des Sudan vor dem abrupten Ende der demokratischen Ära. In der Tat gängelt Turabi, der keinen Regierungsposten bekleidet, sogar die Junta, Armee und Polizei – ein ganzes Volk.

Nach Ansicht westlicher Experten sind die volkswelt „Geisterhäuser“ genannten Foltergefängnisse – eines befindet sich in unmittelbarer Nähe der Residenz des deutschen Botschafters – noch schlimmer als die Lager von Saddam Hussein. Die unzähligen willkürlichen Festnahmen rauben den Bürgern das letzte Gefühl von Sicherheit – jeder weiß, daß Oberst Schams el-Din, berüchtigtes Mitglied des allmächtigen Vierziger-Rates, nächstens selbst Razzien durchführt und seine sadistischen Gelüste an Opfern austobt.

Willkür und Schreckensherrschaft verbirgt die Junta hinter einer Fassade der Legalität. Ein Nationales Sicherheitsgesetz wurde so geändert, daß Verhaftungen offiziell der Kontrolle der Gerichte unterworfen sind. Dennoch kann jedermann ohne Anklage und Verfahren eingekerkert werden, wenn ein Magistrat dem zustimmt und der Gefangene formal keinen Einspruch erhebt. Eine zynische Show: Amnesty Inter-

national ist „nicht ein einziger Gefangener bekannt“, der Widerspruch gewagt hätte.

Berichte von Inhaftierten lesen sich wie aus einem Handbuch für Folterer: Verbrennungen, herausgerissene Fingernägel und Auspeitschungen bis zur Ohnmacht sollen bei Verhören fast schon gängige Praxis sein. Seit Macht ergreifung Baschirs, schätzte der Amnesty-International-Generalsekretär Pierre Sane, seien Zehntausende von Menschen in der Haft umgekommen.

FOTOS: MANGOCHEH / SYGMA



Die Scharia, die islamische Rechtsordnung, von dem Regime seit 1989 wieder angewandt, führt mitunter zur Blutorgie. Ein Beispiel: das Schicksal des Christen John Robien Ayai, 18, der 1994 auf offener Straße aufgegriffen und ohne Anwalt durch ein Schnellgericht abgeurteilt, dann verstümmelt wurde. Ayai berichtete Anfang des Jahres der Gesellschaft für bedrohte Völker, die Gefangenewärter hätten ihn „mit einem normalen Küchenmesser, das man zum Zwiebschneiden benutzt“, so lange gequält, bis die Hand ab war.

Eine rapide Verelendung der Massen hat das Regime die letzten Sympathien gekostet. „Die können sich nur noch auf die Nutznießer ihrer Verbrecherherrschaft verlassen“, befand Mamun el-Scharfi, Sprecher der gemäßigt islamischen Umma-Partei, der im Kairoer Exil mit seiner „baldigen Rückkehr“ rechnet.

Über 70 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung sind ohne regelmäßiges Einkommen. Der Laib Brot kostet 50 sudanesisches Pfund, ein Kilo Fleisch ist unter 1200 Pfund nicht zu haben; der monatliche Durchschnittslohn liegt bei 1400 Pfund. Internationale Hilfsorganisationen berichteten von den ersten Hungertoten in Khartoum.

Das von der Natur mit genügend fruchtbarem Ackerland und üppigen Bewässerungsmöglichkeiten gesegnete Nilland leidet schwer: Der seit zwölf Jahren wieder tobende Bürgerkrieg zehrt die letzten Ressourcen auf; Millionen Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht; Zehntausende sind Opfer von Zwangsumsiedlungen, mit denen die Junta das Land ethnisch säubert, rebellische Stämme ausrotten will.

Das Blutvergießen wird immer schlimmer, weil die Turabi-Ideologen

den widerspenstigen nichtislamischen Süden mit Gewalt bekehren wollen, dazu aber militärisch kaum in der Lage sind: ein Konflikt, der von Regierenden wie Aufständischen ohne jede Rücksicht auf die Zivilbevölkerung ausgefochten wird.

Kaum ein Regime hat eine so militante Außenpolitik wie der Sudan, der sich als einziger „rechtmäßiger“ islamischer Staat auf dem Schwarzen Kontinent versteht und Andersgläubige gewaltsam missionieren will – per Revolutionsexport.

Das Duo Turabi/Baschir läßt in allseits bekannten Trainingslagern arabische Veteranen des afghanischen Bürgerkriegs zum Einsatz in ihren „gottlosen“ Heimatländern ausbilden – westliche Botschafter kutschieren interessierte Gäste schon mal im eigenen Wagen ungehindert zu den als Farmen getarnten Extremistencamps. Seit Jahren steht der Sudan auf der Liste der „Terrorstaaten“ des US-Außenministeriums – für Turabi eine „Liste der Ehre“.

Ein Höhepunkt des staatlich verordneten Terrors war der – knapp fehlgeschlagene – Anschlag auf den ägyptischen Staatspräsidenten Husni Mubarak in Addis Abeba im vergangenen Juni. „Das Maß ist voll“, erklärten ägyptische Spitzenpolitiker, die Luftwaffe erwägt inzwischen Einsätze gegen die Terroristenlager.

Der östliche Nachbar Eritrea, der wegen des Revolutionsexports um die eigene Stabilität fürchtet, brach die diplomatischen Beziehungen ab und erlaubte den sudanesischen Oppositionsparteien, in der Hauptstadt Asmara eine gemeinsame Widerstandsfrente, die „Nationale Demokratische Sammlung“, zu gründen. Das Nachbarland Äthiopien drohte, die Beziehungen zu beenden.

Die größte Gefahr für die Junta aber kommt wohl vom Volk. Empört über eine drastische Erhöhung der Brotpreise und Verhaftungen von Studenten, rebellierten am vorvergangenen Wochenende in Khartoum tagelang auf den Straßen. „Den aufbegehrenden Massen schließen sich immer mehr Soldaten und Polizisten an“, berichtet aus seinem Exil Oppositionsführer Mubarak el-Fadil el-Mahdi, 45.

Dennoch gab sich Manfred Kanthers Kollege im Sudan, Innenminister General Bakri Hassan Salih, vergangene Woche zuversichtlich. Den Protesten, schwor der Militär in Khartoum, werde er ein Ende machen. Sein Rezept: „unnachgiebige Härte“.

sei, bei dem sich leicht Emotionen mobilisieren ließen.

Auf „das geltende deutsche Recht“ hatte Kanther gepocht. „Ganz ausdrücklich“ betonte der Parteichrist, „daß es keine Gründe gibt, die gegen die Rückführung sprechen“. Die Kritik von Kirchen und Parteien an seiner Entscheidung sei „völlig unangebracht“ und „hysterisch“. Die Bundesregierung, unterstützte ihn Kanzleramtschef Friedrich Bohl, sehe sich „in großer Übereinstimmung mit der breiten Mehrheit unserer Bevölkerung“.

CDU-Mann Norbert Blüm, vom Limburger katholischen Bischof Franz Kamphaus alarmiert, hatte sich bei Kanther „für diese Menschen“ in die Bresche werfen wollen. Der Innenminister war nicht zu sprechen.

Außenminister Klaus Kinkel (FDP) versuchte nach eigenen Angaben „den ganzen Dienstag abend über“, den Kol-



Abschieberaum im Flughafen Frankfurt*
„Wir wissen nicht, wohin wir gehen“

legen Kanther zu sprechen, und wieder auch noch nachts aus dem Auto heraus – vergebens. „Herrgottsakrament nochmal“, wollte er zu Kanther sagen, „laßt uns doch noch 48 Stunden warten.“

Dabei stützte sich das Verfassungsgericht, das die sieben angerufen hatten, bei seinem endgültigen Abschiebebeschluß auf eine offizielle Äußerung des Kinkel-Ministeriums vom 1. September, die gewagte Feststellungen enthält: Nach Erkenntnissen der Botschaft in Khartoum „konnte eine politische Betätigung“ der Flüchtlinge nicht festgestellt werden. „Nach den dem Auswärtigen Amt vorliegenden Erkenntnissen werden ausgewiesene beziehungsweise abgeschobene Asylbewerber im Sudan allein aufgrund eines im Ausland durchgeführten Asylverfahrens bei einer Rückkehr in den Sudan nicht verfolgt.“

Der deutsche Diplomat habe den Fall mit dem Staatssekretär im sudanesischen Außenministerium erörtert. „Der

* Auf dem Tisch ein Zettel der Sudan-Flüchtlinge.

Staatssekretär sicherte dabei zu, daß die sieben nach der Rückkehr keine staatliche Verfolgung oder menschenrechtswidrige Behandlung zu befürchten hätten.“ Wichtige Fakten aber unterschlug die Expertise. So stand nicht drin, daß die Botschaft das auch schriftlich haben wollte, jedoch nicht erhielt. Statt dessen wurde dem deutschen Gesandten in Khartum am 11. September lediglich ein – in der Stellungnahme ebenfalls nicht erwähntes – stark eingeschränktes schriftliches Statement zugestellt.

Darin verpflichtet sich das sudanesisches Außenministerium lediglich, daß die sieben nicht verfolgt, festgesetzt oder bestraft würden „wegen ihres Verhaltens in Deutschland und ihres Antrags auf politisches Asyl“. Anderer Vorwürfe wegen wären sie demnach ohne weiteres zu belangen.

Das Gutachten des Außenministeriums steht überdies in krassem Wider-

tert worden seien. Frankfurter Ärzte sahen die Spuren: Brandwunden von ausgedrückten Zigaretten an Brust und Armen, blutige Verletzungen am Anus.

So hatte Kinkel offenbar Zweifel am beruhigenden Bericht seiner eigenen Leute: Im letzten Augenblick setzte er sich noch dafür ein, die Flüchtlinge nach Eritrea zu bringen.

Selbst wenn noch keine amtliche Aufnahmeerklärung aus der eritreischen Hauptstadt Asmara in Bonn vorlag – die Chancen standen gut. Eritreas Staatspräsident Isaias Afwerki hatte bereits erklärt, jedem sudanesischen Oppositionellen Zuflucht gewähren zu wollen.

Einer der Anführer der Opposition, Mubarak el-Fadil el-Mahdi, Generalsekretär der „Nationalen Demokratischen Sammlung“ des Sudan, bestätigte vorigen Donnerstag dem SPIEGEL aus dem Exil: „Eritreas Präsident hat mir am Dienstag morgen telefonisch zugesi-

an das Folterregime ausliefern. Nachdem sie in einer Lufthansa-Maschine am Dienstag nachmittag randalierten und der Kapitän den Abflug verweigert hatte, ließ der Minister eine rumänische Charter-Crew den Job übernehmen.

Es ging dem „allerchristlichsten Terminator“, so SPD-MdB Peter Struck über Kanther, mit der Abschiebung auch in ein Schreckenland wie den Sudan vor allem darum, die umstrittene sogenannte Flughafenregelung des neuen Asylrechts endlich voll anzuwenden. Danach entscheidet eine Behörde, ob Ausländer überhaupt zu einem ordentlichen Asylverfahren zugelassen werden oder noch aus dem exterritorialen Transitbereich wieder abgeschoben werden.

Ein anderer Grund: die Angst vor rechtem Druck. Eduard Lintner (CSU), Parlamentarischer Staatssekretär bei Kanther, befürchtet, wenn die Flughafenregelung als „Grundpfeiler“ des neuen Asylrechts einstürze, „werden sich Teile der Bevölkerung hier wieder radikalieren“.

Die Eilentscheidung des Verfassungsgerichts zur Abschiebung der sieben Sudanesen war auch ein Dämpfer für jene, die von den Karlsruher Richtern eine Revision des seit 1993 geltenden restriktiven Asylrechts erwarten. Anfang November wird der Zweite Senat Gegner und Befürworter dazu anhören, sein Urteil voraussichtlich im nächsten Februar sprechen.

Die bisherigen Einzelentscheidungen aus Karlsruhe deuten darauf hin, daß die Richter das neue Recht zwar nicht kippen, Behörden und Kollegen, die über Asylanträge zu entscheiden haben, aber sehr strenge Prüfungs- und Vorsorgekriterien zugunsten der Asylbewerber auferlegen könnten.

Formal verhält sich die Regierung schon entsprechend: „Der Sudan hat zugesichert, daß denen nichts passiert“, sagte Kin-

kel am vergangenen Donnerstag. „Unsere Botschaft kriegt die entsprechende Weisung von mir, darauf genau hinzugucken. Und da dies jetzt die ganze Welt tut, wird denen auch nichts passieren. Das versichere ich.“

Nach Angaben des Frankfurter Flughafen-Sozialdienstes, der Kontakt zu Verwandten der Abgeschobenen im Sudan hat, waren bis Freitag vormittag freilich erst drei der sieben bei ihren Familien angekommen. Auch dort können sich die Studenten keineswegs gut aufgehoben fühlen. Verwandte und Freunde der Abgeschobenen hatten in den vergangenen Wochen schon unangenehmen Besuch: vom sudanesischen Geheimdienst.



HERZAU / SIGNUM

Abschiebung in Frankfurt: Angst vor rechtem Druck

spruch zu einem „VS-vertraulich“ gestempelten „Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage im Sudan“ desselben Amtes vom 19. Juli 1995.

Dort heißt es: „Der Sudan ist kein Rechtsstaat, sondern eine Diktatur einer kleinen Gruppe. Folter, psychisch und physisch, wird als Ermittlungsinstrument und Einschüchterungsmethode angewandt.“

In der Schnell-Anhörung vor dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hatten die sieben Sudanesen berichtet, wie sie als Mitglieder verbotener Oppositionsparteien nach Vorträgen an der Universität oder dem Verteilen von Flugblättern verhaftet, eingesperrt, zum Teil brutal gefol-

chert, daß die sieben in Asmara willkommen seien.“ Mahdi schickte zwei Sendboten zu Kanther, doch die seien nicht vorgelassen worden.

Kanther hatte eine Zeitlang so getan, als sei auch er am Ausweg Eritrea interessiert. Dem Kirchenpräsidenten von Hessen und Nassau, Peter Steinacker, schrieb Kanther am 4. September: „Ihren nunmehrigen Vorschlag einer Ausreise der betreffenden Ausländer in ein Drittland habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen. Einem solchen Verfahren stehe ich grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber.“

Steinacker wie andere Kirchenmänner vertrauten dem Minister. Doch Kanther ließ die sieben, so rasch es ging,



J. H. DARCHINGER

Claes beim SPIEGEL-Gespräch*: „Hätten wir den Auftrag zum Eingreifen früher bekommen, wäre Leid verhindert worden“

SPIEGEL-Gespräch

„Klopfen an unserer Tür“

Nato-Generalsekretär Willy Claes über Bosnien, Bombenangriffe und den Streit mit Moskau

SPIEGEL: Herr Generalsekretär, zum ersten Mal in der Geschichte ihres Bestehens hat die Nato Krieg geführt. Können Sie sich zum Sieger erklären, nachdem die Serben zusagten, ihre Geschütze um Sarajevo zurückzuziehen?

Claes: Ich rede nicht gern von Sieg, und ich spreche auch nicht gern davon, daß wir an einem Krieg teilgenommen haben. Die Nato hat nur die gültigen Beschlüsse des Uno-Sicherheitsrats durchgesetzt.

SPIEGEL: Über 3500 Flugeinsätze, Marschflugkörper, Hunderte von laser-gesteuerten Bomben – das nennen Sie keinen Krieg?

Claes: Uns ging es darum, die Sicherheit der Uno-Schutzzonen zu gewährleisten, die Belagerung von Sarajevo aufzuheben und den Blauhelmen sowie den humanitären Hilfsorganisationen freien Zugang zur bosnischen Hauptstadt zu verschaffen. Dafür waren durchschlagende militärische Maßnahmen nötig.

SPIEGEL: Warum hat es so lange gedauert, bis Uno und Nato sich dazu aufrafften?

Claes: Die Vereinten Nationen haben zu lange am klassischen Konzept der Friedensbewahrung festgehalten. Die Haltung und die Interessen der Uno-Verantwortlichen konnten nicht identisch mit denen der Nato-Generäle sein.

Willy Claes

ist seit Oktober 1994 Chef des mächtigsten Militärbündnisses der Geschichte. Der flämische Sozialist und ehemalige belgische Erziehungs-, Wirtschafts- und Außenminister trat die Nachfolge des verstorbenen Deutschen Manfred Wörner an. Claes, 56, gilt als Verfechter einer eigenständigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Ausweitung der Nato gegenüber den Staaten Osteuropas erklärte er zur „historischen Pflicht“.

Der Uno ging es um die Sicherheit ihrer Truppen am Boden, während unsere Militärs darauf bedacht waren, optimale Wirkung zu erzielen.

SPIEGEL: Wird nach den gemachten Erfahrungen bei künftigen Friedensmissionen schneller scharf geschossen?

Claes: Wir müssen darauf achten, daß wir unsere Friedensziele nicht nur klar definieren, sondern auch von Anfang an durchsetzen. Das ist das Wesen einer präventiven Politik, die Konflikte erstickt, bevor sie wirklich heiß werden. Hätte die Nato den Auftrag bekommen, frühzeitig einzugreifen, wäre viel Leid verhindert worden.

SPIEGEL: Am Ende stand die Glaubwürdigkeit des Westens auf dem Spiel. Hatten Sie einmal Zweifel, ob die bewahrt werden könnte?

Claes: Ich habe immer noch Zweifel, denn ich weiß nicht genau, wozu unser Einsatz am Ende wirklich führen wird. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß Zusagen nicht eingehalten und Unterschriften zurückgezogen werden. Deshalb müssen wir äußerst wachsam blei-

* Mit Redakteuren Romain Leick und Heiko Martens.

ben. Wir stehen an einer Wegscheide, drücken wir die Daumen.

SPIEGEL: Das heißt, daß die Nato die Luftangriffe wieder aufnimmt, wenn die bosnischen Serben ihren Verpflichtungen nicht nachkommen?

Claes: Dazu wären wir gezwungen. Ich hoffe, daß es soweit nicht kommt. Aber es darf keinen Zweifel geben, daß wir entschlossen sind, die von der internationalen Gemeinschaft festgelegten Regeln durchzusetzen, wenn nötig mit Gewalt.

SPIEGEL: Wie kann die Nato denn sicherstellen, daß die Serben diesmal kein Versteckspiel treiben?

Claes: Unsere Aufklärungsflüge über Bosnien gehen weiter wie bisher. Das ist General Mladić mitgeteilt worden. Wenn irgendein Angriff der bosnischen Serben auf uns oder die Uno-Blauhelme stattfindet, werden wir nicht zögern, angemessen zu antworten.

SPIEGEL: Die Serben halten einen großen Teil ihrer schweren Waffen in gut getarnten Stellungen verborgen. Die können Sie aus der Luft gar nicht alle kontrollieren. Warum wollen Sie keine Bodentruppen entsenden, um zu prüfen, ob das Kriegsgerät wirklich aus der Umgebung von Sarajevo abgezogen wird?

Claes: Das ist nicht die Aufgabe der Nato. Die Uno-Friedenstruppen müssen den Rückzug überwachen. Natürlich gibt es keine hundertprozentige Garantie. Aber unsere Aufklärungsmöglichkeiten sind sehr gut. Wir haben die Bombardements nur unterbrochen. Uno und Nato haben nicht beschlossen, den Schlüssel wegzuerwerfen.

SPIEGEL: Aber Sie haben doch keinen Blankoscheck von der Uno bekommen.

Claes: Den wollen wir gar nicht. Wir haben in den vergangenen Wochen nur Ziele angegriffen, die von der Uno-Friedenstruppe und der Nato gemeinsam ausgewählt worden waren.

SPIEGEL: Ist das der Grund, weshalb die Nato eher verhalten bombardiert und die Fronttruppen der Serben offensichtlich verschonte?

Claes: Unsere militärischen Planer haben sich größte Mühe gegeben, ungewollte Schäden („collateral damage“) zu vermeiden. Deshalb wurden bewußt einige Ziele ausgespart, die normalerweise ganz oben auf der Liste gestanden hätten.

SPIEGEL: Die russische Regierung will von solcher Sorgfalt aber nichts bemerkt haben. Sie hat der Nato vorgeworfen,

Völkermord an ihren slawischen Brüdern zu begehen.

Claes: Dieser Vorwurf aus Moskau ist völlig unakzeptabel. Selbst der bosnische Serbenführer Karadžić hat zugegeben, daß die Zivilbevölkerung nur gering in Mitleidenschaft gezogen wurde.

SPIEGEL: Die Serben haben aber auch behauptet, daß allein bei Angriffen auf die nordbosnische Stadt Doboj mehr als 50 Menschen getötet worden seien.

Claes: Das kann ich weder bestätigen noch dementieren. Es ist doch so: Wenn

haben. Ich glaube, General Mladić hat die Aussichtslosigkeit seiner Lage erkannt. Sein Kommunikationssystem war zusammengebrochen, er hatte kaum noch Verbindung zu den einzelnen Truppenteilen.

SPIEGEL: Das hört sich eindrucksvoll an, aber es gibt auch Berichte von Uno-Offizieren, wonach die Kampfkraft der bosnischen Serben nicht entscheidend geschwächt worden sei. Viele Bomben seien danebengegangen . . .

Claes: . . . das ist menschlich, oder?



Bosnische Serben auf der Flucht vor kroatischen Angriffen: „Die Nato hat Lehrgeld bezahlt“

die bosnischen Serben ihre schweren Waffen in die Umgebung von Schulen, Krankenhäusern und Dörfern bringen, gestalten sich unsere Operationen nun einmal sehr schwierig.

SPIEGEL: Können Sie uns denn sagen, wie viele Verluste es auf serbischer Seite gegeben hat?

Claes: Ich habe keine Zahl. Noch nicht mal eine Größenordnung.

„Mit Partnerschaft für den Frieden ein neues Jalta verhindern“

SPIEGEL: Zwei Wochen lang flog die Nato Angriff auf Angriff, ohne daß Serbengeneral Mladić bereit gewesen wäre, nachzugeben. Was genau brachte die Wende?

Claes: Ich habe eben die Lagebeurteilung des Nato-Oberbefehlshabers für Europa gehört. Unsere Angriffe waren sehr systematisch und wirkungsvoll, obwohl wir unsere eigenen Spielregeln – Schonung der Zivilbevölkerung als oberstes Gebot – sorgfältig eingehalten

SPIEGEL: Die eine oder andere Cruise Missile ist im freien Feld eingeschlagen. Bei einem Stückpreis von 1,3 Millionen Dollar ein kostspieliges Experiment.

Claes: Nichts auf dieser Welt ist vollkommen. Aber Sie sollten bedenken, daß in jeder militärischen Auseinandersetzung psychologische Kriegführung und Propaganda eine große Rolle spielen.

SPIEGEL: Gerade deshalb hätte ein einziger Fehlschuß für die Nato zur Katastrophe führen können, wenn eine Großzahl von Zivilisten dabei umgekommen wäre.

Claes: Dieser Gefahr waren wir uns bewußt. Deshalb ist es auch nicht überraschend, daß unsere militärischen Planer zunächst das sehr ausgeklügelte Luftverteidigungssystem der Serben und ihre Kommunikationseinrichtungen ausschalten wollten. Das Risiko für die Zivilbevölkerung blieb dabei so gering wie möglich.

SPIEGEL: Es scheint uns bemerkenswert, daß die Serben ausgerechnet dann einlenkten, als kroatische und moslemische Truppen in Westbosnien eine neue Offensive begonnen hatten, die ihnen

große Geländegewinne einbrachte. Offensichtlich haben sie die Gelegenheit genutzt, um unter dem Nato-Schutzschild vollendete Tatsachen zu schaffen.

Claes: Das bedrückt mich. Wir haben immer gesagt, daß wir nicht Kriegspartei sind und keiner Seite in diesem Konflikt militärisch helfen wollen. Wir wollen unsere Neutralität bewahren. Deshalb haben wir die Kroaten und die bosnische Regierung ganz deutlich gewarnt: Versucht nicht, einen Vorteil aus der militärischen Nato-Operation zu ziehen.

SPIEGEL: Genau das tun sie aber. In den Augen der Serben steht die Nato als Komplize ihrer Feinde da.

Claes: Wir sind nicht Komplize. Gemeinsam mit Uno-Generalsekretär Butros Butros Ghali habe ich alle Parteien aufgefordert, die militärische Konfrontation zu beenden, sich an den Verhandlungstisch zu setzen und einen fairen Kompromiß zu finden. Ich begreife die Vorstöße der Kroaten und der bosnischen Regierung nicht ganz. Sie versuchen jetzt, Gelände an sich zu reißen, das ihnen ohnehin zufällt, wenn es zum Frieden kommt. Ein zynisches Kalkül, das keine Rücksicht auf das Elend von Zehntausenden neuer Flüchtlinge nimmt. Das einzig Humane ist ein sofortiger Waffenstillstand.

SPIEGEL: Davon müssen nicht nur die Serben Mladić und Milošević, sondern auch der kroatische Präsident Tudjman und sein bosnischer Kollege Izetbegović überzeugt werden. Deren Verlangen nach Revanche ist noch lange nicht gestillt.

Claes: Ich kann nur wiederholen: Niemandem darf gestattet werden, die Nato-Aktivitäten für seine Zwecke auszunutzen.

SPIEGEL: Für ihre militärischen Erfolge hat die Nato jetzt schon einen hohen politischen Preis bezahlen müssen – die Beziehungen zu Rußland haben sich dramatisch verschlechtert. Präsident Jelzin fühlt sich nun erst recht in seiner Überzeugung bestärkt, daß er die Nato unter allen Umständen von seinen Grenzen fernhalten müsse.

Claes: In gewisser Weise kann ich das sogar nachvollziehen. Während der gesamten Dauer des Kalten Kriegs wurde die Nato jedem Sowjetbürger als der Teufel schlechthin vorgeführt. Es braucht Zeit, um diese Einstellung zu ändern, auch wenn wir noch soviel informieren, konsultieren, kooperieren. Für die russische Regierung ist deshalb die Versuchung groß, sich über unsere militärischen Aktivitäten zu erregen, obwohl wir uns streng an das Mandat halten, das uns die Uno erteilt hat – mit Zustimmung der Russen.

SPIEGEL: Ist die Erweiterung der Nato nach Osten in weite Ferne gerückt, weil sie für Moskau eine unerträgliche Provokation wäre?

Claes: Wir werden Rußland kein Veto-Recht zugestehen, die Erweiterung der Nato wird weiterhin geplant. Dem Nato-Rat wird noch diese Woche eine Studie über die mögliche Aufnahme neuer Mitglieder vorgelegt – aber ich bin der Meinung, daß wir parallel dazu unsere Beziehungen zu Rußland ausbauen müssen, um eine sinnvolle europäische Sicherheitsstruktur errichten zu können. Deshalb lade ich alle unsere Partner ein, noch vor Ende dieses Monats nach Brüssel zu kommen und sich über die Studie zu informieren.

SPIEGEL: Der in Rußland überaus populäre General Alexander Lebed sieht den dritten Weltkrieg vor der Tür, wenn Staaten wie Polen in die Nato eintreten sollten. Wie wollen Sie da einen konstruktiven Dialog mit Moskau führen?

Claes: Ich weiß, das ist nicht einfach. Aber je heftiger die Russen gegen das Prinzip der Nato-Erweiterung prote-

Claes: Unsere erste Aufgabe ist es, eine europäische Sicherheitsarchitektur aufzubauen – ohne neue trennende Grenzen. Dies kann ein Verteidigungsbündnis allein nicht leisten, da sind auch andere Organisationen gefordert.

SPIEGEL: Also lieber EU-Integration als Nato-Mitgliedschaft?

Claes: Ich weiß nicht, ob die Regierungskonferenz der Europäischen Union im nächsten Jahr eine eigene Sicherheitspolitik beschließen wird. Aber man sollte sich keine Illusionen machen: Auch in den nächsten Jahrzehnten brauchen wir in Europa die transatlantische Bindung, also die Nato.

SPIEGEL: Um sich gegen wen zu wehren?

Claes: Man kann nie wissen. Ich schaue dabei nicht nach Osten oder Westen. Auch an der europäischen Südflanke entstehen Krisen- und Gefahrenherde. Es hat sich gezeigt, daß in bestimmten Momenten Politik und Diplomatie der militärischen Abstützung bedürfen.

SPIEGEL: Der Friede wird nicht sicherer, wenn in Europa erneut – wie Jelzin befürchtet – zwei antagonistische Blöcke entstehen, von denen der eine, die Nato, immer größer wird.

Claes: Wir müssen auf alle Fälle ein neues Jalta verhindern. Ich bin überzeugt, daß wir mit unserer Partnerschaft für den Frieden ein Instrument in der Hand haben, das eine solche Entwicklung abwenden kann.

SPIEGEL: Nachdem Rußland dieser Partnerschaft beigetreten war, sagten Sie, jetzt sei es möglich, daß die Nato und Rußland „richtige Freunde“ werden . . .

Claes: . . . und ich bleibe dabei. Wir sind auf dem Weg dahin. Nicht nur in der Nato. Nehmen Sie die Weltbank, die OECD, die Europäische Union – alle



Präsident Jelzin: „Drohungen sind kontraproduktiv“

diese Organisationen sind bestrebt, Rußland bei seiner schweren Umwandlung zu helfen. Das sind Beweise einer echten Freundschaft.

SPIEGEL: Bleibt das Zusammenwirken von Uno und Nato in Bosnien ein einmaliger Fall, oder könnte das ein Modell sein für die Konfliktregelung der Zukunft?

Claes: Wir können nur von Fall zu Fall entscheiden. Die Uno hat im Bosnienkonflikt dazugelernt, die Nato auch. Aber es bleibt unsere wichtigste Aufgabe, der internationalen Gemeinschaft zu helfen, Konflikte zu bekämpfen – natürlich vor allem in Europa.

SPIEGEL: Herr Generalsekretär, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Saftige Dummheit

SPD-Politiker Peter Glotz über die gefährliche Osterweiterung der Nato und die Angst der Russen

Die Deutschen sind ein seltsames Volk. Vor einem Jahrzehnt protestierten Hunderttausende, als die Regierung neue Raketen aufstellen wollte. Wenn eine Staffel „Tornados“ nach Bosnien geschickt wird, erhebt sich ein gewaltiger Disput. Wenn aber die gesamte Verteidigungsstrategie umgestürzt und das Verhältnis zu Rußland empfindlich gestört wird – durch die sogenannte Osterweiterung der Nato nämlich – regt sich kein Hauch. Dann dürfen die Experten wie Volker Rühle und Karsten Voigt das Land durch eine Steter-Tropfen-höhlt-den-Stein-Strategie ebenso vorsichtig wie systematisch festlegen. Dann darf der Kanzler den Polen große, ungedeckte Schecks ausstellen. Eine Diskussion findet nicht statt.

Die Nato ist drauf und dran, eine saftige Dummheit zu begehen. In einem raschen Zug sollen keineswegs alle, wohl aber vier oder fünf mittelosteuropäische Staaten zu Vollmitgliedern gemacht werden: Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei und (viel-



Nato-Anwärter Havel, Partner Kohl: Falsches Signal

leicht) Slowenien. Das zieht eine neue, willkürliche Grenze durch Osteuropa, stärkt die großrussischen Kräfte in Moskau, gefährdet die Abrüstungsvereinbarungen mit Rußland und schwächt die Entscheidungsfähigkeit des Bündnisses.

Die europäische Linke aber ist abgetaucht. Hat sie inzwischen Zbigniew

Brzezinski und Henry Kissinger als Berater engagiert? Macht sie gemeinsame Sache mit den Gingrich-Republikanern? Oder schlingert sie nur mit Bill Clinton? Als Hauptargument für das Ausgreifen nach Osten benutzen die Außenpolitiker den Wunsch nach politischer Stabilität in „Zwischeneuropa“. Da sie langsam begreifen, daß die Aufnahme mittelosteuropäischer Staaten in die Europäische Union in absehbarer Zeit kaum zu finanzieren sein wird, dient die Nato als Notstopfen. Eine Verteidigungsstrategie, die die zusätzlichen Gebiete berücksichtigt, bietet man gar nicht erst an. Man verweist auf die politischen Unwägbarkeiten und ethnischen Konflikte in der Region, warnt vor „verwirrenden“ bilateralen Beziehungen und propagiert deshalb die „Einbindung“ Mittelosteuropas in das westliche Militärbündnis. Der handgreiflichen Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland (und der Ukraine) soll mit dem Angebot einer „besonderen Partnerschaft“ begegnet werden.

Das Ziel, Mittelosteuropa gegen militärische Angriffe abzusichern und nach Westen zu orientieren, ist rundum berechtigt. Der Nordatlantische Kooperationsrat (von 1991) und das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (1994) waren wichtige Schritte dahin. Diesen Weg kann man weitergehen; zum Beispiel durch formelle Sicherheitsverträge. Jetzt aber die Aufblähung der Nato auf die Tagesordnung zu setzen, ist eine gefährliche Fehlkalkulation.

Wer die Grenzen des westlichen Militärbündnisses nach Osten verschiebt, sagt den Russen nicht nur ins Gesicht, daß er sie immer noch als potentiellen Aggressor ansieht. Er macht auch klar: bis hierher und nicht weiter.

Vollmitglieder der Nato sind nach Artikel 5 des Washingtoner Gründungsvertrages im Falle eines Angriffs zu wechselseitigem Beistand verpflichtet. Wer Polen, Tschechen, Ungarn und Slowaken derart privilegiert, die baltischen Staaten



Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

aber draußen läßt, gibt das falsche Signal.

Daß die Russen die Polen oder Slowaken angreifen, ist sehr unwahrscheinlich. Viel gefährdeter sind – wenn überhaupt jemand – Staaten, die viele Jahrzehnte zur Sowjetunion gehört haben und in denen erhebliche russische Minderheiten leben.

Die selektive Aufnahme der sogenannten Visegrád-Staaten in die Nato schafft nicht mehr, sondern weniger Sicherheit in Europa. Das Vorhaben könnte den „Acheson-Effekt“ provozieren. 1950 hatte der damalige amerikanische Außenminister bei der Aufzählung der Sicherheitsinteressen der USA Südkorea nicht mit eingeschlossen. Prompt marschierten die Nordkoreaner im Süden ein.

Wünschenswert wäre die Eindämmung von Irredentismus und Nationalis-

Die Ausdehnung der Nato würde die Russen neurotisieren

mus in dieser Region. Die Geschichte der Nato zeigt, daß die Allianz zwar keinen Einfluß auf Minderheitenkonflikte in ihren Mitgliedstaaten (etwa den Umgang der Türkei mit den Kurden) nehmen kann, daß die Mitgliedschaft in der Nato aber immerhin zwischenstaatliche Konflikte abmildert wie etwa zwischen Griechenland und der Türkei.

Nur müßte man, um solche Befriedungsmöglichkeiten nutzen zu können, alle potentiellen Konfliktpartner gemeinsam heimholen. Die Ungarn zu nehmen, die Rumänen mit einer zwei Millionen zählenden ungarischen Minderheit im Land aber vor der Tür zu lassen, ist absurd, weil man das Risiko eingeht, daß die Ungarn nach ihrer Aufnahme den nur im Konsens möglichen Beitritt der Rumänen blockieren.

Die Ausdehnung der Nato nach Osten würde die Russen neurotisieren. Der anpassungsfähige Außenminister Kosyrew hat sich drastisch genug ausgedrückt: „Die Erweiterung ruiniert die Partnerschaft – sie ist ein Killer.“ Boris Jelzin hat sich gerade seine Probleme von der Seele gepoltert. Die Osterweiterung der Nato wäre ein Förderprogramm für großrussische Nationalisten.

Gerade die Deutschen als nahe Nachbarn der Russen sollten sich solch eine Politik dreimal überlegen. Die Erweiterung der Nato könnte das demokratische Experiment in Rußland abwürgen – zum Schaden aller Europäer, die Osteuropäer eingeschlossen. Und sie könnte sehr rasch die Grundlage für die Abrüstungs- und Rüstungskontroll-Verträge unterhöheln. Will man wirklich ris-

kieren, daß Rußland zum alten Gleichgewichtsdenken zurückkehrt?

Im übrigen würde das Bündnis einen erheblichen Zuwachs nicht verkraften. Mit zunehmender Größe wird eine nach dem Konsensprinzip entscheidende Organisation schwerfällig, wenn nicht sogar handlungsunfähig. Angeblich hat die (noch nicht erweiterte) Nato schon in Bosnien versagt. Wie wird sie die – zweifellos bevorstehenden – neuen Prüfungen bestehen? Die (frühere) KSZE hat man – gleich nach der Wende – durch die Aufnahme der neuen osteuropäischen Staaten erledigt. Inzwischen denkt man dort über „innere Kreise“ nach. Soll die Nato dem gleichen Schicksal zugeführt werden?

Die Motive für die neue Art von Ostpolitik dürften oftmals den Handelnden selbst nicht klar sein. Die alte aggressive Sehnsucht nach „Lebensraum im Osten“ ist es nicht mehr; der Osten selbst strebt ja nach Eingemeindung in die prosperitätsverheißenden Strukturen des Westens.

Bei der Linken dürfte das schlechte Gewissen bohren; man empfindet es als Schmach, die idealistischen Oppositionsgruppen Osteuropas gegen den bröckelnden Kommunismus nicht rechtzeitig genug unterstützt zu haben.

So vernebeln edle, aber nicht zu Ende gedachte Regungen die Abwägung von Interessen.

Bei der Rechten mag noch keiner offenen national-liberalen Vordenker Friedrich Naumann beschwören. Der sah in seinem Konzept für Mitteleuropa – 1915 – die Deutschen als Vormacht des Staatenkordons zwischen Rußland und Deutschland. Der Begriff „Vormacht“ ist aus der Mode gekommen; der Begriff „Geopolitik“ allerdings kommt gerade wieder in Mode.

Wie drückt man es aus, wenn man einen prekären Traum sozialverträglich formulieren will? Deutschland, sagt man dann, muß in Osteuropa besondere Verantwortung übernehmen. Das sagen die deutschen Konservativen.

Warum will ein Teil der westlichen Außenpolitiker nun die auf der Hand liegenden Gegenargumente zu jener Osterweiterung nicht hören?

Ganz einfach: Sie haben sich gebunden. Das sind die Rokokosaal-Politiker. In Rokokosälen verleihen sie Václav Havel, Lech Wałęsa und manch anderen osteuropäischen Bürgerrechtlern Friedens- und Karls-Preise; sehr zu Recht. Dabei verdrängen sie aber die widerspruchsvolle Realität der europäischen Außenpolitik nach dem Geschichtsbruch von 1989.

Realität? Die Realität ist zynisch. Menschlicher ist Dankbarkeit; die tragen sie in Versprechungen ab. Das Ergebnis ist ein Gestikulieren, das wie Idealismus aussieht. Es ist auch gut gemeint. Aber es ist Dilettantismus.

Alles muß raus

Bundeswehr-Experten stehen vor einer schwierigen Aufgabe: möglichst schnell möglichst viel Geld auszugeben.

Vom Geld spricht Volker Rühle wie alle Verteidigungsminister vor ihm. Sein Etat, klagte der CDU-Mann im Bundestag, sei „das Minimum dessen, was die Bundeswehr braucht“.

Dabei kann der Minister zufrieden sein. Das Kabinett hatte ihm nach Jahren drastischer Budget-Kürzungen wieder einen Zuwachs genehmigt.

Statt 47,8 Milliarden Mark darf Rühle im kommenden Jahr 48,4 Milliarden ausgeben. Allein für „Investitionen“ – Rüstungsgüter, Forschung, Neubauten – sind 11,5 Milliarden Mark verplant, 807,6 Millionen mehr als im laufenden Jahr.

Wieviel es auch ist, es ist immer zu wenig: „Wir müssen weiter sparsam sein“, ist nach wie vor der Befehl des Chefs auf der Hardthöhe.

Zum Sitzungssaal 3104 im Gebäude 630 der Bonner Hardthöhe ist der Maßhalte-Appell offenkundig nicht durchgedrungen. Dort tagt regelmäßig eine „Steuergruppe“ hoher Offiziere und Beamter. Sie müht sich nach Kräften und mit verquerten Begründungen, überzähliges Geld loszuwerden.

Die Militärs wissen in Wahrheit nicht, wohin mit ihren Millionen. Voriges Jahr mußten sie, der Not gehorchend, ihre Pläne kräftig stützen. Jetzt quillt die Rüstungskasse über, aber es fehlen Beschaffungsprojekte, für die das viele Geld sinnvoll ausgegeben werden könnte.

Der „Mittelabfluß“, so heißt das im Amtsdeutsch, bereitet Probleme. Gut 600 Millionen Mark, so hatte die Steuergruppe im Frühjahr vorgerechnet, könnten allein im laufenden Haushaltsjahr übrigbleiben. Für das



Kostenfaktor Minensucher: Überstunden fürs Geldausgeben

kommende Jahr sieht es – von ihrer Warte aus betrachtet – nicht besser aus.

Engagiert sucht die Steuergruppe nach Projekten, die zusätzlich in die geltende Planung aufgenommen werden könnten – je teurer, desto lieber. Ob sie sinnvoll sind, spielt kaum eine Rolle. Weit über 100 Punkte standen schließlich in einer Ideensammlung der Steuergruppe – vom Kauf neuer Transportflugzeuge über die Umrüstung von Panzern bis zur Eilbestellung zusätzlicher Tarnanzüge für die Kampftruppe.

Einmal bewilligte Mittel am Jahresende an den Finanzminister zurückzugeben gilt der Bürokratie als Schmach. Das Parlament, sagt die Steuergruppe, könnte zudem bei der Beratung des Etats für 1996 die gerade durchgesetzte Erhöhung wieder zurücknehmen.

Die Ursachen des Durcheinanders liegen länger zurück. Nachdem Finanzminister Theo Waigel (CSU) wegen der Kosten der deutschen Einheit seit 1991 immer wieder tief in den Wehretat eingeschnitten hatte, ließ Rühle vor gut einhalb Jahren in der Not alle Rüstungsprojekte stoppen: „Alles muß auf den Prüfstand.“

Generalinspekteur Klaus Naumann und Rüstungsstaatssekretär Jörg Schönbohm gingen die Probleme nach altem Muster an: „Schieben, strecken, streichen“.

Auf Geheiß ihres Chefs stornierten die Staatssekretäre Schönbohm und Peter Wichert zahlreiche Verträge mit der Rüstungsindustrie. In ihrem Eifer schoß die Hardthöhenspitze übers Ziel hinaus. Plötzlich klappte im Etatplan eine Lücke

zwischen reichlich vorhandenen Mitteln und dem voraussichtlichen Ausgabenbedarf für die verbliebenen Rüstungsvorhaben.

Wichert ordnete an, „Gas zu geben und Formalismen außer acht zu lassen“. Gehorsam machte die Rüstungsabteilung

Dampf, wie ein vertrauliches Protokoll belegt: „Alle Beschleunigungsmöglichkeiten müssen ausgeschöpft werden!“ Und wegen der „Eilbedürftigkeit der durchzuführenden Maßnahmen“ mußten die Sachbearbeiter im Koblenzer Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung sogar Überstunden machen.

„Alles Geld muß raus“, so der Spott der



Kostenfaktor Tarnanzüge: Eilbestellung aus Bonn

Insider, „koste es, was es wolle.“ Hauptsache, die Ausgaben werden vor Jahresablauf „kassenwirksam“ – und, so mahnt die Haushaltsabteilung, „mit überzeugenden Begründungen“ und „entsprechenden Argumenten hinterlegt“.

Die Planerrunde kämte sämtliche Einzelkapitel des Etats durch: So bewirkte die Befüllung der Nato-Pipeline mit Treibstoff – eine im tiefsten Frieden überflüssige Maßnahme – immerhin einen „Abfluß“ von 20 Millionen Mark.

Ausgerechnet Rühes oberster Sparkommissar, der „Sonderbeauftragte für Aufwandbegrenzung und Rationalisierung“, machte laut Sitzungsprotokoll vom 15. Mai „Druck“ auf die Ministerialabteilungen, „Studien unter Vertrag

des neuen Typs 332 für 330 Millionen Mark müssen her, und zwar „schnellstmöglich“. Anders sei die „Krisenreaktionsfähigkeit“ nicht herzustellen. Die zehn vorhandenen Boote, so die Vorlage, reichten wegen der „langen Stehzeiten beim mehrmonatigen Einsatz in entfernten Operationsgebieten“ nicht aus.

In Wahrheit geht es nur darum, in diesem Jahr noch eine Anzahlung von 85 Millionen Mark zu den Werften zu schieben, um dort eine kleine Lücke bis zum Beginn des nächsten – planmäßigen – Projekts der Marine im übernächsten Jahr zu schließen. Ein „Einbruch für Engineering und Fertigung“ werde vermieden und somit, lautet die Begründung allen Ernstes, eine „kritische Situation gegen

die Interessen der Bundeswehr aufgefangen“.

Bisweilen half die Steuergruppe dem „Bedarf“ mit sanftem Druck nach. Im Mai kam der Vorschlag, bei der maladen Daimler-Benz Aerospace vier Propellerflugzeuge des schwer verkäuflichen Alt-Typs Dornier 228 (Stückpreis rund sieben Millionen Mark) zu bestellen. Das war laut Protokoll bis dato „planerisch nicht vorgesehen“.

Bei der nächsten Sitzung teilte jedoch die Luftwaffe mit, sie habe noch immer „keinen Bedarf“ für diese 19sitzigen Propellermaschinen entdeckt. Gut gebrauchen könne sie hingegen – viel teurere – „Challenger“-Jets und „Super Puma“-Hubschrauber für VIP-Transporte der Flugbereitschaft.

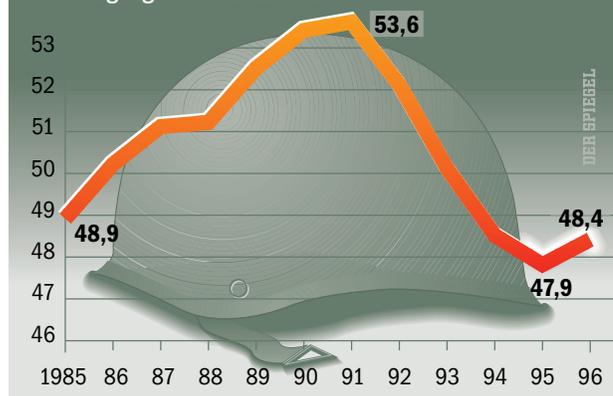
Die Steuergruppe war auch dafür – und bedrängte nun um so heftiger die Marine. Die besitzt ein einziges Exemplar der Dornier 228. Der Exot in ihrer Luftflotte dient der Überwachung von Ölsündern in der Nordsee. Der Vertreter der Marine mußte geloben, „unverzüglich seinen Bedarf von zwei Do 228 zu begründen“.

Das ist offenkundig gelungen. Kürzlich unterschrieb Rüstungs-Schönbohm den Bestellschein.

Die Verrenkungen vor vollen Kassen seien unnötig, sagt der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Klaus Rose. Als ehemaliger Vize-Chef des Haushaltsausschusses kennt er alle Tricks: Überzählige Beschaffungsgelder ließen sich durchaus ins nächste Jahr transferieren. Die Hardthöhe, so der CSU-Mann, müsse das nur – Projekt für Projekt – „überzeugend begründen“.

Hoffnungsschimmer für Militärs

Verteidigungshaushalt in Milliarden Mark



zu bringen“: Per Rundbrief rief er fast flehentlich („Ich wiederhole meine Bitte“) dazu auf, Geld für „externen Sachverstand“ auszugeben. Er laufe sonst Gefahr, so Brigadegeneral Wolfgang Schikowski, auf einer „Minderausgabe“ von 10 bis 15 Millionen Mark sitzenzubleiben.

Auch Rüstungsfirmen empfangen ungewöhnliche Bettelbriefe der Hardthöhe. Im Gegensatz zu früheren Jahren ging es nicht um Zahlungsaufschub oder das Ersuchen, die Lieferung bestellten Wehrmaterials zu verzögern: Die Firmen sollen früher und schneller liefern – etwa Funkgeräte und Computer, Zelte und Uniformen, Munition oder handelsübliche Personenwagen.

Ende Juni, die Abgeordneten zog es in die Sommerpause, schoben die Planer dem Parlament eine ganze Serie von Beschaffungsvorlagen unter. Beispiel: Sie ließen sich 40,6 Millionen Mark für 65 zusätzliche „Harm“-Raketen freigeben, obwohl in den Depots der Luftwaffe schon 944 dieser Anti-Radar-Flugkörper liegen. Orders für neue Gewehre und Maschinengewehre wurden kurzerhand – und ohne Not – aufgestockt.

Gleich nach der Sommerpause ging es weiter: Zwei zusätzliche Minensucher

„Ich kann ohne Wale leben“

SPIEGEL-Reporter Jürgen Neffe über den Greenpeace-Geschäftsführer Thilo Bode



Thilo Bode

ist seit Anfang September Geschäftsführer in der Zentrale von Greenpeace International in Amsterdam. Dort hat er eine ähnlich heikle Aufgabe vor sich wie seinerzeit im deutschen Büro in Hamburg. Innerhalb von sechs Jahren hatte Bode an der Elbe den zerstrittenen Klub von Umweltprotestlern zum professionellen Ökounternehmen umgebaut. Die deutsche Sektion, mit gut 100 Mitarbeitern, nahm im vergange-

nen Jahr rund 70 Millionen Mark ein. Für Greenpeace International arbeiten weltweit etwa 1000 Aktive, bei einem Budget von 140 Millionen Dollar. Bode, 48, der im Ruf steht, ein harter Sanierer zu sein, will bis zu zehn Prozent der Stellen einsparen. Seit seiner Verhaftung beim Protest gegen chinesische Kernwaffenversuche in Peking ist der Nobody zum Darling der Medien geworden. „Unser Sieg“, sagt er zum Kampf gegen französische Atomtests auf Mururoa, „liegt in der Niederlage.“

Mögen ihn andere auch zum „Mr. Greenpeace“ erklären, zum Chef einer „Weltmacht“ verklären oder mit dem Papst vergleichen – Thilo Bode, 48, wehrt sich nicht, aber er ziert sich: „Es geht hier nicht um mich.“

Kokett? Auch. Seit der ökologisch unvorbelastete Ökonom als namenloser Quereinsteiger bei Greenpeace Deutschland aufgeräumt hat und dafür trotz aller Vorbehalte gegen das deutsche Wesen Anfang des Monats zum Geschäftsführer bei Greenpeace International aufgestiegen ist, gefällt er sich in der Rolle des bescheidenen Stars.

„Die Medien“, sagt Bode wie zur Entschuldigung, „brauchen halt Helden.“

Je mehr Kameras auf ihn gerichtet sind, desto teilnahmsloser wirkt er – als ob ihm der passende Treibsatz für jene maßlose Triebkraft der Geltungssucht fehlt, mit der sich heutzutage auch Mitteleuropäer in den Orbit öffentlicher Wahrnehmung katapultieren.

Nach außen geht es ihm immer nur um „die Sache“. Und die vertritt er mit gnadenloser Geduld und in geradezu unnatürlicher Nüchternheit – und zwar um so sachlicher, je gefühligter das Publikum auf die weltöffentlichkeitswirksamen Aktionen der Ökopaxe reagiert.

Doch so gekonnt er seine „Firma“ vertritt, Thilo Bode respektiert den Rahmen seiner Möglichkeiten. Und da die, was Präsenz und Präsentation betrifft, begrenzt sind, nutzt er ein Vorurteil gegen seine Persönlichkeit zum Vorteil seiner Person: Einen Teil seiner strategischen Stärke verdankt er dem Umstand, daß man ihn unterschätzt.

„Wenn der in einen Raum kommt“, hat seine Stellvertreterin Birgit Radow beobachtet, „drehen sich nicht alle um.“ Das liegt keineswegs an seiner Statur: Bode ist alles andere als ein Wicht. Sein kräftiger Körper verleihe seiner Erscheinung sogar ein gehöriges Maß an Wucht, steuerte seine minimale Gestik nicht ständig dagegen. Seine Körpersprache ist derartig unterentwickelt, daß er sich mitunter zum Statisten seiner eigenen Inszenierung macht.

Wer den Greenpeace-Chef erlebt, muß zunächst den Eindruck haben, da verstecke sich einer in sich selbst. Je öffentlicher die Situation, desto mehr verliert das Konterfei an Kontur und verengt sich das Ausmaß des Ausdrucks – als habe er sich Profilarmut zum Pro-



ACTION PRESS

Greenpeace-Aktion auf der „Brent Spar“: „Nichts Beknackteres, als sich immer die Hauptprobleme rauszusuchen“

gramm gemacht, bei dem Engagement und Emotionen einander ausschließen. Sein Hang zur Unauffälligkeit geht sogar so weit, daß er, wie eine Mitarbeiterin berichtet, auf das Tragen lederbesohlter Schuhe verzichtet: Mit denen könnte man ihn ja kommen hören.

Thilo Bode ist weder die Inkarnation des Umweltschützers noch der geborene Ökomanager. Doch eine gewisse Sehnsucht, die Welt zu verbessern, glaubt seine Mutter in seiner Jugend ausgemacht zu haben: das „Gefühl, er würde Pfarrer werden“. Thilo sei „immer ausgeglichen“ gewesen, „ein leicht zu habender Schüler“, sagt sie, „soviel ich weiß“. Der Junge wächst bei seiner Großmutter in Hersching am Ammersee auf, ohne Vater, und die Mutter sieht er nur am Wochenende.

Sein Vater zeichnet seine Briefe heute mit „Thilo Bode sen.“ und erzählt, die Reihe der Thilos reiche bis ins 16. Jahrhundert zurück. Der Greenpeace-Bode hat die Tradition fortgesetzt: Sein 21jähriger Sohn heißt Andreas Thilo.

Thilo senior verläßt bald nach der Geburt von Thilo junior seine Frau mit den zwei Kindern und geht als Korrespondent nach Asien. Die Trennung, sagt er, sei ein „heikles Thema“ gewesen, das auf die in der Familie übliche „leise Art“ abgehandelt worden sei. „Thilo hat sich“, analysiert der Senior anerkennend, „kolossal in der Gewalt.“

Der Junior schlägt sich auf die Seite des Soliden und studiert statt in Münchener Soziologie („weil ich dachte, das hat was mit sozial zu tun“) Wirtschaft in Regensburg: „Natürlich war man damals Marxist“, erläutert er, „und Marx war auch ein Ökonom.“ Seine Dissertation über Direktinvestitionen in Malay-

sia schreibt er bei Lutz Hoffmann, heute Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin. Der beschreibt ihn als „soliden Arbeiter“, dessen Weg wohl in die öffentliche Verwaltung führen würde.

Doch der junge Dr. Bode verdingt sich bei einer Beratungsfirma als Planer von Entwicklungsprojekten, wechselt dann als Projektmanager zur Kreditanstalt für Wiederaufbau und gerät 1986 eher zufällig in eine Führungsposition bei einem mittelständischen Metallunternehmen. Als er sich nach drei Jahren

Die Regenbogenkrieger machen eine graue Maus zu ihrem Häuptling

denkt, „das kann es doch nicht gewesen sein“, liest er in der *Frankfurter Allgemeinen* eine Stellenanzeige von Greenpeace Deutschland.

Der Verein steckt wieder einmal in einer heftigen Krise. Hat er anfangs noch wie eine Bürgerinitiative funktioniert, wo jeder alles macht, ist er vor allem nach Versenkung der „Rainbow Warrior“ durch den französischen Geheimdienst 1985 mit Spenden überhäuft worden und rasch zu beträchtlicher Größe herangewuchert. Als der e.V. 1989 einen neuen Geschäftsführer sucht, hat fortgesetztes Kompetenzgerangel bereits zur Abspaltung von „Robin Wood“ und zu einem gefährlichen Machtvakuum geführt.

Daß sich die Greenpeacer schließlich ausgerechnet für den farblosen Manager entscheiden, der in seinem Bewerbungsschreiben gefordert hat, Leute feuern zu

dürfen, belegt nur das Ausmaß der Not: Die Regenbogenkrieger machen eine „große graue Maus“ (ein Mitbewerber) zu ihrem Häuptling.

Vor allem in den ersten beiden Jahren tut sich Bode schwer mit dem „Unternehmen“, wo das Mißtrauen gegen jede Form von Macht das klassische Law-and-order-Muster nicht zuläßt. „Da durfte man“, erinnert er sich, „das Wort Führung nicht in den Mund nehmen.“

Doch so schwer es ihm fällt, sich der Kleiderordnung und Sprachregelung und besonders dem obligatorischen Du zu beugen, so erfolgreich kann er seine Begabungen nun zum Zuge kommen lassen: Anpassungsfähig und lernbereit mutiert er gleichzeitig zum Umweltschützer und baut sich eine auch für Antiautoritäre akzeptierbare Autorität auf.

„Am Anfang habe ich noch ziemlich rumgeholt“, räumt der Geschäftsführer ein. Doch bald erweist er sich als Meister des goldenen Mittelmaßes und nimmt die Rolle des Moderators ein. Allem Hickhack zum Trotz nähern sich die Fronten einander an, aus Greenpeace und Bode wird eine Symbiose, von der beide Seiten bis heute profitieren. Wäre er Sportler, ließe sich sein Stil als durchkalkulierte Defensivtaktik deuten: Er läßt seine Gegner kommen. Es käme ihm nicht in den Sinn, Gespräche von Beginn an mit seinem Standpunkt zu dominieren. Lieber hört er zu, um sich schließlich scheinbar arglos durchzusetzen: „Da muß man dann sagen, wo die Bottom line ist.“

Im Wissen um eigene Schwächen und mit dem sicheren Gespür für die Stärken der anderen gelingt es ihm, die vorhandenen personellen Ressourcen geschickt für sich auszubeuten. „Er versteht es“,

Werbeseite

Werbeseite

sagt Kampagnenleiter Wolfgang („Wollo“) Lohbeck, „die Leute im optimalen Drehmoment einzusetzen.“

Insbesondere die „Troika“ der Kämpfer aus den ersten Tagen – Lohbeck, Gerhard („Wally“) Wallmeyer und allen voran den heimlichen „Mr. Greenpeace“, Harald Zindler – macht er sich zunutze. Sie organisieren die „Geldbeschaffe“, wie er es nie könnte, entwickeln Ideen, auf die er nie käme, und lie-

Und als die 1991 zu ihm sagen: „Nun hast du zwei Jahre den Vermittler gespielt, wir erwarten jetzt eigentlich mehr von dir“, da hat Thilo Bode „zugelegt“.

Zunächst verschafft er dem Ökoverein nur, was der bei seiner Einstellung von ihm verlangt hat: eine klare Organisationsstruktur, ein für die meisten gerade noch erträgliches Maß an Bürokratie und die überfällige Professionalität.

Die erste große Herausforderung kommt von außen und trifft Thilo Bode wie seinen Verein 1991 völlig überraschend: Der SPIEGEL-Titel „Geldmaschine Greenpeace“ deckt unter anderem einige jener Schwachstellen auf, die er gerade zu beheben versucht. Plötzlich sieht sich der verträumte Geschäftsführer den Fragen von nachrichtenhungrigen Journalisten ausgesetzt. „Der war so schlecht“, sagt ein Mitarbeiter der



Greenpeace-Protest in Peking: „Mir macht es Spaß, Große aufs Kreuz zu legen“

fern ein Know-how für Aktionen, von dem er nur träumen kann. Dafür gibt er ihnen Freiheit, läßt sie an der langen Leine, wobei manchmal nicht klar ist, wer dabei eigentlich die Fäden in der Hand hat.

Bode verhält sich so, wie er Greenpeace charakterisiert: als „strategischer Opportunist“. Ähnlich wie sich der Umweltverein auf wenige symbolhafte und erfolgversprechende Projekte beschränkt, gibt es nach Bodes Ansicht „nichts Beknackteres, als sich immer die Hauptprobleme rauszusuchen“.

Dabei vertritt er einen Pragmatismus, bei dem sich umweltbewegten Gewissenstärtern die Nackenhaare aufstellen müssen: „Man kann nicht zehn Jahre lang betroffen sein“, sagt er und: „Greenpeace kann die Welt nicht verändern“ und: „Ich kann ohne Wale leben. Da geht die Menschheit nicht unter.“

Weil „Menschenkenntnis nicht meine Stärke“ ist, verläßt er sich oft auf das Urteil seiner zwei Stellvertreterinnen.



Bode-Heimkehr aus Peking: Statist der eigenen Inszenierung

Er selbst läßt sich „coachen“ von einer Psychologin aus dem Rheinland. Die registriert bei ihrem Klienten eine geradezu „jungenhafte Vitalität und Abenteuerlust“. Die führe zum „Wunsch, sich auszuprobieren und seine eigenen Grenzen kennenzulernen“. Daher suche er Konflikte genauso, wie er sie fürchte. „Sie unterschätzen völlig Ihre Wirkung“, gibt sie dem scheuen Chef mit auf den Weg.

Pressestelle, „als ob er etwas zu verheimlichen hätte.“

„Dieser Artikel“, überlegt Bode, „hat die Sinnfrage gestellt.“ Für den Geschäfts- wie für den Privatmann beginnt „die härteste Zeit, die ich mitgemacht habe“. Gerade haben sich er und seine zweite Frau getrennt, weil sie „diesen Wechsel nach Hamburg dann doch nicht verkraftet hat“. Und dann „hat sich die Presse gegen mich verschworen, und die im Verein nannten mich nur noch Direktor einer Schraubenfabrik“.

Keine Kraft habe er mehr gehabt und nur im Büro gesessen und gedacht: „Hoffentlich krieg’ ich den Tag hinter mich.“ Eines Morgens jedoch habe er entschieden: „Es gibt nur zwei Möglichkeiten: scheitern oder Augen zu und durch.“ Da muß er sich jenen Impuls gegeben haben, der bis heute nachwirkt.

Tüchtigkeit zählt für Bode – „ich bin pflichtbewußt, bis es mir vor mir selber graust“ – zu den wichtigen Tugenden; er

Werbeseite

Werbeseite



F. HELLER / ARGUM

Privatmensch Bode Einsame Eitelkeit

verordnet sich „Interviewtraining“ und beginnt seinen langen Marsch in die Öffentlichkeit. Immer häufiger erscheint er in der Presse, auch mit eigenen Beiträgen. Er mischt sich zudem zunehmend in die Kampagnen ein, riskiert etwas. Ende 1993 wird er bei einer Aktion gegen den Kahlschlag der kanadischen Urwälder festgenommen und nach vier Tagen erst gegen Kautions wieder aus dem Gefängnis freigelassen.

Endlich hat er sie zurück, „die berühmte Job satisfaction“. Und er spürt seine Wirkung: „Ich kann was bewegen, was verändern.“

Da er aber den bürgerlichen Ungehorsam nicht gerade erfunden hat und nur begrenzt aus seiner braven Haut hinauszuschlüpfen vermag, sucht er neben der Konfrontation zunehmend die Kooperation – sein entscheidendes Verdienst bei Greenpeace Deutschland: Eine moderne Umweltschutzorganisation könne nicht nur nein sagen, sondern müsse auch Lösungen anbieten. Die Kampagne für chlorfreies Zeitschriftenpapier wird ebenso ein Erfolg wie die Einführung des Ökokühlschranks. Greenpeace gewinnt neues Profil: Zu den Spenden und den daraus finanzierten Aktionen kommt die Verbrauchermacht, mit der sich sogar ein Konzern wie Shell in die Knie zwingen läßt.

Auch wenn einige Fundis fürchten, Greenpeace werde „dem Gegner zu

ähnlich“ – Thilo Bode sucht den Dialog mit den einstigen Widersachern. Er, der „schon mit einem gewissen Dünkel aufgewachsen“ ist, fühlt sich geradezu wohl beim Austausch „von Unternehmer zu Unternehmer“. Mit Politikern diskutiert er den Energiekonsens, mit Daimler-Größen das Sparauto. Und während in der Nordsee Frontkämpfer des Ökumultis Schlachten um eine Ölplattform bestehen, verhandelt ihr Chef in „kollegialer Feindschaft“ mit dem Boß des Ökumultis. Zum Abschied aus Hamburg schenkt Shell ihm einen Sammelband mit Karikaturen zur „Brent Spar“. So gelingt am Ende noch die Quadratur des grünen Punktes.

Thilo Bode schätzt Margaret Thatcher als „Powerfrau“, und neben Balzac liest er die Memoiren des früheren US-Verteidigungsministers Robert McNamara. „Wie rechtfertigen die Leute ihr Handeln?“ will er wissen.

Als er vergangenes Jahr die Grenzen seiner Macht ausreizt, kostet ihn das fast den Kopf: Erstmals trifft er eigenmächtig eine wichtige Entscheidung und begeht dabei eine Sünde wider den basisdemokratischen Geist bei Greenpeace. Nach seinem Beschluß, in Berlin eine Zweigstelle mit eigener Kampagne zu installieren, hat er den Großteil der Belegschaft gegen sich. Nur mit knapper Not kann eine Abstimmung über seine Person verhindert werden.

Dieses „letzte Aufbäumen seiner innenpolitischen Gegner“ (ein enger Mitarbeiter) läßt sich nur aus der Greenpeace-Perspektive verstehen: Der Geschäftsführer hatte sich ein „Erstbestimmungsrecht“ herausgenommen, obwohl ihm, nach Diskussion und Abwägen von Pro und Kontra, lediglich das Letztbestimmungsrecht zusteht.

„Wer Thilo Bode als Retter bestellt, dem muß es schlechtgehen“

Am Ende sitzt Bode das Problem jedoch aus und setzt sich durch. Das dürfte seiner Berufung nach Amsterdam nicht geschadet haben. Bei Greenpeace International soll er das gleiche leisten wie in Deutschland, allerdings in anderer Dimension: Bis zu 100 der etwa 1000 weltweit tätigen Mitarbeiter könnten ihre Stelle verlieren, wenn „der Sanierer“ kommt, der sich eigens mit erweiterten Machtbefugnissen hat ausstatten lassen.

„Wer Thilo Bode als Retter bestellt“, sagt Manfred Pietschmann, Chefredakteur des *Greenpeace Magazins*, „dem muß es wirklich schlechtgehen.“

Die Zentrale der Weltorganisation wieder „auf Vordermann zu bringen“ dürfte ungleich schwerer werden als das Säubern der deutschen Sektion. Zur

Werbeseite

Werbeseite

Entwerrung der dortigen Filzokratie wird der „Eisenschmelzer“ (ein deutscher Greenpeacer) sein gesamtes technokratisches Geschick aufbringen müssen.

„Der Erwartungsdruck ist ziemlich hoch“, sagt er, „aber unter dem Verantwortungsdruck leide ich nicht.“

Thilo Bode habe sich ein dickes Fell zugelegt, sagt ein von ihm Gefeuerter, in dem Ruhe er sich aus auf seinen vier Buchstaben: n e t t . „Der flippt nicht aus“, behauptet Bereichsleiterin Irmi Mussack, „der faßt alles in Worte.“ Statt wütend zu werden, sage er: „Ich bin wütend.“ Man müsse schon, ergänzt Kollege Lohbeck, feine Antennen für seine Signale entwickeln. „Eine Änderung im Tonfall an einer bestimmten Stelle im Gespräch, eine

griffspunkte preisgibt, desto größer bleibt die Projektionsfläche für Phantasie und Sympathie, hinter der sich der Freiraum des Privaten bewahren läßt.

Daß die Maske Masche ist, begreift, wer Bode mit Freunden erlebt. Da fährt plötzlich Leichtigkeit in den Mann ohne Eigenschaften. Das Verlegene seines Lispelns weicht warmerzigem Plaudern, die Cleverneß macht feiner Klugheit Platz, und das gekünstelte Grinsen vom Bildschirm wird zum befreiten Lächeln, das sich charmant vom Mund auf die Augen überträgt.

Und schon nach zwei Gläsern Bier ist der Panzer zur dünnen Haut verkümmert, die deutlich den Kern seines Charakters durchscheinen läßt. Dann öffnet



Bode, Umzugskisten*: „Direktor einer Schraubenfabrik“

leichte Verhärtung im Ausdruck.“ Statt zu brüllen, werde er leise und sehr bestimmend, und „bei Zoff wird er unangenehm auf sehr harziger, unterschwelliger Ebene. Da bohrt man dicke Bretter“.

Nahezu perfekt ist inzwischen Bodes Tarnung auf den Minenfeldern der Medienvoyeure. Da zeigt er immer die gleiche funktionale Farblosigkeit, das staatsmännisch-sterile Charisma, die geballte Harmlosigkeit und auffallende Unauffälligkeit – und macht dabei sogar eine gute Figur. Weil er sich abhebt vom Standard der Schwatzbudenbesucher und weil er denkt, bevor er spricht.

Da verzeiht man ihm dann, daß er glatt ist, beherrscht, bieder-männisch und steif. Und daß er sein pausbackiges Pokerface aufsetzt, als sei er ein Automat, der Satzschablonen anfertigt und mit gedrängter, leicht weinerlicher Stimme in die Welt fallen läßt.

Gibt ihm sein Rezept nicht recht? Je weniger Kanten und Ösen einer als An-

er die Schleusen seiner krampfhaften Selbstbeschränkung, outet seine einsame Eitelkeit und sagt Sätze wie: „Berühmt werden, ja, das macht auch Spaß“ oder: „Ich möchte gern mehr verdienen als 130 000 Mark im Jahr“ oder: „Ich sehe ja nicht so aus, aber ich kann mich höllisch freuen.“ Und worüber? „Mir macht es wirklich Spaß, Große aufs Kreuz zu legen.“

Ist da etwa im kleinmaschigen Koordinatensystem seiner Gefühlsäußerungen so etwas wie ein Abheben zu bemerken? „Vielleicht erliegt man dem“, fürchtet er, „da muß man aufpassen.“

Und wovor hat er die meiste Angst? „Scheitern“, sagt er, scheinbar ohne nachzudenken. Und meint damit vor allem, sich lächerlich zu machen. Seine Chancen, in Amsterdam zu reüssieren, schätzt er auf „fifty-fifty“ ein. Seine Mutter hat ihn gewarnt: Wo viel Licht sei, da gebe es auch viel Schatten.

„Die Medien brauchen Helden“, hat er gelernt, „aber sie brauchen auch Arschlöcher.“

* Am 1. September in seinem Hamburger Büro.

Werbeseite

Werbeseite



E. LAUE / ASPECT

Plattenbau in Dresden-Gorbitz: „Da kommen ordentliche Brocken auf uns zu“

Mieten

Wohnen wie bei Erich

In Ostdeutschland lebt eine Tradition aus SED-Zeiten wieder auf: Immer mehr Wohnungsinhaber zahlen ihre Miete nicht.

Die Köchin Sabine Kloß, Altbaumieterin aus Dresden-Tolkewitz, bewohnte nicht gerade ein trautes Heim. Das Klo war außen vor, ein Bad nicht vorhanden, und zur Wohnungstür drängelten sich manchmal Ratten herein, „groß wie Dackel“.

Das war schon zu DDR-Zeiten so, als die Bleibe noch 35 Mark kostete. Nach der Wende aber forderte der neue Eigentümer („kleiner Wessi, der uns wohl rauskeln wollte“) 560 Mark für das Loch. Der resoluten Frau Kloß, mittlerweile arbeitslos, ging das „nich in de Riebe“. Also zahlte sie gar nichts mehr.

Bald waren die Mietschulden auf 10 000 Mark gewachsen. Kloß, 48, flog aus ihrer Wohnung. Nun lebt sie mit ihrem Partner und der zehnjährigen Tochter in einem Zimmer des Dresdner Übergangwohnheims für Obdachlose

und wartet auf Zuweisung einer städtischen Wohnung.

Doch ihre Schulden bleiben, und ein Job ist nicht in Sicht.

Einen „ziemlichen Teufelskreis“ nennt Uwe Kleinhenz ihre Situation. Der Sozialarbeiter betreut Problemkunden der Dresdner Wohnungsbaugesell-

schaft Südost (Woba) und hat reichlich zu tun. Etwa 12 000 Woba-Mieter, gut ein Viertel von allen, sind mit ihren Zahlungen im Rückstand.

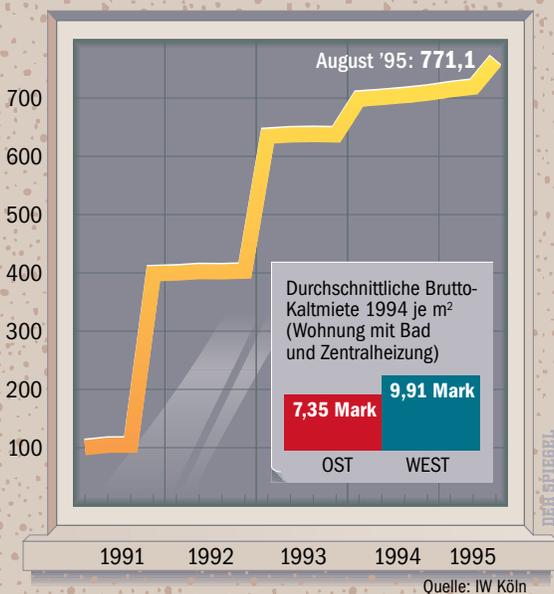
Nicht nur in Dresden, auch in anderen ostdeutschen Städten bleiben immer mehr Bewohner den Mietzins schuldig. Ob in Berlin-Marzahn, Leipzig-Grünau

oder Schwerins Grobem Dreesch – vor allem in den großen Plattensiedlungen und Sanierungsquartieren, die zumeist städtischen Wohnungsgesellschaften gehören, klagen Verantwortliche über erhebliche Mietrückstände. So waren Ende letzten Jahres allein in Ost-Berlin 100 Millionen Mark an Mietschulden aufgelaufen – fast doppelt soviel, wie der Kölner Gesamtverband der Wohnungswirtschaft in ganz Westdeutschland vergangenes Jahr für rund 3,5 Millionen Wohnungen an Außenständen (51,5 Millionen Mark) verzeichnete.

In Halle, 300 000 Einwohner, schulden säumige Zahler 15 Millionen Mark, im Raum

Wuchernde Mieten

Anstieg der Brutto-Kaltmiete (einschließlich Betriebskosten, ohne Strom und Heizung) in Ostdeutschland; Januar 1991=100



Berlin-Brandenburg waren zur Jahreswende 1995 bereits 200 Millionen Mark an Mietschulden aufgelaufen. Insgesamt standen die Kunden der kommunalen und genossenschaftlichen Großvermieter, die etwa die Hälfte aller Mietwohnungen in den neuen Ländern betreuen, Ende letzten Jahres mit 518 Millionen Mark im Soll.

Beim Eintreiben der Mieten stoßen die ostdeutschen Wohnungsgesellschaften, Nachfolgerinnen der Kommunalen Wohnungsverwaltungen der DDR, zu meist auf erhebliche Schwierigkeiten: Die Gerichte verfügen nur sehr zögernd die Räumung von Wohnungen; und die Gerichtsvollzieher, die Mietforderungen durchsetzen könnten, sind völlig überlastet.

So wachsen die Mietschulden, von Leipzig bis Rostock, von Halle bis Berlin, Monat für Monat weiter an. Viele Wohnungsgesellschaften, auf denen bereits einige Milliarden Mark an Alt schulden aus DDR-Zeiten lasten, geraten in die Klemme. „Da kommen ordentliche Brocken auf uns zu“, sagte ein Sprecher der Dresdner Woba.

Schon im Land der aufrechten Arbeiter und Bauern nahmen es viele Bewohner mit dem Mietzins nicht so ernst – damals scherte sich kaum jemand darum, im Sozialismus waren die Mieten Bagatellkosten. Mittlerweile aber haben in einigen Wohnquartieren die Mieter gleich zu Tausenden ihre Zahlungen eingestellt.

Manche verweigern ihr Mietgeld dreist, weil sie nicht „wie bei Erich woh-

In manchen Wohnvierteln zahlen Tausende von Mietern nicht

nen und wie bei Helmut zahlen“ wollen. Viele handeln jedoch aus blanker Not, weil sie nach fünf Jahren Marktwirtschaft völlig verschuldet sind oder den Weg zum Sozialamt scheuen.

Allein bei der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) sind 20 000 Mietparteien verschuldet, auch mittlere Städte wie Suhl (2600 Schuldner) melden vernachlässigte Mietkonten.

In Leipzig beklagt die LWB-Sprecherin Außenstände, „die schon fast auf die 50 Millionen zugehen“. In Halle sind allein in den 21 000 Wohnungen der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft (GWG) vier Millionen Mark offen. Für das Geld, rechnet GWG-Chef Udo Mittinger vor, „könnten 90 Wohnungen saniert und modernisiert werden“.

Unisono klagen Verantwortliche von Wohnungsgesellschaften, die hohen Mietrückstände hinderten sie an notwendigen Modernisierungsarbeiten. „Bei uns schlägt das voll durch“, berich-

tet etwa Andre Eisenfeld von der Berliner Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg: Für 10 000 zur Überholung anstehende Wohnungen hat die Gesellschaft dieses Jahr nur 3,5 Millionen Mark im Topf – bei über 10 Millionen Mark Außenständen.

verweigerer“, wie der Hallenser Mittinger beobachtet: „Der fährt im teuren Auto vor, teneriffagebräunt, und erklärt, daß er für die Bruchbude nichts mehr zahlen werde.“ Bei der Dresdner Woba fiel ein Paar auf, das trotz 3200 Mark Nettoeinkommen die Miete schul-

Auch in den Plattenbauten sorgen die Zahlungsverweigerer für böses Blut. Neben den vieltausend gutwilligen Zahlern, ärgerte sich etwa in Leipzig ein „H. Schulze im Namen vieler Mieter“ per Beschwerdebrief, seien da „leider auch viele, die nicht wollen“.

Die Motive der Schuldner sind unterschiedlich. Da gibt es etwa den „Luxus-

dig blieb, dafür aber zwei Autos abstotterte.

Viele Mieter, so bemerken Wohnungsverwalter, stellen auch aus schlichter Wut ihre Zahlungen ein.

Im Durchschnitt kosten die Wohnungen heute siebenmal mehr als zu DDR-Zeiten, qualitativ besser aber sind sie oft nicht. Nach der Wiedervereinigung zo-

gen die Mieten an, im Oktober 1991 stieg die Grundmiete beispielsweise um pauschal eine Mark pro Quadratmeter zuzüglich diverser Aufschläge für Wohnungsausstattung und Betriebskostenbeteiligung, die in der Regel noch mal bis zu drei Mark ausmachten. Zwei Jah-

Nach dem neuen Mietenüberleitungsgesetz können seit August noch mal 10 Prozent auf die Grundmiete geschlagen werden, mit Bad und Zentralheizung 15 Prozent, bei neuen Bauten mit überdurchschnittlicher Ausstattung 20 Prozent – und ab 1997 noch mal 5

re später setzte es sogenannte Beschaffheitszuschläge für Fassaden, Fenster oder Flure – zusammen bis zu 1,50 Mark und mehr pro Quadratmeter.

Eine Verwaltungsangestellte in Leipzig etwa zahlt für ihre 60 Quadratmeter Altbauwohnung mit Fernwärme heute 579 Mark statt gut 100 Mark warm wie zu DDR-Zeiten.

Prozent für alle. Angesichts der rapiden Steigerungsraten wundern sich Insider wie Barbara Neuhäuser von der Leipziger Wohnungsverwaltung, daß nicht noch mehr Bewohner in Zahlstreik treten. Denn, so Neuhäuser, „oft ist nicht ein Fetzen Wohnwertverbesserung dabei, nur die blanke Anhebung“.

Doch die kann mancher Bewohner kaum verkraften. Viele Mietschuldner, weiß der Dresdner Sozialarbeiter Kleinhenz, seien durch finanzielle Schwierigkeiten in ihr „Malheur hineingeschlittert“. Zwar haben sich die Ostdeutschen nicht über die Maßen verschuldet, wie eine für den SPIEGEL erstellte Erhebung belegt (SPIEGEL 36/1995). In einzelnen Familien jedoch brachte der Wunsch nach häuslichem Aufschwung die soziale Katastrophe. „Viele haben sich ratzekahl leer gemacht“, weiß LWB-Sprecherin Neuhäuser, „weil sie nie glaubten, sozial einmal so abzusacken.“

So war es auch bei der arbeitslosen Ilona aus der Plattensiedlung Dresden-Prohlis. „Als die bunten Prospekte lockten“, bestellte die junge Frau für sich und

„Das ist wie Almosennehmen, das gehört sich nicht“

ihre beiden kleinen Söhne Versandhausware für 8000 Mark. Dann wurde Ilona, einst Getränke-Technikerin, arbeitslos und konnte nicht mehr zahlen.

Nicht nur der Kaufrausch und die Folgen haben ganze Heere von Mietern zu Schuldnern gemacht: Weil die Arbeitslosenhilfe nur alle zwei Wochen kommt, zahlen manche, wenn überhaupt, erst kurz vor Ultimo – und sind so ständig im Verzug. Allein gelassene Frauen werden zu Großschuldnerinnen, weil der Unterhalt vom abtrünnigen Gatten nicht kommt. Zahlungsunfähige Arbeitgeber reißen ihre Mitarbeiter rein: Ein LWB-Kunde mit 12 000 Mark Mietschulden wies offene Lohnforderungen von 15 840,02 Mark nach.

Staatliche Hilfe in Anspruch zu nehmen wie Wohngeld und Sozialhilfe scheuen sich jedoch viele Ostdeutsche. „Das ist wie Almosennehmen, das gehört sich nicht“, hört Wohnungsverwalter Eisenfeld immer wieder von Mietern in Berlin-Lichtenberg.

Den Rausschmiß der Leute versuchen die großen Wohnungsgesellschaften so lang es geht hinauszuzögern. „Wir lassen uns manchmal hinhalten und kämpfen deshalb noch mit Mietschulden von 1992“, berichtet etwa die Leipzigerin Neuhäuser.

Oftmals scheuen die Wohnungsgesellschaften auch Konsequenzen, weil die erwirkten Titel praktisch wertlos sind: Nach Sonderrecht der neuen Länder haben die Wohnungsämter „Belegungsrecht“ für Menschen in Not. Die kommunalen Gesellschaften müssen freie Wohnungen melden, doch als Anwärter schickt das Amt oftmals den soeben geräumten und weiterhin mittellosen Altkunden – mitsamt seinem Schuldenberg.

„Ausgesprochene Gauner“

Bisher unveröffentlichte Dokumente über Herbert Wehners schwedisches Exil belegen, daß der spätere SPD-Politiker im Juli 1944 keineswegs eine „reinliche Scheidung“ von der KPD anstrebte. Erst Enttäuschung über die deutschen Kommunisten nach Kriegsende führte endgültig zum Bruch.

Als die Polizei kam, lag Herbert Wehner unter dem Bett. Geholfen hat es nicht. Am 18. Februar 1942, kurz vor 11 Uhr, nahm ihn die schwedische Kripo fest, der deutsche Spitzenkommunist konnte sich nicht ausweisen.

Illegal und ohne Papiere hatte Wehner versucht, im Auftrag der Moskauer KPD-Exilführung von Stockholm aus den Widerstand gegen Nazi-Deutschland zu reorganisieren. Nun, mitten im Zweiten Weltkrieg, warfen ihm die schwedischen Behörden Spionage vor. Das brachte ihm ein Jahr Gefängnis ein.

Was Wehner, die Ikone der Nachkriegs-SPD, der gestapofreundlichen schwedischen Sicherheitspolizei erzählte, war umstritten. Hat er ihr deutsche Widerstandskämpfer preisgegeben und so den Nazis ans Messer geliefert? Bisher unveröffentlichte Dokumente aus schwedischen und deutschen Archiven, die der Greifswalder Historiker Michael Scholz aufgespürt hat, räumen nun den Verdacht aus**. Wehner-Biograph Hartmut Soell jubelte in der *Zeit*: Endlich sei der „Nachweis gelungen, daß dieser Vorwurf unbegründet war“.

Nur am Rande geht der Wehner-Apologet indes auf eine andere Erkenntnis des Historiker-Kollegen ein: Wehners Abkehr vom Kommunismus vollzog sich komplizierter, als er es hinterher darstellte. Keineswegs strebte er nach der Entlassung aus der Internierung im Juli



Emigrant Wehner in Schweden*: Falsche Schlüsse im Schmollwinkel

1944 eine „reinliche Scheidung“ (so Wehners „Notizen“ 1946) wohl von der KPD an. Vielmehr hätte er gern seine Parteikarriere fortgesetzt, wie auch Recherchen des SPIEGEL ergaben.

Seit 1927 KPD-Mitglied, hatte es Wehner bis zum Kandidaten für das Politbüro gebracht. Der Preis war hoch: Vier Jahre, von 1937 bis 1941, intrigierte Wehner in Stalins Terror-Moskau um sein Leben (SPIEGEL 12 und 13/1993). Als alles vorbei war, beschrieb er die Moskauer Erfahrungen als einen der Hauptgründe für seine Lösung von der KPD.

Davon war in Schweden wenig zu spüren. Zwar kritisier-

te Wehner gegenüber Vertrauten den Personenkult Stalins und „äußerte sich sehr skeptisch zu gewissen Ereignissen in der Moskauer Emigration“, wie ein Weggefährte, Kurt Vieweg, 1966 der DDR-Staatssicherheit berichtete. Eine „so-wjetfeindliche Einstellung oder etwas dergleichen“, so der Mitemigrant Viktor Kunze, konnten seine Freunde jedoch nicht erkennen.

Sie sahen einen Wehner, der vor allem ein Ziel hatte: seinen Erzrivalen Karl Mewis aus dem Feld zu schlagen. Ihm und Wehner hatte die KPD-Führung in Moskau 1939 die operative Auslandsleitung der Partei in Skandinavien übertragen. Der Kaderabteilung schrieb Wehner, Mewis neige zu „Eitelkeit“ und „Selbstgefälligkeit“ und sei für den neuen Posten „nicht geeignet“. Während Wehner vorerst in Moskau blieb, durfte Mewis in Stockholm sofort beginnen. Wehners Skepsis erwies sich als begründet: Mewis schickte fünf schlecht vorbereitete Instrukteure ins „Reich“, vier davon liefen der Gestapo in die Arme. Wehner erhielt deshalb den Zusatzauftrag, Mewis' „Tätigkeit genau zu untersuchen“.

Wehner, der 1941 in Schweden eintraf, tat dies gründlich. Der Zentrale berichte-



Kommunisten Ulbricht, Mewis: „Herzlose Karrieristen“

* 1946 mit Stieftochter Greta, Stiefsohn Jens-Peter und Ehefrau Charlotte.

** Michael F. Scholz: „Herbert Wehner in Schweden 1941 – 1946“. R. Oldenbourg Verlag, München; 203 Seiten; 35 Mark.

Werbeseite

Werbeseite

te er, das „seelenlose bürokratische Umgehen mit unseren wertvollen Menschen“ könne „nicht entschuldigt werden“; es sei „gleichbedeutend mit Mord“. Doch bevor Mewis zurückgerufen werden konnte, sprengte die schwedische Sicherheitspolizei den Kreis der kommunistischen Konspirateure. Zuerst wurde Wehner verhaftet, ein halbes Jahr später flog Mewis auf.

Mewis schwärzte seinen Kontrahenten bei den Schweden an. Der wurde denn auch in der zweiten Instanz zu Zwangsarbeit verurteilt und anschließend interniert, Mewis kam ohne Strafe frei und wurde der führende Kopf der KPD-Auslandsleitung. Vergebens versuchte Wehner aus der Haft, den Verrat nach Moskau zu melden.

Was Wehner nicht wußte: Die dortige Exilführung hatte ihn längst wegen „erbärmlicher Feigheit“ aus der kommunistischen Glaubensgemeinschaft ausgestoßen. Während die Mewis-Aussage offenbar verborgen blieb, schlug wie eine Bombe ein, was aus Wehners Vernehmungen bekannt wurde. Seine Strategie, zwar Namen und Adressen zu nennen, aber nur, wenn sie der Polizei seiner Meinung nach bereits bekannt waren, fand in Moskau kein Verständnis.

Kaum war Wehner aus der Internierung entlassen, knüpfte er Kontakte zu der Parteigruppe im südschwedischen Borås, wo er als Viskosearbeiter tätig war. Wehner meldete sich nicht offiziell bei der KPD zurück. Doch versuchte er, mit Moskau Verbindung aufzunehmen. Die Unterstützung der KPD-Zentrale war nötig, wenn er sich im Intrigensumpf gegen Mewis behaupten wollte.

Wehner wählte als Kurier Simon Sorokin, der wegen Spionage für die Sowjets verurteilt worden war. Was Wehner ihm an Anklagepunkten gegen Mewis mitgab, trug er auch Genossen vor: Feigheit vor dem Feind, schlampige Widerstandarbeit, „prinzipienloses Gruppenverhalten“ gegen Walter Ulbricht, Verfälschung der politischen Linie und unsauberes Finanzgebaren.

Mewis teilte ebenfalls aus: Weil mehrere Schweden, die mit Wehner zusammengearbeitet hatten, nach dessen Verhaftung ebenfalls inhaftiert worden seien, habe die KPD die Hilfe durch skandinavische Genossen verloren.

Die Parteibasis folgte Mewis. Bei einer Gegenstimme beschloß sie Ostern 1945, eine Entscheidung des Zentralkomitees abzuwarten und Wehner bis dahin von der Parteiarbeit fernzuhalten.

Auch mit Sorokin hatte Wehner kein Glück. Da der Kurier von der schwedischen Sicherheitspolizei überwacht wurde, landete Wehners Bericht nicht in Moskau, sondern bei der Polizei in Stockholm. Besser klappte es da mit Willy Langrock, Finanzjongleur der Komin-

tern in den dreißiger Jahren und ein Mann mit vielen Kontakten. Er fühle sich „sicher und beruhigt“, so Wehner Ende 1944 nach einem Bericht dänischer Sozialdemokraten zu Langrock, da dieser ihm „um die Mewis-Clique herum“ die Verbindung nach Moskau ermöglicht habe. Freunden wie Feinden erzählte Wehner voller Hoffnung, die KPD-Spitze beurteile seinen Fall anders als der Ableger in Schweden.

Ein Jahr später war der Optimismus verfliegen. Die Mewis-Gruppe – „ausgesprochene Gauner“ (Wehner) – durfte

Die KPD-Spitze beauftragte Honecker, bei Wehner vorzusprechen

ins zerstörte Berlin zurück, er selber saß in Schweden fest. Der KP-Führer Walter Ulbricht suchte dringend Genossen, die im Troß der Roten Armee den deutschen Sozialismus aufbauen sollten. Mewis traute er nicht viel zu, der sei vorerst nur „im Bezirksmaßstab geeignet“.

In seinen schwedischen Schmollwinkel zog Wehner falsche Schlüsse. Seinem Bekannten Kunze sagte er, daß sich die Partei schon melden werde, wenn sie ihn haben wolle. Doch niemand kam. Wehners Zweifel wuchsen. Einem Freund schrieb er: „Ich habe mich ruhig verhalten . . . in der immer geringer werdenden Hoffnung, daß mir einmal Gelegenheit gegeben werden würde, richtigzustellen, was verdreht worden ist. Eine solche Gelegenheit hat mir niemand geboten, und ich zweifle daran, daß man sie mir bieten wird.“

Da täuschte er sich. Um die Jahreswende 1945/46 beauftragte die KPD-Spitze Erich Honecker, bei Herbert Wehner vorzusprechen, falls dieser schon in der britischen Zone sein sollte. Die beiden kannten sich aus den Jahren 1934/35 von der Saar. Doch Wehner erfuhr davon nie.

Abgeschnitten von allen Kontakten, sah er seine Chancen schwinden. Er sei kein „Illusionist, der annimmt, er könne dort Recht . . . erwarten, wo Leute vom Schlage der Mewis . . . sich eingenistet haben“, klagte er. Unter diesen „herzlosen politischen Karrieristen“ – Ulbricht eingeschlossen – sei für ihn „kein Platz“. Wehner gab den Machtkampf verloren. „Jeder weitere Versuch“ sei „nur um den Preis persönlicher Korruption und Erniedrigung“ zu erkaufen.

Wie Wehner ging es vielen Renegaten. Nicht die Irrlehren von Marx, Lenin oder Stalin, sondern die Enttäuschung über die Genossen trieb sie aus der Partei. Erstaunlich war nur das Tempo: Anfang Juni 1946 rechnete Wehner bereits fest mit der SPD, im Herbst war er schon Mitglied.

Werbeseite

Werbeseite



Polenmarkt im Grenzgebiet: Brötchen für 9 Pfennig, Maßhosen für 30 Mark

Grenze

Zum Tanken nach drüben

Mißgünstig verfolgen deutsche Mittelständler an der Grenze zu Polen den Aufschwung jenseits der Oder.

Als das polnische Städtchen Stubice noch am Ende der Welt lag, beherbergte es neun Friseursalons. Mehr als genug für den verschlafenen Grenzort mit 16 000 Einwohnern, der vis-à-vis von Frankfurt an der Oder liegt.

Fünf Jahre, eine Ewigkeit, ist das jetzt her. Damals blieben in Stubice die Stübicer unter sich, denn die Brücke über die Oder war für die Deutschen von gegenüber geschlossen. Nun kommen sie in Scharen, bis zu 40 000 am Tag. Aus 9 Haarsalons sind über 30 geworden, an Kundschaft ist kein Mangel.

„In Deutschland ist Haarschneiden doppelt bis dreimal so teuer“, weiß Grazyna Blazkiewicz, die ihren Eckladen im 20. Jahr leitet. Eine Dauerwelle kostet bei ihr 28 Mark, ein Herrenschnitt einen Zehner. Seit die Hälfte ihrer Kunden aus Brandenburg und Berlin über die Brücke kommt, konnte die Unternehmerin zwei neue Friseusen und eine Auszubildende einstellen – Aufschwung auf polnisch.

Vom Einkaufstourismus an Polens Westgrenze profitiert nicht nur das Barbiergewerbe. Längst sind die deutschen Ausflügler zum entscheidenden Wirtschaftsmotor der Region geworden, die

sich mehr und mehr zu Polens Speckgürtel entwickelt. Die Deutschen kaufen alles, was billiger ist, und in Polen ist fast alles billiger.

Schuhmacher reparieren Absätze für sechs bis acht Mark, Reisebüros vermitteln preiswerten Urlaub in polnischen Touristenzentren. Aluminium-Jalousien kosten pro Quadratmeter um die 14 Mark, für einen Liter bleifreies Super zahlt der Autofahrer nicht mal eine Mark. Ein Brief von Polen nach Deutschland wird im Wert von 50 Pfennig frankiert, das Inlandporto ab Frankfurt ist doppelt so teuer. Unschlagbar günstig sind auch die Textilien-Preise – eine maßgeschneiderte Hose kostet in Stubice, Material exklusive, keine 30 Mark. Selbst den Zahnersatz läßt sich der preisbewußte Brandenburger gern jenseits der Oder installieren.

Doch die Dumpingpreise sorgen im deutschen Grenzgebiet nicht nur für gute Laune. Zwar profitieren die meisten Bewohner vom Währungs- und Wohlstandsgefälle, für arbeitslose ostdeutsche Familien ist es sogar ein Glücksfall. In den konkurrierenden Branchen aber rumort es überall im deutsch-polnischen Grenzgebiet.

Seit der Grenzöffnung habe „der Mittelstand hier nichts zu lachen gehabt“, schimpft der Kürschnermeister Gunter Herrmann aus Guben. Wie er den Lederpreisen auf dem Markt im gegenüberliegenden Gubin standhalten soll, „möchte ich von denen in Bonn gern mal wissen“.

Eine Lederjacke ist im polnischen Nachbarstädtchen schon für 30 Mark zu haben, bei Herrmann kostet sie das Zehnfache. Schon im April war sein Umsatz um die Hälfte geschrumpft. „Der Sommer hat mir dann den Rest gegeben.“ Das sei wohl normal in der

Werbeseite

Werbeseite

Marktwirtschaft, und immerhin: „Tanken fahr' ich natürlich auch in Polen.“ Auf der deutschen Seite schimpft jeder gern – und geht doch rüber.

Während die Handwerker in Guben noch grummeln, riefen sie in Frankfurt an der Oder jetzt lautstark um Hilfe. Als eine Bäckerfrau dort im August begann, die Schrippen aus Polen zu importieren und für neun Pfennig das Stück auf deutscher Seite zu verkaufen, geriet der Hauptgeschäftsführer der Frankfurter Handwerkskammer, Jürgen Watzlaff, in Wut.

Mit markigen Worten suchte er die ungeliebte Konkurrenz vergangene Woche wieder über die Oder zu treiben: „Das Handwerk“, wettete Watzlaff, „hat immer zum deutschen Volk gehalten.“

Für deutsche Unternehmen, die sich in Polen etablieren, ist besonders das Lohngefälle lukrativ. Die Arbeitskosten betragen östlich der Oder weniger als zehn Prozent von dem, was sie in Deutschland ausmachen würden. Auch die Möglichkeit, an Sonn- und Feiertagen und rund um die Uhr arbeiten zu lassen, lockt Investoren.

Trotz der offiziellen Lobeshymnen auf die neue deutsch-polnische Freundschaft sitzen die Ressentiments auf beiden Seiten der Oder tief. Die Ostdeutschen kaufen gern bei den „Polacken“, Freundschaft mit ihnen schließen möchten sie aber nicht.

Während auf der polnischen Seite die meisten Händler zumindest ein paar Brocken Deutsch sprechen, finden sich auf der Westseite die einzigen Hinweise



A. BASTIAN / CARO

Friseurin Blaszkiewicz: „In Deutschland dreimal so teuer“

Der unverhohlene nationalistische Ton alarmierte nicht nur die Frankfurter Stadtväter, die Watzlaffs Attacke sogleich als „Entgleisung“ verurteilten. Das brandenburgische Wirtschaftsministerium geißelte den Satz als „Katastrophe im gegenwärtigen Stadium“ – als die deutschümelnden Worte fielen, war Landesvater Manfred Stolpe gerade im Begriff, dem Nachbarland einen Besuch abzustatten.

Reinhard Petzold, Geschäftsführer der Frankfurter Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Depowi, hält das Lamento der Handwerker für „piefig, schädlich und absurd“. Kein Arbeitsplatz in Deutschland sei durch die Billigproduktion in Polen vernichtet worden, beteuert er. Zudem liege der Gründungsboom in Polen auch im deutschen Interesse. „Wenn sich Westpolen wirtschaftlich stabilisiert“, glaubt er, „dann kommt es bei einer totalen Grenzöffnung auch nicht zu einer Ausreisewelle von Polen nach Deutschland.“

an die polnischen Besucher in Gestalt von Warntafeln für Ladendiebe. Dabei profitieren auch Deutsche vom Einkaufstourismus.

Besucher von östlich der Oder suchen in Frankfurt vor allem preiswerte Elektrowaren, hochwertigen Schmuck und Schuhe, die zwar ein bißchen teurer, aber robuster und schicker sind. Die Polen lassen zwar die Kassen klingeln, höflich behandelt werden sie dennoch nicht. Walter Tzschacher, Chef der Frankfurter Verbraucher-Zentrale, kennt viele Fälle, in denen polnische Kunden beim Rücktausch defekter Waren Ärger mit deutschen Verkäufern bekommen haben.

Größtes Problem beiderseits der Oder ist das Verkehrschaos an den Grenzübergängen. Lkw-Fahrer stehen oft Tage im Stau, auch Privatausflügler brauchen viel Geduld. Beratungschef Tzschacher fährt zum Tanken nicht mehr rüber, „weil das inzwischen ewig dauert“.

Werbeseite

Werbeseite

Weltausstellung

Kein Thema

Die Expo 2000 in Hannover droht zum Flop zu werden. Fünf Jahre vor Eröffnung gibt es nur Phrasen statt Konzepte.

Theodor Diener, 59, ist ein tatkräftiger Mann. „Ich verstehe ein bißchen was davon, wie man Produkte unters Volk bringt“, verkündete der neue Manager der Weltausstellung Expo 2000 am vorvergangenen Freitag, kaum daß er berufen war.

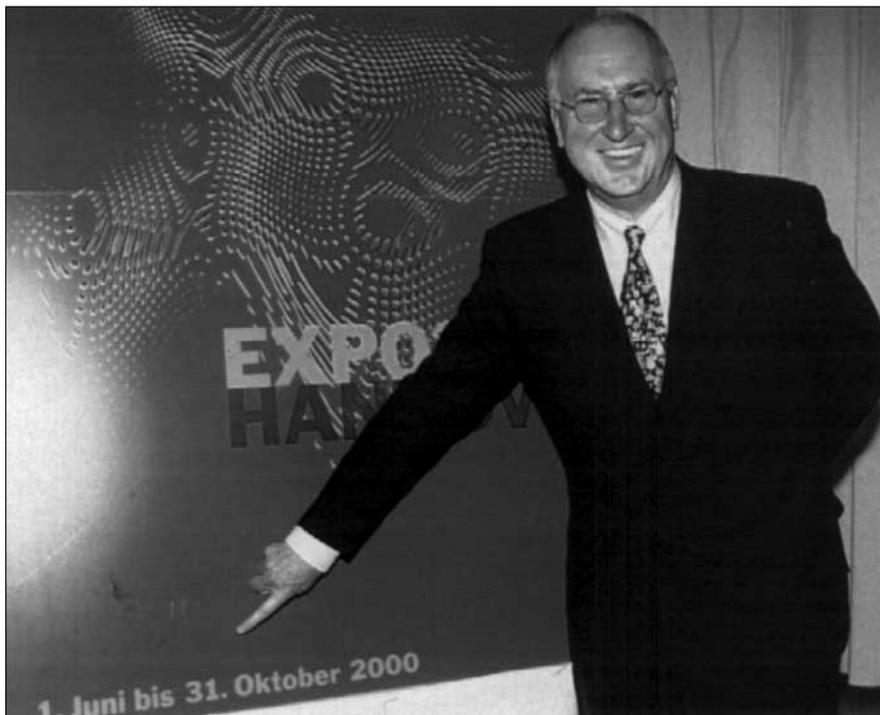
Von dieser Fähigkeit allerdings wird der gelernte Elektrotechniker, bislang Geschäftsführer beim Büromöbelhersteller Pohlschröder in Dortmund, vorerst wenig Gebrauch machen können: Vom Produkt Expo gibt es bislang nicht einmal ein Muster.

Fast sechs Jahre nachdem die niedersächsische Landeshauptstadt in Paris den Zuschlag für die Ausrichtung der Weltausstellung im Jahr 2000 bekommen hat, verlieren sich die Vorbereitungen immer noch im Hickhack unzähliger Gremien und in wolkigen Ankündigungen des Expo-Planers Andreas Grosz, 46, der auch der dreiköpfigen Expo-Geschäftsführung angehört.

Interessenten, die wissen wollen, welche Aspekte sich hinter bombastischen Worthülsen wie „vernetzte Themenschwerpunkte“ oder „offene Diskurse“ verbergen könnten, pflegt der gelernte Lehrer und Herausgeber eines Lifestyle-Magazins mit weit-schweifigem Geschwafel in die Flucht zu schlagen.

So präsentierte Grosz dem Expo-Aufsichtsrat, dem unter anderen VW-Sanierer Ignacio López und Mercedes-Manager Helmut Werner angehören, ein Papier zum Thema „Zukunft der Arbeit“, das in der These gipfelt, Arbeitnehmer müßten „innerhalb von Datenflüssen und intelligenten Steuersystemen navigieren“ können, „ohne sich zu verirren“. Resigniert ließ der Aufsichtsrat das Machwerk in der Schublade verschwinden.

Mit Diener bekommt die Expo bereits ihren zweiten Chef innerhalb von 16 Monaten. Vorgänger Konrad Heede war von dem Großprojekt nicht weniger überfordert als Planer Grosz. Der gelernte Maschinenbauer machte vor allem durch cholerische Auftritte von sich reden. Mal beschwerte er sich im Bun-



Expo-Manager Diener: Verkokste Organisation

deskanzleramt lautstark über das für die Expo zuständige Bonner Wirtschaftsministerium, mal brach er wegen Meinungsverschiedenheiten über eine geplante Expo-Siedlung jeden Kontakt zur Stadt Hannover ab.

Doch auch der weltläufigere Heede-Nachfolger Diener wird kaum verhindern können, daß aus dem ehrgeizigen Vorhaben am Ende nicht viel mehr als eine gehobene Industriemesse wird.

sellschaft der Deutschen Wirtschaft, der Landkreis Hannover und der Kommunalverband Großraum Hannover – ein Konglomerat von disparaten Interessen, aus denen sich alles mögliche ergibt, bloß nicht eine Vision für die Expo.

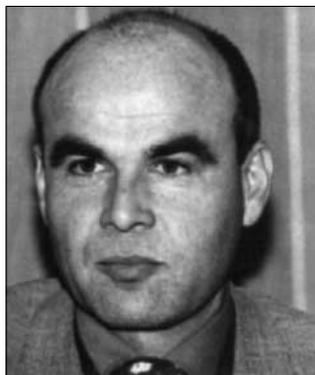
Hinzu kommt: Die Expo GmbH muß sich selbst finanzieren. Rund 1,5 Milliarden Mark sollen, so die Kalkulation, die Besucher einbringen. Dafür aber müßten während der fünf Monate dauernden Schau täglich mindestens 300 000 Menschen nach Hannover (500 000 Einwohner) strömen.

Eine Milliarde Mark hoffen die Veranstalter durch Sponsorengelder hereinzubekommen. Doch Förderer aus der Industrie halten sich bislang zurück, weil es zwar ein Allerweltsmotto für die Expo gibt – „Natur, Mensch, Technik“ – aber noch keinerlei Konzept. Die Firmen wollen, statt für Projekte zu blechen, auf die sie keinen Einfluß haben, lieber mit eigenen Entwürfen „unsere Anliegen darstellen“,

wie Horst Schrage von der Industrie- und Handelskammer Hannover sagt.

Selbst die 20 Millionen Mark, die eine Expo-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft als Anteil an der Expo GmbH aufbringen mußte, kamen nur mühsam zusammen. „Die Expo“, klagt Schrage, sei bisher „kein bundesweites Thema“.

Auch die übrigen Gesellschafter verbreiten allenfalls nach außen Zweckoptimismus. Vor allem Bonn hat mit dem



Diener-Vorgänger Heede, Geschäftsführer Grosz
Cholerische Anfälle, bombastische Ankündigungen

Denn die Expo krankt nicht nur an unfähigen Managern, sondern auch an einer völlig verkorksten Organisation.

Anders als Weltausstellungen anderswo wird die Veranstaltung in Hannover nicht als nationales Großprojekt behandelt, sondern soll von einer eigens dafür gegründeten Expo GmbH mit bisher rund 70 Mitarbeitern betrieben werden. Gesellschafter der Mini-Firma sind der Bund, das Land Niedersachsen, die Stadt Hannover, eine Beteiligungsge-

in der niedersächsischen Provinz ausgeheckten Unternehmen wenig im Sinn.

Fast vier Jahre lang pokerten der Bund, das Land Niedersachsen, die Stadt Hannover sowie Kommunalverbände und Wirtschaftslobbyisten um einen komplizierten Vertrag, der die Arbeitsgrundlage für die Expo bildet. „Manchmal wurde um jeden Satz in dem 85-Seiten-Papier gerungen“, erinnert sich ein Teilnehmer – Friedensverhandlungen im Nahen Osten können kaum schwieriger sein.

Dennoch gibt es laufend Reibereien, zum Beispiel wegen der Grundstückspreise. Anders als im spanischen Sevilla, wo sich für die Weltausstellung 1992 eine staatliche Gesellschaft auf staatlichem Boden ausbreiten konnte, muß in Hannover eine eigens gegründete Expo-Grundstücksgesellschaft das Ausstellungsgelände, sofern es nicht Teil der Hannover-Messe ist, von der Stadt kaufen. Weil die ziemlich bankrotte Landeshauptstadt ihren Boden möglichst gut verhökern, die Expo-Gesellschaft aber nicht in die Miesen geraten will, liegen beide im Dauerclinch und beharken sich mit Hilfe teurer Gutachten.

Krach gibt es auch um die als soziales Musterquartier geplanten 2500 Wohnungen am Rande des Expo-Geländes. Die Siedlung, die in Anzeigen als „neues Kapitel der Stadtentwicklung“ gepriesen wird, ist den Expo-Machern längst lästig geworden. Das vor etwa drei Jahren entwickelte Wohnungskonzept sollte vor allem dazu beitragen, daß Bauarbeiter und Beschäftigte der Expo auf dem regionalen Arbeitsmarkt nicht die Preise in die Höhe treiben.

Inzwischen jedoch sinken in Hannover die Mieten, und die Expo-Gesellschaft möchte das auch ökologisch als vorbildlich gepriesene Projekt am liebsten loswerden. Ein noch von Diener-Vorgänger Heede bestelltes Gutachten hält allenfalls 1500 schlichtere Wohnungen für vertretbar. „Die rudern überall zurück“, argwöhnt Erwin Jordan von den Grünen, ein gestandener Gegner der Weltausstellung.

Bei so viel Gezänk wächst in Hannover das Bedauern, daß Kanada mit seinem Vorstoß gescheitert ist, den Beschluß der Generalversammlung des „Bureau International des Expositions“ für die Niedersachsen-Metropole vom Dezember 1989 noch nachträglich zu kippen. Die Kanadier, die Toronto als Expo-Standort für das Jahr 2000 offeriert hatten und mit nur einer Stimme unterlegen waren, beschwerten sich, die Deutschen seien bei der Abstimmung in Paris gleich zweimal vertreten gewesen.

Tatsächlich hat die untergehende DDR mitgestimmt und wohl die entscheidende 21. Stimme für Hannover abgegeben – ein letztes Danaergeschenk an den Klassenfeind.

Werbeseite

Werbeseite

Ärzte

Spitzgerechnet

Schock für die Klinikchefs: In Berlin sollen erstmals ihre Nebeneinkünfte drastisch gestutzt werden.

In einem langen Brief versuchte Klaus Eyrich den Berliner Spitzenpolitikern seine ganze Fron und Entsagung begreiflich zu machen. Er gehöre zu der Generation, „die nicht nach Einkommen und nicht nach Arbeitszeit gefragt“

benverdienste müßten die Weißkittel vom nächsten Jahr an bis zu 60 Prozent ihrer Nebeneinkünfte an die Krankenhäuser abführen, ein Vorhaben, in dem der Berliner Neurochirurg Mario Brock die „unverschämte Bestrafung einer Elite“ erblickt.

Was Brock verteidigt, ist eine besonders fragwürdige Ausgeburt des undurchsichtigen deutschen Gesundheitssystems: Während die Mehrheit der Krankenhausärzte – gemessen an Verantwortung und Belastung – eher mäßige Gehälter bezieht, genießt eine kleine Gruppe von Klinikchefs das Privileg, nebenher Millionen abzugreifen.

Die Spitzenverdiener kassieren von Privatpatienten und Krankenkassen, liefern Gutachten ab und gehen oft auch noch einer Beratertätigkeit in der Medizinindustrie nach.



Radiologe Felix: „Lizenz zum Gelddrucken“?

habe. Nur lernen, leisten, etwas werden wollen zählte „und – natürlich – später etwas verdienen“.

Der Mann hat sein Ziel erreicht. Anästhesist Eyrich ist Chefarzt an der Berliner Uni-Klinik Benjamin Franklin. Die Lebensstellung sichert ihm nicht nur ein C4-Jahresgehalt von mindestens 120 000 Mark, sondern auch das Recht auf Nebeneinnahmen, die deutlich höher liegen als das Gehalt. Dennoch, klagt Eyrich, wenn er seine Arbeitszeit bedenke, komme er gerade mal „auf den Stundenlohn eines Facharbeiters“.

Mit seinem Klagebrief hat Eyrich dem Unheil nicht wehren können: In Berlin sollen jetzt erstmals die Nebeneinnahmen der Chefärzte an den Universitätskliniken empfindlich beschnitten werden. Abhängig von der Höhe der Ne-

Bisher mußten die Berliner Uni-Chefärzte nur durchschnittlich 30 Prozent solcher Zusatzverdienste an ihr Krankenhaus abtreten. Das wird sich ändern. Bis Ende des Monats soll CDU-Wissenschaftssenator Manfred Erhardt, so ein einstimmiger Beschluß des Parlaments, eine Neufassung der „Hochschulneben-tätigkeitsverordnung“ vorlegen, welche die Abgaben kräftig anhebt. Erhardt ist willens, „den Parlamentsbeschluß eins zu eins umzusetzen“.

Nicht genug, daß den Chefärzten, gestaffelt nach der Höhe der jährlichen Bruttoeinnahmen, über die Hälfte der Zusatzeinnahmen abgenommen werden soll; es droht obendrein Transparenz. Bisher sind die Unis auf die Ehrlichkeit ihrer Chefs angewiesen, denn liquidiert wird über private Abrechnungsstellen.

Künftig soll die Behandlung der Privatpatienten über die Krankenhäuser abrechnet werden.

Jedesmal setzt ein akuter Blinddarm, der privatversichert in die Notaufnahme gerollt wird, die sogenannte Ärztekette in Bewegung, welche die Kassen erst richtig klingeln läßt. Ob Röntgenbild, Blutentnahme oder Narkose – gleich welche medizinische Abteilung der Privatpatient in Anspruch nimmt, immer verdient der Chef mit. Die meisten Spitzenverdiener finden sich in Fächern wie Radiologie, Labormedizin und Pathologie – manche der Spezialisten bekommen den Kranken gar nicht zu sehen.

Umsatzmillionär wird der Chefarzt erst dadurch, daß er die Harnschau nicht selbst durchführen muß. Die Professoren dürfen, ganz legal, auch alle Leistungen in Rechnung stellen, die von ihren Mitarbeitern erbracht werden. Als der baden-württembergische Rechnungshof die Rechnungen von 470 Narkosen kontrollierte, stellte sich heraus, daß nur 26 von den Chefarzten persönlich vorgenommen worden waren.

Wie schwer es ist, die Pfründen der beamteten Mediziner zu kappen, zeigt das Berliner Beispiel. Über zwei Jahre kämpfte Bernd Köppl, gesundheitspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die



J. BINDRIN / LAIF

Untersuchung im Computertomographen: Ende der goldenen Jahre?

Grünen im Abgeordnetenhaus und selbst Arzt, gegen die Chefarztlobby innerhalb und außerhalb des Senats, um die Neuregelung anzustoßen.

Den Auftakt bildete 1993 Köppls kleine Anfrage an den Senat, wie es denn um die Nebeneinnahmen der Professoren und Chefarzte bestellt sei. Das Er-

gebnis: Berlins 268 Chefarzte verbuchten 1992 über 70 Millionen Mark an Nebeneinnahmen. Von den 125 liquidationsberechtigten Universitätskliniken erwirtschafteten 18 über 500 000 Mark und weitere 11 über eine Million Mark.

Die besondere Zierde des erwerbstätigen Standes in Berlin ist Pro-

Werbeseite

Werbeseite

fessor Roland Felix, Röntgenchef am Rudolf-Virchow-Klinikum. Der Herr über 60 Ärzte liquidiert bei seinen Privatpatienten jährlich rund vier Millionen Mark. Mit den gesetzlichen Krankenkassen rechnete er allein 1992 weitere 5,5 Millionen Mark Honorare ab.

Medizinische Abteilungen wie die von Felix sind für Berlins Ärztekammerpräsident Ellis Huber „wie eine Lizenz zum Gelddrucken“. Doch alle Versuche von Hamburg bis Bayern, die Nebeneinkünfte der Klinikchefs gründlich zu stutzen, scheiterten bisher. Heraus kam lediglich ein Dickicht

von Sonderabgaben und Nutzungsentgelten, mit deren Hilfe nur ein kleiner Teil der Nebeneinnahmen abgeschöpft werden konnte.

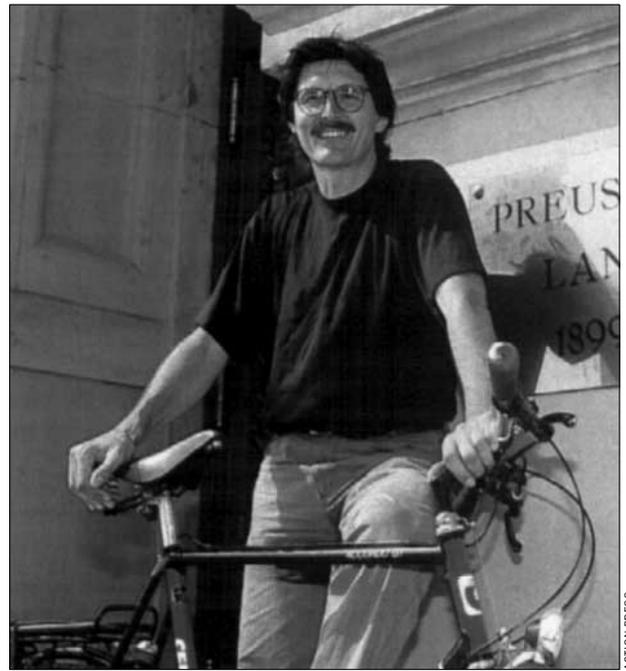
In Berlin warf sich immer wieder Wissenschaftssenator Erhardt, Professor für öffentliches Recht, schützend vor die Kollegen. Köppls Vorschlag, Nebentätigkeitseinnahmen auf maximal 250 000 Mark pro Jahr zu begrenzen, war chancenlos. Doch auch der Gedanke an höhere Abgabenprozente führte zu allergischen Reaktionen. Mal gab Erhardt „verfassungsrechtliche Bedenken“ zu

„Ein Chefarzt muß nicht mehr als der Bundeskanzler verdienen“

Protokoll, mal fürchtete er um den Wissenschaftsstandort Berlin, weil Chefarztposten künftig nicht mehr lukrativ genug für Spitzenleute wären.

Überhaupt wollte Erhardt ursprünglich erst tätig werden, wenn auch die Chefs der städtischen Kliniken „Abgaben in ähnlicher Höhe“ zu leisten hätten. Für die städtischen Krankenhäuser ist CDU-Gesundheitssenator Peter Luther zuständig. Doch der brauchte allein acht Monate und eine harsche Rüge der Parlamentspräsidentin, um Antworten auf Köppls kleine Anfrage zu finden – vorgeschrieben sind zwei Wochen.

Auch gegen die im Parlamentsbeschluß vorgesehene Neuregelung, daß sich die Klinikbosse an der Finanzierung der teuren High-Tech-Apparate beteiligen sollen, machte Erhardt Front. Seiner Ansicht nach ist dieser Anteil „im Nutzungsentgelt enthalten“, das den



Grünen-Politiker Köppl: Maßstab für die Chefarzte?

Chefs von ihren Nebeneinnahmen abgezogen wird. Schließlich, so Erhardt, werde ein Computertomograph nicht für den Chefarzt, sondern für das Krankenhaus angeschafft. „Sonst müßte ich das spitz ausrechnen“, sagt der Senator, „und einen mit der Stoppuhr danebenstellen, der genau festhält, wie lange der Chefarzt das Gerät für Nebentätigkeit nutzt.“

Köppl sieht das anders. Niedergelassene Ärzte „müssen bis zu 80 Prozent ihres Umsatzes für ihre Praxiskosten ausgeben“, so der Grüne. Dies müsse der Maßstab auch für Klinikchefs sein. Sollte Köppl sich durchsetzen, sind insbesondere in den technikintensiven Medizinsparten die goldenen Jahre für Uni-Chefarzte vorbei.

Die Berliner Chefarzte macht das dauernde Genörgel an ihren Einkünften fuchtig. Auch die Bemerkung des Ärztefunktionärs Huber, daß „ein Chefarzt nicht mehr als der Bundeskanzler verdienen muß“ (rund 350 000 Mark), hält Neurochirurg Brock für eine Dreistigkeit.

Den Berliner Wissenschaftsausschuß belehrte Brock über den Unterschied zwischen seinesgleichen und dem Kanzler: Ein Chefarzt leiste Abgaben an seine Mitarbeiter, müsse Bücher und Kongreßbesuche selbst bezahlen, 25 000 Mark fresse allein die Haftpflichtprämie zum Schutz gegen die Folgen ärztlicher Kunstfehler.

Der Bundeskanzler hingegen verfüge über einen annehmlichen Repräsentationsetat und einen Mitarbeiterstab, den er nicht finanzieren müsse. Und schließlich, so Brock, zahle der Regierungschef auch keine „Haftpflichtversicherung gegen politische Fehler“.

Werbeseite

Werbeseite



Verteidiger Danckert, Angeklagter Schalck, Verteidiger Müller, Ignor: „Alle haben Meißener Porzellan zu Hause“

Strafjustiz

Greift die Anklage ins Leere?

Gisela Friedrichsen über den Prozeß gegen Alexander Schalck-Golodkowski in Berlin

Dürften sie drei Wünsche äußern, wenn sie am liebsten in ihren Fängen hätten, gerupft und gebraten – die Staatsanwaltschaften, voran die Berliner, wären sich sofort einig: Wolfgang Vogel, Markus Wolf, Alexander Schalck-Golodkowski. Der zwielichtige Unterhändler, der schillernde ehemalige Geheimdienstchef der DDR und der legendenumwobene Devisenbeschaffer stehen ganz oben auf ihrer Liste.

Viele Menschen wollen diese drei Männer hinter Gittern sehen. Als ob sich gerade in ihnen der „Unrechtsstaat DDR“ in besonders herausragender Weise verkörperte, wird um sie gekämpft mit dem Ziel, sich und der Geschichte zu beweisen, daß es die Strafjustiz der Bundesrepublik an nichts fehlen läßt, das in der DDR begangene Unrecht juristisch zu „bewältigen“.

Den Rechtsanwalt Vogel blies die Berliner Staatsanwaltschaft zu einem Mann auf, der wegen seiner Position im Machtapparat der DDR mitverantwortlich gemacht werden müsse für das menschenverachtende Regime des anderen deutschen Staates. Die 6. Große Strafkammer des Landgerichts Berlin ließ Luft aus diesem Ballon und nannte Vogel nur ein „hochrangiges Werkzeug“ der SED. Der seit dem 2. November 1994 gegen ihn immer noch fortdauernde Prozeß brachte bis heute nicht jene Untaten ans Licht, auf die die Öffentlichkeit so gespannt war.

Markus Wolf ist vom Düsseldorfer Oberlandesgericht zu sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. An ihm hält die Bundesanwaltschaft hartnäckig fest (während andere Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, sofern sie ausschließlich vom Boden der DDR aus tätig waren, nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts inzwischen von Verfolgung ausgenommen sind). Ihn möchte sie unbedingt rechtskräftig verurteilt oder noch einmal vor Gericht sehen. Über die Revision gegen das Urteil soll am 11. Oktober verhandelt werden.

Schalck-Golodkowski, 63, der ehemalige Chef des DDR-Außenhandelsbereichs Kommerzielle Koordinierung (KoKo), steht seit voriger Woche in Berlin vor der 5. Großen Strafkammer und muß sich, weil nicht einmal mehr der Schatten eines Verdachts auf ihm liegt, er habe Millionen- oder gar Milliardenbeträge verschwinden lassen, nun erst einmal wegen Krümelkram verantworten: 246 Nachtsichtgeräte, 169 Flinten, Pistolen und Revolver sollen ohne Erlaubnis des Westens auf seine Veranlassung hin Ende der achtziger Jahre in die DDR gebracht worden sein.

Bei den Flinten handelte es sich nicht um Sturmgewehre, mit denen Grenzsoldaten Republikflüchtlinge hätten abschließen können. Angeklagt ist vielmehr der Transport von Jagdwaffen, bei „Frankonia“ und ähnlichen Firmen in der Bundesrepublik käuflich, wie sie die

Großkopfeten in Wandlitz und ihre ausländischen Staatsgäste schätzten. „Die haben doch alle Meißener Porzellan zu Hause“, sagt Schalck, „fragen Sie mal, woher.“

Bis zu welcher Grenze DDR-Unrecht mit den Mitteln des Strafrechts verfolgt werden kann, ist nach fünf Jahren deutscher Einheit heftig umstritten. Schon 1992 hatte der Präsident des Bundesgerichtshofs Walter Odersky ausdrücklich davor gewarnt, die gesamte jüngste Vergangenheit mit Hilfe des Strafrechts aufarbeiten zu wollen.

Er sah voraus, daß die Schwierigkeiten in der Tatsachenfeststellung und in der Zurechnung persönlicher Schuld viele Abstriche bedingen würden: „Es wird dann sehr leicht dazu kommen, daß sich die öffentliche Meinung wieder einmal gegen die Justiz kehrt und daß man sagt, sie habe versagt.“ Er hielt sogar eine Amnestie für erwägenswert, „wo die Straftaten sich nicht gegen Mitmenschen richteten, sondern sich im Gegeneinander der zwei früheren Staaten erschöpften“.

Oderskys Warnung verhallte zunächst ungehört. Heute gehen die Fronten quer durch die Gerichte. In der vergangenen Woche entschied das Bundesarbeitsgericht, daß eine intensive Mitarbeit beim MfS, wenn sie lang zurückliegt und sich der Betreffende vom Gesellschaftssystem der DDR später abgekehrt hat, nicht zur Entlassung aus dem Öffentlichen Dienst führen müsse.

Diese Entscheidung wird jeden empören, der alle Irrungen und Wirrungen gerichtlich geahndet wünscht. Doch der 5. Strafsenat des BGH befand am vergangenen Freitag sogar, daß DDR-Richter und -Staatsanwälte nur noch unter engen Voraussetzungen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können. Es müsse ein „offensichtlicher schwerer Willkürakt bei der Anwendung des DDR-Rechts“ vorliegen.

Versucht die Strafjustiz, sich nicht über die Grenze treiben zu lassen, die ihr gesetzt ist, wirft man ihr mangelnden Respekt vor den Opfern vor. Doch es ist zu fragen, ob etwa die ausdauernde Verfolgung von Männern wie Vogel, Wolf und Schalck wirklich dem Respekt vor Opfern entspringt.

Alle drei, Vogel, Wolf und Schalck, sind prädestiniert, ein Straf- oder auch ein Rachebedürfnis auf sich zu ziehen. Sie wecken Emotionen nicht nur bei jenen, die meinen, einen Nachteil durch sie erlitten zu haben.

Vogel ist der Jurist, der alles besser weiß. Ein wenig steckt davon in vielen Juristen. Doch jenes Gericht, das längst vor dem Berliner Landgericht schon über ihn geurteilt hat, ist in allen Rollen allein mit ihm besetzt gewesen – Vogel als Angeklagter, als Ankläger, als Richter. Dieses Selbstgericht hat ihn freigesprochen. Es hat ihn gelobt, gepriesen und geehrt entlassen.

Vogels eitle Selbstgerechtigkeit fordert Widerspruch heraus, auch von Gleichmütigen. Genauso ist es bei Wolf. Wie Vogel die Nachtseiten des Juristen personifiziert, so stellt Wolf eine Variante des Literaten dar, die grausen macht. Er kann jede Rolle spielen, jeden Rock tragen, und niemand soll gefälliger an frühere Rollen und Röcke erinnern. Auch er hat sich einen Kranz um die eigene Stirn gewunden. 30 Jahre lang war er hoher Funktionär im MfS. Er war General und Stellvertreter eines Erich Mielke . . . Am 4. November 1989, als er auf dem Alexanderplatz von 500 000 Menschen niedergeschrien wurde, hielt er sich selbst für einen Hoffnungsträger. Dieser Tage plaudert er amüsiert über sein neues Kochbuch. Auch ein Kommunist muß sehen, wo er bleibt – nicht wahr?

Da mag selbst der Gleichmütigste von Zorn gepackt werden. Doch darf eine Strafverfolgungsbehörde dieser Emotion nachgeben? Wenn Menschen einfühlbare Reaktionen wecken, dann ist das noch kein strafbarer Tatbestand.

Auch ein bestimmter Typ des Kaufmanns kann die Menschen aufbringen, zum Beispiel, wenn er sich in jeder Hinsicht unangreifbar zu machen versteht trotz jener Kunden, die überzeugt sind, er habe sich auf ihre Kosten bereichert. Im Vergleich mit Vogel und Wolf schneidet Alexander Schalck noch am besten ab. Er ist, obwohl gelernter Feinmecha-

niker, der geborene Kaufmann. Er hält sich im Hintergrund. Er ist korrekt bis in die letzte Ziffer weit hinter dem Komma. Seine Bücher hält er in Ordnung, seine Konten hat er im Kopf. Sein Gedächtnis ist phänomenal. Mit wachem Blick schätzte er Käufer und Verkäufer ein. Das ist nicht vorwerfbar.

Schalck ist die Seriosität in Person. Vor Gericht sagt er, als beanstandete die mangelhafte Sendung eines ansonsten zuverlässigen Lieferanten, er habe es nicht für möglich gehalten, sich einmal vor Gericht verantworten zu müssen. Er rechnet vor, noch rechnet er nicht ab, zählt Fakten zusammen. „Wie allgemein bekannt ist, habe ich als Unterhändler jahrelang mit hochrangigen Politikern der Bundesrepublik zu tun

Mit Politikern der Bundesrepublik jahrelang verhandelt

gehabt, von denen viele noch heute in wichtigen Ämtern tätig sind . . . Niemals hat auch nur einer von ihnen mir gegenüber den Vorwurf erhoben, rechtswidrige Handlungen zu begehen.“

Als Kaufmann hält er sich an die Regeln des Geschäfts. Er folgt, anders als Wolf und vor allem Vogel, dem Rat seiner Verteidiger, er ist keine Last für sie. Seine Anwälte, Peter Danckert, Anke Müller und Alexander Ignor, haben in der vorigen Woche gewichtige Einwände gegen die Anklage vorgebracht. Die Staatsanwaltschaft, seit wenigen Wochen erst ist Oberstaatsanwalt Theodor Bosche, 52, zuständig, hat darauf in ruhigem Ton, inhaltlich aber weniger umfassend geantwortet. An diesem Montag wird die Verteidigung replizieren.

Der Vorsitzende Richter Burkhard LeViseur, 53, hat schon erkennen lassen, daß die Justiz keineswegs gegen öffentliche Erregung gefeit ist. Das Bundesverfassungsgericht, sagte er, auf die Fünf-zu-drei-Kruzifix-Entscheidung anspielend, habe ja auch in der Frage der Strafbarkeit von Spionage für die DDR mit fünf zu drei, also „nur mit denkbar knappster Mehrheit“, entschieden. Außerdem habe Karlsruhe vier Jahre für diese Entscheidung gebraucht. „Dann können wir uns als viertklassiges Gericht auch Zeit nehmen.“ Der Dissens über die Verfolgbarkeit von DDR-Unrecht geht mitten durch die Justiz.

Der Rechtsprofessor der Freien Universität Uwe Wesel nahm sich die Freiheit, schon vor dem Schalck-Prozeß unter der Zeile „Die Anklage greift ins Leere“ über den Schalck-Prozeß zu berichten. Ob das Gericht seiner Rechtsauffassung folgen wird? Immerhin hat es die Anklage, wenn auch eingeschränkt, zugelassen.

Werbeseite

Werbeseite

Affären

Gefallener Held

Agent „Rafa“ beschuldigt Bonn und Pullach, in der Plutonium-Affäre gelogen zu haben – wie glaubwürdig ist der BND-Mann?

Rafael Ferreras Fernández, 41, genannt „Rafa“, stürmt ins Madrider Restaurant „Tres Mares“ wie einer der modischen Jungs aus dem Milieu: das blondgetönte Haar zum Pferdeschwanz gebunden, Brillen im linken Ohr, Goldkettchen als Halsschmuck, rotes Jackett zum rosafarbenen Lacoste-Hemd. Hinter ihm lümmeln sich zwei Leibwächter. „Meine Privaten“, sagt er stolz.

Der spanische Ex-Polizist, beim Bundesnachrichtendienst (BND) unter der V-Nummer 77188 immer noch als Mitarbeiter geführt, genießt sichtlich seinen Auftritt. „Schön, daß Sie kommen konnten. Sie sollen die Wahrheit hören“, sagt er verschwörerisch zu den Journalisten, mit denen er sich verabredet hat.

„Rafas“ Botschaft kann dem BND und den Regierenden in Bonn nicht gefallen: In der Plutonium-Affäre vom vorigen August, sagt er, hätten alle Beteiligten die Unwahrheit gesagt. „Ich habe gelogen, Bonn hat gelogen, der BND hat gelogen, die Staatsanwaltschaft München hat gelogen.“

„Rafa“ ist die Schlüsselfigur in einer deutschen Staatsaffäre. An Bord einer Lufthansa-Maschine waren im August vergangenen Jahres 363,4 Gramm Plutonium, der Stoff für die Atombombe, von Moskau nach München geschuggelt worden. Ohne „Rafa“ wäre nichts gelaufen. Gemeinsam mit seinem Kumpel „Roberto“, BND-Nummer V-77181, hatte er in Madrid die Bombengeschichte angeschoben. Er fand kleine Gauner, die das ganz große Ding drehen wollten und auf dem Münchner Airport schließlich von Beamten des bayerischen Landeskriminalamtes verhaftet wurden.

Im Juli hat das Münchner Landgericht die Plutonium-Schmuggler Javier Ben-



BND-Mann Weitzel, Chefs Merker, Porzner: Die Unwahrheit gesagt?

gochea Arratibel, Julio Oroz Eguia und Justiniano Torres Benítez zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Ein wichtiger Zeuge der Anklage sollte „Rafa“ sein, der sich aber vor Gericht immer wieder in Widersprüche verwickelte.

Über Details seiner neuen Wahrheit mag „Rafa“ allerdings nur gegen Vorkasse reden. Das hat er beim BND so gelernt. Als seine Gesprächspartner darauf nicht reagieren, gibt er – kostenlos – nur Andeutungen preis: „Ich bin wochenlang auf meine Aussage in München vorbereitet worden. Alles wurde mit dem BND abgesprochen. Der Prozeß war eine Farce. Meine Familie und ich sind vom BND bedroht worden.“

Warum der Kronzeuge des BND nun plötzlich umfällt? Vor zwei Monaten etwa, sagt „Rafa“, habe er den BND per Telefax informiert, daß er nicht mehr mitmache. An die vor einem Münchner Notar unterzeichnete Schweigeverpflichtung fühle er sich nicht mehr gebunden. „Die haben mich verheizt“, so der Agent verbittert.

Für die deutschen Behörden, vom BND bis zum Staatsminister im Kanzleramt, Bernd Schmidbauer, war „Rafa“ monatelang ein Held. Sie glaubten dem phantasiebegabten V-Mann aus Madrid blind seine Erzählungen über die angeblichen Hintermänner des Atomschuggels beim russischen und ukrainischen Geheimdienst, bei Generalen in Moskau und der Mafia in Marseille. Der Mitarbeiter sei „seriös“ und „glaubwürdig“, stellte der BND noch im

Mai dieses Jahres fest. „Rafa“ habe „Einsatzbereitschaft unter Gefahr für Leib und Leben gezeigt“.

Heute klingt das etwas anders. Inzwischen liegt das schriftliche Urteil des Münchner Landgerichts im Plutonium-Fall vor. Nach Überzeugung der Richter hat V-77188 die Tat provoziert und die Gauner mit dem Stoff nach München gelockt. „Rafa“, heißt es jetzt beim BND, erinnere an einen „lateinamerikanischen Streifenpolizisten... ein bißchen korrupt... mehr Schein als Sein“.

Der Mann sei „doch unseriös“, sekundiert ein hoher Bonner Ministerialbeamter. „Wieso redet der SPIEGEL mit so einem überhaupt?“ Die Erkenntnis dämmert den Regierenden und ihren Diensten reichlich spät.

Ob Rafael Ferreras Fernández ab jetzt nichts als die Wahrheit sagt, muß der Untersuchungsausschuß des Bundestages zur Plutonium-Affäre zu klären versuchen, der in dieser Woche seine Arbeit aufnimmt. Mindestens ein Jahr soll der Ausschuß tagen. Die Zeugenliste umfaßt bislang mehr als 70 Namen, darunter Bundeskanzler Helmut Kohl.

Die Opposition zielt direkt ins Kanzleramt, die Dienstaufsichtsbehörde des BND. Neben Dutzenden bayerischen und Bonner Politikern, BND-Beamten und Sachverständigen soll Ende Oktober auch „Rafa“ gehört werden. Welche Version er dann den Ermittlern des Parlaments auftischen wird, steht dahin. Ungewis ist, ob er überhaupt in Bonn erscheinen wird.

Wohl nie zuvor hat eine „Nachrichtendienstliche Verbindung“, so heißt einer wie „Rafa“ im tristen BND-Deutsch, soviel Schaden in Pullach angerichtet. Gegen „Rafa“ und dessen Führungsmann im BND, „Adrian“ alias Willy Weitzel, ermittelt inzwischen die Münchner



Agent „Rafa“

EL PAIS

M. DARCHINGER

Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Falschaussage im Prozeß. „Rafa“ droht in Deutschland die Festnahme.

In Pullach mißtraut jeder jedem, seit die Plutonium-Affäre aufgefliegen ist. Und der Abteilungsleiter Sicherheit/Abwehr, Volker Foertsch, ein altgedienter Haudegen, fürchtet die öffentliche Diskussion – „BND nutzt Verbrecher als Quellen“.

Die einstmaligen guten Beziehungen der Pullacher zu den spanischen Nachrichtendienstern sind seit der Plutonium-Affäre vereist. Die Spanier weigerten sich, den BND-Präsidenten Konrad Porzner zu einem Krisengespräch zu empfangen.

Die erbosten Spanier forderten statt dessen umfassende Aufklärung über „Rafas“ Plutonium-Einsatz. Weil sie zunächst nur ein paar unscharfe Fotos und belanglose Vermerke zu sehen bekamen, drohten sie mit Konsequenzen. Weitere Zusammenarbeit mit dem von Jürgen Merker geleiteten Referat 11A (Drogen, Geldwäsche), das für die Plutonium-Affäre zuständig war, lehnen sie bis auf weiteres ab.

Dabei waren die Spanier über die Hintergründe des Plutonium-Deals seit langem bestens informiert. Monatelang haben sie „Rafa“ und die deutsche Botschaft rund um die Uhr abgehört, sogar

noch nach Abschluß der Operation. Auf den Bändern finden sich Gespräche zwischen Kanzleramtsmitarbeitern und der BND-Residentur. Selbst Schmidbauer haben die Spanier in ihrem Schallarchiv.

Fest steht auch, daß der BND seinen Agenten „Rafa“ fern von Madrid und München sicher unterbringen wollte. Die gesamte Familie „Rafas“ wurde mit deutschen Pässen – gültig bis ins Jahr 2004 – ausgestattet. Weil „Rafas“ Frau bei ihrem Mann im Versteck bleiben sollte, türkte der Dienst einen Autounfall. Ein BND-Arzt stellte ihr für den

„Solange ich reden kann, haben die keine Ruhe“

spanischen Arbeitgeber eine Krankenbescheinigung aus. Die Spanierin sei wegen einer Verletzung der Wirbelsäule nicht reisefähig.

Auf Pullachs Kosten wurde nahe der Zentrale ein zünftiges Abschiedsfest veranstaltet. Die Angaben über die Zahl der spanischen Teilnehmer schwankt zwischen 5 und 15. „Rafa“ erzählt, sogar die drei Hunde der Familie seien vom BND eigens eingeflogen wor-

den. Eine Hündin, die treue Ducki, soll verlorengegangen sein.

Sicher ist auch, daß „Rafa“ auf Kosten des Dienstes nach Chile reiste. Mindestens ein Jahr sollte er bleiben. Darauf bestand der BND. Aber schon nach ein paar Tagen kehrte „Rafa“ nach Madrid zurück. Er lasse sich nicht einschüchtern. „Solange ich reden kann, haben die keine Ruhe“, sagt er mit viel Moll und Blues in der Stimme.

„Rafa“ hat den deutschen Staat ganz ordentlich was gekostet. Für seine Dienste erhielt er seit dem 1. Juni 1994 immerhin 162 422,53 Mark, Betreuungs- und Operationskosten nicht eingeschlossen. Seine alten Freunde von 11A boten noch mehr. Vor dem Münchner Prozeß offerierten sie „Rafa“ die regelmäßige Zahlung von 6000 Mark als „Gehalt“ auf ein Sparkonto in Deutschland. Auch die letzte Hypothek für „Rafas“ neues Haus werde der BND abtragen: weitere 120 000 Mark.

Vom Freistaat Bayern waren ihm bis zu 100 000 Mark Belohnung für seinen mutigen Einsatz versprochen worden. CSU-Innenminister Günther Beckstein hat noch nicht über die Auszahlung entschieden, aber „Rafa“ kennt auch schöne Geschichten über die Bayern. Er kann sie mit Grandezza erzählen.

„Hart und rücksichtslos“

In der Deutschen Bank geht es drunter und drüber. Vorstandssprecher Hilmar Kopper will Deutschlands größtes Kreditinstitut radikal reformieren: Stellen streichen, Strukturen straffen, auch die Einführung von Leistungslöhnen ist geplant. Koppers kühnster Plan: Er will einen Holding-Vorstand mit nur noch wenigen Mitgliedern.

Das weltweite Datennetz Internet hat es Hilmar Kopper angetan: „Endlich können wir unsere Informationen ungefiltert zu den Kunden bringen“, schwärmte der Vorstandssprecher der Deutschen Bank am vergangenen Montag auf einem Kongreß in Frankfurt.

Auf Fernsehen und Zeitungen könne er sich schließlich nicht verlassen. Den „Qualitätsjournalismus“ sieht er ohnehin „auf dem Rückzug“, die Medien empfinde er als „Filter“, der seine Botschaften „verzerrt“ würde.

Der Mann ist dünnhäutig geworden. Seit der Affäre um Immobilienpleitier Jürgen Schneider und dem Desaster der Daimler-Benz AG, die am Montag einen Halbjahresverlust von 1,5 Milliarden Mark meldete, steht Kopper unter Streß. Das Image der Deutschen Bank ist lädiert, Spekulationen um seinen vorzeitigen Wechsel in den Aufsichtsrat haben ihm zugesetzt.

Anders als Vorgänger Alfred Herrhausen hat es Kopper nie zum Medienliebling gebracht. Dafür galt er innerhalb der Bank als solide und erfolgreich. Doch nun rumort es auch im Innern der Bank.

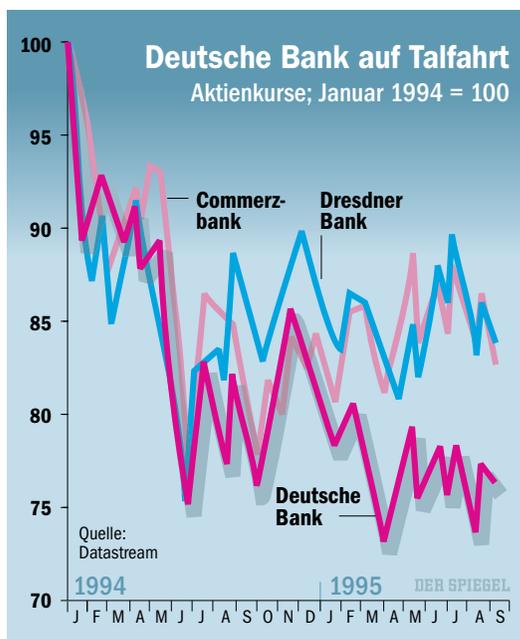
Nachdem der zwölköpfige Bankvorstand lange so gut wie nichts unternommen hatte, um das größte deutsche Kreditinstitut auf die Zukunft vorzuberei-

ten, wird nun zuviel auf einmal angepackt. Der Umbau der betulichen Traditionsbank zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen ist Koppers Ziel. Der Weg dahin gerät zur Stolperstrecke.

Kopper will Stellen streichen, Strukturen straffen, die Bezahlung leistungsgerecht staffeln. Aber die Belegschaft erfährt nur bruchstückhaft, was die Oberen planen. Großes habe er vor, raunt Kopper, die Bank wolle er umkrepeln, aber der Reformers Schweigt öffentlich über das Wie und Wann.

„Unruhe und Verunsicherung bis zu den kleinsten Filialangestellten“ hat die *Frankfurter Allgemeine* registriert. „Die Stimmung ist angespannt“, meldet auch Hagen Findeisen, der Vorsitzende des Konzernbetriebsrats. Ein Wunder sei das nicht, sagt er, denn jeder spüre, „hier bleibt kein Stein auf dem anderen“.

Offenbar getrieben von der Lust an der Provokation, zog in der vergangenen Woche Personalvorstand Ulrich Weiss gegen die Traditionalisten in der Bank zu Felde. Die Zeiten seien nicht



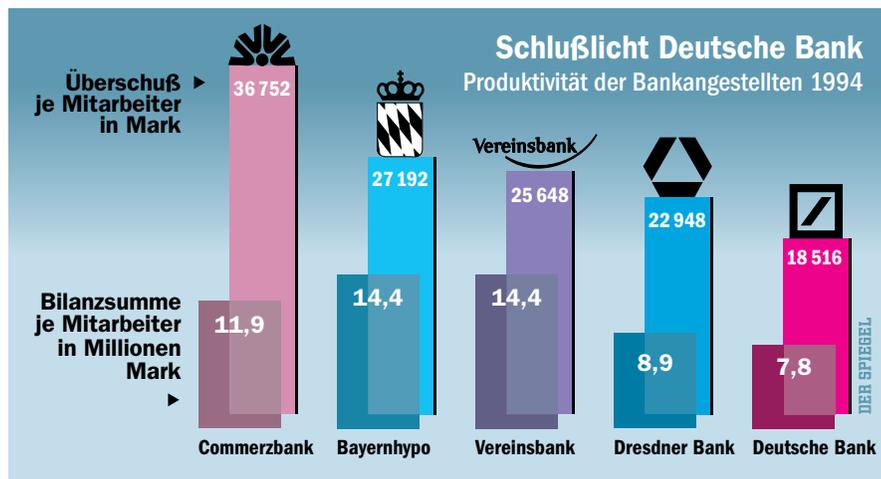
mehr nach Tradition, befand Weiss kühl. Am früheren Nimbus sei er nicht interessiert. Die Bank gleiche schon jetzt „einer riesigen Baustelle“.

Mitarbeiter, die ihr Selbstbewußtsein aus dem Prestige des Hauses bezögen, wolle man eigentlich gar nicht mehr haben. Worauf es heute ankomme, gab Weiss zu verstehen, sei nicht eine besondere Loyalität der Beschäftigten, sondern Effizienz.

Selbst die bankennahe *Börsenzeitung* fragte sich, ob die Bankspitze „von allen guten Geistern verlassen“ sei. Auch Kopper empfand die Töne seines Personalchefs als zu schrill. „Es ist selbstverständlich, daß Loyalität in zeitgemäßer Form eine wichtige Rolle spielt“, bemüht sich der Vorstandssprecher nun um Schadensbegrenzung.

Der forsche Weiss schrieb schnell einen Brief an die Führungskräfte der Bank. Seine Äußerungen seien in der *FAZ* teilweise falsch wiedergegeben und interpretiert worden, behauptet er. Die *FAZ* bleibt dabei.

Die Verunsicherung ist auch so groß genug. Weiss hätte es wissen müssen.





W. V. BRAUCHTISCH

Aufsichtsratschef Christians, Vorstandssprecher Kopper: „Von allen guten Geistern verlassen?“

Eine Umfrage unter den Beschäftigten, die im Personalressort für Furore sorgte, zeigt, daß nur noch 37 Prozent der Mitarbeiter stolz darauf sind, bei der Deutschen Bank zu arbeiten.

Die Bankspitze hat andere Sorgen. Sie kämpft gegen die schwindende Rentabilität des Instituts. Bei nahezu allen entscheidenden Kennziffern liegt die Bank hinter der Konkurrenz (siehe Grafiken). Deshalb wurden 70 Projekte zur Kostendämpfung jetzt angeschoben. Unter dem Kürzel KTV, „Kunden- und Teamorientiert im Vertrieb“, wird die Bank auf den Kopf gestellt. Vorstandsmitglied Georg Krupp will vor allem das Neugeschäft ankurbeln: „Bisher werden nur 30 Prozent der Personalkapazitäten in den Filialen für den Verkauf genutzt“, klagt er.

Bald wird es bundesweit nur noch vier Zentren geben, die den Zahlungsverkehr abwickeln. Kundenaufträge wie die Einlösung eines Schecks wollen Krupp und Kopper dann nicht mehr in den einzelnen Filialen, sondern für ganz Bayern zentral in München ausführen lassen.

In Regensburg, Augsburg, Ingolstadt und Kempten wurden bereits zahlreiche Stellen gestrichen. Demnächst stehen die Geschäftsstellen in Nürnberg und Würzburg zur Rationalisierung an. Auf eine ähnliche Schlankheitskur müssen die anderen Regionen gefaßt sein.

Bereits Mitte nächsten Jahres, so Krupps Plan, soll der Umbau abgeschlossen sein. Dann werden die meisten Kredite nicht mehr von Mitarbeitern vor Ort, sondern in rund einem Dutzend Kredit-Service-Centern vergeben.

Zentrale Mahn-Center verwarnen dann die säumigen Kunden. Wer bauen will, muß sich an ein Deutsche Bank Baufinanzierungs-Center wenden. Am Ende der Operation steht ein radikaler Stellenabbau: Intern wird von minus 20 Prozent gesprochen. Konkurrenz macht sich die Bank demnächst auch noch selbst. Ab Herbst soll die sogenannte Bank 24, eine 100prozentige Deutsche-Bank-Tochter, per Telefon und Computer auf Kundenfang gehen.

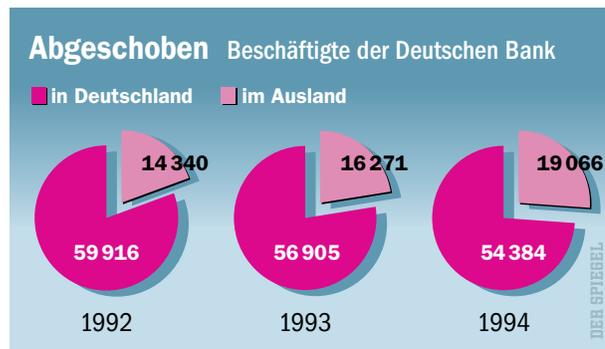
chen – die Bank 24 gehört nicht dem Arbeitgeberverband an.

Ein erbittertes Gefecht liefern sich die Manager der Deutschen Bank derzeit im Investmentbanking. Fast der ganze Geschäftsbereich, der als lukrativ und zukunftsträchtig gilt, wurde von Frankfurt nach London verlegt. Ziel ist es, unter dem Namen Deutsche Morgan Grenfell zu den weltweit führenden Investmentbanken Goldman Sachs, Merrill Lynch und Morgan Stanley aufzuschließen. Bislang spielte die Deutsche Bank hier keine große Rolle.

Um Terrain zu gewinnen, deckten sich die Deutschbanker als erstes bei der Konkurrenz mit Personal ein. In London und an anderen Finanzplätzen wurden hochkarätige Wertpapierspezialisten abgeworben.

Zu den hochbezahlten Neu-Stars zählt Edson Mitchell, der bei der Deutschen Morgan Grenfell nun das globale Kapitalmarktgeschäft und den Handel leitet. Der frühere Merrill-Lynch-Manager hat einen Zweijahresvertrag, der angeblich mit zehn Millionen Mark dotiert ist. Beim Wochenendheimflug von London nach New York nimmt er regelmäßig die Concorde.

Was mögen die Briten und Amerikaner haben, was erfahrenen deutschen Bankern abgeht? fragen sich viele. „Sie sind hart, rücksichtslos und risikofreudiger“, sagt einer, der aus Frankfurt nach London wechselte. „Bei al-



Anders als die Direktbanken anderer Häuser, die sich auf den Vertrieb bestimmter Produkte spezialisiert haben, etabliert die Deutsche eine Vollbank, die alles bietet. Wer dort Kunde wird, braucht für seine Geldgeschäfte keine andere Kontoverbindung mehr – auch nicht bei der Deutschen.

Rund 100 000 Kunden, so kalkuliert Deutsche-Bank-Vorstand Krupp, dürften zur Billigtochter abwandern, interne Kritiker halten ein Vielfaches für möglich. „Wenn die Bank 24 kommt“, sagt Betriebsratschef Findeisen, „dann wackeln Arbeitsplätze.“ Die Bezahlung der neuen Bankangestellten wird nicht dem bisherigen Hausbrauch entspre-

„Ein Problemchen“

Die seltsame Sprache deutscher Top-Banker

Dem Mittelstürmer Jürgen „Kobra“ Wegmann, einem Fußballer von beschränktem Tordrang und ebensolchem Ausdrucksvermögen, entfuhr es in einem melancholischen Moment: „Erst hat man kein Glück, und dann kommt auch noch Pech dazu.“

Diese Dramaturgie des Schicksals bekam auch Klaus Müller-Gebel, Commerzbank-Vorstand und Aufsichtsrat des Bremer Vulkan Verbundes, zu spüren.

Erst mußte der Finanzmanager bestätigen, daß die größte deutsche Werft wieder einmal Verluste schreibt und die Bankschulden in diesem Jahr schon auf 780 Millionen Mark gestiegen sind. Und dann sollte Müller-Gebel auch noch erklären, warum die Entlassung dreier Werft-Vorstände sowie ein neuer 300-Millionen-Mark-Kredit nun wirklich kein Grund zur Aufregung sind: für ihn allenfalls, erklärte der Mann von der Commerzbank treuherzig, „ein Problemchen“.

In der gewöhnlich dem öffentlichen Einblick entzogenen Welt des Zinseszins, irgendwo zwischen Soll und Haben, gerät den Herren der Zahlen gelegentlich das treffende Wort abhanden.

Wenn Bankiers sich in der Öffentlichkeit rechtfertigen müssen – für den noblen Stand ohnehin schon eine Zumutung –, ist es zur Blamage nur ein kleiner Schritt. Sei es auf der Hauptversammlung, einem Branchentreffen oder einer Pressekonferenz – die höchste Gefahr beginnt, wenn das vorbereitete Redemanuskript endet.

Hilmar Kopper, dem Chef der Deutschen Bank, rollten die „Peanuts“ aus dem Mund, nachdem ihn Journalisten drei Stunden lang mit Fragen drangsaliert hatten.

Die ausdauernde Vernehmung hatte ihn „gräßlich gelangweilt“, da sei es ihm halt passiert, erklärte Kopper später. Dabei wollte der Spitzenmanager doch nur die frohe Kunde verbreiten, daß die Bank die offenen Rechnungen des Immobilien-Bankrotteurs Jürgen Schneider generös begleichen wolle.

Normalerweise verwandelt sich im Munde eines Bankiers die katastro-

phale Geldnot mühelos zu einem Liquiditätsengpaß, mutieren Konkursflugs zu Wertberichtigungen, werden Entlassungen zu Anpassungsmaßnahmen.

Auch im Dementieren von Hiobsbotschaften läßt sich auf sprachliche Routine und Erfahrung zurückgreifen: Klöckner-Humboldt-Deutz am Rand des Ruins? Entspricht nicht den Tatsachen. Die Interhotel-Kette mit mehreren Milliarden Mark Schulden ein zweiter Fall Schneider? So wahr wie die Berichte über „das Ungeheuer von Loch Ness“ (Kopper).

Doch in einem Gewerbe, in dem die Nullen eine entscheidende Rolle spielen, verrutschen ebenso tückisch



Banker Müller-Gebel
Perspektive der Nullen

wie zwangsläufig die Relationen. Den Unterschied zwischen Problem und Problemchen bestimmt die Perspektive.

Der gemeine Kunde, der zwischen Topfpflanzen und Beratungsinseln einen Kleinkredit beantragt, fühlt sich an ein Verhör erinnert. Der Vorstand einer Großbank erblickt in den Geschäftsbüchern Bilanzwerte mit zwölf Ziffern, die Million wird in seinen Augen zur kleinsten Rechen-einheit.

Auf dem Weg von der Schalterhalle in die Chefetage der Bank gerät vielen Managern erkennbar eines aus dem Auge – die Realität.

lem, was sie machen, denken sie erst mal an Profite.“

Die jungen Börsenstars sind überwiegend Absolventen privater Eliteschulen und kennen einander häufig schon aus gemeinsamen Internats- und Studientagen. Firmenloyalität gilt ihnen wenig, der Zusammenhalt im Team um so mehr.

Aus Verärgerung über den neuen Kurs kündigten mehrere hochkarätige Deutschbanker. Die beiden Generalbevollmächtigten Alexander von Ungern-Sternberg und Thomas Fischer fühlten sich zurückgesetzt – und gingen. Bei der Analysetochter DB Research, die im Konkurrenzkampf mit den Londoner Experten unterlag, setzte eine Massenflucht ein.

Kopper blieb cool, zumindest nach außen. Sein Wille zum Wandel macht auch vor dem Vorstand nicht halt. Die Organisation des zwölfköpfigen Führungsgremiums, in dem mit Ausnahme des Sprechers jedem Mitglied neben einem Geschäftsbereich noch regionale Zuständigkeiten zugeordnet sind, hält er für überholt.

Angesichts der Größe des Konzerns liebäugelt Kopper mit einer zweistufig aufgebauten Führung. An der Spitze soll eine kleine Truppe von Strategen stehen, der ein Gremium von Bereichsvorständen mit Produktverantwortung untersteht. Der Holding-Vorstand käme mit deutlich weniger Mitgliedern als die heutige Führungsspitze aus.

Koppers Problem: Als Sprecher eines Gremiums, in dem Beschlüsse grundsätzlich nur einstimmig gefaßt werden, kann er seinen Vorstandskollegen die Reform nicht diktieren. Weil nicht alle in den Holding-Vorstand aufrücken könnten, ist mit Widerstand zu rechnen. Deshalb wird Kopper wohl warten müssen, bis mit Georg Krupp und Ulrich Weiss, beide 59, zumindest die Älteren in den Ruhestand getreten sind.

In der vorvergangenen Woche mußte sich Christians, 73, demonstrativ vor seinen Vorstandschef stellen. Einen handverlesenen Kreis von Journalisten konservativer Zeitungen bat er in sein Büro an der Düsseldorfer Königsallee.

Abtreten wolle er, über dessen vorzeitigen Rücktritt immer wieder spekuliert wurde, erst in zwei Jahren, sagte Christians. Auf keinen Fall werde Kopper, so die Botschaft, schon 1997 auf seinen Platz rücken, sondern Aufsichtsratsmitglied Horst Burgard. Der in der Öffentlichkeit wenig bekannte Banker soll den prestigeträchtigen Platz an der Aufsichtsspitze für Kopper freihalten.

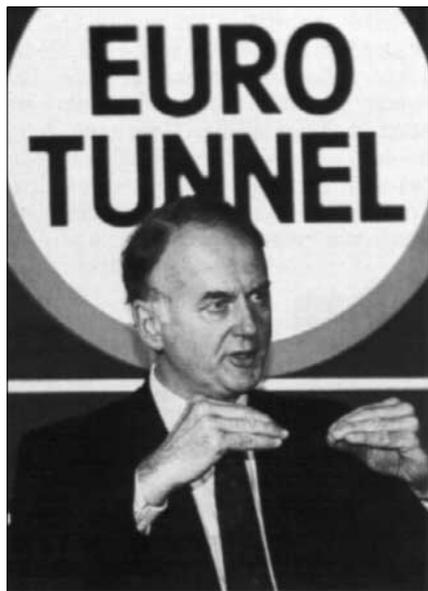
Der Konzernchef selbst, so hat er mit Christians verabredet, könnte dann den begonnenen Umbau vollenden, ein neuer Vertrag soll ihm dabei helfen. Kopper gibt sich kämpferisch: „Ich habe in der Deutschen Bank noch viel vor.“

Geteilte Schmerzen

Nur ein großzügiger Zinsaufschub der über 200 Gläubiger-Banken verhinderte eine Riesenpleite des Prestigeprojekts Eurotunnel.

Flink sollte es gehen und bequem dazu. Deshalb wählten Ilana Glucksman, 25, und ihre vier Freunde für den Kurztrip zu einer Fete nach Deutschland die schnellste Passage vom Vereinigten Königreich aufs kontinentale Festland – huckepack durch den Eurotunnel vom englischen Folkestone ins französische Calais.

Statt der fahrplanmäßigen 35 Minuten durch den längsten Eisenbahntunnel Europas geriet die Kanaldurchquerung



Eurotunnel-Chief Morton
„Make or break“

zu „einem Horrortrip“ (Glucksman). Denn nach der Ankunft des Autozuges in Calais vergaß das Eurotunnel-Personal, den Wagon abzufertigen. Die Glucksman-Reisegruppe sowie zwei italienische Urlauberfamilien samt Autos mußten schier endlos auf die Entladung warten.

Weder die automatischen Türen noch die Notrufanlage im Zug funktionierten, Fluchttüren ließen sich nicht öffnen. Die Passagiere saßen bei tropischen Temperaturen hilflos fest.

Fast vier Stunden lang dauerte die Odyssee der Eurotunnel-Kunden. Erst mit Hilfe französischer Putzleute, die ver-



Autoverladung am Eurotunnel in Calais: Schreie und Klopfen aus dem Wagon

zweifelt Schreien und Klopfen aus dem Wagon hörten, konnten sich die hilflosen Touristen schließlich befreien. Großzügige Freitickets des Tunnelunternehmens lehnten sie entrüstet ab: „Das ist das letzte, was wir wollen.“

Beklemmende Transport-Abenteuer, inklusive gelegentlicher Notstopps 40 Meter unterhalb des Meeresgrundes, sind gar nicht so selten. Technische Pannen und Pleiten, nervige Verspätungen und überfordertes Zugpersonal gehören mittlerweile sogar zum Standard, seit das Jahrhundertbauwerk vergangenen Mai von Königin Elizabeth und dem damaligen französischen Staatschef François Mitterrand eingeweiht wurde.

Das Mega-Projekt, von über 200 internationalen Banken ohne staatliche Zuschüsse finanziert, sollte einst zur „glänzenden Erfolgsstory des freien Unternehmertums“ werden, schwärmte Margaret Thatcher 1986 bei der Besiegelung des Tunnelvertrages in der gotischen Kathedrale von Canterbury.

Statt dessen droht den Investoren kaum ein Jahr nach Inbetriebnahme „ein Milliardengrab“ (*Financial Times*). Planungsmängel, juristische Streitereien zwischen den Baufirmen und der britisch-französischen Betreibergesellschaft sowie ständige Finanzprobleme türmten einen gewaltigen Schuldenberg auf, unter dem der 50,5 Kilometer lange Stollen einzustürzen droht.

Noch zu Jahresbeginn hatte Eurotunnel-Chief Sir Alastair Morton, 57, den 554 000 Kleinaktionären sowie den über Kredite und Aktienpakete beteiligten Banken einen Jahresumsatz von 1,2 Milliarden Mark in Aussicht gestellt. 1995, orakelte der Manager, werde über die Zukunft des Unternehmens entscheiden: „make or break“.

Doch im Juni, zu Beginn der Hauptreisesaison, waren erst rund 225 Millionen Mark in der Kasse. Viel zuwenig, um auch nur die gewaltigen Zinslasten

der insgesamt 18 Milliarden Mark Schulden bedienen zu können: Sie belaufen sich täglich auf 4,6 Millionen Mark.

In ihrer Not erklärten sich die Banken jetzt bereit, für die nächsten 18 Monate auf sämtliche Zinsrückzahlungen zu verzichten. Zusammen mit einer Kapitalaufstockung sowie einer angepeilten Umschuldung will Sir Alastair so die Pleite abwenden. Die Banken und seine Firma würden in dieser schwierigen Phase nun die „Schmerzen teilen.“

Aber nicht freiwillig: Bei den Verhandlungen in London ging es angeblich zu wie bei einem Mafia-Treffen. „Eurotunnel machte uns ein Angebot, das wir nicht ablehnen konnten“, ärgerte sich ein Vertreter der britischen Barclay's Bank.

Der gebürtige Südafrikaner Morton gibt sich nach dem Moratorium zuversichtlich: Stolz verweist er auf die im Sommer hochgeschleunigten Passagierzahlen. So sind die Züge zwischen London und Paris zu knapp 90 Prozent ausgelastet.

Nun will Morton auch noch die britische Regierung auf Schadensersatz und Verdienstausfall verklagen und damit zusätzliches Geld eintreiben. Tatsächlich haben Planungsfehler und Versäumnisse der Behörden den Ausbau der 110 Kilometer langen Hochgeschwindigkeitsstrecke vom Londoner Bahnhof Waterloo zum Hafentort Folkestone bis ins nächste Jahrtausend verzögert.

So können die dieselbetriebenen Superzüge, die Paris derzeit in drei Stunden erreichen, auf der englischen Seite zuweilen nur mit Tempo 80 schleichen.

Doch das Unbehagen über Morton wächst. Der Londoner Kredithändler Gary Klesch forderte vergangene Woche als erster Top-Manager personelle Veränderungen. Morton habe „die Aktionäre hinters Licht geführt“. Nun sei genug: „Wir brauchen frisches Blut.“

Telefonkarten

Tip von Urmel

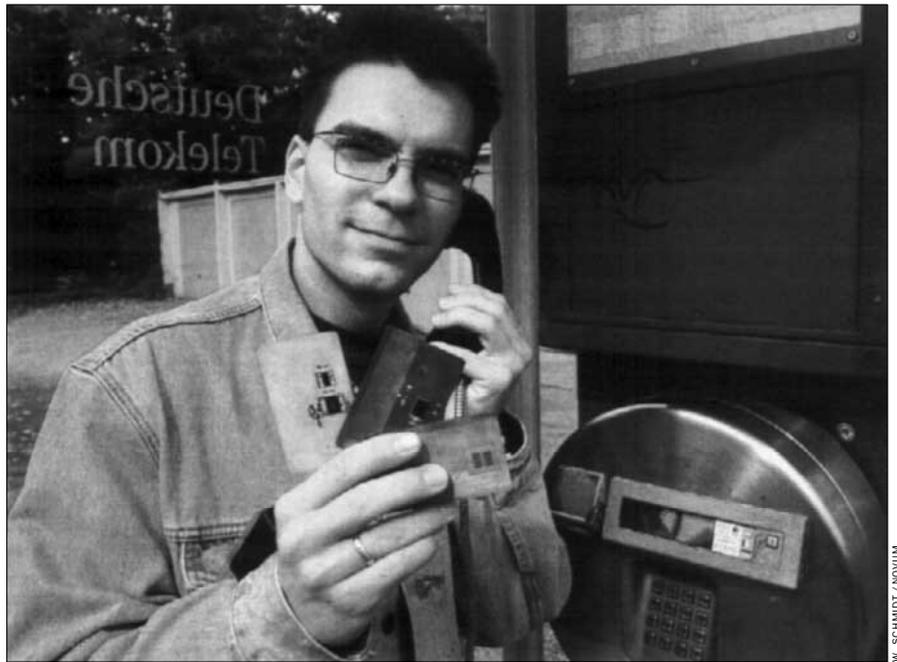
Die Telekom wußte, daß die Telefonkarte geknackt werden kann, und blieb dennoch tatenlos. Jetzt tauchen immer neue Fälschungen auf.

Die Herren vom Amt waren sich ihrer Sache sicher. Den jungen Mann, der sich vor etwa drei Monaten bei der Telekom-Niederlassung in Hannover meldete, ließen sie abblitzen.

Der Student, in Hackerkreisen als „Urmel“ bekannt, wollte die Telekom auf technische Schwachstellen ihrer millionenfach verbreiteten Telefonkarten aufmerksam machen. Zusammen mit zwei Freunden habe er die Karte zu Hause nachgebaut und könne damit ohne zeitliche Begrenzung kostenlos telefonieren.

Doch die Telekom-Experten hatten kein Interesse am Know-how-Transfer. Selbstsicher beschieden sie den Anrufer: „Die Telefonkarte läßt sich gar nicht knacken.“

Die Arroganz der Experten erwies sich als Fehler. Nicht nur den hilfsbereiten Studenten in Hannover, auch dem Hamburger Hacker Ingo B. war es gelungen, eine funktionsfähige Telefonkarte in Heimarbeit nachzubauen.



Hacker „Urmel“, gefälschte Telefonkarten: „Nichts ist fälschungssicher“

mehr zu übersehen, daß die bis dahin als fälschungssicher geltende Telefonkarte leicht geknackt werden kann. „Die haben uns auf dem falschen Bein erwischt“, muß Telekom-Technikchef Gerd Tenzer zugeben.

Wieder einmal hatten findige Tüftler die Verletzlichkeit der modernen Plastikkarten-Welt vorgeführt. Zwar behaupteten eilig die Banken, die demnächst eine elektronische Geldbörse einführen wollen, ihre geplante „Geld-Karte“ sei

jüngste Blamage beschert. Zunächst besorgte sich das hannoversche „Urmel“-Trio aus Büchern und Fachblättern wie *Elrad* das nötige Grundwissen über die 1968 von zwei Deutschen erfundene Chipkarte. Dann belegten die Studenten nächtelang eine einsame Telefonzelle. Über eine Telefonkarte, die sie provisorisch per Kabel mit einem Laptop verbanden, konnten sie schließlich sämtliche Datenströme zwischen der Karte und dem Telefonapparat aufzeichnen.

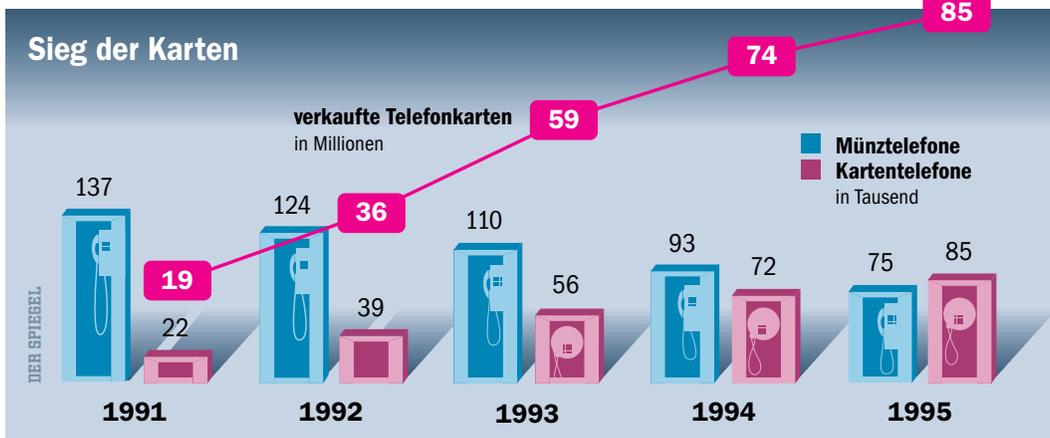
Mit der geklauten Software programmierten die drei einen im Handel freierhältlichen Mikroprozessor und löteteten ihn auf einen Plastikrohling. „Die größte Schwierigkeit war“, sagt Urmel, „einen Chip zu finden, der so dünn ist, daß er in den Kartenschlitz paßt.“

Ganz gelang das nicht. Bei allen bislang entdeckten Fälschungen sind die Chips in mühevoller Handarbeit flach

geschliffen worden, bestätigt ein LKA-Mann in Hamburg.

Dann tauchten neue Schwierigkeiten auf. Der selbstprogrammierte Chip, der die Leistung eines 386er PC besitzt, reagierte nicht schnell genug auf die Sicherheitsabfragen der Telekom-Software. Mit einem winzigen Koprozessor konnten die Heimarbeiter das Ganze schließlich beschleunigen.

Jetzt war es soweit, der Prototyp funktionierte an jedem Kartentelefon.



Mit der Wunderkarte, die nie ihren Wert verliert, wollten der 24jährige Computerfreak und seine Kumpane einen schwunghaften Handel aufziehen. Durch den schnellen Zugriff des Landeskriminalamts in Hamburg konnte die Staatsfirma noch einmal vor größerem Schaden bewahrt werden.

Bei den bis dahin gelassenen Telekom-Managern brach nach der Verhaftung der Hamburger Hacker hektische Betriebsamkeit aus. Nun war nicht

„absolut sicher“. Doch unter Kennern gelten solche Aussagen als Wunschenken.

„Grundsätzlich ist nichts fälschungssicher“, sagt „Wau“ Holland, der Senior des rührigen Chaos Computer Clubs in Hamburg. „Mit einem Kinderzimmer-PC“ könne heute schon „jeder Schüler die Gesundheits-Card der Krankenkassen manipulieren.“

Mit erstaunlich einfachen Mitteln hatten die Hacker der Telekom die

Der Gebührenzähler berechnete zwar die angefallenen Kosten. Doch jedesmal, wenn die Karte neu in den Schlitz gesteckt wird, zeigt das Display wieder den vollen Wert von 50 Mark an.

„Selbst wenn ich die vielen Pizzen am Samstagabend mitrechne“, sagt Urmel, „hat uns der Spaß nur an die tausend Mark gekostet.“ Bei größeren Stückzahlen sinken die Herstellungskosten aber schnell auf etwa 40 Mark.

Für die Betrüger aus Hamburg, deren handgeschnittene Karten in einem Bordell und in Wohnheimen für Asylbewerber zum Preis von etwa tausend Mark verkauft wurden, zeichnete sich ein profitables Geschäft ab. Ein Großauftrag über 150 Karten war von einer Organisation chinesischer Gastwirte gekommen.

Die peinliche Panne mit den Telefonkarten hätte sich die Telekom ersparen können. Schon vor drei Jahren hatten Schüler aus Schleswig-Holstein in einem Projekt von „Jugend forscht“

Die alten Karten haben 1996 nur noch Sammlerwert

auf Sicherheitsmängel hingewiesen. Doch der Staatsbetrieb und sein Chip-lieferant, der Münchner Elektronikriese Siemens, hatten keine Eile mit der Entwicklung einer tatsächlich sicheren Technik.

Erst vor einem Jahr, als die Telekom sich mit der holländischen Post auf eine Telefonkarte einigte, wurde der neue, angeblich besser geschützte Eurochip eingeführt. Doch immer noch werden Karten mit dem Standardchip, der jetzt geknackt wurde, verkauft.

Da Millionen von alten Karten in Umlauf sind (siehe Grafik), fällt es der Telekom schwer, ihre Telefonhäuschen betrugssicher zu machen. „Rein theoretisch“, sagt Günter Schröder, bei der Telekom zuständig für alle öffentlichen Telefone, „könnten wir die Software innerhalb von 24 Stunden so umstellen, daß nur noch die Eurochip-Karten akzeptiert werden.“

Doch die Manager der Staatsfirma fürchten den Zorn der Kunden. Erst Mitte kommenden Jahres soll deshalb die Software geändert werden. Dann werden mit einem Schlag alle alten Telefonkarten ungültig, sie haben bloß noch Sammlerwert, kündigt Schröder an.

Viel nützen wird das nicht. Nachdem jetzt klar ist, daß sich die Telefonkarte knacken läßt, setzen viele Elektronikbastler ihren Ehrgeiz daran, die Telekom übers Ohr zu hauen. Ein Hacker aus Berlin höhnt: „Jetzt ziehen all die lahmen Enten nach.“

Arbeitszeit

Die atmende Fabrik

wird nun auch bei Volkswagen Realität. Nach wochenlangen Verhandlungen hatten die Arbeitnehmer einer weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeit zugestimmt. Atmen werden die Werke künftig mit der Auftragslage: Wenn viele Aufträge da sind, wird mehr gearbeitet. Dafür gibt es einen

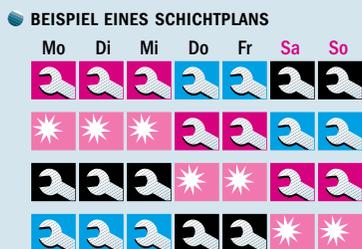
Freizeitausgleich, wenn die Aufträge stocken.

Der Drang zu flexibleren Arbeitszeiten scheint nicht mehr aufzuhalten. Damit die Maschinen möglichst rund um die Uhr laufen, entwickeln die Betriebe immer ausgefeiltere Arbeitszeitmodelle. Allein bei VW stehen 150, bei BMW über 200 Varianten zur Auswahl. Die Gewerkschaften, anfangs Gegner der neuen Zeiten, haben ihren Widerstand aufgegeben.

Beispiele von Arbeitszeitregelungen

Pirelli Werk Breuberg*

- **ARBEITSZEIT**
37,5 Stunden durchschnittlich pro Woche, bis zu 15 Überstunden im Monat. 7,5 Arbeitsstunden je Schicht.



- **BESONDERHEITEN**
Vier-Wochen-Rhythmus. Nach 7 Arbeitstagen 2 oder 3 freie Tage. Für Überstunden Freizeitausgleich von 3 bis 4 Wochen im Jahr. Zuschläge für Samstag- und Sonntagsschichten und zusätzlich 3 freie Tage.

VW Werk Wolfsburg

- **ARBEITSZEIT**
28,8 Wochenstunden, bei Bedarf Ausdehnung auf bis zu 38,8 Stunden. 7,2 Arbeitsstunden je Schicht.



- **BESONDERHEITEN**
Bis zu 12 Samstage im Jahr sind verfügbar. 30 Prozent Zuschlag bei Samstagsarbeit und Überstunden (ab 38,8 Wochenstunden). Wochenarbeitszeiten über 28,8 Stunden werden mit „Freizeitschecks“ vergolten, die nach Bedarf eingelöst werden können.



Opel Werk Rüsselsheim

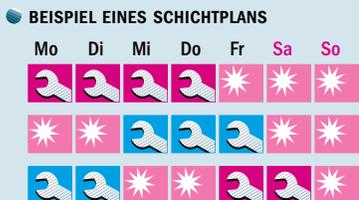
- **ARBEITSZEIT**
35 Wochenstunden* mit einem Arbeitszeitkorridor zwischen 30 und 40 Stunden, maximal 8 Stunden pro Schicht.



- **BESONDERHEITEN**
4 Arbeitstage, bei Bedarf wird an 5 Tagen gearbeitet. Keine Wochenendarbeit, keine Nachtschicht. Überstunden werden durch Freischichten ausgeglichen. Zuschläge bei mehr als 38,75 Wochenstunden.

BMW Werk Regensburg

- **ARBEITSZEIT**
35 Wochenstunden*, 9 Stunden pro Schicht



- **BESONDERHEITEN**
Drei-Wochen-Rhythmus mit wechselnd 4, 3 und 4 Arbeitstagen, wobei einmal samstags gearbeitet wird. Zusätzliche Sonderschichten zur Erreichung der 35-Stunden-Woche.

* Arbeitszeitmodell Pirelli ab 4. Oktober, 35-Stunden-Woche bei Opel und BMW ab 1. Oktober 1995

„Er hat mich gemolken“

Rund hundert Millionen Mark hat Jürgen Harksen vermögenden Hamburgern abgenommen, er versprach ihnen eine stattliche Rendite. Als die ausblieb, ergriff Arztgattin Linda Stock die Initiative: Sie holte sich ihr Geld zurück und recherchierte die Vorgeschichte des angeblichen Finanzgenies – seine Vergangenheit als kleiner Gauner.



G. MENDEL / NETWORK / FOCUS

Finanzjongleur Harksen, Familie (in Südafrika): Manche Kunden brachten im Koffer bündelweise Bares mit

Jürgen Harksen kennt sich mit Menschen aus, das gehört zu seinem Geschäft: Er nimmt den Reichen viel Geld ab und verspricht ihnen noch viel mehr.

Auch Linda Stock sammelt Geld, aber für wohltätige Zwecke. Ihre Organisation, die Aktion Pelikan, arrangiert Ferien für behinderte Kinder.

Da enden die Gemeinsamkeiten aber auch schon. In Linda Stock hat sich der Menschenkenner jedenfalls gründlich geirrt: Die Frau ist dem selbsternannten Finanzgenie gefährlich geworden. „Man darf mich nicht ärgern“, sagt die Arztfrau Linda Stock. Harksen hat sie geärgert.

Die Wohltäterin hatte ihm, wie weit über hundert andere Anleger auch, ihr Geld anvertraut, um es zu mehren. Doch der tauchte nach Südafrika ab.

Seither liegt gegen den Spekulanten ein internationaler Haftbefehl vor. Die Staatsanwaltschaft Hamburg wirft ihm Betrug vor. Insgesamt soll der Spekulant rund hundert Millionen Mark ein-

gesammelt haben. Seinen Kunden versprach er Traumrenditen: bis zu 1300 Prozent. Doch die Geldgeber sahen davon bis heute nichts.

Vor Gericht in Kapstadt kämpft Harksen gegen seine Auslieferung, immer wieder hatte er seinen Kunden versprochen, ihr Geld zurückzuzahlen. Am Freitag vergangener Woche setzte ihm Richter Ian Farlam eine letzte Frist: Bis Donnerstag muß Harksen zahlen – insgesamt rund zwei Milliarden Mark.

Linda Stock hat ihr Geld bereits, sie hat es sich selbst zurückgeholt. Aber sie will mehr. Sie will den Mann, der sie gemühtigt hat, zur Strecke bringen.

Harksen hatte ihr eine großzügige Spende für eine Modelleinrichtung für behinderte Kinder versprochen. Eigens berief er eine Pressekonferenz ein, um die frohe Botschaft zu verkünden. Dann aber kam Harksen nicht und auch sonst keiner mit einem großen Scheck.

„Ich Trottel“, sagt sie – und fügt dann leise hinzu: „Rache muß man kalt genießen.“

Harksen war Ende 1986, im Alter von 25 Jahren, quasi aus dem Nichts nach Hamburg gekommen. Wenige Jahre später besaß er ein Büro am Jungfernstieg, und etliche aus dem gehobenen Mittelstand der Hansestadt vertrauten ihm ihr Geld an.

Zu Harksens Kunden gehörte der Juwelier und der Herrenausstatter, der Schrott- wie der Porschehändler, der Spielsalon- und der Fliesen-Unternehmer. Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, sogar der Präsident der Handwerkskammer und der Vorstand einer Versicherung, alles ehrbare Kaufleute, strömten in sein Büro. „Uns haben sie die Bude eingerannt“, erzählt Harksens Schwester Annette. Manche brachten im Koffer bündelweise Bares mit.

Es lockte das ganz große Geld. Der ihnen das versprach, war zum damaligen Zeitpunkt kaum 30 Jahre alt. Er fuhr dicke Autos und lebte in luxuriösen Villen, er trug Anzüge von Armani, hatte allerdings abgekaute Fingernägel. Über letzteres sahen die Hanseaten hinweg.

Harksen galt als Genie. Seine Börsengeschäfte waren sagemumwoben. Er hatte, so erzählte er nebulös, Firmen aufgekauft und filetiert, in der Bilanz versteckte Schätze gehoben und zu Geld gemacht – ganz so, wie es die Raider, die Unternehmensräuber, in den USA vorexerziert hatten. Nur daß die Zocker von der Wall Street gegen Harksen aus Hamburg wie blasse Jungs wirken: Kaum einer von ihnen hat in vergleichbarer Zeit ein so großes Vermögen angehäuft.

Mehrere Milliarden soll das Finanzgenie besitzen, hieß es bald in Hamburg. Heute bescheinigt ihm sein Wirtschaftsprüfer ein Vermögen von 1,9 Milliarden Mark. Wer so viel Geld besitzt, der mag zwischendurch auch mal Gutes tun.

Im Oktober 1991 veranstaltete Linda Stock ein Konzert für ihre Aktion Pelikan. Wenig später ging eine anonyme Spende ein: 30 000 Mark.

Harksen wäre nicht Harksen, wenn der Spender allzu lange anonym geblieben wäre. Im November des nächsten Jahres kündigte er weitere 30 000 Mark an. Doch

die sollten bei Harksen investiert und auf diese Weise zu 510 000 Mark werden.

So fing es an, und „dann hat er mich gemolken“, sagt Linda Stock. Harksen versprach ihr die Verdoppelung ihres Einsatzes innerhalb weniger Tage, wenn sie nur schnell zugreife. Es sei die letzte Gelegenheit, in seine Investments einzusteigen, aber es müsse ganz schnell gehen.

Die Frau zahlte ein, in mehreren Tranchen, insgesamt über 600 000 Mark. Soviel Geld hatte sie nicht, sie machte Schulden. Bald drückten Zinsen und Tilgung. Die versprochene Rückzahlung blieb aus, von der Verdoppelung ganz zu schweigen. Sie mußte das Geld wiederhaben. „Sonst hätten wir das Haus verkaufen müssen“, sagt sie.

Harksen spürte das Mißtrauen, und er lud die Anlegerin, wie all seine Kunden in solch heiklen Fällen, nach London ein. Dort wurde sie von Harry, seinem englischen Chauffeur, im weißen Bentley mit weißen Polstern abgeholt. Hark-



Harksen-Gegnerin Stock: „Rache muß man kalt genießen“

er. Natürlich sei er nicht geflohen, alle Anleger würden ihr Geld erhalten. Linda Stock glaubte ihm nicht, sie wurde aktiv.

Zunächst spürte sie, mit Hilfe befreundeter Banker, die Konten des Finanzkünstlers auf. Auf vielen, behauptet sie, habe sich seit Monaten nichts bewegt, der Kontenstand sei mehr als dürftig gewesen.

Dann fuhr sie nach Dänemark. Sie sammelte Gerichtsakten, sprach mit alten Bekannten von Harksen. Und so „fügte sich ein Puzzlestein zum anderen“.

Der geborene Flensburger hatte seit September 1976 in und um das dänische Odense gelebt, in wechselnden kleinen Wohnungen in Arbeitersiedlungen und billigen Studentenvierteln. Am 1. Februar 1985 zog er bei der Teppichhändlerin Karen Margarethe Gregersen ein.

Die wohlhabende Frau Gregersen, Jahrgang 1904, war damals 81 Jahre alt, sie besaß einen großräumigen Einfamilien-Bungalow in guter Wohngegend. Von da an ging es mit dem Vermögen der alten Dame bergab.

Harksen bezahlte mit ihrer Kreditkarte und mit ihren Schecks, bis sie rettungslos überschuldet war. Schließlich mußte sie ihr Teppichgeschäft verkaufen, später auch ihr Haus. „Frau Gregersen schien nicht recht zu begreifen, worum es ging“, erinnert sich die Käuferin. „Der Makler erklärte ihr, sie sei zum Verkauf gezwungen, um ihre Schulden bei der Bank zu bezahlen.“

Die 81jährige und der 24jährige zogen in ein kleines Holzhäuschen um. Harksen ließ die neue Bleibe erst einmal herrichten. Als das Haus später wieder verkauft wurde, erhielt der neue Käufer laufend Rechnungen von Handwerkern, die Harksen bestellt hatte – keine war bezahlt.

Von Dezember 1985 an wohnte Harksen, diesmal allein, zur Untermiete im Küstenort Kerteminde. Zu Frau Gregersen hielt er noch immer Kontakt. „Der hat von ihrer Pension gelebt, Schecks auf ihren Namen unterzeichnet, Autos auf ihren Namen angemietet“, erzählt seine damalige Vermieterin Elisa-

sen zeigte ihr versiegelte Bücher und ließ sie – „Die Siegel mache ich nur für Sie auf“ – darin lesen, sie enthielten die Listen der eingezahlten Gelder und die vorgesehenen Auszahlungen.

Immerhin erhielt sie 100 000 Mark zurück. Beim zweiten Besuch in London sagte er ihr 6,5 Millionen Mark für ihre Aktion Pelikan zu. Da war die Wohltäterin schon fast wieder mit dem Men-

In Dänemark lebte Harksen zeitweise von der Sozialhilfe

schenfänger versöhnt. Sie ahnte zu diesem Zeitpunkt nicht, daß er die Kosten für die großzügigen Einladungen nach London, Flüge immer in der Business-Class, von ihrer Einlage abzog.

Ende 1993 setzte sich Harksen nach Südafrika ab. Er habe so viele Drohungen erhalten, da habe er sich und seine Familie in Sicherheit gebracht, erklärte

H. SCHWARZBACH / ARGUS

bet Ryge. „Ständig standen große, repräsentative Limousinen vor der Tür.“

Harksen lebte von der Sozialhilfe und doch auf großem Fuß. Das wunderte auch die Vermieterin. „Der Harksen hat grundsätzlich nie was bezahlt, das lag in seinem Charakter“, sagt Frau Ryge, die im selben Atemzug schwärmt: „Er war ein richtig netter, junger Mann.“

Seine alte Freundin Gregersen gab ihm weiterhin Geld, trotz aller Warnungen von Bekannten. Und er soll alle Rechnungen mit ihrem Namen unterschrieben haben. Als er ging, nahm er sogar noch ihre Möbel mit. Harksen hatte inzwischen seine spätere Frau Jeanette kennengelernt, was seine Beziehungen zu Frau Gregersen zunächst belastete.

vom „Felix-Krull-Syndrom“. Eine solche Persönlichkeitsstörung stelle ein „dranghaft auftretendes Betrügen, Lügen und Hochstapeln“ dar.

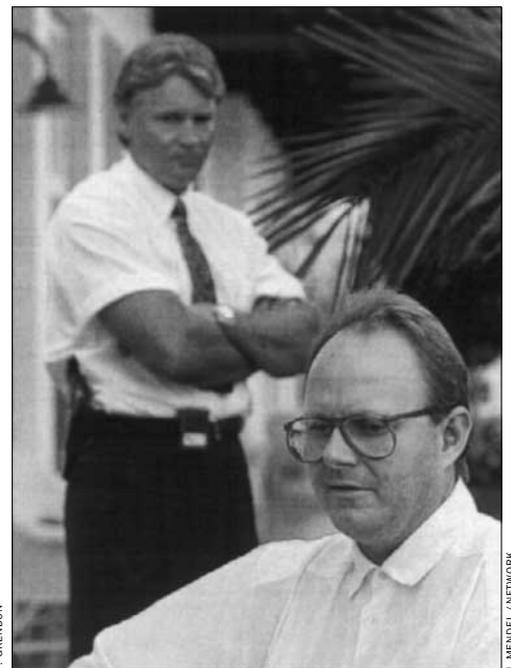
Die Probanden, meint der Professor, seien zumeist intelligent und gewandt. Sie hätten eine enorm ausgeprägte Phantasie sowie eine auffällige Darstellungsbegabung. In einer Rolle könnten sie soweit aufgehen, daß „das Bewußtsein ihrer Unechtheit fast schwindet“.

Daß dieses Psychogramm auf Harksen haargenau zutrifft, davon ist Linda Stock überzeugt. Der habe ein immens gutes Gedächtnis, aber von Wirtschaft keine Ahnung. Er sei rhetorisch und psychologisch ungeheuer geschickt und könne doch kaum einen Satz zu Papier

erhielt sie ihr Geld vollständig zurück – in Krüger-Rand.

Der Milliardenjongleur war offensichtlich besorgt. Im Januar dieses Jahres lud er seine Gegnerin zum Gespräch nach Südafrika ein. „Es wäre sehr lieb von Ihnen“, schrieb er ihr zugleich, „wenn Sie einige Sachen besorgen und mit nach Kapstadt bringen könnten“ – und bat um Knorr-Soßenmeister im Glas, diverse Mövenpick-Marmeladen, Maggi, leckere, feine Kalbsleberwurst und grobe oder feine Mettwurst. In Kapstadt versprach er ihr, bei der künftigen Rückzahlung der Gelder auch die Aktion Pelikan zu berücksichtigen.

Am 27. Februar schrieb er ihr wieder einen Brief. „Gegenüber der Presse können Sie nur eines tun“, riet er ihr,



Harksen-Unterkunft bei Kapstadt, Besitzer: „Knorr-Soßenmeister im Glas, Maggi, leckere, feine Kalbsleberwurst“

1986 wurde Harksen wegen Betrugs, Veruntreuung und Zollvergehen mehrfach zu Geldstrafen verurteilt und schließlich ausgewiesen. Anfang 1987 saß er für einige Wochen in Untersuchungshaft.

Schon oft haben große Karrieren klein angefangen, aber wie aus dem Scheckbetrüger, der eine alte Frau ausnimmt, das ehrenwerte Mitglied der Hamburger Gesellschaft wurde, der angeblich ein Milliardenvermögen schuf und dem erfahrene Geschäftsleute Millionen anvertrauten – das ist entweder eine der wundersamsten Karrieren, die es im deutschen Wirtschaftsleben je gegeben hat, oder ein besonders dreister Fall von Hochstapeln.

Willi Schumacher, Professor am Klinikum der Justus-Liebig-Universität in Gießen, hat es als Gutachter vor Gericht schon oft mit Hochstaplern zu tun gehabt. Er hält sie für krank – befallen

bringen. „Er ist der geborene Hochstapler“, sagt sie. „So etwas kann man nicht lernen.“

Aber was treibt die Opfer? Ist es die schiere Gier? Der Nährboden für dubiose Anlagevermittler, meint der Düsseldorfer Oberstaatsanwalt Johannes Pütz, sei eine ausgeprägte Spielermentalität – sowie viel Schwarzgeld.

Kein Anleger hat jemals ernsthaft geprüft, wie Harksen sein ungeheures Vermögen in solch jungen Jahren geschaffen haben will. Die Fischfabrik, der Reiseveranstalter, die Fluglinie, die er nennt – überall dort ist Harksen nie in Erscheinung getreten. Und 1986/87, als er nach eigenen Angaben den Grundstein für sein Vermögen legte, lebte er in ärmlichen Verhältnissen und machte einer 80jährigen Frau den Hof.

Das alles recherchierte Linda Stock, und als sie Harksen mit den Ergebnissen ihrer Nachforschungen konfrontierte,

„zu sagen, daß Sie zu mir stehen, und das nicht nur, wenn von mir abverlangte Sachen übergeben worden sind.“ Sie solle sagen, sie habe sich mit Jürgen Harksen freundschaftlich geeinigt, und er stelle ihr wieder eine Spende in Aussicht – „ist das nicht toll?“

Linda Stock hielt sich nicht an die Empfehlung. Andere glauben dem Finanzjongleur noch immer. Der Banktransfer der Kundengelder sei bereits organisiert, versicherte er am Donnerstag vergangener Woche, nachdem die zunächst vom Gericht gesetzte Frist verstrichen war, ohne daß die Anleger Geld gesehen hatten. Es sei einfach zu schwierig, argumentierte sein Anwalt vor Gericht, so viel Geld so schnell von einem in ein anderes Land zu bewegen.

Da setzte ihm der Richter eine neue, letzte Frist. „Ich bin ganz sicher“, sagte Harksen im Anschluß an die Verhandlung, „daß ich gewinnen werde.“



Schremp, Werner

Manager

Neue Unruhe bei Daimler-Benz

Die Serie von Pannen bei Daimler-Benz reißt nicht ab. Nach der Abrechnung des entlassenen Finanzvorstands Gerhard Liener mit dem ehemaligen Chef Edzard Reuter und der Begegnung des Daimler-Benz-Vorsitzenden Jürgen Schremp mit römischen Polizisten sorgt jetzt die USA-Reise Schremp für Unruhe. In New York gab der Konzernlenker am Montag vergangener Woche das „miserable“ Ergebnis des ersten Halbjahres bekannt, einen Verlust von 1,5 Milliarden Mark. Schlechter hätte Schremp seinen internationalen Auftritt nicht timen können, beschwerten sich meh-

rere Mercedes-Manager auf der Frankfurter IAA. Die Autofirma präsentierte dort ihre neue Mittelklasse, einen schönen Gewinn von 1,5 Milliarden Mark in den ersten sechs Monaten und große Pläne wie den Bau eines Pkw-Werks in Brasilien. Mercedes ist jetzt die profitabelste Autofirma Europas. Doch die Stuttgarter konnten den Erfolg nicht so recht genießen. Sie leiden unter dem schlechten Image der Muttergesellschaft sowie den Verlusten bei Dasa und AEG. „Kein Mercedes-Kunde ist begeistert, wenn er etwas über die Probleme von Daimler-Benz liest“, sagte Mercedes-Chef Helmut Werner. Fiat-Miteigentümer Giovanni Agnelli fragte Werner, warum der Konzern ausgerechnet zum Start der IAA seine Zahlen präsentiert. Werner kommentierte sarkastisch: „Beim nächstenmal verlegen wir eben die IAA.“

Unternehmen

Teure Tochter

Dem Volkswagenkonzern droht ein teures Desaster mit einer Tochtergesellschaft. Die Wolfsburger finden keinen Käufer für die Autovermietung Europcar, die im vergangenen Jahr bereits 70 Millionen Mark Verlust einfuhr, und müssen sie nun für viel Geld sanieren. Interessent Sixt sprang ab, weil den Branchenführer zwei teure Vereinbarungen bei dem Autovermieter störten: Europcar hat sich vertraglich verpflichtet, langfristig ein EDV-System von Ross Perot einzusetzen, das bislang häufig fehlerhaft arbeitete. Zudem gab VW der Belegschaft eine weitgehende Beschäftigungsgarantie, die Sixt nicht übernehmen wollte. Volkswagen muß jetzt rund 400 Millionen Mark für die Sanierung der angeschlagenen Autovermietungstochter investieren.



Autovermietung Europcar

SPD

„Problem Scharping“

SPD-Politiker Uwe Jens, 59, über seinen Rücktritt als Wirtschaftssprecher der Fraktion

SPIEGEL: Herr Jens, wollten Sie mit dem Rücktritt Ihrer Abwahl zuvorkommen?

Jens: Ich habe bisher fünfmal für einen Wirtschaftsposten kandidiert, viermal habe ich gewonnen, und ich hätte auch bei den Neuwahlen im Oktober eine Chance gehabt. Aber ich wollte ein Zeichen setzen. Wir müssen in der Wirtschaftspolitik einen anderen Kurs fahren.

SPIEGEL: Der SPD wird mangelndes Wirtschaftsprofil vorgeworfen. Haben Sie selbst nicht versäumt, dieses Profil zu schärfen?

Jens: Mit meinem Rücktritt habe ich es jetzt doch deutlich geschärft. Manchmal muß man eben spektakuläre Maßnahmen ergreifen, damit die Öffentlichkeit aufmerksam wird. Die Botschaft sollte sein: Meine Partei muß der Wirtschaft klarer signalisieren, daß wir ihre berechtigten Interessen ernst nehmen.

SPIEGEL: Moderne Wirtschaftspolitik ist demnach eine industriefreundliche Politik?

Jens: Modern ist eine Politik, die den verschärften internationalen Wettbewerb realistisch einschätzt und Nachteile für



Jens

die deutsche Industrie zügig beseitigt. Deshalb müssen wir die Steuerlast der Unternehmer verringern. Der Spitzensteuersatz muß sinken, und wenn Ökosteuern eingeführt werden, brauchen wir Übergangsfristen für energieintensive Bereiche. Wir müssen uns für eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten einsetzen und für flexiblere Ladenöffnungszeiten.

SPIEGEL: Vieles davon würde auch Ihr Fraktionschef Rudolf Scharping gutheißen. Warum also der ganze Ärger?

Jens: Scharping teilt viele meiner Auffassungen. Aber er hat Schwierigkeiten, das in der Fraktion zu artikulieren und es durchzusetzen. Außerdem hat er sich durch den Streit mit Gerhard Schröder, bei dem es ja auch um Wirtschaftsfragen ging, in eine traditionellere Ecke drängen lassen.

SPIEGEL: Schröder hält Ihre Fraktion für ein „Kartell der Mittelmäßigkeit“. Fühlen Sie sich angesprochen?

Jens: Das Problem der Fraktion ist Scharping. Er hat wichtige Positionen mit Traditionalisten wie Anke Fuchs und Wolf-Michael Catenhusen besetzt und unterstützt die Modernisierer auch dann nicht, wenn er ihrer Meinung ist. Ein Fraktionschef muß auch mal für seine Vorstellungen kämpfen. Das hat Scharping nach der Bundestagswahl getan, als es zum Beispiel um die Postreform ging. Seit Monaten fehlt ihm dafür das Rückgrat.

Werbeseite

Werbeseite



M. BERTINETTI / FOCUS

Börsenhandel in Tokio: Gereizte Stimmung in der Branche

Japan

„Gebt das Geld raus“

Krise im japanischen Finanzsystem: Hunderte von Banken haben Milliarden verspekuliert, die ersten Kreditinstitute sind pleite, der brancheninterne Feuerwehffonds ist aufgebraucht. An den internationalen Finanzmärkten steigt die Nervosität: Droht eine neue Weltwirtschaftskrise?

Die Protestwähler der Großregion Osaka hatten den Fernsehkomiker „Knock“ Yokoyama im Frühjahr zum Gouverneur gewählt. Nun mußte ausgerechnet der Spaßmacher Unangenehmes verkünden.

Die Kizu-Bank stehe vor dem Bankrott, warnte er öffentlich. Immobilienkredit in Höhe von 630 Milliarden Yen stehe kein entsprechender Wert gegenüber. Yokoyama griff durch: Er untersagte der zweitgrößten Kreditgenossenschaft des Landes den weiteren Geschäftsbetrieb. Innerhalb eines Jahres steht damit die fünfte japanische Bank vor dem Ruin. Weitere 400 Geldhäuser haben beim großen Immobilienpoker Ende der achtziger Jahre überreizt, neue Pleiten sind programmiert.

Schon jetzt ist der brancheninterne Auffangfonds für notleidende Kreditinstitute aufgebraucht. Die Regierung muß mit immer neuen Finanzspritzen das wackelige Finanzsystem der Japan AG stabilisieren.

Wenn nichts geschieht, kann der Schwächeanfall der weltweit größten Kreditgebernation am Ende auch zur internationalen Krise führen – mit Kursstürzen, Hyperinflation und Massenarbeitslosigkeit. Weitere Pleiten in Japan, sagt Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, bedeuten in jedem Fall einen „Dämpfer für die Weltkonjunktur“ (siehe Interview Seite 114).

Nur mit einer Finanzspritze von 350 bis 450 Milliarden Dollar, verteilt auf die kommenden vier bis sieben Jahre, läßt sich das Finanzsystem nach Expertenmeinung sanieren. Das Verrückte: Genau dieser Kraftakt, sagen dieselben Ökonomen, birgt neue Risiken.

Vor allem die Amerikaner befürchten einen Dominoeffekt auf den internationalen Finanzmärkten, falls bedrängte japanische Banken oder Versicherungen Teile ihrer ausländischen Dollarvermögen massiv abziehen. Sollten die Institute auch nur einen Teil ihrer Auslandskredite von schätzungsweise 430 Milliar-

den Dollar einfordern, kann die japanische Krisenwelle überschwapen.

Auch vier Jahre nach den ersten großen Spekulationspleiten sind die Folgen der japanischen Boomjahre, die zur Bubble Economy, der aufgeblähten Volkswirtschaft, führten, nicht überwunden. Damals schossen Japans Grundstückspreise in schwindelnde Höhen. Planlos bauten die Japaner im ganzen Land Bürogebäude und Luxushotels.

Statt der erhofften Einnahmen sitzt Japans Finanzwirtschaft nun auf einem Haufen fauler Kredite. Nach offiziellem Eingeständnis belaufen sich die notleidenden Ausleihungen der Branche mittlerweile auf rund 50 Billionen Yen, ernsthafte Schätzungen sprechen sogar von 80 Billionen Yen. Davon dürften 70 Prozent auf die führenden 21 Großbanken des Landes entfallen, die mit den Problembanken zumeist eng verbunden sind.

Die Stimmung innerhalb der Finanzbranche ist gereizt. Schon das Gerücht,

Werbeseite

Werbeseite

„Verklemmte Märkte“

Volkswirt Norbert Walter (Deutsche Bank) über Japans Bankenkrise

SPIEGEL: Herr Walter, kann man die japanischen Banken als Konkurrenten überhaupt noch ernst nehmen?

Walter: Ja, man sollte die größten Banken der Welt ernst nehmen. Japan ist der zweitgrößte Finanzmarkt. Da gibt es außerordentlich gut ausgebildete, verantwortliche Leute. Allerdings sind im Verlauf der achtziger Jahre in einer durch Spekulation aufgeblähten Wirtschaft Fehlentwicklungen eingeleitet worden, die man nun unter Schmerzen korrigieren muß.

SPIEGEL: Ist das Ärgste schon überstanden?

Walter: Von der großen Luftblase ist wahrscheinlich erst die erste Hälfte abgelassen, und die zweite Hälfte wird hoffentlich in den nächsten fünf, sechs Jahren entweichen.

SPIEGEL: Können die angeschlagenen Japaner ihre Bankenkrise aus eigener Kraft bewältigen?

Walter: Japaner sind viel, viel stärker als die meisten westlichen Länder darauf bedacht, ihr Gesicht nicht zu verlieren. Das heißt: Wenn die Japaner zu etwas stehen, dann bekennen sie sich dazu, auch wenn sie dabei große Schmerzen empfinden. Es ist nicht japanische Art, große Finanzprobleme international abzuladen. Die Hauptlast einer größeren Rettungsaktion würde letztlich wohl der japanische Steuerzahler tragen.

SPIEGEL: Welche Auswirkungen haben die japanischen Bankenzusammenbrüche für die deutsche Wirtschaft?

Walter: Japan ist einer der entscheidenden Pfeiler im internationalen Finanzsystem, und wir dürfen das nicht unbedacht sich selbst überlassen. Wenn ein deutsches Institut mit japanischen Häusern verbunden ist, die nicht zur Spitze der Finanzinstitute gehören, dann lauern Wertberichtigungen, solche Verbindungen dürften jedoch in der deutschen Realität kaum von Bedeutung sein.

SPIEGEL: Und falls es in Japan doch zu einem größeren Crash kommt?

Walter: Die Japaner sind diejenigen, die – mehr als alle anderen Länder – der Weltwirtschaft Überschussersparnisse zur Verfügung stellen. Wenn ihr Finanzsystem in Schwierigkeiten gerät, dann verklemmen

sich auch bei uns die Finanzmärkte. Das bedeutet: Dort, wo Kapital gebraucht wird, insbesondere in den USA, werden die Zinsen steigen müssen, um Ersparnisse heranzuziehen, entweder aus dem eigenen Land oder aus anderen Ländern. Dadurch würde die ohnehin nicht überschäumende Weltkonjunktur einen zusätzlichen Dämpfer erhalten.



BUSINESS PICTURE

Bankier Walter

SPIEGEL: Wie wären die Folgen für Deutschland?

Walter: Wenn dann diese Gelder in Japan bleiben, legt der Yen an Stärke zu. Wir würden die japanische Konkurrenz nicht mehr in derselben Weise spüren, wie das in früheren Jahren der Fall war. Im Maschinenbau, im Automobilbereich würden wir trotz unserer hohen Kosten wieder etwas leistungsfähiger, weil der andere große und potente Anbieter durch den Wechselkurs behindert wäre.

SPIEGEL: Handelt es sich bei den faulen Krediten um ein typisch japanisches Problem, oder könnte so was auch deutschen Banken passieren?

Walter: In Deutschland ist die Spielernatur nicht sehr ausgeprägt. Wir beklagen das sonst unter dem Stichwort „mangelnde Risikobereitschaft“. Jetzt können wir nur sagen: Gott sei Dank.

der Lebensversicherer Toho Mutual plane eine Pressekonferenz, ließ nervöse Börsenhändler ein neues Finanzdesaster befürchten. Der Nikkei-Index gab nach.

In der vorvergangenen Woche mußte Finanzminister Masayoshi Takemura erneut mit Hiobsbotschaften vor die Presse treten. In Tokio verkündete er einen Rettungsplan für die von Gerüchten unwiterte Hyogo-Bank in Kobe.

Hyogo braucht nicht die Schalterräume zu schließen, die Bank darf ihre notleidenden Kredite von 1,5 Milliarden Yen mit Hilfe von Zentralbank und Privatbanken abbauen. Nach dem Erdbeben von Kobe im Januar wollten die Regierenden der Stadtbevölkerung nicht noch einen Banken-Crash zumuten.

Über die Medien versicherten die Behörden, Kleinanleger brauchten sich keine Sorgen zu machen. Doch die Japaner, die in diesem Jahr bereits den festen Glauben an erdbebensichere Autobahnen, lebenslang garantierte Arbeitsplätze und niedrige Kriminalitätsraten aufgeben mußten, sind nervös geworden.

Beim Zusammenbruch der Tokioter Kreditgenossenschaft Cosmo entlud sich abrupt der Volkszorn. Auch in Osaka stürmten über 10 000 verunsicherte Kleinanleger die Filialen von Kizu, um ihre Sparkonten leerzuräumen.

Besonders erbost reagierten Rentner, die ihren Lebensabend wegen der kärglichen Alterssicherung weitgehend mit Ersparnissen bestreiten. Die aufgebrachte Menge ließ sich auch von den überforderten Bankangestellten nicht beruhigen.

„Gebt das Geld raus!“ forderten sie. „Es ist genug da“, riefen die Banker zurück. Doch auch nach Geschäftsschluß drängelten sich in der Hauptgeschäftsstelle von Kizu noch über 200 erregte Kunden an den Schaltern. Andere harr-

„Die Hoffnung auf ein schnelles Ende der Misere ist ein Witz“

ten bis zum nächsten Morgen vor dem Gebäude aus – gegen sechs Uhr servierte die Bank für alle ein Frühstück.

Notenbanken und Privatinsti-tute der westlichen Finanzmetropolen blicken mittlerweile besorgt auf das pazifische Inselreich. Der Nimbus der Unschlagbarkeit ist dahin, plötzlich gelten Japans Banken als riskante Geschäftspartner.

An Demütigungen für die stolzen japanischen Großbanken herrscht kein Mangel. Institute wie Dai-Ichi Kangyo, Fuji und Sumitomo müssen zusehen, wie die internationalen Rating-Agenturen Moody's und IBCA ihre Kreditwürdigkeit drastisch herabstufen. Am Eurodollar-Markt bezahlen japanische Banken derzeit rund 0,2 Prozent mehr



Aufgebrachte Sparer in Osaka: „Es ist genug Geld da“

an Zinsen als westliche Konkurrenten – eine Art Risikoaufschlag.

Die Sanierungsarbeit von Regierung und Banken kommt nur langsam voran. Das Geld ist auch in Japan knapp, der Staat ist hoch verschuldet. Toru Hashimoto, Chef von Japans Bankenverband, bat nun die Mitglieder um eine Aufstokung des Feuerwehrfonds.

In diesem Herbst will die Regierung das Problem der sieben großen Wohnbaukredit-Firmen („Jusen“) des Landes angehen, die unter faulen Krediten von insgesamt sechs Billionen Yen leiden. Doch der Chefökonom der Deutschen Bank in Tokio, Kenneth Courtis, ist überzeugt: „Die Hoffnung auf ein schnelles Ende der Misere ist ein absoluter Witz.“

Die japanischen Unternehmen tun alles, das wahre Ausmaß des Debakels zu vertuschen. „Häufig legen die Japaner genaue Zahlen erst vor, wenn sie ihre Bilanzen der gestrengen amerikanischen Wertpapierkommission (SEC) schicken müssen“, klagt ein westlicher Banker.

So kommt es immer wieder zu kleinen und großen Schummeleien. Nippons angeblich gesündestes Institut, die Bank of Tokyo, soll den Anteil der faulen Kredite an ihrem Gesamtvermögen zunächst mit zwei Prozent beziffert haben. Gegenüber der SEC besserte das Institut schließlich nach – auf dann über fünf Prozent.

„Die japanischen Banken müssen ihre Bilanzen so schnell wie möglich offenlegen“, verlangt Robert Feldman, Volkswirt von Salomon Brothers in Tokio. Doch die Mahnungen der Ausländer bleiben in der Regel folgenlos.

Ministerien und Banken in Japan feilschen lieber intern um einen Rettungs-

kompromiß, bei dem keine Seite das Gesicht verliert. Nach japanischem Muster, Konflikte zu lösen, indem man sie einfach umgeht, scheuen sich Politiker und Bürokraten, den Bürgern das ganze Ausmaß der Krise zu offenbaren.

Vor allem die stolzen Finanzbürokraten zieren sich noch, ihre Geleitzug-Methode aufzugeben: Dabei nehmen stärkere Banken kleinere Absturzandidaten an die Hand. Offene Konkurse gelten als undenkbar.

Wer wessen Außenstände übernimmt und wer mit wem fusioniert, geben die Bürokraten mit sanftem Druck vor. Mit der im Kaiserreich beliebten Praxis, Schwierigkeiten möglichst lautlos zu lösen, sichern sich die Beamten jene Machtfülle, die sie schon jahrzehntelang über die Kreditwirtschaft des Landes ausüben.

Den Filz zwischen den mächtigen Bürokraten und der Wirtschaft machen Kritiker für Japans Misere mitverantwortlich. Das führende Wirtschaftsblatt des Landes, *Nihon Keizai*, fragte keck, wie Cosmo, Kizu und Hyogo unter den Augen der sonst so pingeligen japanischen Behörden überhaupt in Not geraten konnten. Das unselige Trio, so das Blatt, habe im Bauboom der achtziger Jahre schließlich zehnmals mehr Geld verspekuliert als Nick Leeson bei der Barings Bank.

Selbst der japanischen Finanzwelt kommen erste Zweifel am allzu innigen Miteinander von Staat und Wirtschaft. Toyoo Gyoten, Chairman der Bank of Tokyo, gab als erster Top-Manager zu: „Die Zeit, als dieses System des Miteinanders dem Aufstieg Japans nützte, ist vorbei.“

Werbeseite

Werbeseite



FOTOS: ANW PRESSEDIENST

Markgraf Max von Baden (r.), Ehefrau Valerie, Prinz Bernhard; Neues Schloß: Nach langem Zögern und Millionenschulden

Auktionen

Schieflage mit Charme

Mißmanagement hat den Markgrafen von Baden hoch verschuldet. Sotheby's hilft bei der Sanierung.

Es sei schon sehr schade, daß nun alles weggehe, sagt der junge Mann, der den ganzen kostbaren Hausrat eines Tages hätte übernehmen können – die alten Möbel, das schöne Porzellan, die Bilder. Er sei schließlich damit aufgewachsen.

Aber Prinz Bernhard, 25, wäre kein Prinz, wüßte er nicht auch dann, wenn das Familiensilber verkauft wird, die Contenance zu wahren. „Wir haben“, sagt der älteste männliche Nachkomme des Markgrafen Max von Baden, „ja schließlich auch eine unternehmerische Verantwortung und Pflichten gegenüber unseren Beschäftigten.“

Allzu nachsichtig hat Vater Max, 62, wohl die Verantwortung für das markgräfliche Vermögen einem Management überlassen, das damit nur unvollkommen umzugehen verstand. Ein neuer Mann, der schließlich eingestellt wurde, entdeckte sehr schnell, daß der Markgraf mehr Schulden hatte, als er verkräften konnte – rund 264 Millionen Mark. Um sie loszuwerden, trennt er sich nun von Teilen des in 800 Jahren angesammelten Vermögens.

Das Haus befindet sich in einer „finanziellen Schieflage“, teilte Seine Königliche Hoheit Max von Baden bereits im

Januar schnöde mit. Zur notwendigen Sanierung müssen auch die Kunstgegenstände beitragen, die im Neuen Schloß zusammengetragen wurden.

Trotz der peinlichen Millionenschulden sind der Markgraf und seine Familie keineswegs zum verarmten Adel zu rechnen. Mit einem Minus auf dem Konto läßt sich immer noch ganz gut leben, wenn reichlich Vermögen da ist.

Mehr als 6000 Hektar Wald und Äcker nennen die Markgrafen ihr eigen, dazu kommen noch einmal 125 Hektar Weinberge. Sie besitzen Kiesgruben, sind an Industriefirmen beteiligt, und von den 15 Schlössern, die sie sich im Laufe der Jahrhunderte errichten ließen, sind ihnen immerhin noch 4 geblieben, darunter das Neue Schloß in Baden-Baden.

Nein, sagt der junge Prinz und lächelt milde, von einer Pleite könne man hier wirklich nicht sprechen. „Aber es ist ja bekannt, daß nicht jedes Grundstück und nicht jede Industriebeteiligung etwas einbringt.“ Der Erbprinz hat in der Schweiz Betriebswirtschaft studiert – er weiß das.

Schon seit Jahren hatten sich in der Markgräflichen Badischen Hauptverwaltung die Schulden angehäuft. Als der neue Generalbevollmächtigte Sonnfried Weber nach seinem Antritt in den Diensten des Fürsten genauer hinsah, addierte er die Verbindlichkeiten auf die 264 Millionen Mark.

War es Mißmanagement? Zum Teil mit Sicherheit. Webers Vorgänger hatte es offensichtlich nicht geschafft, rechtzeitig ungünstige Beteiligungen abzustoßen. Hinzu kam, daß eine markgräfliche Maschinenfabrik voll von der schlechten Konjunktur erwischt wurde und mit



Porzellangruppe Ludwigsburger Jahrmarkt

Auktionsstücke, Auktionator: „Mit den alten

Forstwirtschaft oder Ackerbau auch wenig zu verdienen war.

Weber zögerte nicht lange mit dem ersten Zug seines Sanierungsplans. Er stieß die defizitäre Maschinenfabrik für einen symbolischen Preis ab und brachte durch Verkauf anderer Teile des markgräflichen Besitzes Geld auf die Konten. Eine Firma, die Kunststoffgranulate herstellt und damit als eines der wenigen Unternehmen Gewinne machte, ging für fast 100 Millionen Mark an amerikanische Interessenten; Schloß Kirchberg am Bodensee, Jachthafen inklusive, brachte gut 30 Millionen.

Gleichzeitig tat Weber etwas, das der Markgraf bislang, wahrscheinlich aus fürstlicher Verantwortung fürs Personal, vermieden hatte: Er feuerte Leute. Von 1500 Beschäftigten der markgräflichen Besitzungen verloren 1000 ihren Job, eine eigene Forstverwaltung gibt es seitdem nicht mehr.

Andere Mitarbeiter bekamen eine neue Chance. Weber organisierte die verbliebenen Aktivitäten um: Restaurants, Weinstuben und Cafeterias wer-



Fabriken verkauft und Leute entlassen



Zylinderbüro

Möbeln hätte Baden-Württemberg alle

den nicht mehr von der Hauptverwaltung in Salem betrieben, sondern von ehemaligen Mitarbeitern in eigener Regie geführt.

Im Weinbau sowie in der Forstwirtschaft versucht Weber ähnliches, um die Personalkosten weiter zu verringern. Frühere Angestellte sind so schon mal zu Schloßherren geworden: Sie haben Schloß Staufenberg samt Weingut übernommen.

Einen Teil seiner Schulden ist Max von Baden mit Webers Hilfe bereits losgeworden, aber bei weitem nicht alle. So muß er sich jetzt vom Inventar der Schlösser trennen, das kunstsinnige Alt-vordere erworben hatten. Die öffentliche Versteigerung, vom 5. bis zum 21. Oktober, hat das Auktionshaus Sotheby's übernommen.

Ein Versuch des Markgrafen, dem Land Baden-Württemberg den gesamten Inhalt des Neuen Schlosses für 80 Millionen Mark zu überlassen, scheiterte am Geldmangel in Stuttgart und an politischen Differenzen. Die Koalition war sich nicht einig: Die Christdemokra-



Meißen-Kaffeekanne



Kaminuhr



Graf Douglas mit Teetisch

seine Schlösser ausrüsten können“

ten des Ministerpräsidenten Erwin Teufel wollten kaufen und den Schatz für das Land retten; Wirtschaftsminister Dieter Spöri (SPD) wollte dagegen erst einmal genau wissen, was denn alles zum „Fürstennippes“ (Spöri) gehörte.

Nach monatelangem Hin und Her sicherte sich das Land Optionen auf einige wichtige Stücke und kaufte in Einzelaktionen für 42 Millionen Mark Bücher, Gemälde, Möbel und Gobelins.

„Das Land hat eine Chance vertan“, sagt Christoph Graf Douglas, Deutschland-Chef des Hauses Sotheby's. „Es hätte mit den alten Möbeln aus dem Neuen Schloß alle seine Schlösser ausrüsten können.“ Überdies werde die wertvolle Kunstammer, eine einmalige Sammlung von Objekten des Kunsthandwerks aus Silber, Gold, Elfenbein und Bronze, nun durch den Verkauf aufgelöst.

Nachdem das Land keine 80 Millionen für die markgräflichen Kostbarkeiten opfern wollte, hat Max von Baden einen Teil des Angebots wieder zurückgenommen. Alles andere wird verstei-

gert: Möbel und Tapisserien, Kunsthandwerk und Porzellan, Gemälde und Waffen.

Es sei Sotheby's eine Ehre, sagt Graf Douglas, der selbst auch als Auktionator auftreten wird, die Sammlung des Markgrafen anzubieten. Sie sei, „was Qualität und Charme betrifft, in jeder Beziehung außergewöhnlich“.

Gleichzeitig ist es ein dicker Brocken selbst für Sotheby's. Nach der Auktion im Hause Thurn und Taxis, bei der Fürstin Gloria für gut 31 Millionen Mark Hausrat verkaufte, wird nun ein ähnlicher Erfolg in Baden-Baden erwartet. Die Auktion soll mindestens 30 Millionen bringen.

Graf Douglas, mit dem Markgrafen verwandt, will jedenfalls die Sippe nicht enttäuschen. Sotheby's hat bereits reichlich Zeit und Geld in das kühne Unterfangen investiert. Monatelang haben Experten rund 24 000 Objekte gesichtet, nach Inventarverzeichnissen geordnet und bewertet. Ein sechs Kilo schwerer

Katalog, üppig ausgestattet und für 80 Mark (bei Versand 100 Mark) zu haben, hilft Interessenten, sich im badischen Angebot zurechtzufinden und dient als Eintrittskarte zur Auktion.

Die sechs Millionen, die Sotheby's bereits in den Auftrag gesteckt hat, wird der Auktionator sicher schnell hereingeholt haben. Vom Käufer erhält er jedesmal 20 Prozent des Zuschlagpreises; der Verkäufer zahlt ihm ebenfalls noch etwas. Und an den Objekten, die der Staat erworben hat, sagt Graf Douglas, habe er schließlich auch verdient.

Am letzten Tag der Auktion soll das Neue Schloß dann leer sein. Mit etwas Glück wird es auch verkauft werden; die Familie wohnt ohnehin in Salem.

Ob der Erlös aller Verkäufe, zusammen mit der Neuorganisation der markgräflichen Betriebe, dann reichen wird, Max von Baden aus der finanziellen Schiefelage zu helfen, will Sanierer Weber erst am Jahresende beurteilen. „Wir werden das schaffen“, sagt Erbprinz Bernhard. „Und später kümmerge ich mich dann ums Geschäft.“

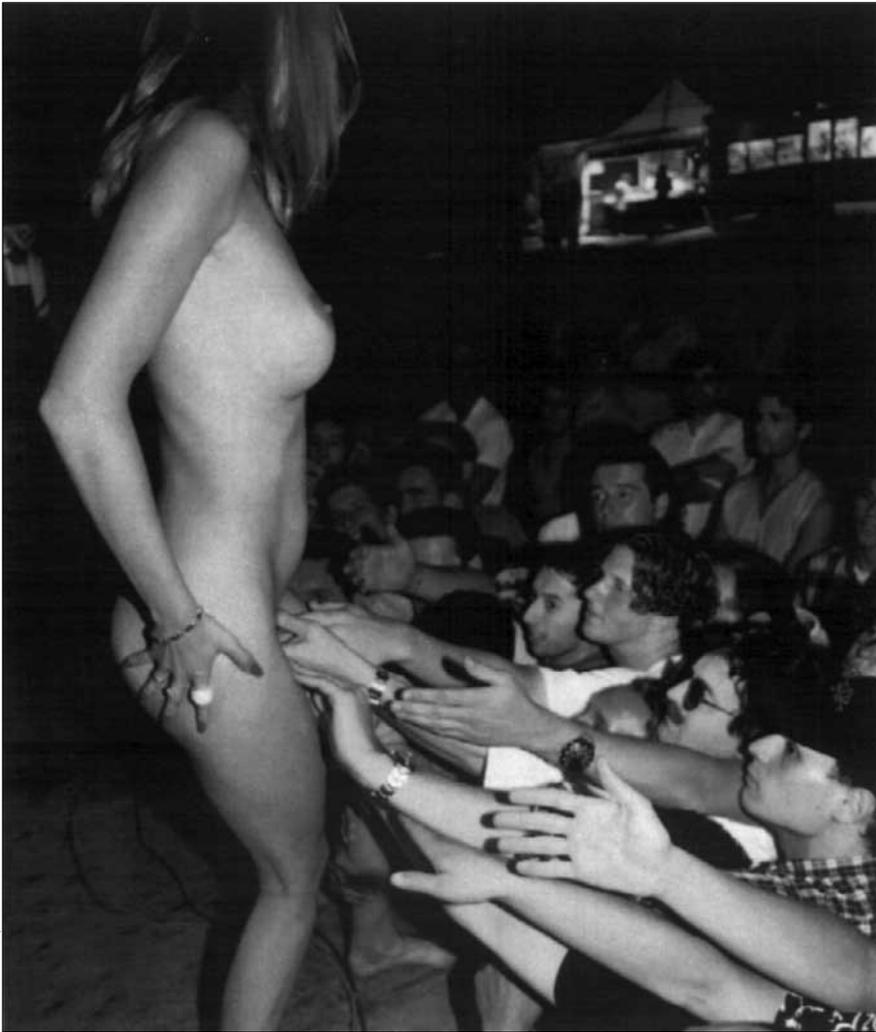
Werbeseite

Werbeseite

Tourismus

„Pinocchio im Spielzeugland“

Rimini, größter Badeort an der italienischen Adriaküste und traditionell beliebtes Urlaubsziel der Deutschen, ist zum Sex-Dorado geworden – das Touristenzentrum gilt mittlerweile als Europas längster Strich am Strand. Örtliche Kleriker und Hoteliers wehren sich gegen das neue Schmutzel-Image der Stadt.



R. KLOSTERMEIER / VISION PHOTOS

Auftritt eines Porno-Starlets: „Die Leute schreien nach Hardcore“

Seht mal, wie sie laufen“, sagt Assistentente Antonio Mazza und deutet auf die davonhuschenden Gestalten zwischen den frischgepinselten Strandhäuschen. Die an der Spitze eines sechs Meter hohen Mastes befestigten Strahler des mobilen Polizeieinsatzwagens „Zebra 75“ lassen die Seepromenade um Mitternacht taghell aufleuchten. Prostituiertenjagd in Rimini.

Vor Francos „Beach 85“ schnappt die Falle zu. Mazzas Kollegen Stefano und

Umberto nehmen vier Huren aus Nigeria am Strand fest. „Für 50 000 Lire“, sagt Antonio, „machen die jedes Sexspielchen ohne Kondom mit.“

In dieser Nacht werden wieder 60 bis 70 Prostituierte im Gefängnis des Kommissariats landen. Am nächsten Morgen sind die meisten wieder auf freiem Fuß. 1000 Mark koste den italienischen Staat der Rückflug für ein Mädchen, berichtet Antonio. Zuviel, wenn man weiß, daß es zwei Wochen



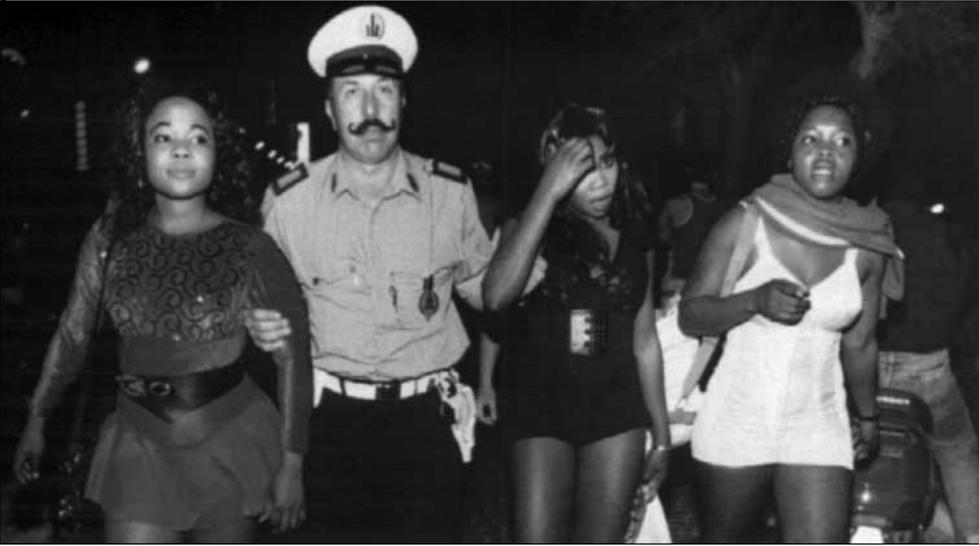
Rimini-Urlauber am Strand: „Vor allem die

später wieder in Rimini auftauchen wird.

Der Lungomare di Vittorio ist die einträglichste Meile des größten Badeortes an der Adria. Hier stehen Dirnen aus ein paar Dutzend Ländern Spalier, um sexhungrige Einheimische und Touristen zu bedienen. Schon beim nachmittäglichen Sonnenbad bringen die auf den Liegen sich räkkelnden afrikanischen Schönheiten das Blut europäischer Männer in Wallung.

Die Afrikanerinnen sind die billigsten Mädchen auf dem 40 Kilometer langen Küstenstreifen der Provinz Rimini, der in Italien mittlerweile als größter Strich Europas gilt. Dann kommen die Bosnierinnen und die Albanerinnen von der Küste gegenüber.

Die Anschafferinnen aus Rußland und Brasilien kassieren bis zu 12 000 Mark pro Woche. Noch mehr nehmen die Topmodelle aus Österreich ein.



Polizeieinsatz gegen Prostituierte in Rimini: „Hauptübel der Stadt“



Deutschen fahren voll auf Tuttifrutti ab“

„Heute muß der notgeile Mitteleuropäer nicht mehr nach Bangkok“, sagt ein Lude aus Graz, „Rimini bietet alles. Vor allem die Deutschen fahren voll auf Tuttifrutti ab.“ In diesem Jahr machten weit über 300 000 Urlaub am verrufensten Abschnitt des Teutonengrills – 25 Prozent mehr als im Vorjahr.

Der 1989 wegen der Algenpest in die Flaute geratene Badeort ist wieder in. Allein an den ersten zwei Wochenenden im Juli kamen 78 400 Autos an.

Der wegen der schwachen Lira und der fehlenden kroatischen Konkurrenz wieder anwachsende Touristenstrom an der italienischen Adria zieht das älteste Gewerbe der Welt magnetisch an. „Die Prostitution ist zum Hauptübel der Stadt geworden“, sagt Carlo Barbera, Chef der Stadtpolizei.

Rimini, in den Sommermonaten neuerdings auch von vielen jungen Menschen als, so das italienische Maga-

zin *L'Espresso*, „Experimentierlabor für neue Jugendstile“ geschätzt, scheint im Sexsumpf zu versinken. Dabei läßt der Comandante mitunter täglich 100 Polizeieinheiten zu Razzien ausrücken.

„Wir können“, sagt Barbera, „das Problem nur eingrenzen.“ Zu viele Kunden gibt es in Rimini. Seit Ende Juli ist die Einsatzstation „Zebra 75“ mit einer Videoanlage ausgerüstet, die besseres Beweismaterial für Gerichtsverfahren beschaffen soll.

Das ist nicht viel mehr als eine Beruhigungsmaßnahme für jene aufgebrachten Bürger, die ein härteres Durchgreifen der Polizei verlangen. Im dunkeln bleiben die Bosse der Zuhältersyndikate, die die einzelnen Strandabschnitte in Mafiamanier aufgeteilt haben.

Die Russenmafia arbeitet im Schichtsystem. Pro Woche sorgen vier Sonderflüge aus Moskau und St. Petersburg für Prostituierten-Nachschub am Küsten-

streifen zwischen Bellaria und Cattolica. „Die meisten Frauen sind verheiratet“, so Barbera, „und wollen mit dem Kurztrip hinter dem Rücken ihrer Männer schnell die leere Haushaltskasse zu Hause auffüllen.“

Um ein Uhr morgens ist im Gewerbegebiet Gros Rimini der Teufel los. Hunderte von Autos mit Freiern und Neugierigen rollen im Schnecken tempo an Dutzenden von Transvestiten aus Brasilien vorbei – denn offenbar sind gerade die Männer der modische sexuelle Kitzel des verrückten Adria-Sommers 1995. Antonio geht im Viale Lavisco mit „Zebra 75“ in Stellung und ruft per Funk nach Verstärkung.

„So viele Einsatzwagen haben wir gar nicht, um die alle festnehmen zu können“, sagt der Assistent hilfloos. Die Polizistinnen Silvana und Donatella streifen sich Gummihandschuhe über und filzen im Einsatzwagen die Handtaschen der Männer, die ihre Silikonbrüste zurechtrücken. Dokumente und Drogen finden sie nicht, aber jede Menge Kondome und Cremes.

Gleich im Dutzend werden die vor allem bei den italienischen Touristen beliebten Südamerikaner weggekartet. Ein paar der Gefilzten, die zunächst keinen Platz mehr in den Einsatzwagen finden, versuchen vergebens, auf ihren hochhakigen Schuhen davonzulaufen – Szenen wie aus einem Fellini-Film.

Donatella drückt einen der Transvestiten vorsichtig in ein bereits brechend volles Auto. „Ich habe Angst, gekratzt zu werden“, sagt sie, „die meisten von denen sind mit Aids infiziert.“ Dann desinfiziert sie das Innere von „Zebra 75“.

Das von den Medien in Italien gneaußvoll beschworene neue Sex-Image beunruhigt die Hoteliers der Stadt. „Die Familien bleiben immer häufiger weg, am Ende haben wir nur noch die ausgeflippten Nachtschwärmer hier“, ahnt Francesco Albanesi, Besitzer einer Hotelkette. Doch der 38jährige trägt im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen der Lage Rechnung.

„Viele Touristen kommen einfach wegen des Sexangebots“, ließ Albanesi die Stadtväter wissen und begann, in seinen acht Nobelherbergen Kondome auszulegen. Der Verband der Hoteliers nannte die Aktion schlicht „ekelhaft“ und „schändlich“, doch der Rebell ließ Ende Juli sogar von einem Flugzeug ein Riesen-Präservativ aus Plastik über die gesamte Strandregion der Emilia Romagna bis Gabicce in der Region Marken ziehen. Aufschrift: „Sanfte Liebe ist gut fürs Leben.“

Örtliche Kleriker bejammern Albanesis Tun als Kapitulation vor der Sünde. Als sich mit der „Erotica“ die wüsteste der vielen Porno-Messen dieses Sommers im Städtchen Misano Adriatico ankündigte, rief Bischof Mariano De Nicolà

R. KLOSTERMEIER / VISION PHOTOS

D. SCHMID / BILDERBERG

Werbeseite

Werbeseite

in einem in allen Kirchen verlesen und in der Lokalzeitung abgedruckten Hirtenbrief die Einwohner zum Boykott der „Erotica“ und zur moralischen Umkehr auf. „Wir sind vom Urlaubsfamilienidyll zu Italiens Hauptstadt der Prostitution geworden“, schimpfte der Mann Gottes.

Sein Untergebener Don Oreste Benzi, ein in ganz Italien für seine Sozialarbeit berühmter Pfarrer, stürmte in Riminis Edeldisko „Paradiso“, ließ die Techno-Musik stoppen und mahnte die Gäste, ihr Leben nicht mit Drogen und Sex zu vergeuden.

Allzuviel Wirkung zeitigen solche Aktionen nicht. Tausende Gaffer etwa fanden sich zum Sex-Höhepunkt der Sommersaison ein, um Italiens Porno-Stars Eva Henger und Clarissa Bruni bei deren Bühnenshows in den Schritt zu greifen.

Die Fernsehkamera ist immer dabei. Jede öffentliche Erregung im Dauersilvesterklima Riminis wird automatisch zum TV-Spektakel. „In Rimini“, stellt das italienische Magazin *Panorama* fest, „könnte Andy Warhol Bürgermeister sein.“



R. KLOSTERMEIER / VISION PHOTOS

Russische Dirnen in Rimini Nachschub aus Moskau

Die Autorin Isabella Santacrose wertet die Gier nach Selbstdarstellung so: „In Rimini muß man leben wie Pinocchio im Spielzeugland“. Dabei scheint alles erlaubt. Mitten auf der Strandpromenade

entledigen sich Erotik-Filmstars wie Rosanna Doll und Demetra Hampton ihrer letzten Hüllen. „Hier ist die reine Pornographie gefragt“, sagt der Geschäftsführer der Krefelder Veranstaltungsfirma Jet Event, Giovanni D’Ettore. „Die Leute schreien nach Hardcore-Auftritten.“

D’Ettore hat 35 Bodyguards aufgeboten, um die „Erotica“-Besucher vom Frontalangriff auf die Porno-Queens abzuhalten. Für 100 000 Lire, 90 Mark, lassen sich Messekunden hinter einer Trennwand von drei nackten Mädchen aus Ungarn und einer Blondin aus Sardinien „erotische Massagen“ verpassen.

Das Nachtvolk erregt sich ab ein Uhr früh in Diskos an Techno-Musik und den Animationstänzerinnen. Ab fünf Uhr wird Amore am Strand genossen. Dann kommen der Cappuccino und ein Nutella-Hörnchen. „Die Leute gehen um zehn Uhr vormittags ins Bett und stehen um vier Uhr am Nachmittag auf“, sagt Gianfrancesco Donati, Sprecher der Tourismusagentur von Rimini. „Viele kommen blaß hier an, und fahren nach drei Wochen blaß wieder ab.“

Legenden

Sandmann auf Techno

Das ehemalige DDR-Schallplatten-Label Amiga arbeitet wieder mit Gewinn. Jetzt soll der Ost-Rock auch den Westen erobern.

Die Verabredung in der Rankestraße in Berlin-Charlottenburg machte den Plattenmanager Jörg Stempel schon Tage vorher nervös. Es galt, einen Mann zu besuchen, den er schon seit vielen Jahren als Chanson-Interpreten verehrte.

Als es dann soweit war, saß Stempel fünf Stunden lang mit Manfred Krug auf dessen Balkon; sie redeten über Texte, über Musik und einzelne Arrangements. Und als es Nacht wurde und Stempel den TV-Star verließ, war der Besucher sicher: „Das könnte was werden.“ Der Schauspieler und sein Fan hatten die alten Krug-Chansons angehört. Stempel befand: „Der ist heiß, was Neues zu machen.“

Vor fünf Jahren hätte Stempel, 47, den Job, das abgehalfterte DDR-Pop-Label Amiga wiederzubeleben, noch dankend abgelehnt: Neues zu produzieren – darin sah der frühere Ökonom beim „VEB Deutsche Schallplatten“ keine Chance.

Heute gehört Amiga zum Musikkonzern BMG Ariola, und Marketingchef Stempel ist mit dem totgeglaubten Musiklabel erfolgreich: Die alten Hits der Puhdys, von Karat und Silly haben sich seit Mai letzten Jahres 310 000mal auf CD, LP oder Kassette verkauft – Ost-Rock und Ost-Schlager starten noch einmal durch.

„Als die Mauer weg war“, sagt Stempel, „wollten die Leute endlich die Musik kaufen, die sie all die Jahre nur über den Rias oder NDR 2 hören konnten, die Platten von Springsteen und Westerbahnen.“

Der DDR-Mainstream-Rock, dessen renitent-sentimentale Botschaft irgendwo zwischen den Wörtern „fliegen“, „Freiheit“ und „Albatros“ versteckt war, rutschte in die letzte Reihe im Plattenschrank. Radiomoderatoren aus dem Osten legten lieber Peter Maffay auf als den Ost-Sänger Holger Biege. Vorbei war die Gier, zwischen den Zeilen zu lesen, vorbei die Notwendigkeit, aus Sätzen wie „Schließ auf die Tür aus Stahl“ die Sehnsucht nach Anarchie zu dechiffrieren.

Deutsch, domestiziert und dröge: Für westliche Ohren hatte der Ost-Rock ohnehin nie Weltniveau erreicht. Auch im Osten koberten Staatsrocker wie die Puhdys nicht jeden jungen Wilden: Viele hatten es eher mit den Stones und „Sympathy For The Devil“ als mit Karat und deren „Schwanenkönig“.

Im Jahre Fünf des neuen Deutschland aber rocken immer mehr Ostler und etliche Kult-Jünger aus dem Westen auf Revival-Partys zu „Alt wie ein Baum“ von den Puhdys oder „Am Fenster“ von City. Und in Hamburg und Berlin legen Independent-Labels auch die weniger prominenten DDR-Kompositionen neu auf. Republikweit kramen die Fans in Plattenläden nach den Schlaghosen-Covers der Gruppen Renft, Lift und Pankow. Toni Krahl, City-Sänger, fotografiert noch heute bei Konzerten seine Fans: „Für die Zeiten, wenn mal wieder keiner dabei gewesen sein will.“

„All das“, glaubt Stempel, „hat nichts mit Ostalgie zu tun, das ist einfach ein Stück Jugenderinnerung.“ Rumknutschen bei den Puhdys, Händchen halten bei Karat: „Einer wird bei ‚Yesterday‘ sentimental, der andere bei ‚Über sieben Brücken mußt du gehen‘“, meint



Marketingchef Stempel
Rumknutschen bei den Puhdys

Der Erfolg mit dem Musikerbe Ost gefällt der Bertelsmann-Tochter Ariola. „Jetzt will die Company mehr sehen“, sagt Stempel. Und weil für ihn zur gesamtdeutschen Allgemeinbildung „nicht nur Schiller und Goethe, sondern auch Silly und Pankow gehören“, blasen Jörg

Stempel und Wolf-Dietrich Fruck, Produktmanager bei Amiga, von Ende September an zum „Zentralangriff auf die Brüder und Schwestern im Westen“.

Mit Aufstellern, Sonderdekorationen, Anzeigen und Sonderheften will die Amiga-Crew die „zehn wichtigsten Best-of-Alben“ im Westmarkt etablieren. Für den Musikkanal Viva wurde das Special „Ost-Rock – die besten Clips, Live-Konzerte, Interviews“ produziert, und bei ost- und westdeutschen Radiosendern hat Stempel eine 15teilige Serie zur Geschichte des Ost-Rocks abgeliefert.

Bislang aber ist die Ost-Musik in viele Wessi-Köpfe noch nicht vorgedrungen. Zur Eröffnungsgala der Internationalen Funkausstellung präsentierte Hitpa-

raden-Senior Dieter Thomas Heck deutsche Schlager aus 50 Jahren. „Musik muß dabei“, hieß die Show. „Von den Ossis war nur Frank Schöbel dabei“, mosert Stempel, „und der hat sich über private Kontakte da hineinkatapultiert.“ Auf der CD-Box zur Show, pikanterweise produziert von Ariola, fehlt auch Schlagersänger Schöbel. Wie alle anderen Ostler.



Plattenstar Krug
Als Chanson-Interpret verehrt

Stempel, der früher auch mal Manager der Puhdys war.

Neben Karat und Consorten erleben auch die DDR-Kinderfernsehen-Maskottchen Pittiplatsch und Schnatterinchen eine Renaissance: Die beiden Singles der sogenannten Sandmann's Dummys, Techno-Versionen der Lieder und Texte von „Pitti“ und „Schnattchen“, verkauften sich im letzten Jahr 270 000mal.

Werbeseite

Werbeseite

Bücher

Moffen im Licht

Der in den Niederlanden umstrittene Bestseller „Die Zwillinge“ erscheint auf deutsch – eine Verharmlosung deutscher Nazi-Mitläufer?

Während der deutschen Besetzung war es mitunter überlebenswichtig, Nachbarn und Freunde nach „goed“ und „fout“ zu sortieren – und nach dem Krieg hingen von dieser Unterscheidung Ansehen und gesellschaftlicher Rang ab. Ein „guter“ Niederländer lehnte die Nazis ab, ein „Falscher“ war ein Kollaborateur.

Tessa de Loo ist eine Tochter aus „guter“ Familie, und natürlich half ihr



Niederländische Jüdin mit Stern (1942)

das, „Die Zwillinge“ zu schreiben – einen Roman, in dem selbst ein Soldat der Waffen-SS als empfindsames menschliches Wesen geschildert wird. „De Tweeling“, im November 1993 in den Niederlanden erschienen, liegt nun in deutscher Übersetzung vor*.

Hochbetagt treffen sich die Zwillinge Anna und Lotte, 1916 in Köln geboren, im Kurort Spa wieder. Nach dem Tod der Eltern waren sie als kleine Mädchen getrennt worden. Verwandte in den Niederlanden nahmen Lotte auf. Anna

landete in einem westfälischen Dorf, auf dem Bauernhof eines Onkels.

Das einzige, was die beiden 74jährigen Frauen noch miteinander verbindet, scheint ihre Arthrose zu sein, die sie mit Moorbädern lindern. Bei Apfellikör und Ardennenschinken reden sie über den Massenmord an den Juden, über persönliche Schuld und den Widerstand gegen die braunen Machthaber.

Unversöhnlich stehen ihre Lebensgeschichten gegeneinander: Lottes Familie riskierte ihr Leben und versteckte Juden. Anna bewirtschaftete ein Schloß mit polnischen Zwangsarbeitern. Sie war beim Bund Deutscher Mädels und wurde die Ehefrau eines Soldaten der Waffen-SS.

Nach Annas Trauung läuft ein schweigender Zug von Menschen mit einem gelben Stern am Mantel an der Hochzeitgesellschaft vorbei. Die Braut zerrt den verstörten Bräutigam mit den Worten: „Komm, schau nicht hin“ einfach weiter; sie verübelt den Juden, daß sie ihr den Hochzeitstag vermiesen.

Fünzig Jahre später erzählt sie der kühlen, abweisenden Lotte diese und

viele andere Geschichten, die aus ihr herausquellen wie das Heilwasser aus den Brunnen von Spa. Die Deutsche, eine dröhnende Walküre mit unaufhaltsamem Redebedürfnis, will begreifbar machen, warum sie nichts sah und hörte. Und warum ihr, wenn sie etwas sah und hörte, das eigene kleine Glück wichtiger war.

Und doch geht es ihr nicht um Vergabung, wie die zuweilen selbstgerechte Lotte vermutet. „Ich habe“, sagt Anna scharf, „nichts verbochen.“

Ist Anna schuldig? Oder hat sie als Mitläuferin, die in Bombennächten um ihr Leben rannte und verstümmelte Kinder in Lazaretttrümmen pflegte, Verständnis verdient? Waren die Deutschen nicht bloß Täter, sondern mitunter zugleich auch Opfer der Nazi-Tyrannie?

Solche Gleichmacherei mit den wirklichen Opfern weist Lotte entschieden zurück: „Welchen Grund hatte der Aggressor, sich zu beklagen, hatte er es nicht selbst so gewollt?“ Ihre Schwester stand auf der Seite der Mörder, die Lottes jüdischen Freund in einem Konzentrationslager umbrachten.

Dennoch gelingt es Anna, die mit Witz und Härte von ihrem Alltag unter dem Hakenkreuz erzählt, Lotte in den Sog ihrer Lebensgeschichte hineinzuziehen. Annas Rechtfertigungen konfrontiert Lotte mit der Todesangst der Verfolgten, mit dem Rettungsmut ihrer Pflegemutter, die Juden versteckte. Das Porträt des neuen Vaters aber fällt ungünstiger aus. Auch er, ein rechthaberischer Salonkommunist, gefährdet sein Leben; aber er ist zugleich ein Egoist, der die für seine kranke Frau



Verbotsschild für Juden (1941)



Judenrazzia in Amsterdam (1941)

Besatzerschikanen in den Niederlanden: „Nietzsches blonde Bestien“

* Tessa de Loo: „Die Zwillinge“. Aus dem Niederländischen von Waltraud Hüsmer. C. Bertelsmann Verlag, München; 480 Seiten; 46,80 Mark.

Werbeseite

Werbeseite



S. JAGENBURG

Schriftstellerin de Loo: Ist Anna schuldig?

bestimmte Sonderration Lebensmittel heimlich selbst verzehrt.

Mit derart differenzierter Menschenzeichnung hat die Schriftstellerin de Loo in ihrer Heimat heftige Reaktionen ausgelöst. Nirgendwo sonst in Europa hat sich das Bild vom häßlichen Deutschen so fest eingepreßt. Nirgendwo sonst ist die Demütigung durch die deutschen Besatzer noch so gegenwärtig.

„Ich bin fast als Landesverräterin dargestellt worden“, sagt die 48jährige. „Das arme deutsche Volk“, höhnte ein Kritiker nach Lektüre und urteilte: „Mit diesem abscheulichen Gebräu ist der absolute Tiefpunkt erreicht.“

Ihre Leser dagegen, so de Loo, hätten begriffen, wovon ihr Buch erzählt: „Viele können sich stärker in Anna als in Lotte einfühlen.“ Monatelang führten „Die Zwillinge“ die Bestsellerlisten an, das Buch erhielt den niederländischen Publikumspreis des Jahres 1994.

De Loos Erfolg scheint ein Indikator für den nachlassenden Haß auf die „Moffen“, die Deutschen, zu sein, den das Meinungsforschungsinstitut Inter/View kürzlich ausmachte. Mehr als die Hälfte der befragten Jugendlichen gaben an, sie hielten die Deutschen für „tolerant“. Noch drei Jahre zuvor hatten sie ihre östlichen Nachbarn mehrheitlich als „herrsüchtig“ und „kriegslüstern“ eingestuft.

In Werken der niederländischen Nachkriegsliteratur werden Deutsche, etwa von Maurits Dekker in seinem Roman „Der Stiefel im Nacken“, als „Nietzsches blonde Bestien“ gehandelt oder als „Biervolk, das auf groben Soldatenstiefeln in den stillen Garten Hollands hineinstürmt“.

Der Bestsellerautor Harry Mulisch hatte 1982 mit dem Roman „Das Attentat“ das Bild vom heroischen Widerstand der Niederländer nachhaltig beschädigt: Er führte einen sadistischen Kollaborateur vor – und beschrieb, wie

antifaschistische Kämpfer bei dessen Ermordung den Tod Unschuldiger in Kauf nehmen.

De Loo hat in Archiven recherchiert, sie reiste mehrfach nach Deutschland und befragte Zeitzeugen. Ihre Figuren verwob die frühere Lehrerin, die sich in ihrem Roman als stilsichere, detailgenaue Geschichtenerzählerin erweist, in ein feinsinniges Beziehungsgeflecht.

„Die Zwillinge“ sind ein pralles Panoptikum, voll mit anrührenden und zuweilen schrillen Szenen.

Und sie sind zugleich ein privates Buch. Die Autorin hat es ihrer Mutter und der Deutschen Maria Hesse gewidmet. Während der Besetzung versteckten de Loos Großeltern auch zwei Nazi-Gegner. Einer der beiden – ein Chemiker, der nicht in der deutschen Rüstungsindustrie eingesetzt werden wollte – wurde de Loos Vater.

Die Panik, die de Loos Eltern während der Nazi-Zeit ausstanden, prägte sie auch nach der Befreiung. Während des Koreakriegs machten sie Emigrationspläne, während der Kubakrise horten sie Lebensmittel im Kinderzimmer ihrer Tochter. Zu Hause wuchs die Autorin mit Geschichten über das Dritte Reich und mit der Angst vor einem neuen Krieg auf. „Und das alles“, sagt sie, „hatte mit Deutschland zu tun.“

1985 fährt sie nach Frankreich, um in einer Pension ungestört an einem neuen Manuskript zu arbeiten. Dort begegnet sie der Deutschen Maria Hesse, die beiden Pensionsgäste werden Freundinnen. „Ich hatte die holländischen Geschichten über den Krieg aufgesogen, ich war voll davon. Und dann ging es mir genauso mit Marias Geschichten“, sagt de Loo: „Aber beide Geschichten waren miteinander verfeindet.“

Ihren Konflikt trägt de Loo nicht nur auf dem Papier aus, wo sie versucht, die widerstreitenden Versionen zu einem vielschichtigen Gesamtbild zu montieren. Sie bringt auch Maria Hesse, die das Vorbild für Anna wird, mit ihrer Mutter zusammen, deren Leben sie in der Figur von Lotte nachgezeichnet hat. Diese Begegnungen ähneln den Treffen von Anna und Lotte – Maria Hesse war dominant.

Das Buch ihrer Freundin hat sie nicht mehr gelesen. Einen Monat, bevor „Die Zwillinge“ in den Niederlanden erschien, starb Hesse 77jährig an Krebs. „Ich habe sie geliebt“, sagt de Loo, „und sie machte mich böse.“

MECKLENBURG-VORPOMMERN



Fläche	23 170 km ²
Einwohner	1 831 000
Universitäten	2
Sitzverteilung im Landtag 16. Oktober 1994	CDU: 30 SPD: 23 PDS: 18
Schuldenstand pro Kopf	5,52 Milliarden Mark 3015 Mark
1995 geplante Neuverschuldung	1,62 Milliarden Mark
Arbeitslose August 1995	131 044
Arbeitslosenquote ostdeutscher Durchschnitt	15,1% 13,9%



Arm, leer und schön

Ein Land verliert seine Leute: In Scharen wanderten die Menschen nach der Wende aus Mecklenburg-Vorpommern ab, die Zahl der Geburten sinkt dramatisch. Nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaft fehlen nun die Arbeitsplätze. Beinahe einziges Kapital der Küstenregion ist die weithin unzerstörte Landschaft.

Die Stille im pommerschen Windwatt ist bis zum Spätsommer fast ungestört. Dann, Ende August, gellen plötzlich Trompetentöne durch die Luft: Zu Tausenden flattern, aus Rußland und Skandinavien kommend, die Kraniche ein.

Sie rasten in den seichten Gewässern zwischen der Halbinsel Zingst und Rügen, unweit von Stralsund. Sie suchen nach Getreideresten auf den abgeernteten Feldern und warten ein paar Wochen auf günstige Winde. Dann starten sie wieder in Massen, schrauben sich mit der Thermik in höchste Höhen und nehmen kreischend Kurs auf Spanien, im Direktflug wie die Lufthansa, doch leiser.

Der Ruf des Kranichs ist das Geschäft von Hubertus Graf von Klot-Trautvetter, 55. Als die DDR unterging, verkaufte der Mann seine Fabrik in Stuttgart und kehrte zurück zum Sitz seiner Ahnen. Auf Schloß Hohendorf bei Stralsund verbaute er 4,5 Millionen Mark.

Jetzt ist der Junkersitz ein Hotel, und der Graf lebt vom Tourismus: Kommen die Zugvögel, dann kommen auch die Fremden. Bis zum frühen November sind die Zimmer im Herrenhaus bestens belegt. Danach aber, im Winter, wird es in der Heimat derer von Klot-Trautvetter so still und leer, daß es mancher nicht erträgt.

Die Stimmung ist immer adagio. Des Grafen junge Gattin, eine Französin, hielt sie nicht lange aus, nach knapp zwei Jahren sagte sie dem Ehemann samt Schloß und Kranichen adieu. „Das Land“, trauert der Graf, „hat unsere Ehe zerstört.“

Unweit von Hohendorf lebt Anna Wenzel, 21, im ehemals stolzen Stralsund und behauptet, der Moder mache ihr nichts aus, mehr noch: Sie sei „vernarrt“ in diesen Ort.

Rote Ziegel, dahinter das Meer; verfallene Bürgerhäuser, enge, verkommene Gassen mit Staub und Schimmel und dazwischen immer mal wieder eine Fassade, die frisch gestrichen glänzt: Die alte Hansestadt am Strelasund, ein Kleinod der Backsteingotik, verfällt beinahe schneller, als sie zu retten ist.

Anna jedoch glaubt fest an eine Zukunft für sich und ihre Stadt: Sie hat Bauzeichnerin gelernt und studiert demnächst Architektur. Später will sie das Büro ihres Vaters übernehmen: „Das Bauwesen boomt“, sagt Anna, „die nächsten 20 Jahre sind die Aufträge gesichert.“

Auch für Katja Westenberger, 20, ist nur schwer vorstellbar, daß sie anderswo leben könnte als in Stralsund. Ein bißchen Westen erlebt sie jetzt ja bei ihrem Medizinstudium in Kiel. Danach aber wird sie zurückkehren, sie freut sich heute schon „unbändig“ bei jeder



Kraniche an der vorpommerschen Küste,

Heimfahrt und hat die feste Absicht, in ihrer Heimat am Strelasund „meine Kinder aufwachsen zu sehen“.

Ungewohnt freundliche Worte über ein Bundesland, das sonst für Abwanderung und Niedergang steht, für dickes Blut und trübes Wetter, trotzige Rückständigkeit und schlimmsten Suff.

Manchem mag es wie ein Wunder erscheinen, daß überhaupt jemand geblieben ist im leeren, bäuerlichen Nordosten. Das spröde Land zwischen Bodden und Haff, so scheint es, ist eher für Kraniche als für Menschen gemacht.

Rund 23 000 Quadratkilometer Fläche hat Mecklenburg-Vorpommern, 31mal soviel wie Hamburg, doch schon zur Zeit der Wende lebten zwischen Elbe und Oderhaff nur 300 000 Einwohner mehr als im westlichen Stadtstaat. Und die Flüchtlinge nach 1989 in Scharen in den Westen, wo es Arbeit gab. Rund 2 Millionen Einwohner zählten die Statistiker vor fünf Jahren, heute sind es etwa 1,8 Millionen.

Es wurde leerer, vor allem in den Dörfern, und die Jungen und Flexiblen



Hotelier Klot-Trautvetter: Die Stimmung ist adagio

F. HOLLANDER / DIAGONAL

ein Wandel, der fast schon normal geworden ist. Eher verwundert denkt Rita Dornbrack, die Frauenbeauftragte im pommerschen Pasewalk, an alte Zeiten zurück: „Wann sieht man heute noch eine junge Frau mit Kleinkind oder dickem Bauch? Früher sah man kaum mal eine ohne.“

Längst reden Planer davon, nicht nur Kindergärten zu schließen, sondern auch Schulen zu verkleinern oder zusammenzulegen. Weil auf dem platten Land immer weniger Schüler nachwachsen, spricht Kultusministerin Regine Marquardt davon, nun Zwergschulen einzurichten. Rund 11 000 Lehrerstellen, meldet sie überdies, habe das

Land langfristig zuviel – die sollen wegfallen.

Die Zukunft liegt offenbar anderswo. Als Problemfall unter den Ostländern war Mecklenburg-Vorpommern gleich nach der Wende ausgemacht. Hatte nicht schon Bismarck geschmäht: Wenn die Welt untergehe, dann wolle er in Mecklenburg sein, weil dort alles 100 Jahre später geschehe? Auch der Volksdichter Fritz Reuter hatte nach 1848 voller Ironie und Enttäuschung bemerkt, ein heimli-

waren als erste weg. Lebten 1989 noch 338 000 Männer und Frauen zwischen 20 und 30 Jahren in der Ostseeregion, so zählten die Statistiker Ende 1994 nur noch 236 000 Einwohner dieses Alters.

Und diejenigen, die geblieben sind, setzen wie überall im Osten immer weniger Kinder in die Welt. Im Wendejahr wurden in Mecklenburg-Vorpommern mehr als 26 000 Babys geboren, fünf Jahre später nur noch knapp 9000,



M. TILSNER



F. HORNWANN / NORDLICHT

verfallene Altstadt Häuser in Stralsund: Sprödes Land zwischen Bodden und Haff

Werbeseite

Werbeseite

cher Artikel 1 der Landesverfassung laute: „Allens bliwwt bi'n Ollen.“

Eine Weisheit, die noch immer gilt? Ungewohnt rasch haben sich Mecklenburg und Vorpommern seit der Wende bewegt – freilich vorwärts und zurück.

Mühsam, aber immer deutlicher sichtbar beginnt sich in den alten Kaiserbädern auf Usedom oder Rügen, in Ahlbeck, Heringsdorf oder Binz ein Fremdenverkehr zu etablieren, der an große

Erfolge, gewiß: Doch die Abwanderung haben sie nicht stoppen können. Der Tourismus bietet bisher nur Arbeitsplätze für 100 Tage im Jahr – davon kann kaum einer leben. Die Werften, mit hohen Subventionen gepöppelt, beschäftigen nur einen Bruchteil der Belegschaft von früher: 8000 Menschen anstatt einstmal 55 000. Ihre Zulieferer sitzen größtenteils im Westen, Mecklenburg-Vorpommern steu-

Dort rächen sich jetzt die welfremden Projekte der zentralistischen Staatsführung. An ungeeigneten Standorten ließen die Planer aufwendige Fabriken bauen, stellten Plattenbauten auf Auwiesen und Heidesand, verteilten am Reißbrett Ballungszentren über das Land – um, weil es der Sozialismus verlangte, überall gleiche Lebensbedingungen zu schaffen für die Bewohner der Arbeiter- und Bauernrepublik.

Wo die Recknitz in den Saaler Bodden mündet, 30 Kilometer nordöstlich von Rostock, liegt das Städtchen Ribnitz-Damgarten – ein typisches Fünfziger-Jahre-Kunstprodukt nach SED-Manier. Westlich der Recknitz, in Mecklenburg, steht der Ort Ribnitz; jenseits des Fließchens liegt Damgarten, das seit jeher zu Vorpommern gehört.

Weil es nichts gab in dieser verlorenen Gegend zwischen Rostock und Stralsund, mußte aus zwei stillen Dörfern eine Kreisstadt entstehen. Für die Menschen, die dort hinzogen, wurden Fabriken gebaut, wie der Volkseigene Betrieb Faserplattenwerk Ribnitz-Damgarten.

Es spielte keine Rolle, daß der Rohstoff Holz von weither transportiert werden mußte, vor allem aus dem Seengebiet bei Waren im südlichen Mecklenburg. Dort hätte sich das Werk vielleicht rentiert. Doch die Menschen saßen jetzt nun mal in Ribnitz-Damgarten an der spärlich bewaldeten Küste.

Als die DDR zusammenbrach, kollabierten landesweit solche künstlichen Industrien. Wie in Ribnitz hatten sie weder die Rohstoffe noch die Absatzmärkte am Ort, und die Transportwege waren zu weit, zu schlecht und zu teuer. Die Faserplatte aber überlebte.

Am Stadtrand von Ribnitz-Damgarten, zwischen der Bundesstraße 105 und einem sumptigen Meeresarm, blieb ein Stück DDR bestehen: der zur Firma Bestwood mutierte VEB mit knapp 500 Beschäftigten. Bismal 150 Millionen Mark an öffentlichen Zuschüssen und Bürgschaften haben den Betrieb am Leben erhal-



W. KUNZ / BILDBERG

Allee auf Rügen: „Allens bliwwt bi'n Ollen“

Zeiten anknüpft. Der heiße Sommer hat dem Küstenland eine gute Saison beschert. Wie früher strömten die Sachsen, aber es kamen auch Westler an die See. Naturfreunde haben Rügen oder Fischland entdeckt, und im Kurhotel von Bad Doberan trinken wieder feine Damen Tee.

Erfolgreich tritt auch mancher Agrarbetrieb gegen die Konkurrenz im Westen an: Wenn die Nachfolger der volkseigenen Landwirtschaft erst technisch hochgerüstet sind, kann ein durchschnittlicher Bauer in Württemberg oder Westfalen nicht mehr mithalten – allenfalls Großbetriebe im Oldenburger Land oder auf Fehmarn produzieren auf ähnlichem Niveau.

Zufrieden meldeten Unternehmen wie die Warnow-Werft in Rostock und die MTW Schiffswerft in Wismar, sie hätten den Westen bereits überholt: Nirgends in Deutschland werden mit derart moderner Technik Schiffe gebaut.

ert nicht einmal fünf Prozent bei. Und die Landwirtschaft, die zur DDR-Zeit fast 200 000 Menschen Arbeit gab, hat nur noch Jobs für 25 000 Männer und Frauen.

Als völlig gescheitert erweist sich die Industrialisierung im Hinterland. Was die DDR-Führung an Betrieben mühsam ansiedelte, ist buchstäblich über Nacht verschwunden oder auf Zwerge geschrumpft.

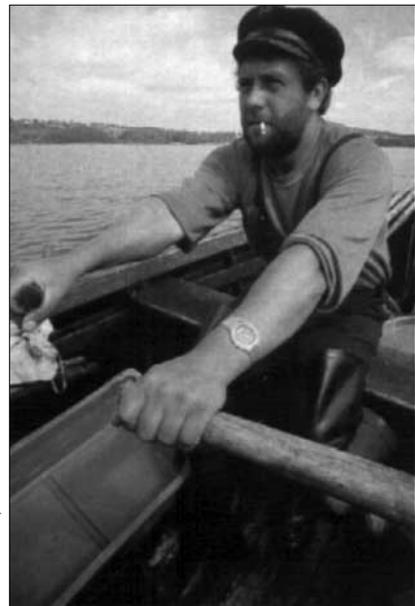


ZE / DPA

MTW Schiffswerft in Wismar: Den Westen überholt?

Millionen in den Sand gesetzt

Von Glücksrittern und Immobilienschiebern auf der Insel Usedom



FOTOS: D. PYPKE / DER SPIEGEL

Seebrücke in Heringsdorf, Pensionswirt Stoll: „Im Winter ernähren mich meine Spielautomaten“

Selbst die Fische sind nicht mehr normal. „So ein kleines Faß voll Aal“, mault Eddi Stoll und wirft die oft geflickte Reuse zurück in den See, „das ist doch wirklich nicht zuviel verlangt.“

In dem blauen Plastikbottich vor seinen Füßen zappelt nur ein einziger Fisch, und der ist so schwächling, daß ein Kerl davon kaum satt wird. Eddi atmet tief durch und legt sich in die knarrenden Riemen.

Der Schweiß rinnt ihm die Stirn herunter, aber er hat kein Glück: Auch in die letzte Reuse, die er aus dem brackigen Wasser des Gothen-sees auf der Insel Usedom holt, hat sich nur Kleinzeug verirrt. „Fische sind genug da“, sinniert der Zweizentner-Hüne, „die gehen da bloß nicht rein.“

Auf Usedom, wo Stoll, 30, die Fischerei gelernt hat und seit der Wende eine Pension betreibt, ist auch sonst nichts wie früher. Spekulanten und Glücksritter überschwemmen das idyllische Eiland kurz vor der polnischen Grenze und setzen Hunderte Millionen Mark buchstäblich in den Sand – oftmals das Geld anderer.

Jetzt droht der schönen Insel, einstmals mit ihren Seebädern Heringsdorf, Ahlbeck und Bansin die „Bade-wanne Berlins“, eine Pleitewelle. Ei-

nige Immobilienschieber haben sich gesundgestoßen, andere hatten Pech.

Überall fehlt Kundschaft, vor allem die zahlungskräftige. „Unser Problem ist die schlechte Jahreszeit“, sagt Stoll. Zwischen September und Ostern ist auf Usedom tote Hose, Fischotter und Einheimische sind weitgehend unter sich. „Im Winter“, erzählt der Pensionswirt, „ernähren mich meine Spielautomaten.“

Rund drei Millionen Mark hat er sich gleich nach der Wende bei den Banken gepumpt, um das frühere FDGB-Heim Haus Dünenschloß in Bansin zu kaufen und zu einer Pension umzubauen. Sicherheiten hatte der Fischer nicht zu bieten, das ging damals. Heute würde ihm kein Banker auch nur einen Kreditantrag geben.

Stoll kommt einigermaßen durch. Aber vor allem deshalb, weil er keine Höhenflüge macht. Er fährt noch immer seinen alten Passat, und in den billigeren Zimmern im Dünenschloß liegen noch die alten DDR-Matratzen.

Gewinnen können auf Usedom bestenfalls Abschreibungskünstler, für die kleinen Hotelbesitzer ist das Überleben sogar mit Selbstausbeutung schwierig. Gerhard Gühler ist so einer. 1990 übernahm er mit seiner Frau die Traditionsherberge „Zur Post“ am Marktplatz des Städtchens Usedom.

Er wollte den alten Familienbesitz vor dem Verfall retten.

In der DDR waren die Gühlers enteignet worden und dann mit Sohn Gerhard in den Westen gegangen. Mit seiner Rückkehr hat sich der 52jährige ruiniert. Drei Jahre dauerte die Sanierung, dafür bekam er einen Preis der Denkmalpflege. Leider wurden aus den veranschlagten 2,5 Millionen Mark bald 6 Millionen. „So kann man sich vertun“, sagt Gühler trocken.

Um den altgelb gestrichenen Gründerzeitbau zu retten, mußten die Gühlers das Haus der Eltern verkaufen und ihr eigenes in Stuttgart verpfänden. Ihre Jobs haben sie längst aufgegeben und betreiben jetzt das Hotel mit Restaurant und 18 Zimmern selbst.

Doch als habe er nicht genug am Hals, baut der Schwabe aus Usedom noch an – für 3,5 Millionen Mark. „Hundert Betten muß man haben“, zitiert er eine goldene Regel des Gastgewerbes: „Dann läßt sich alles aus dem Haus rausholen.“

Auch Friedrich Münzel aus Hamburg will auf Usedom das große Rad drehen. Was Sylt den Hamburgern, so Münzels Hoffnung, soll die idyllische Ostseeinsel den Berlinern werden. Die Schick der Hauptstadt könnten hier wochenends viel Geld lassen. Aber wie? Die einzige Diskothek im Seebad

Ahlbeck ist von den Dorf-kids besetzt. Es gibt kein Nachtleben und auch keine Boutiquen mit Armani-Klamotten.

Für die Berliner liegt Usedom weit vom Schuß. Sie sind schneller mit dem Jet auf Ibiza als mit dem Auto über verstopfte Mecklenburger Landstraßen am Strand von Usedom.

Vergangenes Jahr weihte Münzel in Heringsdorf die mit 508 Metern „längste Seebrücke Kontinentaleuropas“ ein. Während die Geldgeber bei Lachs und Champagner feierten, bestaunten Tausende einheimische Familien mit Kind, Regenschirm und Butterbrot das eigenwillige Bauwerk: einen Kolob aus Stahl, Holz und Glas mit 22 Geschäften, Kino, Café und einem Restaurant am Ende des Stegs.

Für die Brücke hat Münzel, Geschäftsführer der Hamburger Beac Immobilien GmbH, Geld von neun „ehrenwerten Kaufleuten aus München und Hamburg“ gesammelt, insgesamt 27 Millionen Mark. Fördermittel waren nicht zu bekommen, aber kräftige Steuergeschenke. „Ohne die Sonder-Afa“, rechnet Münzel vor, „gäbe es keine Seebrücke.“

Für ortsansässige Geschäftsleute wäre das ein Segen. Die hohen Mieten auf der Seebrücke lassen sich gar nicht hereinholen, und laut Vertrag müssen die Geschäfte auch im Winter geöffnet sein. Doch wer außer den 43 000 Insulanern soll dann dort einkaufen?

„Die Leute kommen natürlich nur, wenn das Angebot vernünftig ist“, weiß auch Heringsdorfs Bürgermeister Hans-Jürgen Merkle, 36. Darum hat er den Gemeinderäten klargemacht, daß weiter geklotzt werden muß.

Rund 300 Millionen Mark, schätzt der frühere hessische Verwaltungsbeamte, werden in der nächsten Zeit in den drei Seebädern an der Ostsee verbaut: ein Einkaufszentrum für 50 Millionen Mark, eine Therme für 35 Millionen, ein Kulturhaus für 40 Millionen, eine Kurklinik für 40 Millionen, ein Kurhotel für 20 Millionen. Bezahlt wird von Investoren, Banken und dem Steuerzahler.

Die Usedomer werden auch gebraucht. Zwar nicht als Hotelbesitzer, nur schätzungsweise 10 bis 20 Prozent der Herbergen, meist die in zweiter und dritter Reihe, gehören Einheimischen. Doch sie haben das Bettenmachen, Putzen und Servieren unter sich aufgeteilt.



Seebad Ahlbeck auf Usedom: Erinnerung an große Zeiten

M. ENGLER / BILDBERBERG

daß sich der launische Duodezherzog Georg von Mecklenburg-Strelitz einfach nicht geneigt sah, das Papier zu unterschreiben. So blieb alles beim alten, bis der Adel nach dem Ersten Weltkrieg abtrat.

Die Pommern hatten das zweifelhafte Glück, seit 1648 zu Brandenburg und Preußen zu gehören. Nie in ihrer langen Geschichte verband sie etwas mit den Mecklenburgern, im Gegenteil: Auch die Pommern betrachteten die Nachbarn im Westen als

zurückgeblieben. Als die Küstenregion 1990 aus der DDR-Masse wiedererstand, wollten die Vorpommern, Dickköpfe auch sie, zunächst ein eigenes Bundesland errichten.

Jetzt, seit der Wende, hat es Mecklenburg leichter – Rostock, Wismar, Schwerin sind besser an den Westen angebunden. Dort ist die Arbeitslosigkeit geringer, wächst die Wirtschaft schneller als in Vorpommern. Große Sorgen, sagt etwa Rolf Christiansen, der Landrat des westnahen Kreises Ludwigslust, müsse er sich „eigentlich nicht mehr“ machen: „Uns geht es schon ganz gut.“

Auch längs der Küste und quer über die Mecklenburgische Seenplatte

ten, in dem früher der heutige Chef der CDU-Landtagsfraktion, Eckhardt Rehberg, und Sigrid Keler (SPD), Vorsitzende des Finanzausschusses, ihr Brot verdienten.

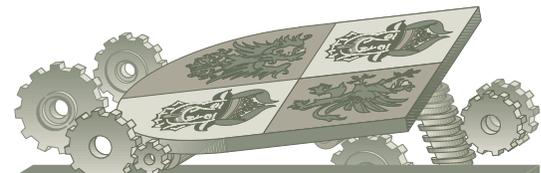
Das ist keine zukunftsorientierte Entscheidung, eher ein verzweifeltes Festhalten an einem fehlgeschlagenen Versuch, während anderswo alles zusammenbricht. Die Landesregierung, selbst krisengeschüttelt, kann den Aufschwung nicht herbeizaubern.

Nach der Wende regierte zunächst eine Koalition aus CDU und FDP in Schwerin, dann wurde der christdemokratische Regierungschef von den eigenen Leuten abgelöst, jetzt ist unter Ministerpräsident Berndt Seite (CDU) ein Bündnis aus CDU und SPD an der Macht. Und Mecklenburg-Vorpommern ist in weiten Teilen wieder das geworden, was es immer war: ein armes, leeres, schönes Land.

Ein sperriges Land – das hat Tradition in der 1000jährigen Geschichte Mecklenburgs. Nur mühsam ließen sich die slawischen Stämme missionieren, als die Pommern im Oderbruch schon längst fromme Christen waren. In blutigen Aufständen schlachteten sie die Gottesmänner ab, um in einem Rachefeldzug 1160 von Heinrich dem Löwen vernichtend geschlagen zu werden.

So rückständig blieb die Region, daß nicht einmal der Absolutismus seinen Weg dorthin fand. Das Sagen hatte der Ritterstand, Junkerwillkür herrschte im Land, die einst freien Siedlerbauern wurden nach und nach zu Leibeigenen. Im Dreißigjährigen Krieg schrumpfte die ohnehin spärliche Bevölkerung durch Raub, Pest und Brandschatzung auf ein Drittel zusammen.

Der Versuch einer Verfassung scheiterte 1849 daran,



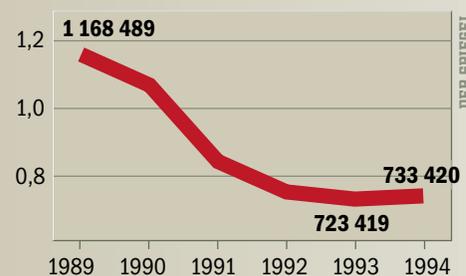
MECKLENBURG-VORPOMMERNS WIRTSCHAFT

Besserung in Sicht?

Bruttoinlandsprodukt in Milliarden Mark



Zahl der Erwerbstätigen



Werbeseite

Werbeseite

entwickeln sich Inseln eines wirtschaftlichen Aufschwungs, dessen Hauptkapital die unzerstörte Natur ist. An den Seeufnern, zwischen Wiesen und Buchenwäldern, siedelten sich mittlerweile an die 30 Kliniken und Rehabilitationszentren an. „In sechs Monaten“, berichtet Sibylle Skriba vom Schweriner Sozialministerium fast euphorisch, „sind es mindestens wieder fünf mehr.“

Nahe der polnischen Grenze aber, im vorpommerschen Landkreis Uecker-Randow, blickt Landrat Rainer Haedrich gequält auf seine Einwohnerstatistiken. Zehn Prozent der Bevölkerung hat das Gebiet seit der Wende verloren, zurück blieben 90 000 Menschen. Obendrein sinkt die Zahl der Geburten in keinem pommerschen Landkreis so stark wie hier: 1990 kamen dreimal so viele Babys zur Welt wie 1994.

Wer hier noch einen Job hat, der sieht sich vor – so erklärt sich Pasewalks Frauenbeauftragte Rita Dornbrack den Geburtenrückgang. Viele Frauen, das weiß sie aus Beratungsgesprächen, haben „ganz einfach Angst“: Angst, die Arbeit zu verlieren; Angst, daß das Geld nicht für Kinder reicht; Angst vor der Zukunft überhaupt. Dornbrack: „Früher gab es einen Arbeitsplatz für jeden. Das sind die Leute so gewohnt.“ Doch inzwischen sind die Industriebetriebe im Kreis reihenweise zusammengebrochen. Und noch bestehende Firmen arbeiten mit einem Bruchteil der Belegschaft.

Der größte Arbeitgeber im Kreis ist jetzt die Armee. Seit jeher wird hier vom östlichen Hinterland aus das jeweilige Staatswesen verteidigt. Das soll so bleiben, hofft der CDU-Mann Haedrich und schwärmt von den „weiten, unbesiedelten Übungsflächen“ und einer „Bevölkerung, die die Bundeswehr vorbehaltlos akzeptiert“.

Straßen, Straßen, Straßen verlangt der Mann und Schienenanschlüsse. Von der „Euroregion Pomerania“ verspricht sich Haedrich große Dinge. Der Zusammenschluß zwischen Kommunen auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze soll den Aufschwung beflügeln. Nur 50 Kilometer östlich von Pasewalk liegt die polnische Stadt Stettin, mit internationalem Flugplatz und Tiefwasserhafen. „Was nützt uns das“, fragt Haedrich, „wenn wir keine anständigen Verkehrswege haben und die Lastwagen stundenlang an der Grenze stehen?“

Immerhin steht jetzt ein Otto-Ver sand-Bestellcenter in Pasewalk, mit 120 Vollzeitjobs. Ein Kanadier will in Tor-



Landrat Haedrich

C. THOLEN

gelow Filter produzieren, ein Japaner Folien fertigen, das bringt nochmals 100 bis 200 Arbeitsplätze und macht den Landrat stolz. Auch den nachwachsenden Rohstoffen will sich der Landkreis nächstens widmen: Raps und Schilf sollen verstärkt angebaut und verarbeitet werden, denn der Land-

rat möchte, wie er formuliert, den Bauern „aus der Rolle der Negers der Nation befreien und in die Industrie integrieren“.

Früher verdiente ein Großteil der Bewohner ihren Lohn in der Landwirtschaft; jetzt brauchen die überlebenden Betriebe nur noch ein paar Spezialisten. Es gibt keine Jobs, deshalb gehen die Menschen.

Wenn der Kreischef Haedrich von der nötigen „Mantelbevölkerung“ spricht, die es zu halten gelte, um wenigstens die Läden, die Schulen, die Arztpraxen noch zu betreiben, dann schwingt die Angst mit, daß die letzten qualifizierten Kräfte die Region verlassen könnten. „Dabei“,

Ginge es nach Knapp, würde Deutschlands Nordosten wie der amerikanische Nordwesten, eine gering besiedelte Öko-Region, in der das verträgliche Nebeneinander der modernen Menschen mit der Natur vorgelebt wird.

Ähnlich wie in den US-Staaten Oregon oder Washington stellt sich Knapp zumindest in Vorpommern die Zukunft vor. Keine „künstliche Brachial-Industrialisierung“, sondern eine Entwicklung, die Rücksicht nimmt auf die historischen und natürlichen Gegebenheiten des Landes. Dazu gehören Tourismus und Kurbetrieb, umweltverträgliche Landwirtschaft und die Nutzung der Werften und Häfen wie in Mukran auf Rügen. Das alles, glaubt Knapp, biete eine „solide Basis“ für die Zukunft der Region.

Den zweiten Auto-Damm nach Rügen jedoch, der nun gebaut werden soll, lehnt der Kommunalpolitiker kategorisch ab: „Wir brauchen um Gottes willen nicht vierspurig nach Mukran.“

Die CDU hingegen ist der Meinung, der Weg zum Aufschwung führe nur über Beton oder die Magnetspuren des Transrapid, jenes Mammutprojekts, das



G. KREWITT / VISUM

Feuchtgebiet bei Jarmen (an der Peene): Gelbspötter und Trauerschnäpper

weiß der gebürtige Vorpommer, „sind die Leute hier verwurzelt, die wollen nicht weg. Aber wenn die Versorgung nicht mehr stimmt, dann wird's düster.“

Für Udo Knapp auf der Insel Rügen hingegen könnte die Zukunft gerade wegen der rückständigen Gegenwart kaum heller sein. Der ehemalige Bonner Grüne, jetzt Sozialdemokrat und stellvertretender Landrat im Osten, begeistert sich für viele Dinge, woran Christdemokraten leiden.

Hamburg und Berlin via Mecklenburg verbinden soll. Wer einen etwas sanfteren Weg in den Fortschritt will, stelle sich „der Zukunft in den Weg“, behauptet Ministerpräsident Seite.

Im Städtchen Jarmen stoßen die gemäßigten Visionen schon heute mit der Betonrealität der Mehrheitsmeinung zusammen. Dort wird die vom einstigen Verkehrsminister Günther Krause messianisch versprochene Ostseeautobahn A 20 von Lübeck nach Stettin über die Peene geführt werden, einen

Werbeseite

Werbeseite

der letzten unregulierten Flußläufe Deutschlands.

Selbst im fernen Brüssel wunderten sich die Eurokraten, als sie hörten, welch wertvolle Schatzkammern der Natur unter Asphalt verschwinden sollten.

Östlich von Jarmen gehören Otter und Biber noch zu den gewöhnlichsten der zahllosen Arten. Da zwitschern das Braunkehlchen und die Dorngrasmücke, der Schlagschwirl, der Gelbspötter und auch der scheue Trauerschnäpper. Ein Biologieprofessor hat in der Jarmener Gegend zwei Laufkäfer gesichtet, von denen niemand wußte, daß es sie überhaupt noch gibt.

Botaniker sind geradezu enthusiastisch, wenn es sie nach Jarmen verschlägt: Mehlprimel, Teufelsabbiß und Fliegenragwurz sind in dieser Feuchtregion noch zu Hause – freilich nicht mehr lange, wie Ökologen fürchten.

Just in dem Naturidyll soll die A 20 das Flüßchen queren und den Anschluß an die Zukunft bringen. Doch ist der Preis gerechtfertigt?

Noch ist in Mecklenburg-Vorpommern viel geblieben von jenem stillen Land, das der Schriftsteller Hans Fallada erlebte. Ins abgelegene Carwitz hatte er sich 1933 zurückgezogen, in ein Haus, dessen Lage er so beschrieb: „Von allen Fenstern aus sehen wir Wasser, lebendiges Wasser, das Schönste auf Erden. Es blitzt auf zwischen den Wipfeln uralter Linden; es verliert sich in der Ferne, begleitet von schwächtigen Ellern; dickköpfige Weiden suchen es zu verstecken, hinter gelben und grünen Schilffeldern breitet es sich weit. In diesen Schilffeldern nistet noch die Rohrdommel, ein immer seltener werdender Vogel. Jenseits unseres Sees sehen wir andere Höfe, auf Hügeln gelagert, dort ist schon Preußen, die Uckermark . . .“

Mecklenburg-Vorpommern liegt noch immer abseits der Welt und könnte schon deswegen bald vorn dran sein, weil es genau das hat, was anderswo fehlt: eine Landschaft, die in weiten Teilen sich selbst überlassen blieb. Also Rückstand als Chance? „Wenn man einen behutsamen Weg wählt“, hofft der Rügener SPD-Mann Udo Knapp, „dann hat diese Region gute Perspektiven“. Nur: Wieviel Warten verträgt der Mensch?

Vielleicht eine ganze Menge, wie selbst der Landrat von Pasewalk glaubt. Seine Pommern, meint Haedrich, seien Kummer gewöhnt: „Die waren lange genug unter preußischer Herrschaft. Die sind leidendfähig. Die halten durch.“

Geld war nie

Die Schriftstellerin Sonja Voß-Scharfenberg über Mecklenburg

Voß-Scharfenberg, 38, wurde in Schwerin geboren und lebt bis heute dort. 1994 erschien ihre Wende-Erzählung „Die neue Farm der alten Tiere“.

In heißen Sommern ist Mecklenburg nur gelb. Auch das Grün ist gelb und der Staub und die blaßroten Ziegel auf den Dächern der kleinen Städte. Es nimmt einem den Atem und den weiten Horizont dazu. Nur das eigene Auge, sagt man, gebietet dem Horizont in diesem Lande Endlichkeit. Aber da ist noch das schwere Gelb. Und dann sind da die Nebel, die aus den endlosen Wiesen aufsteigen und die diesem Land den kalten traurigen Namen von der „Griessen Gegend“ gegeben haben.

Gekommen sind trotzdem immer wieder neugierige Menschen, entzückt von dem scheinbar unberührten, urwüchsigen flachen Land, begeistert von der sauberen Luft und zuweilen verwirrt von dem eigenartigen Frieden, der ihnen trügerisch vorkommt. Trügerisch allemal. Und sie haben ja recht.

Wer hier lebt, der fährt nicht einfach so los, um sich mal eben das Meer anzuschauen oder anderes. Jedenfalls tat man es früher nicht. Auch nicht dorthin, wohin man hätte können. Jetzt freilich ist es ein bißchen anders. Manche fah-



Bodenreform in Mecklenburg (1947)
Plötzlich eigene Äcker

ren jedes Jahr zweimal ins Ausland, seit sie können. Sie kommen immer erschöpft zurück und sind froh, daß sie wieder zu Hause sind. Sie sagen schon, daß es schön war. Müssen sie ja wohl, für so viel verreistes Geld. Aber wenn sie wieder da sind, sehen sie aus, als kämen sie von einer schweren Arbeit heim.

Die Alten, die hier leben, die fahren nicht einfach los. Nur einmal, es ist ein halbes Jahrhundert her, da zogen sie fort, für lange Zeit und auf schlimme Fahrt. Heimgekehrt sind sie damals in



Landarbeiter auf Rügen: Man macht mit, was unausbleiblich ist

K. BOSSEMEIER/BILDERBERG

einem heißen Sommer in ihr gelbes Land. Die Menschen hier hatte der Krieg weiß Gott auch nicht verschont, aber die Landschaft ist beinahe unberührt geblieben. So recht vergriffen hat man sich an ihr erst später. Und auch das ist noch mit einiger Vorsicht geschehen. Vielleicht auch nur, weil kein Geld da war. Geld war nie.

Die Alten sind geblieben. Als die Flüchtlinge kamen und die Russen einquartiert wurden, als sie durch die Bodenreform plötzlich ihre eigenen Äcker erhielten, als sie dieselben ein Dutzend Jahre später an die LPG wieder loswurden – sie sind geblieben. Man macht mit, was unausbleiblich ist, und ansonsten verrichtet man sein Tagewerk, wie

Komplex, den sie in den Süden der Landeshauptstadt, damals war's die Bezirksstadt, gestampft hatten, nahm sich schon als Bildstörung aus und mehr noch.

Viele neue Menschen waren mit der Industrie gekommen, besonders aus Sachsen. Sie hatten Erfahrungen mit großen Werken und Maschinen.

Gekommen sind sie, weil sie hier sofort eine Neubauwohnung beziehen konnten, auf die sie „unten“ hätten Jahre warten müssen. Den Leitungsposten im Betrieb gab's noch gleich dazu. Einige sind auch gekommen mit ihren blassen Kindern, die die Ballungsgebietsluft nicht ertragen konnten. Ständig bronchiale Infekte, Pseudokrapp. Es soll

nicht. Man macht mit, was unausbleiblich ist. Und ansonsten sieht man sich die Dinge an.

Sind eben immer wieder mal welche gekommen. Die Schriftsteller zum Beispiel, Maler auch. Sie kamen aus Berlin und haben sich hier im Gelben ihre Sommerresidenzen errichtet. Ach, die Weite, die Stille, das hinterwäldlerische flache Land mit seinen genügsamen Menschen, die der Alltag hornhäutig gemacht hatte.

Sie wollten ein bißchen vom Leben, vom richtigen Leben, abhaben. Aber den Winter haben sie nicht mit den Hornhäutigen verbracht. Winters mußten sie in Berlin nachdenken, an Konferenzen teilnehmen und sich ständig um die Gesellschaft sorgen. Die Mecklenburger hatten und haben es gut. Die können einfach leben, ob sie sich über Ereignisse nun hundert Jahre später Gedanken machen oder nicht.

Man sagt den Menschen nach, hier oben, sie seien stur, ein wenig unterkühlt und rückständig. Rückständig vor allem.

Wenn man anderswo jemanden nach dem Weg fragt, wird man gebracht und bekommt die halbe Lebensgeschichte des freundlichen Bringers noch gleich dazu. Macht man denn so etwas? Man macht es nicht! Man gibt Auskunft, wünscht einen guten Tag und damit hat sich das. Was muß man dem Menschen einer einfachen Frage wegen gleich auf den Pelz rücken? Wer weiß denn, ob dem das recht ist, ob es ihn etwas angehen will. Nein, nein,

hier oben hält man aus, nach sich selbst zu riechen. Man lernt hier keinen Fremden kennen, sondern man wird kennengelernt. Geduld braucht das und Gelassenheit. Sturheit braucht es nicht.

Und was ist rückständig daran, wenn man sein Leben aushält? Es gibt Menschen, die leiden ständig darunter, daß das Leben da stattfindet, wo sie nicht sind. Sie eilen verwirrt an die Orte, wo sie es vermuten und wundern sich darüber, wenn sie es wieder nicht vorgefunden haben. Um keinen Preis der Welt nehmen sie die Dinge, wie sie kommen. Sie müssen immer eingreifen. Wenn das nicht funktioniert, laufen sie davon.

Die Wende mit ihrer Freiheit ist auch nur eines der vielen Dinge, die man nun nehmen muß, wie sie gekommen ist. Ob sie hier oben wirklich jemand haben wollte? Wer fruchtbaren Boden unter



G. THOLEN

Imbißstand bei Pasewalk: Die Wende ist auch nur ein Ding

man es von seinem Vater weiß. Was gibt's da groß zu reden?

Die Städter haben die Bauern immer beneidet und für reich gehalten, weil sie ihre Karnickel hatten, die Hühner, eine Kuh, weil sie mit ihrer Privatwirtschaft nebenbei ein gutes Geld gemacht haben. Haben sie auch. Dagegen aufzurechnen, daß sie dafür schließlich jeden Tag, 365 zählt das Jahr bei einem Bauern und keinen Tag weniger, um halbvier aufgestanden sind, was soll's. Es gehörte sich eben so, daß sie früh aufstanden, ihr Tagewerk verrichteten und dann zur Arbeit gingen und sich um Staates Tagewerk mühten. Und auch, daß es ihnen gutging, gehörte sich.

In den siebziger Jahren haben sie dann doch Industrie ins Land geholt: Nicht so, daß sie die Landschaft ernstlich gefährdete, aber der gigantische

Ärzte gegeben haben dort unten, die als letztes Medikament Mecklenburg verschrieben.

Vertragen haben sich die Mecklenburger mit den Sachsen nicht so, wie sie hätten sollen. Die Einheimischen waren vergnatz, weil sie in ihren Altstadtwohnungen ohne Bad, Toilette im Keller, hocken blieben, während die Fremden die schönen Neubauwohnungen bezogen. Ach, und sie sprachen auch so verquer. Sie sagten „das“ Bereich, statt der Bereich, zum Beispiel. Es ist nicht besonders wichtig, aber es geht einem gegen den Strich, wenn man sowieso schon seinen „Tünkroam“ mit den Leuten hat.

Na ja, sie haben Brigadefeiern veranstaltet, sich besoffen und schließlich umarmt und gesagt, daß sie ein gutes Kollektiv seien. Gemocht haben sie sich

den Füßen hat und weiten Horizont vor dem Auge und sowieso nicht weg kann wegen der Viecher, was stören den Grenzen? Aber es kann schon sein, daß man mit solchen Gedanken allein ist.

Im Gelben ist Platz, so viel Platz. Sind immer schon Menschen hergekommen. Die Flüchtlinge, die Sachsen, die Schriftsteller und jetzt die Westdeutschen. Wessis mag man nicht sagen, es ist so gar kein Wort. Das Land hat sie alle ausgehalten, das soll wohl so sein.

Nur die Sprache, die ist dem Land beinahe verlorengegangen. Das ist nicht die Schuld der ewig Zugereisten. Es sind ja auch welche gegangen. Natürlich, die jungen Leute sind in die größeren Städte gezogen. Sie wollten ein Leben ohne Wetter. Kann man ja verstehen. Die 365 Tage und immer in Gummistiefeln.

Landsleute sind sie wohl geblieben. Wer hier geboren wurde und Zeit hatte, Wurzeln zu schlagen, der kommt nicht weg. Nicht wirklich. Aber ihr Leben hat sich schon gewandelt. Langsam, schleppend, schwerfällig, wie das hier so üblich ist, aber eben doch gewandelt. Sie haben ihre Sprache hergegeben für das bißchen Stadt. Und sie sind sich unheimlich fortschrittlich dabei vorgekommen. Zwar verstehen sie ihre Eltern und Großeltern noch, aber sie können kein Wort sprechen.

Ihre Kinder lernen Plattdeutsch mühselig in der Schule wie eine Fremdsprache. Sie sagen Gedichte auf und eingeübte Theatertexte, und es dreht sich einem der Magen um, wenn man's hört. Das ist vielleicht das Traurigste, was dieses Land zu bieten hat, daß es seine Sprache hat so weit verkümmern lassen, daß man sie jetzt, da man sich besinnt, aus einem Wörterbuch lernt und nicht von seiner Mutter.

Man kann sich ins Unausbleibliche fügen, rückständig sein, Leben ohne Wetter versuchen, was auch immer. Man kann sich die Freiheit nehmen lassen, aber nicht die Sprache. Ohne sie kommt man von nirgendwoher.

Mit den Westdeutschen werden die Mecklenburger mehr Zeit bekommen, als sie sie mit den Sachsen hatten. Vielleicht, daß da doch was wächst. Gut Ding will Weile.

Bis dahin wird man sein Tagewerk verrichten, an diesem und jenem Bankett teilnehmen, sich besaufen und schließlich umarmen und feststellen, daß man ein gutes Team sei.

Man macht mit, was man mitmachen muß. Braucht eben alles seine Zeit.

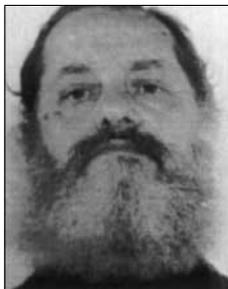
Im nächsten Heft

Sachsen-Anhalt – von der Öko-Altlast zum Umweltmodell: Der radikale Umbau in Deutschlands dreieckigstem Industrie-
revier

Italien

Mafia warb für Forza Italia

Männer der Mafia warben in Sizilien für Berlusconi's Politbewegung Forza Italia und die mit ihm verbündete neofaschistische Alleanza Nazionale. Doch die Polizei hörte mit. Die Protokolle der Lauschangriffe hat jetzt der italienische Reporter Mario Guarino aufgetrieben. Häufig ist darin der berühmte Dunkelmann Pino Mandalari zu vernehmen, der als „Wirtschaftsberater“ des ehemaligen Cosa-Nostra-Chefs Totò Riina gilt. Mandalari, seit Dezember vorigen Jahres wegen Mafia-Verdachts in Haft, nahm an einer Gründungsversammlung von Forza Italia in einer Diskothek



Mandalari

Palermos teil. Unermüdlich erteilte er seitdem Rat an Forza-Italia-Kandidaten, brüstete sich mit persönlichen Kontakten zu Berlusconi und sammelte nach der Wahl am 27. und 28. April 1994 die Danksagungen der mit seiner Hilfe gewählten Kandidaten. Noch bevor ihre Namen bekanntgegeben worden waren, kannte Mandalari auch die „drei Weisen“, die Berlusconi ernannt hatte, um den Konflikt zwischen seinem politischen Amt und seinen Geschäften zu lösen. Unter den von Berlusconi Erählten war Mandalari vor allem der Verfassungsrechtler Antonio La Pergola genehm. In einem abgehört Gespräch wird La Pergola als „hervorragender Mann“ und „Freund eines Freundes“ bezeichnet – eine Formel, die nach sizilianischem Brauch Mafia-Nähe umschreiben kann.

INTERVIEW

Rußland

„Bald fließt Blut“

Die Duma-Abgeordnete Jewgenija Tischkowskaja, 47, vertritt im russischen Unterhaus den 250 Kilometer nordöstlich von Moskau gelegenen Wahlkreis Jaroslawl.

SPIEGEL: Der Nationalist Schirinowski hat Sie bei der jüngsten Bosnien-Debatte des russischen Parlaments in den

Tischkowskaja: Seit langem ist mir dessen national-faschistische Ideologie zuwider. Solche Intoleranz: „Hau ihn, würg ihn, reiß ihm die Soutane vom Leib“, hat er Lyssenko angefeuert.

SPIEGEL: War das Ihr erster Krach mit Schirinowskis „Liberaldemokraten“?

Tischkowskaja: Nein. Im Wahlkampf vor zwei Jahren bin ich in Jaroslawl gegen Wunderheiler Kaschpirowski angetreten, Schirinowskis Parteifreund und Kampagnen-Manager. Ich konnte ihn besiegen.

SPIEGEL: Es gab wenig Kollegen-Protest gegen die Schlägerei im Hohen Haus. Haben sich die Deputierten mit solchen Tumulten abgefunden?

Tischkowskaja: Parlamentspräsident Rybkin hat vielleicht wirklich nicht gesehen, was vor sich ging. Oder er hat mich hinter all den miesen Kerlen nicht bemerkt. Aber in Schutz genommen hat mich niemand. Das ist das Schrecklichste: Alle sehen, wie eine Frau geschlagen wird, und niemand krümmt einen Finger.

SPIEGEL: Nach früheren Handgreiflichkeiten ist ein parlamentarischer Ordnungsdienst beschlossen worden. Hatten die Rausschmeißer gerade Zigarettenpause?

Tischkowskaja: Seit Berufung der sogenannten Pristawy im Frühjahr hat die hier noch niemand gesehen.

SPIEGEL: Gehen Sie gerichtlich gegen Schirinowski vor?

Tischkowskaja: Ich klage vor Gericht auf 200 Millionen Rubel (60 000 Mark) Schmerzensgeld. Die Generalstaatsanwaltschaft betreibt ihrerseits die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten Lyssenko und Schirinowski. Bislang freilich ist keiner der haarsträubenden Vorfälle in der Duma jemals geahndet worden. Wenn das so weitergeht, fließt im Parlament bald Blut.



Abgeordnete Tischkowskaja, Schirinowski*

Schwitzkasten genommen und an den Haaren gezogen. Weshalb hatte es der Polit-Brutalo ausgerechnet auf Sie abgesehen?

Tischkowskaja: Ich habe zu schlichten versucht, als Schirinowski und der ultrarechte Abgeordnete Lyssenko dem Geistlichen Jakunin die silberne Kette mit dem orthodoxen Kreuz von der Brust rissen. Man kann doch nicht wegsehen, wenn die Gewalt von der Straße bis in die Duma vordringt.

SPIEGEL: Wären Sie auch dazwischengegangen, wenn Schirinowski nicht mit von der Partie gewesen wäre?

* Plakat: „Nato mordet Serben“.

Frankreich

Chaos bei der Terroristenfahndung

Rivalitäten und fehlende Koordination zwischen den Geheimdiensten und der Justiz sind der Grund dafür, daß in Frankreich – wo aus Bombenangst 7000 Abfallkörbe zugeschraubt oder entfernt wurden – trotz Razzien und Festnahmen bisher kein einziger Attentäter gefaßt worden ist. Staatspräsident Jacques Chirac, wütend über die „traditionellen Kirchturmstreitereien“ der Fahnder, droht mit Konsequenzen. An der Terroristenjagd beteiligen sich der Auslandsgeheimdienst DGSE des Verteidigungsministeriums, die Sicherheitsdienste DST und RG des Innenministers und vier dem Justizminister unterstehende Untersuchungsrichter. Um einander auszustechen, geben „les services“ häufig übereilt Informa-



Zugeschraubte Abfallkörbe in Paris

tionen an die Presse, die der Fahndung schaden. Der französische Antiterror-spezialist Alain Marsaud fordert die Bildung einer übergeordneten „Task Force“ gegen Attentäter.

Schweiz

Auskünfte ungenügend

Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, von Israel mit der Suche nach herrenlosen Guthaben von Holocaust-Opfern auf Schweizer Bankkonten beauftragt, legte sich vergangene Woche mit seinen Gastgebern an. Bronfman, der in Bern vom Präsidenten der Schweizerischen Bankiervereinigung, Georg Kray, über den Stand der Recherchen von Nummernkonten aus der Nazi-Zeit informiert wurde, hielt die Auskünfte über das verschwundene jüdische Vermögen

für „völlig ungenügend“. Gefunden wurden bislang 893 Konten und Depots mit einem Wert von 40,9 Millionen Franken, auf denen seit mindestens zehn Jahren keine Bewegungen mehr stattfanden. Bisher hatten die Banken

Nachforschungen von Angehörigen durch hohe Gebühren und mangelnde Auskunftswilligkeit eher behindert. Bronfman: „Wir wollen uns damit nicht abpeisen lassen. Der Nachweis, daß die Banken sich nicht am Vermögen von Nazi-Opfern bereichern wollen, muß noch erbracht werden.“



Bronfman

A. BRUTMANN

Slowakei

Geheimdienst in Nöten

Der Skandal um die Entführung des Präsidentensohns Michal Kováč nach Österreich weitet sich aus: Der in Wien Inhaftierte beschuldigt den slowakischen Geheimdienstchef Ivan Lexa, die Verschleppung „gesteuert“ zu haben. Auch Polizeimajor Jaroslav Šimunič, der vor seiner Abberufung als Leiter einer Ermittlungsgruppe vier Verdächtige namhaft machen konnte, greift den Geheimdienstchef offen an: „Das wird Lexa den Kopf kosten.“ Selbst der Anschlag auf Ex-Parlamentspräsident František Mikloško ist offenbar politisch motiviert: Ehe Mikloško vorige Woche in Bratislava brutal zusammengeschlagen wurde, hatte er zur Entführung eine Untersuchung angekündigt. Präsident Kováč ist jetzt einverstanden, wenn sein Sohn nach München überstellt und „möglichst schnell“ vernommen würde. In Deutschland liegt gegen Kováč junior ein Haftbefehl wegen Betrugsverdachts vor.



Möglicher Präsidentschaftsbewerber Powell: Volksheld und vorsichtiger Krieger

D. BRACKY/BLACK STAR

USA

Ein Hauch von Geschichte

Der Kampf ums Weiße Haus ist, 14 Monate vor der Wahl, voll entbrannt. Ein möglicher Seiteneinsteiger, der Golfkriegssieger Colin Powell, lehrt Präsident Clinton und die andere Konkurrenz das Fürchten: „Powellmania“ hat Amerika erfaßt, das einen „Helden“ fürs höchste Amt sucht. Der General – der erste schwarze US-Präsident?

Dieser Prediger scheint nur ein Thema zu haben: die heilige amerikanische Familie. „Weiße, Schwarze, Menschen jeder anderen Farbe im Mosaik Amerikas“ müßten wieder zusammenfinden zu einer einzigen nationalen Familie, beschwört der Redner. Das Füreinanderdasein, die Sicherheit sollten „jeden Arbeitsplatz“ beherrschen, „jede Kommune, jede Schule, jedes Heim“.

Die Zuhörer in der US-Hauptstadt zahlen viel Geld für diese Vision eines heilen, moralischen Amerika. 48,75 Dollar kostet der Eintritt, und der Vortragsaal ist überfüllt. Denn der da spricht, 50 Minuten lang und ohne Manuskript, ist Colin Powell, 58, Viersterne-General a. D., ehemaliger Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs, ehemaliger Golfkriegsstrategie, ehemaliger Sicherheitsberater im Weißen Haus – ein Ehemaliger mit besten Zukunftsaussichten.

Denn kaum hat Powell geendet, kommt unweigerlich die Frage, von deren Beantwortung das Ergebnis der nächsten, gerade beginnenden Wahlkampfunde wesentlich abhängt: „General, wann werden Sie erklären, ob Sie für die Präsidentschaft kandidieren?“

Auf der Straße rufen ihm Fahrradboten zu, er solle antreten. Konzernchefs lassen ihn wissen, er brauche sich keine Sorgen um die Wahlkampffinanzierung zu machen. Barry Goldwater, republikanisches Urgestein und Mr. Conservative in Person, versichert, er sei zum Verrat an seiner Partei bereit, wenn der einstige Mustersoldat antrete. „Kann Colin Powell Amerika retten?“ fragt das sonst so nüchterne Nachrichtenmagazin *Newsweek*.

Seine wahrscheinlichen Mitbewerber lehrt Powell schon heute das Fürchten. „Wenn er antritt, sind wir tot“, jammert ein Wahlstrategie des Weißen Hauses. Senator Robert Dole, 72, derzeit der aussichtsreichste eines knappen Dutzends republikanischer Möchtegernpräsidenten, hat schon mal vorfühlen lassen, ob der General womöglich als Vize zur Verfügung stehe (und hat sich, vorerst, eine Abfuhr geholt). Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Newt Gingrich, Washingtons starker Mann, erklärte, er werde wohl auf eine Bewerbung verzichten, falls der General wirklich ums Weiße Haus kämpfen wolle.

Hinter der „Powellmania“ ist ein Hauch von Geschichte spürbar: Zum erstenmal hat ein schwarzer Amerikaner realistische Aussichten auf das Präsidentenamt. Und wieder einmal, wie der Weltkriegssieger Dwight D. Eisenhower in den fünfziger Jahren, könnte es ein General sein, der Golfkriegssieger Powell, dem zugetraut wird, das Volk zu einen und die politische Mitte zu erobern – gleich weit entfernt von den immer weiter nach rechtsaußen driftenden Republikanern und einem hilflosen demokratischen Präsidenten, dessen Regierung im Chaos enden könnte.

Amerika, nach Führung dürstend, sucht einen Helden fürs Weiße Haus. Vorigen Freitag hat der General den Wählern seine Bewerbungsunterlagen übergeben, pfundschwere Memoiren, für die er sechs Millionen Dollar Vorschuß erhielt*. Innerhalb von zwei Monaten, sagte er dem SPIEGEL, will er entscheiden, ob er zum Kampf um das Weiße Haus antritt (siehe Seite 153).

* Colin Powell: „My American Journey“. Random House, New York; 620 Seiten; 24,95 Dollar.

Seine Erinnerungen pflegen den Mythos vom aufrechten Soldaten und Staatsmann, dem Lehrjahre im angeblich korrupten Washington nichts anhaben konnten. Sie sind die Betrachtungen eines eher Unpolitischen, mehr moralische Richtlinie als Wahlprogramm.

Powells Leben ist der personifizierte Amerikanische Traum. Der Vater kam mit einem Bananendampfer der United Fruit Company aus Jamaika in die USA. Colin Powell, 1937 in Harlem geboren, verbrachte den größten Teil seiner Kindheit im armen New Yorker Stadtteil South Bronx zusammen mit den Kindern anderer Einwanderer: Juden aus Osteuropa, Italienern, Griechen. Die Eltern waren arm, legten aber größten Wert auf eine gute Ausbildung ihres Sohnes.

Es war die Armee, die einem jungen Schwarzen Ende der fünfziger Jahre die besten Karrierechancen bot. Per Präsidentenerlaß hatte Harry Truman die Rassentrennung in den Streitkräften 1948 aufgehoben – allerdings nur formal. Den alltäglichen Rassismus hat Powell noch als Offiziersanwärter erlebt; er wurde in Restaurants nicht bedient, auf den Straßen im Süden bespuckt.

Er zweifelt nie an Befehlen, auch nicht kurz vor Weihnachten 1962, als er nach Vietnam versetzt wird. Auch ideologisch ist er zunächst voll bei der Sache: In Südostasien sei es gegen die „Todfeinde im weltweiten Kampf zwischen Freiheit und Kommunismus“ gegangen, schreibt Powell. „Damals war alles noch ganz einfach.“

Am 22. November 1963, auf dem Heimflug zu seiner jungen Frau nach Birmingham, erhält er Nachricht von der Ermordung John F. Kennedys. „Ich kam zurück“, schreibt Powell, „in eine aus den Fugen geratene Welt.“ Tatkräftig geändert hat er diese Welt nicht. „Gewöhnlich habe ich mich bemüht, Ärger zu vermeiden“, berichtet Powell in schöner Offenheit. „Ich marschierte nicht, nahm weder an Demonstrationen noch an Sit-ins teil.“

Im Umbruchjahr 1968 beginnt Powell ein weiteres Dienstjahr in Vietnam. Der „body count“ getöteter angeblicher Vietcong, der ebenso inflationäre Medaillenregen für die Soldaten machen ihn nachdenklich. Er sieht eine „Verschwörung der Illusionen“: Politiker, die Erfolge verlangen, eine Armee, die sie liefert. „Eine selbstzerstörerische Karrierebesessenheit hatte die Streitkräfte infiziert“, schreibt Powell, „und ich war ein Teil davon.“

Daß der Elite-Soldat über ein Elite-Stipendium 1972 für ein Jahr zur Arbeit im Weißen Haus abkommandiert wird, gibt seinem Leben die entscheidende Wende. Powell nutzt die Zeit in der Nixon-Regierung, um sich mit jenen Leuten anzufreunden, die ihm ein Jahrzehnt später die politische Karriere ermöglichen. Vor



Powell als junger Soldat*: An einem Befehl . . .



. . . nie gezweifelt: **Powell als Viersterne-General***

allem Caspar Weinberger, der spätere Verteidigungsminister, und dessen Stellvertreter Frank Carlucci werden seine Förderer.

Obwohl Powell bei Wahlen für die demokratischen Präsidenten Kennedy, Johnson und Carter gestimmt hat, wendet er sich von der Partei ab. Ein Angebot, in Carters Nationalem Sicherheitsrat mitzuarbeiten, lehnt er ab. Lieber ist er im Pentagon, wo Geschmeidigkeit zu seinem Markenzeichen wird. Einen Grundsatz habe er gelernt, berichtet er: „Identifiziere dich niemals vollständig mit einer politischen Position. Es könnte sein, daß diese Position nicht mehr haltbar ist – und du genausowenig.“

Hatte Powell im Strudel des Watergate-Skandals rechtzeitig das Weiße Haus verlassen, so war es Ronald Reagans Iran-Contra-Skandal, der ihn Anfang 1987 von seinem Posten als Korps-

Kommandeur in Deutschland ins Weiße Haus zurückkommen läßt. Frank Carlucci soll als neu ernannter Sicherheitsberater die außenpolitischen Eigenmächtigkeiten seiner militärischen Vorgänger im Weißen Haus beenden und sucht sich für diese Aufgabe den Militär Colin Powell aus. Er hätte keinen Besseren finden können. Denn ähnlich wie Präsident Reagan erkennt Powell vergleichsweise früh, daß der Amtsantritt von Michail Gorbatschow im Kreml eine historische Wende im Verhältnis der Supermächte eingeleitet hat.

Als Carlucci im November 1987 ins Pentagon einzieht, wird Powell erster schwarzer Sicherheitsberater der USA – auf Fürsprache Reagans, gegen den Rat prominenter Militärs.

Zum Präsidenten George Bush hat Powell anfangs ein gespanntes Verhältnis. Dessen halbherziges Angebot, CIA-Chef zu werden, lehnt er schnell ab. Trotz aller Vorbehalte gegen die Demokraten sieht er sich auch noch nicht als Republikaner. Das liegt vor allem am Rechtsruck

* Oben: 1957 in Fort Bragg/North Carolina; unten: 1993 in Washington bei einer Pressekonferenz.

der Partei, in der Ideologen immer offener fordern, jeden abzuschreiben, der seinen Lebenserfolg nicht aus eigener Kraft herbeizwingen kann. Auch mit den Kreuzzüglern der militanten Christen hat Powell nichts im Sinn. Bush ernennt den General schließlich zum Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs – und damit zu seinem obersten Militärberater.

Powells Gesellenstück wird die Planung der – völkerrechtlich umstrittenen – Panama-Invasion. Über 20 000 US-Soldaten setzt der Strategie ein, um die kleine Truppe des als Drogenhändler gesuchten Diktators Manuel Noriega zu entwaffnen. Mit enormer Übermacht, lernt er, lassen sich Kriege leicht gewinnen. Genau das wird zum Erfolgsrezept, das aus Powell im Golfkrieg einen Volkshelden macht. In Wahrheit ist Powell allerdings immer ein vorsichtiger Krieger geblieben – Gegner sagen, ein übervorsichtiger.

Denn auch nach der Eroberung des Ölemirats Kuwait durch den Irak Saddam Husseins hofft der Chefstrategie zunächst darauf, daß die Uno-Sanktionen Bagdad zur Aufgabe zwingen könnten. Die militärische Rückeroberung Kuweits war dagegen eine Vorgabe der Politiker, welcher die beiden Golfkriegsgenerale – Powell im Pentagon und Norman Schwarzkopf vor Ort – zunächst eher zögerlich nachkamen.

Vom Golfkriegsglanz des kühlen Planners Powell wollen nach dem Sieg auch die Politiker profitieren. Immer deutlicher bemühen sich Demokraten wie Republikaner, ihn als Aushängeschild zu gewinnen. Er gibt sogar Bill Clinton persönlich einen Korb. Ende 1994, als Außenminister Christopher entnervt aufgeben will, bietet der Präsident dem Chefmilitär im Ruhestand vergebens an, das State Department zu übernehmen.

Ähnlich zögerlich wie bei militärischen Einsätzen geht der General a. D. jetzt auch mit der Ankündigung seiner Präsidentschaftsbewerbung um. Der Krieger wider Willen würde sich am liebsten in den Ring tragen lassen. Wie im Golfkrieg will Powell auch beim Kampf ums Weiße Haus sicher sein, daß er gewinnen kann.

Am liebsten, das legen seine Memoiren nahe, würde er mit einer „dritten Partei“ ins Rennen gehen. Doch als unabhängiger Kandidat wären seine Aussichten nicht allzu gut. Jüngste Umfragen belegen, daß er zwar als Republikaner den Demokraten Clinton deutlich schlagen könnte, als Unabhängiger jedoch nur auf dem dritten Platz landen würde. Ex-Präsident Bush hat seinem einstigen Militärberater deshalb empfohlen, sich als Vizepräsidentschaftskandidat für Bob Dole zur Verfügung zu stellen und mit ihm ein, laut Umfragen, unschlagbares Team zu bilden.

Dann könnte, nach einem Verzicht Doles, Amerikas erster schwarzer Präsident im Jahr 2000 gewählt werden.



D. BRACK / BLACK STAR

Powell beim SPIEGEL-Gespräch*: „Erstmals könnte ein Nichtweißer die Wahl gewinnen“

SPIEGEL-Gespräch

„Besser als jeder andere“

US-General Colin Powell über seine politische Zukunft, Bill Clinton und den Balkankrieg

SPIEGEL: General Powell, noch in den sechziger Jahren hielt Ihr Schwiegervater nächtelang mit der Schrotflinte in der Hand im Wohnzimmer Wache, um seine Familie vor weißen Rassistenzu beschützen. Heute räumen Ihnen Umfragen gute Chancen bei den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr ein. Ist Amerika wirklich bereit für den ersten schwarzen Präsidenten?

Powell: In den vergangenen 30 Jahren haben sich die Vereinigten Staaten revolutionär verändert. Wir haben zwar nicht überall ausreichende Fortschritte gemacht. Noch immer gibt es Rassenprobleme, Inseln der Armut und Ungerechtigkeiten, die wir beseitigen müssen. Aber dennoch könnte erstmals ein Nichtweißer als Präsidentschaftskandidat ernst genommen werden und vielleicht sogar die Wahl gewinnen.

SPIEGEL: Ist es bezeichnend für den Zustand des Landes, daß ausgerechnet ein General gute Siegeschancen hat?

Powell: Schon unser erster Präsident war General,

ebenso einige seiner Nachfolger. Die Öffentlichkeit interessiert sich aber nicht primär für mich, weil ich ein General bin. Es gibt bei uns ein großes Bedürfnis nach Führern, die nicht dem parteipolitischen System entstammen.

SPIEGEL: Woran liegt das?

Powell: Nach dem Ende des Kalten Krieges versiegte die einigende Kraft des Antikommunismus. Seither richten sich alle Blicke nach innen. Und dort, am Regierungssitz, entdecken die Wähler man-

ches, was ihnen nicht gefällt. Die Demokratie verliert in der alltäglichen Auseinandersetzung viel von ihrem Glanz.

SPIEGEL: Fehlen nicht ganz einfach überzeugende Kandidaten?

Powell: Unsere Politiker lösen derzeit nicht gerade Begeisterungstürme unter den Wählern aus.

SPIEGEL: In Amerika scheint das Mißtrauen gegenüber Politikern ganz besonders ausgeprägt. Talkshows stellen

Washington geradezu als Zentrum des Bösen dar. Wie kommt das?

Powell: Die Wähler leiden an hausgemachten Problemen: an Kriminalität, Gewalt, auch an einem völlig aus den Fugen geratenen Haushalt. Sie sagen ihren Vertretern: Wir haben euch nach Washington geschickt, nun bringt das mal in Ordnung. Doch was sie dann sehen, macht sie nicht glücklich: viel Gerede, endlose Debatten, die oft an den Kernfragen vorbeigehen.

SPIEGEL: Diese Enttäuschung kostete 1992 den Präsidenten George Bush den Sieg.

Powell: Richtig. Doch unter seinem jungen, tatkräftigen Nachfolger wurde es



GAMMA / STUDIO X

Mögliche Widersacher Clinton, Powell: „Bedürfnis nach Führern“

* Mit Redakteuren Heinz P. Lohfeldt, Hans Hoyng, Siegesmund von Ilsemann und Stefan Aust.

nicht besser. Das konnten die Wähler zwei Jahre später zwar nicht Bill Clinton heimzahlen, wohl aber seiner Partei. Die Demokraten verloren ihre Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses.

SPIEGEL: Sie waren Bill Clintons oberster Militär. Hat er wirklich so versagt, daß Sie jetzt gegen ihn antreten könnten?

Powell: Ich glaube nicht einmal, daß er wirklich so schlechte Arbeit geleistet hat. Zur Zeit tun sich offenbar alle Politiker in der westlichen Welt verteuftelt schwer, die Hoffnungen und Erwartungen ihrer Wähler zu erfüllen. Sie alle stehen vor dem Problem, daß ihre Wähler einerseits die Regierungen entmachten möchten, andererseits aber nicht auf

SPIEGEL: Ihre Frau hat vor der Gefahr gewarnt, daß irgendein Verrückter auf den ersten schwarzen Präsidentschaftskandidaten schießen könnte. Haben Sie keine Angst?

Powell: Nein, ich habe auch früher unter der Drohung von Menschen gelebt, die mir nach dem Leben trachteten.

SPIEGEL: Zum Beispiel, als Sie Kommandeur des V. US-Korps in Deutschland waren?

Powell: Genau. Dort hatte ich Mitte der achtziger Jahre mehr Leibwächter als jemals in den USA. Bei meiner Frau kommt hinzu, daß sie nach meinen 30 anstrengenden Dienstjahren das Leben genießt, so wie wir es jetzt führen . . .

SPIEGEL: Sie nicht?

machen als die bisherigen Amtsinhaber. Genau darüber muß ich mir jetzt Klarheit schaffen.

SPIEGEL: In den Medien werden Sie „schwarze Hoffnung“ genannt, „Amerikas Erlöser“ . . .

Powell: Ich kenne nur einen Erlöser, und der hat uns mit all seiner Weisheit schon vor langer Zeit verlassen.

SPIEGEL: Graut Ihnen nicht vor den übergroßen Erwartungen?

Powell: Ich sehe sie schon, aber die schwinden genauschnell, wie sie ins Kraut schießen. Ich verwechsle im übrigen keineswegs die Popularität, die ich jetzt als Figur des öffentlichen Lebens genieße, mit dem politischen Ansehen, das ich mir erwerben muß, wenn ich



Obdachlose Familie in Los Angeles: „Inseln der Armut und Ungerechtigkeiten, die wir beseitigen müssen“

die Leistungen verzichten wollen, die ihnen geboten werden. Wir wollen weniger Steuern zahlen, aber nichts von dem aufgeben, was bislang mit diesen Geldern finanziert wurde. Gefragt ist entschiedene politische Führung.

SPIEGEL: Haben Sie sich deswegen jetzt so deutlich für das Recht auf Abtreibung, die Beibehaltung mancher Sozialprogramme und die Kontrolle von Schußwaffen ausgesprochen?

Powell: Das waren keine Positionen, die ich aus wahltaktischen Gründen eingenommen habe. Das waren Grundüberzeugungen – das, was der General Powell über diese Dinge denkt. Ich wollte mich damit nicht bei der einen oder anderen politischen Gruppe anbiedern.

Powell: Durchaus. Glauben Sie bloß nicht, ich wäre am Boden zerstört, wenn all diese Präsidentschaftsspekulationen morgen zu Ende wären.

SPIEGEL: Was bewegt einen Millionär wie Sie dazu, den angenehmen Ruhestand zugunsten eines überaus schwierigen Jobs aufgeben zu wollen?

Powell: So etwas macht man natürlich nur, wenn man glaubt, einen ganz eigenen und besonderen Beitrag leisten zu können, besser als jeder andere.

SPIEGEL: Was hätte denn ein Präsident Powell seinem Vorgänger Clinton oder anderen Bewerbern voraus?

Powell: Ich bin mir nicht sicher, ob meine politischen Pläne, meine Visionen und meine Beziehung zum amerikanischen Volk ausreichen, um es besser zu

mich tatsächlich der Schlammschlacht aussetze und den Menschen, die mich politisch kaltstellen wollen. Die sind bereits kräftig dabei. Kaum habe ich meine Ansichten über Abtreibung, Waffenkontrolle und andere politische Streitfragen zu erkennen gegeben, existieren auf einmal ernsthafte Bedenken gegen mich. Mir wird vorgehalten, daß ich nur meine Memoiren verkaufen wolle.

SPIEGEL: Können Sie überhaupt für die Republikaner antreten, die doch all das abbauen wollen, was sich die schwarze Minderheit in den vergangenen Jahrzehnten erkämpft hat?

Powell: Ich habe in den letzten Tagen bereits deutlich gesagt, daß ich bestimmte Positionen schon deswegen nicht übernehmen kann, weil ich mich

nicht einfach von unserer jüngsten Geschichte lossagen will. Nun werden wir sehen, ob bei den Republikanern auch so ein gemäßigter Standpunkt geduldet wird.

SPIEGEL: Es sieht nicht danach aus. Gerade erst haben sich die wichtigsten republikanischen Kandidaten bei der erzkonservativen Christian Coalition angeboten.

Powell: Wer sind denn *die* Republikaner? Erst heute morgen traf ich eine prominente Republikanerin, die mir mit dem Hinweis Mut machte, daß die schweigende Mehrheit der Republikaner, die zur Mitte gehört, sich derzeit im Hintergrund halte. Aber, so sagte sie: Wir wählen. Der richtige Kandidat kann auch mit gemäßigeren Ansichten bei den Wählern Anklang finden.

SPIEGEL: Warum erzielen Sie bei Umfragen höhere Zustimmung unter Weißen als unter Ihren schwarzen Landsleuten?

Powell: Das liegt vor allem daran, daß Afroamerikaner sich nicht so sehr für jene Bereiche interessieren, in denen ich mir meine Meriten erworben habe – auf den Gebieten der nationalen Sicherheit, der Verteidigungspolitik, der internationalen Beziehungen. Das kann mir zwar als Schwäche ausgelegt werden, aber darin können für mich auch Chancen liegen, wenn ich mich nun zu Problemen außerhalb der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik äußere . . .

SPIEGEL: . . . etwa zur Todesstrafe. Warum sind Sie dafür, obwohl in Amerika unverhältnismäßig viele Schwarze hingerichtet werden?

Powell: Es sind auch Schwarze, die unverhältnismäßig unter Mord und Totschlag leiden. Wenn jemand von einer Jury seiner Mitbürger wegen Mordes zum Tode verurteilt worden ist, dann halte ich das für eine angemessene Strafe.

SPIEGEL: Fürchten Sie nicht, daß Weiße Sie aus den falschen Gründen wählen könnten, etwa, weil sie Sie für jemanden halten, der sie von ihrer historischen Schuld befreien kann?

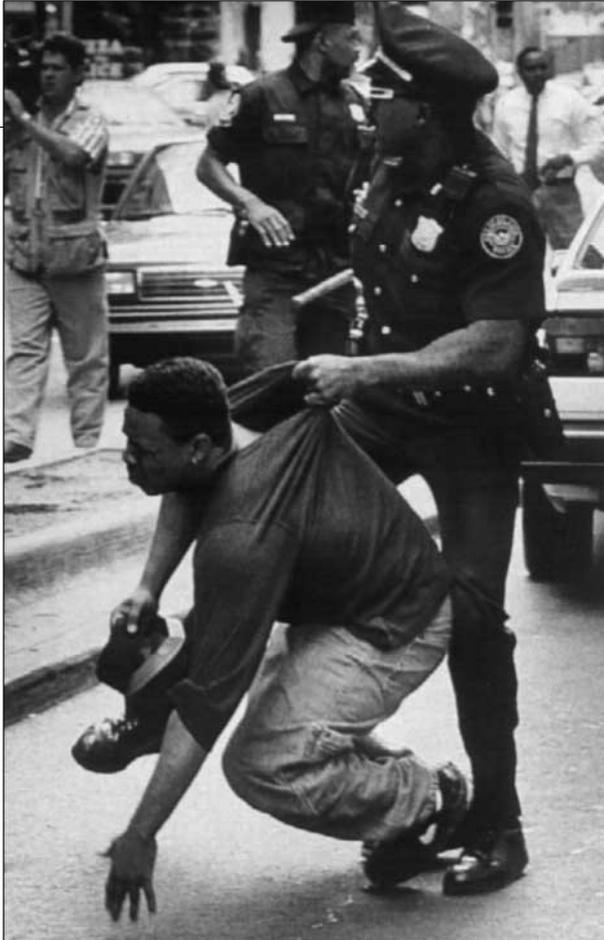
Powell: Ich kann natürlich nicht verhindern, daß Wähler sich aus den falschen Gründen für mich entscheiden. Aber Sie werden mich nicht für so dumm halten, daß ich Stimmen nur deswegen zurückweise – wenn ich mich denn je um ein politisches Amt bewerbe.

SPIEGEL: Sie sind also noch kein Kandidat?

Powell: Nein. Im Augenblick bin ich nur entschlossen, ins Rampenlicht zurückzukehren, weil ich die vergangenen zwei Jahre damit verbracht habe, mein Buch zu schreiben. Und während ich dafür im ganzen Land werbe, werde ich sehen, was sich daraus entwickelt.

SPIEGEL: Würden Sie auch als Vizepräsident kandidieren?

Powell: Man sollte niemals nie sagen. Das reizt mich derzeit nicht, aber man



GAMMA/STUDIO X

Polizeiaktion in Atlanta „Vielleicht in den Ghettos arbeiten“

weiß ja nie. Möglicherweise werde ich aber auch im Bereich der Erziehung arbeiten, vielleicht mit jungen Leuten in den Ghettos. Ich möchte etwas zur Lösung der schwierigen Probleme beitragen, die wir dort haben. Die unhaltbaren Zustände werden ja nicht dadurch gelöst, daß wir die bestehenden Gesetze zur sozialen Absicherung ändern. Es geht hier vielmehr um die Wiederherstellung der Familien. Wir müssen un-

„Wenn ich in den Krieg ziehe, dann will ich auch gewinnen“

seren Kindern beibringen, daß außereheliche Geburten falsch sind, daß Sex unter Jugendlichen falsch ist.

SPIEGEL: Als Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs haben Sie dafür plädiert, Truppen nur einzusetzen, wenn es präzise Zielvorgaben gibt und ausreichend Kräfte zur Verfügung stehen. Beim Einsatz in Bosnien scheint diese Powell-Doktrin nicht mehr zu gelten.

Powell: Das ist doch nur ein Name, den irgendein Reporter mal erfunden hat. Ich habe immer die Ansicht vertreten, daß Politiker in Zusammenarbeit mit den Militärs genau sagen müssen, was sie erreichen wollen. Das hört sich einfach an, aber Sie wären überrascht, in wie viele Krisen wir hineingeschlittert sind, weil wir genau das

nicht gewußt haben. Nur auf dieser Basis sollten die Militärs zeigen, wie die Ziele mit bewaffneter Macht erreicht werden können. Wenn dann die Entscheidung für einen militärischen Einsatz fällt, sollte es auch in überzeugender Weise geschehen, damit man sie erreicht. Zudem sollte klar sein, wie man aus einer solchen Auseinandersetzung wieder herauskommt.

SPIEGEL: Dieses Vorgehen haben Sie im Golfkrieg vorexerziert.

Powell: Es gab aber auch Kritik. Vielleicht bin ich ja nur ein Amateurgeneral, aber wenn ich in den Krieg ziehe, dann will ich auch gewinnen. Irgend etwas auszusetzen daran?

SPIEGEL: Gilt das auch für Bosnien?

Powell: Was derzeit passiert, ist doch dies: Der Präsident hat endlich seine Führungsrolle übernommen . . .

SPIEGEL: . . . wozu er lange gebraucht hat.

Powell: Sicherheitsberater Anthony Lake konnte die Alliierten in den vergangenen Wochen überzeugen. Er sagte ihnen: Ich weiß ja, daß wir in Jugoslawien sind, um humanitäre Hilfe zu leisten. Wir wollen nicht zur Kriegspartei werden. Aber das Verhalten der Serben geht zu weit. Wir haben die Uno-Schutzzonen Srebrenica und Zepa verloren, jetzt dürfen wir keine weiteren Übergriffe zulassen.

SPIEGEL: Noch ist unklar, was die Nato-Bombardierung wirklich erreicht.

Powell: Bei Luftangriffen überlassen Sie immer dem Gegner die Initiative – das ist die Schwierigkeit. Er muß sich entscheiden, ob er genug gelitten hat. Man kann niemals sicher sein, wie seine Kalkulation ausfällt. Im Golfkrieg dagegen konnte ich zum Präsidenten gehen und sagen: Es kommt nicht mehr auf Saddams Kalkül an, unser Sieg ist ausschließlich das Ergebnis unserer Überlegenheit.

SPIEGEL: Da spricht der Heeresgeneral. Denkt die Luftwaffe nicht anders?

Powell: Wer diese Krise militärisch lösen will, dem bleibt nichts anderes übrig, als selbst zur Kriegspartei zu werden, was den Einsatz mächtiger Streitkräfte erfordern würde. Es gibt

aber nicht eine einzige westliche Regierung, die vor ihr Parlament oder vor das Volk getreten wäre und behauptet hätte, sie wolle dort eingreifen. Und weil das so ist, gelten Bombardierungen immer als einfacher Weg aus dieser Zwickmühle. Aber ich sehe meine Aufgabe darin, zu warnen, zu sagen, daß deren Wirksamkeit begrenzt ist.

SPIEGEL: Das Verhältnis zur Sowjetunion und jetzt zu Rußland bildete stets das Zentrum der Washingtoner Außenpolitik. Welche Rolle spielt Moskau nach dem Ende des Kalten Krieges?

Powell: Rußland wird immer eine europäische, eine eurasische Großmacht bleiben. Es ist ein Land von unerhörtem Reichtum und großen Entwicklungs-

SPIEGEL: In welchen Weltregionen wird es auch in Zukunft militärische Sicherheitsgarantien der USA geben?

Powell: Zunächst einmal am Persischen Golf. Ich glaube zwar nicht, daß der Irak noch irgend jemanden bedrohen kann, aber wir müssen schon wegen Iran wachsam bleiben. Im übrigen hat der nahöstliche Friedensprozeß noch nicht die ganze Region erfaßt. Syrien nimmt noch nicht daran teil. Auch in Ostasien werden wir militärisch präsent bleiben. Wir müssen abwarten, bis Nordkorea die gleiche Entwicklung nimmt, die all die anderen kleinen verrottenden kommunistischen Staaten durchgemacht haben.

SPIEGEL: Gilt das auch für Kuba?

Powell: Selbstverständlich. Kuba und Nordkorea sind wie zwei Gesteinskegel, die stehengeblieben sind, obwohl die Erosion den Berg um sie herum längst abgetragen hat. In Kuba warten wir doch nur darauf, daß einen einzigen Mann das Schicksal ereilt. Für diesen Fall liegt in Miami ein riesiger Batzen Geld bereit, um das Land gründlich zu verändern.

SPIEGEL: Was sollte mit den restlichen US-Truppen in Europa geschehen?

Powell: Die werden wir auch weiterhin brauchen. Zwar glaubt heute niemand ernsthaft an einen großen Krieg in Europa. Dennoch, die amerikanische Präsenz hat beinahe 50 Jahre lang für Stabilität in West- und Osteuropa gesorgt und wird das auch weiterhin tun.

SPIEGEL: Die Nato wird sich also nicht mangels eines Feinds auflösen?

Powell: Als ich 1989 Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs wurde, gab es das Gerede über ein Sicherheitskonzept, das die Nato ersetzen sollte. Da wurde die Westeuropäische Union genannt, die KSZE und was weiß ich noch alles. Aber es hat nur eineinhalb Jahre gedauert, bis wir eine neue Nato-Strategie und neue Nato-Strukturen entwickelt hatten. Danach brauchte ich nicht mehr in tiefe Sorgen zu verfallen, wenn mein Freund Klaus Naumann . . .

SPIEGEL: . . . der Generalinspekteur der Bundeswehr . . .

Powell: . . . zu mir kam und wieder einmal über das Eurokorps redete. Jetzt bin ich sicher, daß die Nato jede Belastungsprobe überleben wird, sogar mit der Krise auf dem Balkan. Denn die USA werden auch weiterhin ihre traditionelle Rolle in Europa wahrnehmen.

SPIEGEL: Angenommen, Sie würden sich um die Präsidentschaft bewerben und würden auch gewinnen. Was wären die ersten drei Anordnungen, die Sie nach Ihrem Amtseid treffen würden?

Powell: Nein, nein – darauf antworte ich nicht. Vielleicht werde ich eine Tasse Kaffee haben wollen und einen Geistlichen um ein Gebet bitten. An etwas Drittes kann ich jetzt gar nicht denken.

SPIEGEL: General Powell, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



S. PERRY/GAMMA/STUDIO X

US-Soldat in Panama-Stadt 1989: „Vielleicht bin ich ein Amateurgeneral“

SPIEGEL: Wie stellen Sie sich eine Lösung auf dem Balkan vor?

Powell: In Bosnien kann es letztlich nur eine diplomatische Lösung geben, die allen drei Gruppen erlaubt, ihre eigenen Wege zu gehen. Das Abkommen, an dem US-Chefunterhändler Holbrooke so hart arbeitet, wird weniger sein, als wir vor zwei oder drei Jahren hätten erreichen können, wenn wir uns der Realität gestellt hätten. Für Bosnien-Herzegowina heißt das: Ein einheitlicher multiethnischer Staat ist unwahrscheinlich. Wieder einmal ist der Fehler zu Anfang gemacht worden. Wenn die moralische Empörung groß genug gewesen wäre, hätten wir frühzeitig Truppen schicken und als Kriegspartei eingreifen müssen.

SPIEGEL: Sie blicken pessimistisch in die Zukunft?

Powell: Sicher könnte man ganz Serbien bombardieren und womöglich auch Belgrad. Aber was würde das bewirken? Selbst wenn man die Serben niedergewungen hätte, wie wollte man sie ruhighalten? Wenn alle Geschütze morgen nicht mehr da wären und alle Flugzeuge im nächsten Monat verschwänden, würde es dann Frieden für immer geben? Es ist sehr einfach, zu denken, wir brauchen nur Bomben zu werfen und alles werde sich ändern.

möglichkeiten. Dort hat sich eine Gesellschaft, die kein Gefühl für demokratisches Recht hatte, auf die Suche nach einem Rechtsstaat gemacht. Außerdem vollziehen die Russen den Wandel von einer staatlich gelenkten Wirtschaft zur Marktwirtschaft, und dieser Wandel fällt sehr schwer. Der Erfolg kommt – langsam, aber sicher. Die Vereinigten Staaten müssen Moskau alle Hilfe geben, um Rückschläge zu verhindern.

SPIEGEL: Moskau warnt, daß die Aufnahme ehemals sozialistischer Staaten in die Nato zum Krieg führen könnte.

„In Kuba warten wir darauf, daß einen Mann das Schicksal ereilt“

Powell: Unsinn.

SPIEGEL: Wie schnell sollte die Nato denn neue Mitgliedsstaaten aufnehmen?

Powell: Wir sollten den revolutionären Prozeß in Rußland nicht durch zusätzliche Hindernisse belasten. Niemand will Ungarn oder Polen überfallen. Wir haben genügend Zeit, die Erweiterung vernünftig anzugehen.

Kaffee in Banja Luka

Binnen drei Wochen Frieden? Jelzins Kriegsgeschrei erwidern die USA mit Freundschaftsgesten.

Auf den serbisch beherrschten Serpentin, die sich vom Bergstädtchen Pale abwärts bis vor die Tore Sarajevos ziehen, bieten Bretterverträge Sichtschutz gegen Beschuß durch Moslem-Batterien. Dahinter liegt die Kulisse der bosnischen Hauptstadt.

Zum Greifen nahe scheinen der oker-gelbe Komplex des Holiday Inn, die daran vorbeiziehende „Scharfschützenallee“, auf der so viele Menschen getötet wurden. Im Vorort Lukavica führen wütende Serbinnen vor, was Nato-Bomber und Uno-Eingreiftruppen angerichtet haben.

Die Attacken galten einem Munitionslager und der Kaserne vor der Hochschule, nebenan türmt sich eine Halde zerbrochener Glasscheiben. Von der Kaserne blieb nur die Fassade übrig, das Munitionslager im nahen Wäldchen wurde verfehlt.

„Das beste Volk der Erde wird ausgerottet“, klagt eine Rentnerin. Aus Angst vor den Angriffen der Nato-Bomber schläft sie mit einem Dutzend Frauen und Kindern im Keller der Hochschule. Durch Granaten zerbarsten im Ort fast alle Fenster, wurden Türen aus den Angeln geschleudert.

Seit vorigen Donnerstag um 23 Uhr aber herrscht für ganz Bosnien eine Feuerpause der Nato. Der bosnische Serbenführer Radovan Karadžić sieht dazu sein Regime durch die Balkan-Kontaktgruppe in Genf als souveränen Staat anerkannt. Sein Außenminister Aleksa Buha rechnet mit einem baldigen Frieden: „Die Amerikaner sind an einem schnellen Ende interessiert, vielleicht so-

gar in zwei bis drei Wochen“, erklärte er dem SPIEGEL. „Die letzte Sitzung wird dann nur noch zeremoniellen Charakter haben.“

Bundeskanzler Helmut Kohl und US-Präsident Bill Clinton teilen den Optimismus der Belagerer von Sarajevo: Die erste Friedenschance seit Jahren werde sichtbar – ob schon eben erst Kroaten und Bosnier 3000 Quadratkilometer zurückerobert haben und nach weiteren Territorien greifen. „Wir setzen auf Krieg“, droht Moslem-General Mehmed Alagić, „wir brauchen keine Nato mehr.“ Der Kommandeur des 7. bosnischen Armeekorps ermunert seine Soldaten: „Macht nicht schlapp, Männer, ich will noch in diesem Monat in Banja Luka Kaffee trinken“, in der letzten serbischen Großstadt Bosniens.

US-Diplomat Richard Holbrooke, 54 – er war auch neun Monate Botschafter in Bonn –, eilte vorige Woche zu den Widersachern Slobodan Milošević in Belgrad, der ihm den Rückzug schwerer Waffen aus dem Raum Sarajevo zusagte, zu Kroatiens Franjo



Tudjman, dann zum Bosnier Alija Izetbegović.

Der aber sträubte sich, auf die eigenen Geschütze in Sarajevo zu verzichten – jene Batterien, gegen die auf der Straße nach Pale die Bretterwände schützen: „Wir vertrauen nur auf unsere eigenen Kräfte und sonst niemanden“, auf kein verbales Zugeständnis der Serben, nicht auf Uno und Nato.

Kohl hat Freund Boris Jelzin allerdings schon zugesagt, die Zeremonie am Ende der Friedensverhandlungen könnte in Moskau stattfinden, mit einem zufriedenen Kremlherrscher in der Mitte: gewiß ein Platzvorteil für den Russenpräsidenten in seinem heimischen Wahlkampf.

Jelzins Prognose eines großen Krieges für den Fall andauernder Mißachtung russischer Interessen hatte den Westen überrascht. Wenn der Militärblock des Westens durch die Mitgliedschaft osteuropäischer Staaten dicht an die Grenzen der Russischen Föderation heranrücke, trommelte Jelzin, dann werde Rußland mit allen Ex-Sowjetrepubliken wieder einen Block bilden: „eine Wiederherstellung dessen, was gewesen ist“.

Nur Kampfgeschrei für die auf den 17. Dezember anberaumten Duma-Wahlen? Propagandaraketten, so wirksam wie jene Granate auf die US-Botschaft in Moskau, die am vorigen Mittwoch schon von einem Fotokopiergerät gebremst werden konnte? Mit Kriegsparolen lassen sich kaum Sympathien des aller Kämpfe müden, friedensdurstigen russischen Volkes gewinnen, das mehrheitlich den Tschetschenien-Krieg verdammt hat.

Jelzins Schreckensszenario war eher ein Aufbegehren des Regenten einer Nomenklatura, die ihr althergebrachtes Vereinsamungssyndrom pflegt: Rußland steht allein da, von aller Welt diffamiert und außerstande, seinen serbischen Freunden zur Seite zu treten,



Bombenangriff auf Pale: „Vorwarnung durch die Nato“

derweil eine stets als Feind betrachtete Macht sich ausdehnt: die Nato. Darüber herrscht in Moskaus politischer Klasse Einigkeit.

Die Russen hatten den Serben im vorigen Jahrhundert gegen die Türken geholfen und mit ihnen am Ausbruch des Ersten Weltkriegs gezündelt. Ehe Hitler 1941 angriff, stritt er sich mit Stalin um den Balkan, den die Briten dem Sowjetherrn schon angeboten hatten. Nie verzicht der Begründer eines „Slawischen Komitees“ dem Jugoslawen Tito den Abfall von Moskau.

Jetzt aber hätten die Anerkennung der bosnischen Souveränität und der Verzicht auf ein Veto gegen die Uno-Sanktionen Rußland um seinen Einfluß auf den alten Alliierten gebracht, klagt Wladimir Lukin, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses der Duma. An Einfluß auf den Westen habe Moskau dafür nicht gewonnen.

Heute ist Rußland auf einen territorialen Bestand geschrumpft, den Zar Peter vor 300 Jahren erreicht hatte. Der Nationalismus aber, mentaler Trost der Enterbten und Erniedrigten, gebiert

„Rußlands historische Bestimmung zur Weltmacht“

großmächtige Gesten – als ob es noch eine russische Supermacht gebe.

Außenminister Andrej Kosyrew beschwor Rußlands „historische Bestimmung zur Weltmacht“, obwohl die USA sein Land, entgegen einer Zusage Clintons 1993, keineswegs als „strategischen Partner“ behandelten: ein Ruf nach Respekt seitens der Großen dieser Welt. Vergangene Woche suchte Kosyrew abzuwiegeln: „Wir wollen nicht zur Konfrontation zurückkehren, das schließe ich völlig aus.“

Jelzins Brandreden wirken nämlich kontraproduktiv. Die osteuropäischen Anrainer drängen jetzt noch eiliger in das Nato-Schutz- und Trutzbündnis. Sogar der ukrainische Außenminister beging den vorigen Donnerstag als einen „bedeutenden Tag für unser Land“, weil die Nato mit der ehemaligen Sowjetrepublik in Brüssel eine „individuelle Partnerschaft“ vereinbart hatte.

Lennart Meri, Präsident Estlands, nannte nun den Nato-Beitritt der baltischen Staaten eine „brennende Frage“, für die Esten seien Jelzins Ausfälle „gefüllt mit Blut und Tränen jener Millionen, die im Gulag untergingen“. Nach russischem Einschüchterungsbrauch veranstalten derzeit 10 000 russische Soldaten samt Raketentruppen in der Exklave Kaliningrad Grenzmanöver unter dem Namen „West 95“.

Die Nachbarn sind als Beobachter eingeladen.

Jelzins Drohworte seien darauf gezielt, Abgeordnete in den Parlamenten der 16 Nato-Staaten von einer Zustimmung zur Aufnahme neuer Mitglieder abzuhalten, vermutete die *New York Times* – vielleicht Griechen, Spanier oder Holländer, „wenn der Lärm laut genug ist“. Doch sogar der Nato-ergebene Verteidigungsminister Volker Rühle hatte schon im August vorausseilend den Balten erklärt, ihre Aufnahme in die Nato komme nicht in Frage: aus Rücksicht auf russische Interessen in diesem Raum.

US-Vizeaußenminister Strobe Talbott eilte als Feuerwehrmann nach Moskau. Der erklärte Russenfreund hat sich früher gegen eine rasche Erweiterung der Nato ausgesprochen und für Moskaus Kolonialpolitik im Kaukasus Verständnis geäußert – der rechte Mann, Wogen zu glätten.

Auch Talbott konnte aber ein Konzept nicht billigen, das Jelzin vorgelegt hat: Die Nato solle auf ihre Militärorganisation verzichten und nur noch ein politischer Verband sein. Jelzin: „Zusammen mit Rußland muß es in Europa gemeinsame Streitkräfte geben, die abwechselnd kommandiert werden, wie jetzt die EU, erst von diesem Land und dann von jenem“, auch von Rußland.

Ein Schritt in diese Richtung wäre der Plan, den Unterhändler Holbrooke verfolgt: Russische Einheiten sollen Sarajevo besetzen, die Uno-Friedenstruppen in Bosnien durch Verbände der Nato und Rußlands abgelöst werden. Ein Bataillon Russen steht dort, mit Blauhelmen. Auch ihre Zone, meldete Jelzin, traf schon eine Nato-Rakete.

Im Dorf Lukavica, wo sich die Frauen so empörten, hatte es trotz des Bombardements keine Verletzten gegeben. Soldaten und Panzer waren, wie auch bei der Zerbombung der Kaserne in Han Piesak, dem Generalstabssitz, schon zwei Tage vorher in Sicherheit gebracht worden. „Die Nato informierte die serbische Armee rechtzeitig über ihre nächsten Ziele. Unsere militärischen Verluste sind deshalb völlig unerheblich“, verkündete Oberst Milovan Milutinović vom Generalstab.

Einige Raketensysteme seien getroffen worden, den Rest habe man längst in andere Stellungen transportiert, die Munitionslager seien geleert. Die größten Waffen- und Treibstofflager befänden sich ohnehin seit Titos Zeiten tief und bombsicher unter der Erde.

Kriegsherr Karadžić vollzog einen Schwenk: Während Rußlands Regierung noch den Westen des Völkermords an allen Serben in Bosnien beschuldigt hatte, gestand der Präsident der „Republik Srpska“, „daß die Zahl der zivilen Opfer doch äußerst gering“ sei.

„Ein Schwert gegen uns“

Frauenrechte und Fundamentalismus: Die Weltfrauenkonferenz hat den Konflikt nur verdrängt

SPIEGEL: Die „Aktionsplattform“, über die in Peking verhandelt wurde, soll Maßnahmen zur Stärkung der Frau in Politik und Gesellschaft einleiten. Ist der Kompromiß wirklich emanzipatorischer Fortschritt?

Vollmer: Dieses Dokument ist eine Beleidigung für Frauen. Es sieht in ihnen vor allem reproduktive Maschinen, die es zu kontrollieren gilt, um eine Überproduktion zu verhindern. Es fordert Quoten und Kondome, um Männer aus ihnen zu machen.

SPIEGEL: Wohl eher, um ihnen mehr Mitsprache und Autonomie zu geben.

Vollmer: Egal, wie viele Quotensysteme man einführen wird, eine Frau wird einem Mann niemals gleich sein. Deshalb können Frauenrechte und Menschenrechte nicht identisch sein. Deshalb hat der Vatikan gefordert, von der Würde der Frau, von ihrer Gleichwertigkeit zu sprechen statt von ihrer Gleichberechtigung.

Kissling: In der Tat hätte es einer genaueren Klärung bedurft, was Frauenrechte bedeuten. In diesem Punkt fehlen dem Abschlußdokument die Visionen. Aber dem Vatikan geht es doch um etwas ganz anderes. Während Frauen innerhalb der Kirche einzuklagen beginnen, was sie außerhalb der Kirche längst verwirklichen können, will der Papst das Patriarchat

konservieren. In dem Moment, in dem die römisch-katholische Kirche anerkennen würde, daß Frauen die gleichen Rechte wie Männern zustehen, würde der Machtanspruch jener untergraben, die derzeit das Sagen in der Kirche haben.

SPIEGEL: Sie werfen damit konservativen Katholiken vor, ähnlich wie Islamisten in Iran, die Religion als Mittel zum Machterhalt oder Machterwerb zu benutzen?

Kissling: Eine ganze Reihe säkularer Regierungen sind ihnen dankbar dafür. Jedenfalls solche, die nicht das geringste Interesse an der Verwirklichung von Gleichberechtigung haben, dies aber, weil es unpopulär ist, niemals zugeben würden.

Das Gespräch moderierte Redakteurin Birgit Schwarz in Peking.



Ibrahim (Sudan)



Vollmer (Vatikan)



Kissling (USA)

Eine Revolution

seien die Ergebnisse der vierten Weltfrauenkonferenz, meint deren Generalsekretärin Gertrude Mongella. Der Rückschlag, den Feministinnen und progressive Politikerinnen befürchtet hatten, blieb aus. Dennoch war der Konsens, um den 4995 Delegierte aus 189 Ländern zwei Wochen lang in Peking kämpften, bis zuletzt umstritten. Der Vatikan erhob „entschiedene Vorbehalte“ gegen das im Abschlußdokument verankerte Recht auf sexuelle Selbstbestimmung; der Sudan kündigte Widerstand gegen jene Forderungen an, die im Gegensatz zu seiner fundamentalistischen Auffassung des Islam stehen. Vier Frauen von verschiedenen Kontinenten diskutierten für den SPIE-



Nassiri (Marokko)

GEL die Beschlüsse: die Sudanese Widad Ibrahim, 38, die einem Klub für Unternehmerinnen und berufstätige Frauen angehört, aber dennoch keine Gleichberechtigung möchte; die Amerikanerin und Präsidentin von „Catholics for a Free Choice“, Frances Kissling, 52, die den Papst gern von Uno-Konferenzen fernhalten würde; die Marokkanerin Rabia Nassiri, 42, deren „Parlament moslemischer Frauen“ auf dem Forum der Nichtregierungsorganisationen ein Programm zur Modernisierung der islamischen Familiengesetzgebung verabschiedete; die Präsidentin der Lateinamerikanischen Allianz für die Familie und Mutter von sieben Kindern, die Venezolanerin Christine Vollmer, 55, die bei der Uno-Konferenz den Vatikan vertrat.

Nassiri: Diese von konservativen christlichen wie islamistischen Kräften entfachte Debatte um „Gleichwertigkeit“ statt Gleichberechtigung der Frauen erscheint mir wie ein böser Traum. Sie wirft uns Mosleminnen und Frauen des Südens um Jahre zurück. Sie gefährdet die wenigen Rechte, die wir uns sichern konnten. Wenn wir nur noch einen Anspruch auf Gleichwertigkeit, nicht aber auf rechtliche Gleichstellung haben sollen, werden wir zu Bittstellerinnen.

Ibrahim: Das sehe ich nicht so. Ich besitze eines der größten Bauunternehmen unseres Landes. Mein Mann ist Journalist. Dennoch ist er nach den Gesetzen des Islam verpflichtet, mich, meine Kinder, selbst seine Mutter zu unterhalten, während ich mit meinem Geld machen kann, was ich will. Welchen Vorteil sollte es mir bringen, wenn mein Mann das gleiche Recht hätte? Wieso sollte ich Privilegien aufgeben wollen?

SPIEGEL: Deswegen haben sich moslemische Länder wie der Sudan, Iran oder Ägypten gegen das Wort Gleichberechtigung gesträubt?

Ibrahim: Das ist *ein* Grund, vielleicht der wichtigste. Wegen dieser Verpflichtung des Mannes sind unsere Familien schließlich noch intakt. Würde ich mit meinem Geld die Familie versorgen, könnte er sich mit seinem in der Tasche heruntreiben. Wie viele Feministinnen, die den Männern nichts mehr überantworten und alles selbst können wollen, sind denn heute alleinerziehend?

Vollmer: Bevor radikale Feministinnen die Gleichberechtigung einzuklagen begannen, haben auch bei uns in den katholisch geprägten Ländern Lateinamerikas die Familien noch ziemlich gut funktioniert. Jahrhundertlang haben Gesellschaften Mittel und Wege gefunden, die es Männern unmöglich machten, sich ihrer Verantwortung für ihre Frauen und Kinder zu entziehen – durch Gesetze, durch religiöse und moralische Tabus und dadurch, daß sie sich als Gegenleistung besonders wichtig fühlen durften. Die Forderung nach Emanzipation, nach weiblicher Autonomie dagegen hat es ihnen leichtgemacht, ihre Familien zu verlassen. Verantwortungslose Väter sind unser größtes Problem. Gott sei Dank regt sich Widerstand gegen Deklarationen, für die radikale Feministinnen die Feder geführt haben . . .

SPIEGEL: . . . und denen Vatikan-Sprecher Joaquín Navarro-Valls unterstellt, daß sie „eine negative Haltung zur Familie“ hätten, die Abtreibung „unkritisch“ unterstützten und Probleme von Frauen „einzig in Zusammenhang mit Sexualität und Verhütung“ sähen.

Kissling: Diese Dämonisierung von Feministinnen finde ich beunruhigend. Sie lenkt von den eigentlichen Problemen ab, ganz davon abgesehen, daß die Feministinnen einen wesentlich radikale-

ren Entwurf hätten vorlegen können. Seit Jahren fordern gerade sie einen Schuldenerlaß für die Dritte Welt; sie waren es, die die Strukturanpassungsprogramme der Weltbank am schärfsten kritisierten. Heute teilen jene, die gesellschaftspolitisch am konservativsten argumentieren, viele dieser liberalen entwicklungspolitischen Ansichten. Und dennoch, und dies ist einer der größten Fehlschläge dieser Konferenz, ist es nicht zu einem Diskurs zwischen diesen beiden Lagern gekommen.

SPIEGEL: Für den Vatikan bleibt die Aktionsplattform jedenfalls „Philosophie einer gesellschaftlichen Minderheit“, auch wenn es ihm gelang, die Mutterrolle von Frauen zu betonen. Einer jüngsten Umfrage in Mittelamerika zufolge sind 86 Prozent der Frauen dort nicht sehr glücklich über eine derart eingeschränkte Sicht ihrer Rolle.

Vollmer: Ich halte Umfragen dieser Art für fragwürdig. Es ist nun einmal die Frau, die die größte Verantwortung für das Funktionieren einer Familie trägt. Und ihr Erfolg bei dieser Aufgabe ist die beste Garantie für den Aufbau einer geordneten, solidarischen Gesellschaft.

Ibrahim: Frau und Familie gehören in der Tat zusammen. 80 Prozent ihres Lebens kann eine Frau nicht ohne Familie sein: Von ihrer Geburt bis zu ihrem 20. Lebensjahr braucht sie die Familie zur ihrer Versorgung; zwischen 20 und 40 ist sie schön und verführerisch, und viele Männer reißen sich um sie; doch zwischen 40 und 60 benötigt sie einen Partner, und zwischen 60 und 100 muß sich wieder jemand um sie kümmern. Wir müssen die Familie schützen. Bei dieser Konferenz fand dieses Anliegen zu wenig Beachtung. Es gibt etwa 1,2 Milliarden Moslems auf dieser Welt. Ihre Wünsche müssen berücksichtigt werden.

Nassiri: Zwischen der Forderung nach Gleichberechtigung und der Sorge um den Erhalt der Familie besteht kein Widerspruch. Im übrigen haben nicht alle moslemischen Länder dieselben Auffassungen. Warum wollen Sie sich mit einer Rollenaufteilung zufriedengeben, bei der Frauen alle Verantwortung und Männer alle Rechte haben?

Ibrahim: Ich will, daß für die moslemische Frau auch weiterhin die islamischen Gesetze gelten. Vieles in diesem Dokument ist für mich als Moslemin nicht akzeptabel, Sex vor der Ehe zum Beispiel oder das Recht auf Abtreibung. Im Islam sind Abtreibungen nur erlaubt, wenn das Leben der Mutter gefährdet ist.

Nassiri: Wir sollten doch nicht so tun, als sei die moslemische Welt besser als der Westen. Auch bei uns findet Sex außerhalb der Ehe statt, treiben Frauen ab und werden Teenager schwanger. Wir müssen diese Probleme angehen.

Ibrahim: Aber wir haben dieses Problem doch nur, weil unsere Gesellschaften mehr und mehr dem Westen nacheifern.

SPIEGEL: Aus Angst vor weiterer Verwestlichung stellten in Peking neben dem Vatikan auch Länder wie der Sudan, Iran, Guatemala oder Honduras in Frage, was 1993 auf der Uno-Menschenrechtskonferenz in Wien noch als Durchbruch gefeiert wurde – daß Frauenrechte Menschenrechte sind.

Ibrahim: Wir haben unsere eigene Kultur, und die basiert auf der unermeßlichen Weisheit des Koran. Ich will nicht, daß mich ein Konferenzbeschluß zwingt, im Widerspruch zu meiner Kultur und meiner Religion zu leben.

SPIEGEL: Niemand kann Sie zwingen.

Vollmer: O doch, die Vergabe von Entwicklungsgeldern wird davon abhängig

„Unsere Mädchen dürfen nicht mehr lernen, wie man einen Haushalt führt“

gemacht, ob und wie wir Konferenzbeschlüsse in die Tat umsetzen. Das ist Nötigung, und die spüren wir in Lateinamerika schon lange. Da werden Verhütungsmittel propagiert, damit wir uns nicht weiter vermehren, und unsere Mädchen dürfen nicht mehr lernen, wie man einen Haushalt führt. In Venezuela müssen wir Bilder von Hausfrauen aus Schulbüchern tilgen, weil die stereotypen Rollenverhalten fördern könnten. Das sind Eingriffe in unsere Selbstbestimmung.

Ibrahim: Ich fürchte, diese Deklaration wird wie ein Schwert gegen uns benutzt. Man wird sagen, dies hier ist eine Deklaration von Menschenrechten. Ihr habt unterschrieben, nun setzt sie um.

SPIEGEL: Unter Berufung auf Religion, Tradition und Kultur werden doch nicht selten Gewaltakte gegen Frauen gerechtfertigt, wie die Beschneidung oder die Zwangsehe. Auf der dritten Weltfrauenkonferenz vor zehn Jahren in Nairobi wurde deshalb der Slogan ausgegeben: Das Private ist politisch. Läuft man bei zuviel Rücksicht auf multikulturelle Sitten und Tabus nicht Gefahr, die Intoleranz zu tolerieren?

Nassiri: Genau das macht uns Maghreb-Frauen am meisten Angst. Was wir in Nairobi forderten, können wir heute schon nicht mehr öffentlich sagen. Einige Länder würden gern das Private wieder privat sein lassen. Das wäre ein enormer Rückschlag und ein Triumph für neokonservative Kräfte. Den Preis würden vor allem die Frauen des Südens zahlen. Das wäre das Ende einer Ära.

Ibrahim: Aber einige dieser Traditionen sind doch gut. Wir brauchen im Sudan zum Beispiel keine Altenheime, weil es für uns undenkbar wäre, unsere Eltern

im Alter nicht selbst zu versorgen. Und warum betrachten wir die Polygamie nicht einmal von der Warte der zweiten Frau aus? Es ist doch besser, geheiratet zu werden, als eine Affäre und womöglich ein uneheliches Kind zu haben.

Nassiri: Finden Sie, als erste Frau, das denn gut?

Ibrahim: Das ist mir lieber, als wenn er hinter meinem Rücken fremdgeht. Es gibt natürlich auch schlechte Traditio-

ral und durch größeren Respekt für die Würde des einzelnen lösen lassen.

SPIEGEL: Ist eine Stärkung der Frau im privaten wie öffentlichen Leben möglich, solange Glaubensführer Konferenzen und Gesetzgebung beeinflussen?

Kissling: Religionen haben sehr viel Positives in die Politik eingebracht. Um allerdings wirkungsvoller für die Verwirklichung von Gleichberechtigung einzutreten, müßten innerhalb religiöser In-

Nassiri: Meist handelt es sich dabei nicht um demokratisch gewählte Politiker, und oft sind die Standpunkte dieser Männer nicht repräsentativ für die Menschen, die sie zu vertreten vorgeben.

Ibrahim: Mich hat diese Konferenz in meinem Glauben bestärkt. Ich habe hier so viele Lesbierinnen gesehen und so viele Aufklärungsveranstaltungen über Abtreibung mitanhören müssen, daß ich froh bin, meine Religion zu haben.

SPIEGEL: Gemeinsam mit arabischen und asiatischen Muslimen haben Frauen aus den Maghreb-Staaten ein „Islamisches Parlament“ gegründet, das eine neue, egalitäre Familiengesetzgebung auf der Grundlage des Koran verabschiedet hat. Ist das nicht ein Beweis, daß Religion, Tradition und Menschenrechte sehr wohl vereinbar sind?

Nassiri: Noch ist das für uns eine Utopie, doch ohne sie wird es nie Veränderung geben. Unser „Parlament“ ist kein Tagtraum. Die Algerierinnen riskieren mit ihrer Unterschrift unter unsere Beschlüsse ihr Leben – und sind dennoch entschlossen, weiterzukämpfen.

Vollmer: Gilt denn das von Ihnen erarbeitete Programm als ketzerisch?

Nassiri: Noch nicht.

SPIEGEL: Christine Vollmer, Widad Ibrahim, die Koalition

zwischen konservativen Katholiken und moslemischen Fundamentalisten wird von Kritikern als „unheilige Allianz“ beschrieben. Fühlen Sie sich einander stärker verbunden als Ihren Glaubensgenossinnen?

Vollmer: Ich denke schon, daß wir, Widad und ich, mehr gemein haben. Aber ebensogut ließe sich hier eine „unheilige Allianz“ der Revisionisten ausmachen.

SPIEGEL: Können Sie sich trotz aller Differenzen auf gemeinsame Grundsätze und Ziele verständigen?

Nassiri: Schwer zu sagen. Auch mir ist die Familie wichtig, aber ich idealisiere sie nicht im gleichen Maße wie andere. Ich bin deswegen kein unmoralischer Mensch. Doch wie wollen wir Moral messen? Es gibt keine einzig wahre Moral.

Kissling: Konsens muß nicht sein. Was wir bei dieser Zusammenkunft erreicht haben, ist bereits ungeheuer viel. Ich habe im Verlauf dieses Gesprächs eine ganze Reihe meiner Vorurteile revidieren müssen. Es hat mir gezeigt, daß wir reifen und wachsen können wie Perlen in einer Auster: durch Irritationen.

SPIEGEL: Widad Ibrahim, Frances Kissling, Rabia Nassiri, Christine Vollmer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



L. GRINNER / CONTACT PRESS / FOCUS

Beschneidung eines Mädchens in Tansania: „Es gibt auch schlechte Traditionen“

nen, wie die Beschneidung von Mädchen. Vor ihnen können wir unsere Frauen nur schützen, indem wir ihnen bessere Ausbildungschancen gewähren.

Kissling: Mit Religion, Kultur und Tradition dürfen jedenfalls keine Praktiken gerechtfertigt werden, durch die Frauen mißbraucht werden. China hat auf dieser Konferenz allzu deutlich gemacht, daß es keine äußere Einmischung in seine Kultur duldet. Eine Eigenart dieser Kultur aber sind Zwangsabtreibungen. Wenn wir uns mit diesem Dokument verpflichtet hätten, religiöse, ethische, kulturelle Überzeugungen zu respektieren, ohne genauer zu definieren, was wir damit tolerieren, so hätte das sehr gefährliche Folgen haben können – Folgen, die selbst jene bereuen werden, die für eine solche Formel gekämpft haben.

Vollmer: Aber wir verbessern doch die Situation von Frauen nicht, indem wir Tradition und Religion abwerten, während wir abweichendes, für einige von uns unerträgliches Sexualverhalten aufwerten. Die Probleme, mit denen Frauen konfrontiert sind, wie die Verantwortungslosigkeit der Väter, wie Korruption und steigende Verbrechensraten, werden sich nur durch ein Mehr an Mo-

stitutionen mehr Frauen Schlüsselstellungen innehaben.

SPIEGEL: Und solange dies nicht der Fall ist, fordert Ihre Organisation, „Catholics for a Free Choice“, dem Vatikan den Teilnehmerstatus bei Uno-Konferenzen zu entziehen?

Kissling: Der Vatikan gehört nicht mit an den Tisch säkularer Regierungen. Wir wollen ihn nicht zum Schweigen

„Ich habe so viele Lesben gesehen, daß ich froh bin, meine Religion zu haben“

bringen; doch sollte er künftig an Konferenzen wie dieser nur noch als Nichtregierungsorganisation teilnehmen.

Nassiri: Der Vatikan ist nicht der einzige Staat, der die Religion zum Mittel seiner Politik macht. Ich kann nicht einsehen, warum Regierungsvertreter generell das Recht haben sollen, im Namen einer Religion zu sprechen . . .

Ibrahim: . . . weil dieses Dokument, weil Abtreibung, Gleichberechtigung und ähnliches nicht mit dem Islam vereinbar sind.

Kennedy-Mord

„Ohne allen Zweifel schuldig“

In den 30 Jahren nach den Schüssen von Dallas konnten bizarrste Verschwörungstheorien zum Kennedy-Mord immer neue Anhänger finden. Jetzt jedoch beschreibt US-Autor Norman Mailer in einer großen Biographie den Attentäter Lee Harvey Oswald als größtenwahnsinnigen Einzelgänger – Auszüge in einer neuen SPIEGEL-Serie.

Nach 2000 einschlägigen Büchern, nach unzähligen Artikeln, Seminaren, Symposien war es ein Film gewesen, der Amerikas Paranoia über den allzu früh dahingerafften Sonnenprinzen bündelte – Oliver Stones Drei-Stunden-Opus „JFK“. Es sei eine riesige Kabale gewesen, erfuhren die Filmbesucher. Nur ein gigantisches Komplott von Militärs und Geheimdienstlern, FBI-Agenten und Fummeltrinen, von Castro-Feinden, Dallas-Magnaten, Mafiagangstern sowie selbstredend auch von J. Edgar Hoover und Lyndon B. Johnson konnte dem Tod des jungen Präsidenten tragischen Sinn verleihen: Finstere Dämonen hatten dem Land die Zukunft geraubt.

Denn nach jenem 22. November 1963 war es bergab gegangen mit dem einst so stolz proklamierten Amerikanischen Jahrhundert; Vietnam und Watergate, Rezessionen und Malaisen waren über das Land gekommen. Hatte Kennedys Präsidentschaft die reichlich dröge Hauptstadt Washington in ein mythisches Camelot verwandelt (das selbst den Telefonistinnen des Weißen Hauses ein wenig vom Artus-Glanz verlieh), begeifern heute Radiomoderatoren den Regierungssitz als Reich des Bösen.

Stones Film von 1991 hatte eine Art schwarzen Trost gespendet. Jeder, der an der miserablen Gegenwart litt, hatte auf der Leinwand sehen können, wie Amerikas Traum von einer besseren Zukunft im Kugelhagel der rund um die Dealey Plaza postierten Verschwörer sterben mußte. Nur Historiker und unverbesserliche Kulturpessimisten warnen damals, daß der Film Wahrheit und Fiktion, Geschichte und Legende so heillos zu einem nationalen Trauma durcheinanderwirbele, daß die Vernunft auf der Strecke bleibe.

Die Sorge war überflüssig. Stones Pandämonium leitete paradoxerweise das Ende der Verschwörungstheorien ein. Über die Maßen provoziert, meldeten sich damals zum Beispiel die Pathologen des Präsidenten zu Wort und führten alles Gerede – und Gefilme – vom Tod im Kreuzfeuer ad absurdum. Bis-



US-Präsident Kennedy, Ehefrau (1961): Gigant mit Artus-Glanz

lang unwiderlegt konnte ein fleißiger Forscher namens Gerald Posner ein überzeugendes Buch mit dem frechen Titel „Fall abgeschlossen“ vorlegen.

Nun kommt ein weiteres Werk daher, über 600 Seiten gewichtig, das als der Weisheit letzten Schluß ebenfalls nichts anderes anbietet als jene Lösung, welche die Warren-Kommission, der noch immer vielgeschmähte offizielle Untersuchungsausschuß, schon vor 31 Jahren aufzischte. Auch Star-Autor Norman Mailer ist in seinem neuen Buch, das im Oktober in Deutschland erscheint, sicher, daß Kennedy-Attentäter Lee Harvey Oswald „ohne allen Zweifel schul-

dig ist und der einzige Akteur bei diesem Attentat war“.

Daß ausgerechnet Mailer, mittlerweile 72 und nach eigener Erkenntnis inzwischen „ein wenig weiser“, den bizarren Verschwörungstheorien im berühmtesten Mordfall des 20. Jahrhunderts ein Ende zu machen sucht, war nicht vor auszusehen und hat ihn selbst überrascht.

Kaum ein anderer US-Literat hat sich so häufig und liebevoll Amerikas Dämonen zugewandt wie der Chronist des Umbruchjahres 1968 („Nixon in Miami und die Belagerung von Chicago“), der Anatom privater und öffentlicher Ge-

walt („Das Lied vom Henker“) und der Mythograph der staatlichen Dunkelmänner vom Geheimdienst („Gespenster“). Warum sollte ausgerechnet er auf die dramaturgischen Vorzüge einer großangelegten Intrige verzichten?

Weil Mailer in 27 Büchern zuvor stets seine Vorliebe für das Unordentliche pflegte, die meist blutigen Konflikte von Außenseitern mit den Repräsentanten des Status quo beschrieb und die Parallelen von psychischer und sozialer Zerrissenheit aufzeigte, mußte ihn früher oder später der „Berg von Geheimnissen“ (Mailer) locken, der den Kennedy-Mord noch immer umgab.

Und wer, wenn nicht Mailer, wäre wohl geeignet gewesen, das Leben von Lee Harvey Oswald nachzuzeichnen, der gleichzeitig Marineinfanterist und Marxist war; der als Überläufer in der Sowjetunion um Aufnahme bat und ausgerechnet dort die Vorzüge des Individualismus predigte; der den Frauen nachlief und ihnen dann die Augen blau schlug; der die Welt in New Orleans von einem neuen Hitler befreien wollte und wenig später in Dallas den Präsidenten umbrachte; der ein armseliges Würstchen war und dem es doch gelang, die mächtigste Nation der Erde in eine tiefe Krise zu stürzen. Die Frage ist vielmehr: Warum hat Mailer diese beispiellose Biographie nicht schon viel früher geschrieben?

Weil es nicht ging. Denn die Keimzelle des neuen Werks sind jene Überwachungsprotokolle, die beharrliche KGB-Agenten Tag für Tag, Nacht für Nacht über Oswald anfertigten. Sie folgten dem Überläufer über zwei Jahre lang in Moskau und Minsk, auf dem Weg zur Arbeit, in die Restaurants und Theater. Sie fragten seine Freunde und Bekannten aus; und wenn er keine Anstalten machte, von sich aus neue Bekanntschaften zu schließen, dann schickten sie ihm eigene Gesprächspartner in den Weg. Sie lauschten seinen Gesprächen und beobachteten – durch ein Loch in der Wand – die banalen Streitigkeiten seiner jungen, schnell unglücklichen Ehe mit Marina Prusakowa.

Es war der Mailer-Mitarbeiter Lawrence Schiller, der schon vor 16 Jahren viele Hintergrund-Interviews für „Das Lied vom Henker“ geführt hatte (und



Waffenfetschist Oswald*: Halb Zorro, halb Don Quichotte



Ermordeter Kennedy*: „Absurdes Universum“

der in diesem Jahr dem Mordangeklagten O. J. Simpson als Ghostwriter zur Hand ging), welcher Mailer nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion darauf hinwies, daß die Oswald-Akten des KGB jetzt einzusehen seien. Ein halbes Jahr lang recherchierten die beiden in Moskau und Minsk, interviewten Oswalds Bekannte und Marinas Freunde – der „Tolstoi Amerikas“ (Schiller über seinen Koautor gegenüber russischen Gesprächspartnern) auf der Suche nach seinem Opus magnum.

* Oben: im April 1963 neben seinem Haus in Dallas; unten: Autopsie-Foto.

Erst als der erste Teil des Buchs im Konzept vorlag und naturgemäß keine Hinweise darauf liefern konnte, daß Oswald, dieser verhinderte Überläufer, später den amerikanischen Präsidenten umbringen würde, las sich Mailer noch einmal durch alle 26 Berichtsbände der Warren-Kommission, um dem geheimnisvollen Attentäter vielleicht doch noch auf die Schliche zu kommen. Er wollte die Frage entscheiden, ob der verhängnisvolle Königsmord nur einer Verquickung von tausend dummen Zufällen zu verdanken ist oder dem zielstrebigsten Wirken des Protagonisten.

Der Gedanke, „daß ein einzelner Kleiner einen Giganten inmitten seiner Limousinen, seiner Eskorten, des Getümmels und der Sicherheitsbeamten“ fällen konnte, war für Mailer ebenso unerträglich wie für viele seiner Landsleute. „Wenn eine solche Null den Führer der mächtigsten Nation der Erde auslöscht, dann leben wir in einem absurden Universum.“

Mailer will wissen, ob Absurdität oder Tragödie die Geschichte regiert hat. Doch gerade die Tragödie (beziehungsweise ihre reinigende, ordnende, sinnstiftende Katharsis) findet Mailer nicht, auch wenn er wiederholt das Gegenteil behauptet. Aus keinem anderen Grund tötet Oswald den Präsidenten als dem, daß sich die Gelegenheit dazu bot: Nichts anderes war passiert, als daß Kennedys Reiseplaner entschieden hatten, die Wagenkolonne des Präsidenten am Lagerhaus des texanischen Schulbuchverlages vorbei und durch das Schußfeld des Mörders zu leiten.

Meisterhaft jedoch, wie Mailer die tausend absurden Wendungen im Leben des Attentäters nachzeichnet. Der Zusammenprall zwischen dem tumblen Torren Oswald, der wenige Tage nach dem Ende seiner Militärkarriere beim großen Gegner in Moskau auftaucht, um sowjetischer Staatsbürger zu werden, und den mißtrauischen Behörden, die immer nur verhindern wollen, daß irgend etwas den sozialistischen Gang der Ereignisse stört, ist eine Komödie gegenseitigen Unverständnisses.

Wer Oswald jemals als Agenten kommunistischer Mächte gesehen hat, muß nun beschämt lesen, auf welch lachhafte

Werbeseite

Werbeseite

Weise sich „die Organe“ gegen das Eindringen des Fremdlings wehren. Und wie beleidigt die anonymen Machthaber sind, als schließlich auch ihren Spähern klar wird, daß sich Oswald für die kleinbürgerliche Nischen-Idylle der Chruschtschow-Jahre gar nicht interessiert.

Da wollen sie diesem Deserteur des kapitalistischen Systems das sozialistische Paradies zeigen, in dem es – damals noch – erschwingliche Wurst gab, Fleisch und Fisch, schwarzen und roten Kaviar, volle Konfektionsgeschäfte und importierte Schuhwaren. Nur, dieser komische Heilige will gar nichts von all dem wissen, will möglichst allein gelassen werden, hat keine Lust auf Paraden, stellt lieber den Frauen nach und predigt seinen Kollegen in der Minsker Radiofabrik die Freiheiten des Individuums.

Oswalds tumbe Wallfahrt durch eine Sowjetunion, in welcher die Erinnerung an den Nazi-Terror des Zweiten Weltkriegs und an Stalins Gulag-Regime noch lebendig sind, kontrastiert scharf mit der detaillierten Schilderung jener Freiräume, die der grauen Sowjetgesellschaft das Leben verschönern. So trifft der Ex-Marineinfanterist seine künftige Frau Marina beim Feierabendtanzen im Gewerkschaftshaus. Auch sie hat es auf Eroberung abgesehen – ausweislich ihrer hochgetürmten Brigitte-Bardot-Frisur und des roten chinesischen Brokatkleides.

Die liebevolle Schilderung der vom Terror der Vergangenheit und von der rigorosen Moral des Regimes gleichermaßen bedrohten Idylle ist ein Höhepunkt des Buches. In einer dreiteiligen Serie druckt der SPIEGEL vorab Auszüge aus der bisher weitgehend unbekanntem Moskauer und Minsker Odyssee des Attentäters.

Der zweite Teil des Buches, „Oswald in Amerika“, präsentiert sich dagegen gänzlich anders. Alle Fakten sind bekannt und längst schon an anderen Stellen veröffentlicht. Mailers Hauptquellen sind der Warren-Report („Ein am Strand verrottender Wal“) sowie das Doppelporträt „Marina und Lee“ der US-Autorin Priscilla Johnson McMillan.

Doch inzwischen sieht der Autor seinen Antihelden durch die Brille der Erkenntnisse aus der ehemaligen Sowjetunion, und so erscheinen die altbekannten Tatsachen in neuem, frischem Licht. Immer wieder unterbricht Mailer Os-

walds Lebensgeschichte, um darüber zu spekulieren, ob der sich an dieser oder jener Stelle mit finsternen Mächten, mit der Mafia, mit CIA-Renegaten, Exilkubanern oder anderen, zusammengetan haben könnte – Kräften, die allesamt ein Motiv hatten, dem Präsidenten nach dem Leben zu trachten.

Doch stets kommt Mailer zum selben Ergebnis: „Welches Szenario man sich auch zusammensetzt, es ist geradezu lachhaft anzunehmen, daß irgendwer innerhalb einer Verschwörung ihn als Schützen ausgesucht hätte.“

Was zu beweisen war: Unaufhörlich stapelt Mailer Detail auf Detail, so daß die an sich bekannte Geschichte des Killers völlig neue, unbekannt Stringenz erhält. Je tiefer Oswald in der Erfolglosigkeit kurzer Aushilfsjobs versinkt, je mehr seine Ehe mit Marina zum Schlachtfeld

bes Jahr später schießt Oswald um so genauer.

Dann gibt es Oswald, den selbsternannten Rächer. Auf dem Balkon seiner Wohnung in New Orleans kniet er nachts, schiebt sein Gewehr durch das Gitter und zielt auf ahnungslose Passanten. Daß er den Abzug mit einem leisen Klicken bei ungeladener Waffe durchzieht, empfindet er wohl als eine vorerst leider notwendige Beeinträchtigung seiner Omnipotenzenphantasien.

Marina, die stille Dulderin, muß ihn mit diesem Gewehr und mit einem Revolver, der im Holster steckt, fotografieren. Ganz in Schwarz hat sich Oswald für diese Gelegenheit gekleidet – und präsentiert sich halb als Zorro, halb als Don Quichotte.

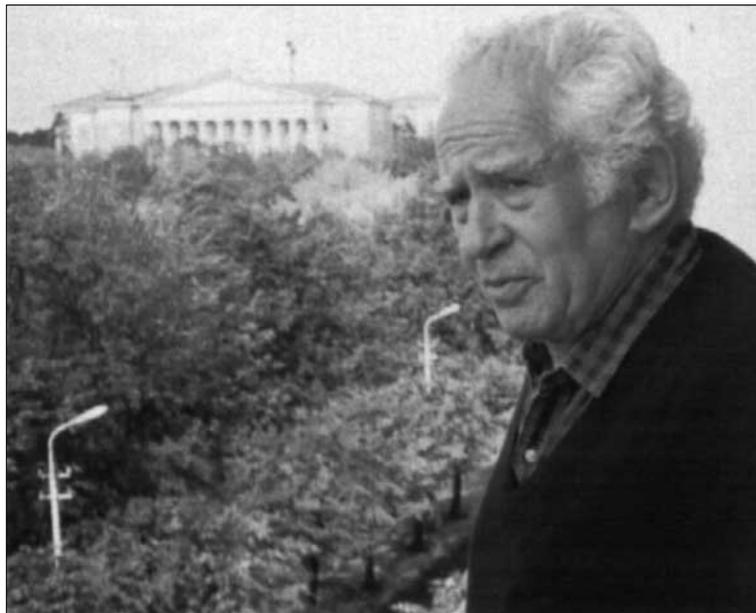
Für Mailer besteht kein Zweifel: Der Mann, der seiner Frau befiehlt, ihn wie ein kleines Kind zu baden, und sie, wenn sie anschließend das Handtuch vor der Badewanne ausgebreitet hat, sagen läßt: „Mein Prinz, du kannst jetzt herauskommen“, dieser Mann sieht sich selbst als Bewegter von Welten, als Feldmarschall der Geschichte auf einer Ebene mit Hannibal, Napoleon oder Lenin.

„Alle Einblicke, die wir in ihn nehmen konnten“, schreibt Mailer, „weisen ihn als absoluten Einzelgänger aus.“ Unvorstellbar, daß dieser selbsternannte Kriegsherr sein Gewehr, unzweifelhaft die Tatwaffe, irgend jemandem ausgeliehen haben könnte.

Und so führt Mailer die Leser hinauf in den fünften Stock des Texas School Book Depository, läßt sie zusehen, wie der Attentäter mit Buchkartons sein Schützennest einrichtet. Er zeigt, wie sich die Präsidenten-Karawane nähert, und läßt sie vor den tödlichen Schüssen schnell einmal durchs Zielfernrohr blicken.

Zum Schluß der Biographie, lange nachdem der kleine Mann mit den stets zusammengekniffenen Lippen und dem leicht säuerlichen Körpergeruch seinerseits von einem zukurzgekommenen Rächer erschossen wurde, muß sich der Leser dann doch mit der tausendfach belegten Absurdität der ganzen Geschichte abfinden, gegen die nicht einmal Mailer anschreiben konnte.

Dann ist er allerdings auch bereit, die karge Erklärung hinzunehmen, warum Kennedy sterben mußte: „Es war die größte Gelegenheit, die Oswald geboten worden war.“



Autor Mailer in Minsk 1992*: Eine völlig neue Stringenz

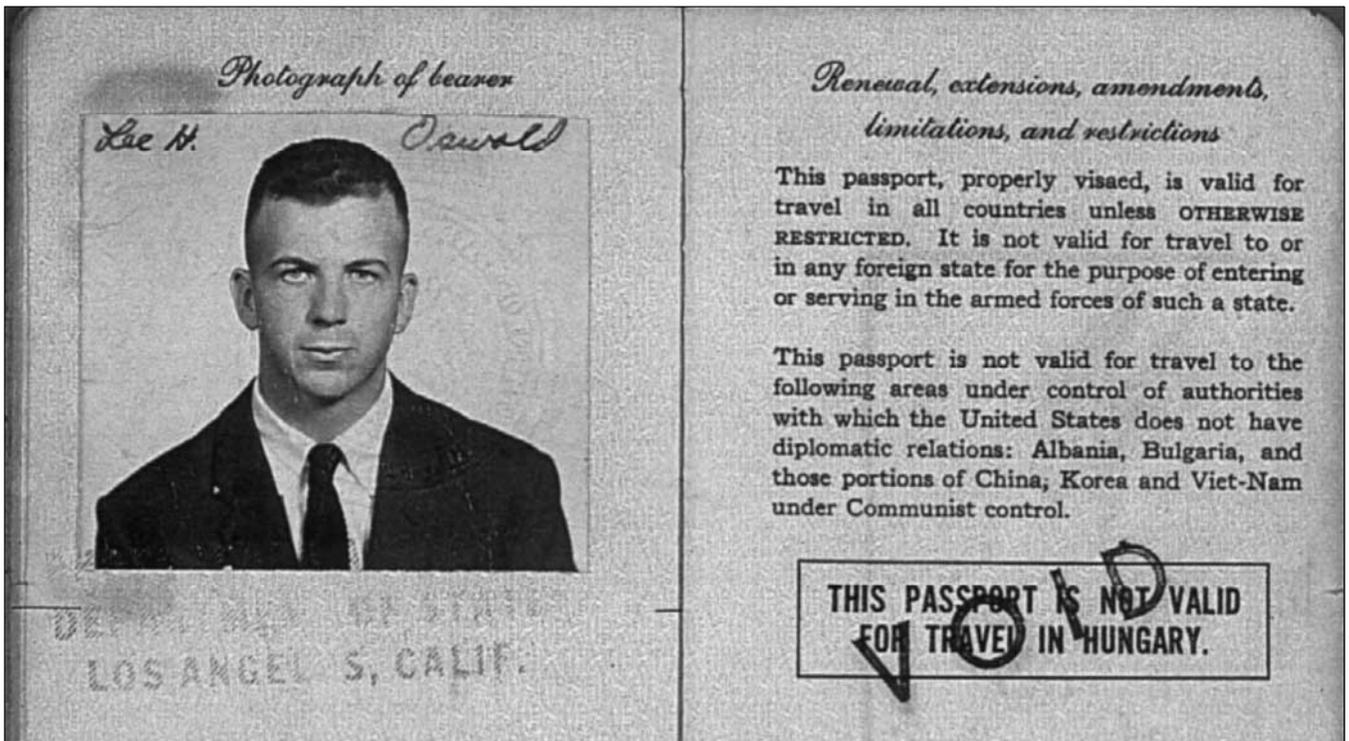
verkommt, desto größer und glorreicher wird das Bild, das Oswald von sich selbst entwirft:

Da ist Oswald, der Faschisten-Jäger. Mit seinem neu erworbenen Mannlicher-Carcano-Gewehr, Kaliber 6,5 Millimeter, per Post von der Firma Klein's Sporting Goods aus Chicago geliefert, liegt er Anfang April 1963 hinter dem Haus des US-Generals Edwin Walker auf der Lauer und wartet auf die Gelegenheit zum tödlichen Schuß. Walker ist ein Rechtsradikaler, Mitglied der berüchtigten John Birch Society und für Oswald ein neuer Hitler, den man ausrotten muß, bevor er Schaden anrichten kann. Doch der erste auf einen Menschen gerichtete Schuß aus diesem berühmtesten Gewehr der Welt verpaßt sein Opfer, weil eine Fenster-sprosse die Kugel ablenkt. Ein gutes hal-

* Auf dem Balkon der Wohnung, in der Oswald vom März 1960 bis Mai 1962 lebte.

Werbeseite

Werbeseite



NATIONAL ARCHIVES

Oswald-Paß*: „Von diesem Tag an betrachte ich mich nicht mehr als Bürger der USA“

„Ein süßer Tod mit Geigen“

Was Lee Oswald in der Sowjetunion trieb, bevor er Kennedy erschöß (I) / Von Norman Mailer

Aus Oswalds Tagebuch:
 16. Oktober 1959. Ankunft aus Helsinki per Zug; von Intourist-Vertreter abgeholt und im Auto ins Hotel Berlin gebracht. Trage mich als Student mit fünftägigem De-Luxe-Touristen-Arrangement ein. Treffe meine Intourist-Führerin Rimma Schirakowa.

Rimma spricht noch immer gern Englisch. Es sei inzwischen zwar etwas eingerostet, sagt sie uns, aber wenn wir wollten, könne sie das Gespräch ganz auf englisch führen. Das Jahr 1957 sei für die russischen Menschen ein wirklich aufregendes Jahr gewesen. In Moskau hatte nach gründlicher Vorbereitung ein Festival stattgefunden, das dem Aufbau zwischenmenschlicher Beziehungen zwischen Ausländern und Moskauern dienen sollte.

Dieses Ereignis habe den größten Einfluß auf den Kurswechsel in der Sowjetunion gehabt, erklärt sie. Rimma hatte als Studentin des Moskauer Fremdspracheninstituts Gelegenheit gehabt, eine Menge neuer Leute kennenzulernen und mit vielen Ausländern zu sprechen.

Freiheit wurde in jenem Jahr großgeschrieben, betont Rimma, in ihrem steifen und etwas geschraubt klingenden Englisch. Die Kontakte zwischen jungen Ausländern und jungen Russen verliefen wunderbar. Das sprach sich im Ausland herum, und so mußte Intourist all die Reisen und Visa organisieren. Intourist stellte auch viele Füh-

rer ein, und so sei sie zu diesem Job gekommen.

Es gab intensive Schulungskurse für die neuen Touristen-Betreuer. Die meisten Kursteilnehmer waren Kommilitonen des Fremdspracheninstituts. Nur wer wie sie über ein exzellentes Wissen verfügte und es auch vermitteln konnte, habe eine feste Anstellung bekommen.

Im August 1959 fand in Moskau eine große Messe statt. Rimma hatte 17 Männer zu betreuen. Es waren die Gouverneure der 17 amerikanischen Südstaaten. Sie hatten sich selbst als „Boys“ vorgestellt. 17 „Big Boys“ also, und alle hatten eine Kamera. Der russische Mensch war in jenen Tagen überzeugt, daß Amerikaner mit ihrer Kamera zusammengewachsen waren.

Rimma, gerade 22 Jahre alt, sah gut aus, war schlank und hatte blondes Haar. Außer Englisch sprach sie auch Arabisch. Zu ihrer beruflichen Routine gehörte, daß sie sich jeden Morgen in der Intourist-Zentrale im National einfand. In diesem Hotel wurden den Führern die täglichen Listen



Oswalds Intourist-Führerin Schirakowa (1959) Abschied unter Tränen

* Von Oswald am 31. Oktober 1959 in der Moskauer US-Botschaft abgegeben.
 1995, Herbig Verlag, München.

der Touristen, die in Moskau eintrafen, ausgehändigt.

Am 16. Oktober 1959 wurde Rimma einem Mann zugeteilt, dem sie fünf Tage lang Moskau zeigen sollte. Er war nicht nur in der De-Luxe-Klasse angekommen, er hatte die ganze Reise de Luxe gebucht. Nur reiche Leute wählten ein solches Arrangement. Die Allerreichsten! Wer konnte es sich schon leisten, als Einzelreisender fünf Tage de Luxe in Moskau zu verbringen? Also war sie auf einen bestimmten Typ gefaßt, einen Gentleman wie die Gouverneure aus den 17 Südstaaten, die im übrigen nicht de Luxe, sondern nur Erste Klasse gebucht hatten. De Luxe bedeutete zwei Zimmer, eine veritable Suite. Fraglos mußte es sich um einen eindrucksvollen Mann mittleren Alters handeln. Um etwas ganz Besonderes!

Als sie ihn jedoch in der Halle des Hotels Berlin abholte, stand sie einem mageren jungen Mann mittlerer Größe gegenüber, der einen dunkelblauen, dreiviertellangen Übergangsmantel aus billigem Material, Militärstiefel und dicke Socken trug. Nach ihrer Auffassung durfte jemand, der de Luxe reiste, nicht so aussehen, ganz gewiß nicht! Und dieser Bursche war blaß, sehr blaß. Sie hatte den Eindruck, daß er düster und nervös dreinschaute – jawohl, nervös, sehr nervös.

Sie stellte sich vor und skizzierte das Tagesprogramm. Bei Intourist gab es Exkursionsprogramme für Gruppen, aber in diesem Fall war sie allein mit diesem De-Luxe-Burschen, dem eine Extrawurst gebraten werden mußte. Also schlug sie ihm eine Sightseeing-Tour vor. Der junge Amerikaner sprach ruhig und gelassen, aber fürs erste schien es ihr, als ob eine gläserne Wand zwischen ihnen wäre.

Er schien kein einziges Wort Russisch zu verstehen. Rimma legte ihm in Englisch dar, daß er Karten für dieses oder jenes Theater haben könne, und sie ging mit ihm eine Liste durch, wo sie überall hinfahren könnten. Aber er zeigte keinerlei Interesse an Ausflügen. An diesem ersten Vormittag machten sie in einem Volvo mit Chauffeur eine Besichtigungsfahrt durch Moskau und hielten an verschiedenen Punkten, zuletzt auf dem Roten Platz. Eineinhalb Stunden lang hatte Rimma einen Monolog geführt. Er hatte sie nicht unterbrochen und auch keine Fragen gestellt. Was für ein sonderbarer De-Luxe-Tourist.

Am Ende der Vormittagstour kehrte er ins Hotel Berlin zurück, wo er sein Mittagessen allein einnahm. Rimma hatte vor, ihm am Nachmittag den Kreml zu zeigen. Daraus wurde nichts. Er wollte lieber reden. Also gingen sie spazieren. Eigentlich war er ganz nett. Allmählich begann er aufzutauen. Es war ein warmer Herbsttag, sie setzten sich auf eine Bank, und er wiederholte: „Wenn es Ihnen

nichts ausmacht, möchte ich nichts besichtigen.“

Das war nicht gegen die Regeln; es war zulässig, wurde allerdings nicht besonders gern gesehen. Er erzählte, daß er aus Texas komme, bei der Marineinfanterie gedient habe und unbedingt die Sowjetunion habe kennenlernen wollen. Er habe gelesen, daß das russische Volk ein gutes, nützliches und außerordentlich friedvolles Leben führe.

Rimma war in jener Zeit eine große Patriotin, eine leidenschaftliche sogar, wie sie uns versichert. „Selbstverständlich ist unser Land das beste“, sagte sie ihm, „und Sie hatten völlig recht, daß Sie hergekommen sind.“

Sie fand es toll, daß er ihr Land liebte, aber sie sei völlig perplex gewesen von dem, was er dann zur Sprache gebracht hätte. Er fing davon an, wie schrecklich doch der Krieg sei, weil dabei unschuldige Menschen getötet würden. Schließlich kam er damit heraus, daß er sich mit dem Gedanken trage, nicht in die Vereinigten Staaten zurückzukehren. Er sehe keinen Sinn darin. Sein Entschluß stand fest: Er wollte hierbleiben.

Was er als Gründe angab, erschien ihr plausibel. Seine Mutter habe sich wieder verheiratet und interessiere sich nicht

„Er ist als Tourist gekommen, und er hat Tourist zu bleiben“

mehr für ihn. Keiner in Amerika sei an ihm wirklich interessiert. Und als er im Fernen Osten gedient habe, habe er so viel Leiden, so viele Tote gesehen, und alles gehe auf das Konto der Vereinigten Staaten. Sein Land schüre ungerechte Kriege, an denen er sich nicht länger mitschuldig machen wolle. Er vermittelte ihr den Eindruck, daß er für sein Land in schrecklichen Kämpfen den Kopf hatte hinhalten müssen. Dabei wirkte er auf sie sympathisch und glaubwürdig.

Er sagte, daß er die russische Staatsbürgerschaft erwerben wolle. Dies sei aus seiner politischen Sicht das richtige Land für ihn.

Rimma war schockiert. Das war keine einfache Situation. Niemand hatte in den Vorbereitungskursen jemals über eine solche Möglichkeit gesprochen.

Also half sie ihm, einen Brief an den Obersten Sowjet zu schreiben, und sorgte dafür, daß er zugestellt wurde. Als sie allerdings anschließend die Geschichte ihrer Vorgesetzten berichtete, war die alles andere als glücklich: „Was haben Sie angestellt? Er ist als Tourist gekommen, und er hat Tourist zu bleiben.“

Alexander Simtschenko war einer der Chefs des OWIR, des Amtes für Paß- und Ausländerangelegenheiten, Direk-

tor der USA/Kanada-Abteilung. Jahrzehnte später, immer noch einiger Brocken Englisch mächtig, erklärt er uns zum Fall Oswald: „Ich kann Ihnen versichern, daß das KGB auch bei Intourist die Puppen tanzen ließ. Wenn die sich erkundigten: ‚Was ist Ihr Eindruck über den Touristen Soundso?‘ konnte man nicht sagen: ‚Ich habe keine Lust, mich darüber auszulassen.““

Alexander hatte bereits einige Erfahrung mit Ausländern sammeln können, die auf Teufel komm raus Staatsbürger der Sowjetunion werden wollten. 99 Prozent hatten nicht alle Tassen im Schrank. Er erzählt uns von dem Anruf eines Polizisten auf dem Roten Platz: „Da ist eine Amerikanerin, die vor dem Lenin-Mausoleum Flugblätter verteilt.“ Alexander sagte: „Bringen Sie sie in mein Büro. Und vergessen Sie die Flugblätter nicht.“ Darauf stand auf russisch: „Liebe Bürger der Sowjetunion: Helfen Sie mir, die russische Staatsbürgerschaft zu bekommen.“

Alexander teilte ihr mit, daß sie sich mit ihrem Begehren an die Botschaft in Washington wenden müsse, und sie sagte: „Das habe ich ja, und dort wurde mir gesagt: ‚Gehen Sie nach Rußland, und Intourist wird Ihnen weiterhelfen.““ Also klärte Alexander sie auf, daß Intourist lediglich für Touristen zuständig sei, die sich auch wie Touristen benähmen.

Was solche Fälle betraf, hatte Alexander häufig Kontakt mit dem KGB. Trotzdem hatte er nie einen Offizier persönlich getroffen – da war immer nur die Stimme am Telefon.

Den Namen Lee Harvey Oswald hörte er zum erstenmal, als er einen Anruf be-

kam, daß ein junger Amerikaner russischer Staatsbürger werden wolle.

Dann betrat der Amerikaner lächelnd sein Büro, bekleidet mit einem kurzen schwarzen Parka und einem Rollkragenspullover, ohne Kopfbedeckung. Dafür trug er eine silberne Kette mit eingraviertem Namen und einen Ring mit einem Stein. Offensichtlich ein ungewöhnlicher Fall. Für Alexander war das ein heißes Eisen, er sprach nur kurz mit dem Mann und forderte ihn dann in aller Höflichkeit auf, wieder zu gehen.

Oswald sagte, er wolle in der Sowjetunion bleiben, weil er sich mit Alexanders Land geistesverwandt fühle; er habe Lenin, Stalin, Zeitungen, Zeitschriften usw. gelesen. Alexander nahm dies nicht sonderlich ernst. Also beschränkte er sich auf die Mitteilung: „Wir können hier wirklich nichts für Sie tun.“

Daß Lee Oswald routinemäßig zu ihm geschickt wurde, bedeutete, daß niemand am Verbleib des Touristen Oswald interessiert war. Alexander ging davon aus, daß das KGB mehr wisse als er und daß dies nicht sein Job sei.

Am nächsten Vormittag fragte Lee seine Betreuerin Rimma: „Glauben Sie, daß ich die Erlaubnis bekomme, hierzu bleiben?“ und Rimma sagte ihm, daß sie keine Ahnung habe. „Aber was mich betrifft, werde ich alles tun, um Ihnen zu helfen.“ Sie sei wie eine Schwester zu ihm gewesen, versichert sie uns. Er war in einer so schwierigen Situation; er brauchte doch jemanden.

Der nächste Tag war ein Sonntag, der dritte Tag seines Besuchs und sein Geburtstag, der 18. Oktober. Aus seinem Paß wußte sie, daß er 20 geworden war, aber er sah jünger aus. Sie schenkte ihm ein Buch, Dostojewskis „Der Idiot“. Und sie besuchten Lenins Mau-

soleum auf dem Roten Platz. Keine besondere Reaktion seinerseits. Er wartete auf Nachricht, aber es rührte sich nichts. Auch am Montag nicht.

Ihre Berichte schrieb sie weiter. Seit sie wußte, daß er bleiben wollte, erstattete sie jeden Nachmittag Rapport bei den zuständigen Leuten. Das war sehr wichtig für sein Schicksal, beteuert sie.

Am Dienstag abend dann wurde ihr mitgeteilt, daß sein Ansuchen abgelehnt worden sei. Eine so schlechte Nachricht konnte sie ihm nicht gleich überbringen. Sie wartete bis zum nächsten Vormittag, dem Tag, an dem sein Visum ablief. Er

„Das ist ein Schock! Ich beschließe, allem ein Ende zu machen“

war geschockt. Sie versuchte vergebens, ihn zu beruhigen. Er verbrachte den ganzen Vormittag in tiefer Depression. Für den Nachmittag konnte sie ihn wenigstens zu einem Ausflug überreden.

Sie wartete unten im Hotel auf ihn; normalerweise war er pünktlich. An diesem Nachmittag wartete sie vergebens. Um halb drei war sie so beunruhigt, daß sie ohne Erlaubnis nach oben fuhr. Als sie aus dem Aufzug trat, sagte die Etagenaufsicht zu ihr: „Er muß noch auf seinem Zimmer sein, denn ich habe seinen Schlüssel nicht.“

Rimma sagte: „Kommen Sie mit.“ Sie klopfen. Keine Reaktion. Der Schlüssel steckte von innen, und die Etagenaufsicht konnte deshalb mit ihrem Reserveschlüssel nicht öffnen. Sie holten jemand vom Sicherheitsdienst zu Hilfe, und ein hoteleigener Schlosser kam ebenfalls. Doch auch der Schlosser hatte Schwierigkeiten. Schließlich warfen sich die Männer mit solcher Wucht



Moskauer Paßamtchef Simtschenko (1958), Zeitzeuge Simtschenko (1995): „Oswald war ein heißes Eisen“

gegen die Tür, daß sie beide ins Wohnzimmer fielen. Da war niemand.

Darauf gingen die Männer ins Badezimmer. Rimma weiß nicht, wo sie ihn fanden, in der Badewanne oder auf den Fliesen; sie konnte es vom Flur aus nicht sehen und wollte es auch gar nicht. Die Männer kamen wieder heraus und sagten: „Rufen Sie einen Krankenwagen.“ Rimma ging hinunter zum Telefon, und kurz darauf sagte ihr ein Polizist: „Er hat sich die Pulsadern aufgeschnitten – alte italienische Methode.“

Als sie ihn auf einer Tragbahre herausbrachten, sah sie, daß er angezogen war und seine Kleider trocken waren. Er lag bewußtlos auf der Trage, und sie setzte sich im Krankenwagen neben ihn.

Die Fahrt dauerte etwas, denn sie waren ins Botkin-Krankenhaus eingewiesen worden, für Rimma eines der besten in ganz Moskau. Es war ein ganzes Stück vom Hotel Berlin entfernt, aber die Ärzte waren besonders gut, und es gab eine spezielle Abteilung für Diplomaten und andere Ausländer. Als sie ankamen, wurden sie allerdings in eine geschlossene Station für Russen gebracht – die psychiatrische Abteilung.

In der Aufnahme hatten sie Lee auf eine fahrbare Trage gelegt und ihm eine Spritze gegeben. Nachdem er verarztet worden war, schlug er seine Augen auf und wußte erst nicht, wo er war. Sie sprach beruhigend auf ihn ein: „Alles in Ordnung, wir sind in der richtigen Abteilung, machen Sie sich keine Sorgen.“ Sie streichelte sein Haar. Er schaute sie an, aber er lächelte nicht. Über dem linken Handgelenk trug er einen Verband.

Aus Oswalds Tagebuch:

21. Oktober, 6 Uhr abends. Erhalte die Nachricht, daß ich heute abend um 8 Uhr das Land nach Ablauf meines Visums verlassen muß. Das ist ein Schock! Meine Träume! Ich ziehe mich in mein Zimmer zurück. Ich habe noch 100 Dollar. Ich habe zwei Jahre auf das Visum gewartet. Meine kühnsten Träume sind zunichte gemacht.

7 Uhr abends. Ich beschließe, allem ein Ende zu machen. Tauche meine Hand in kaltes Wasser, um die Schmerzen zu betäuben. Schlitze dann mein linkes Handgelenk auf. Tauche dann das Handgelenk in Badewanne mit heißem Wasser. Ich denke: Wenn Rimma um acht kommt und mich tot findet, wird es ein großer Schock sein. Irgendwo ertönt eine Geige, während ich zusehe, wie mein Leben wegspült. Ich denke mir: Wie einfach ist sterben und: ein süßer Tod mit Geigenmusik. Um acht Uhr findet mich Rimma bewußtlos (das Badewasser ist prächtig rot gefärbt) und läuft weg, um Hilfe zu holen. Die Ambulanz kommt, ich werde ins Krankenhaus gebracht, wo mein Handgelenk mit fünf Stichen genäht wird. Die arme Rimma steht mir als Dolmetscherin zur Seite (mein Russisch ist immer noch sehr

schlecht), bis tief in die Nacht. Ich sage ihr: „Gehen Sie nach Hause.“ Ich bin schlechter Stimmung, aber sie bleibt. Sie ist meine „Freundin“. Sie hat einen starken Willen. Erst in diesem Moment fällt mir auf, daß sie hübsch ist.

Die Moskauer Ärztin will nicht namentlich genannt werden, aber sie bestätigt uns ohne Vorbehalt, daß sie im Botkin-Krankenhaus Dienst gehabt habe, als Oswald am 21. Oktober um vier Uhr nachmittags eingeliefert wurde. Nicht abends, nachmittags um vier Uhr. Heute ist sie fast 70 und erinnert sich noch sehr wohl an jenen Tag.

Es war keine ernste Verletzung, sagt sie. Nicht viel mehr als ein Kratzer. Oswald war sehr schnell wieder auf den Beinen. Er blieb nicht einmal einen Tag im Bett. Als sie zur Untersuchung gekommen sei, habe er lebhaft mit anderen auf der Station geplaudert, wenngleich in sehr schlechtem Russisch. Wenn er Russe gewesen wäre, hätte er nicht bleiben dürfen. Ambulante Versorgung und ab nach Hause.

Was die psychiatrische Diagnose betreffe, habe sie einen Patienten übli-

Leider konnte er nichts, und Geld hatte er auch keines mehr

cherweise über seinen familiären Hintergrund und andere Umstände befragt. Dann ging sie dem Motiv nach: Warum wollte er Selbstmord begehen? Und versuchte, seine Stimmung einzuschätzen. Die Menschen waren entweder dankbar, daß sie gerettet worden waren, oder ärgerlich. Was Oswald betraf, seien solche Fragen unnötig gewesen, denn er hatte keinen echten Versuch unternommen. Ganz eindeutig wollte er etwas demonstrieren. Er wollte in Moskau bleiben. Er sagte sogar: „Ich habe Angst zurückzugehen.“ Aber warum, das sagte er nicht. Im Bericht eines weiteren Arztes ist zu lesen: „Hat den definitiven Wunsch, in der Sowjetunion zu bleiben. Keine psychosomatischen Störungen und ist nicht gefährlich.“

Rimma fand ihn am nächsten Tag in derselben Abteilung, sitzend, offenbar in Ordnung. Seine Zimmergenossen beruhigten sie sogleich: „Machen Sie sich keine Sorgen. Wir passen auf Alik auf; er ist ein guter Junge.“ Es war ihr Vorschlag gewesen, daß er sich nun Alik nannte. Lee klang so gar nicht russisch.

Wieder verbrachte sie den ganzen Tag bei ihm und ging nicht ins Büro. Sie nahm auch an, daß die Behörden nun ihre Meinung ändern und etwas unternehmen würden. Sie mußten einfach. Sie konnten ihn doch nicht sterben lassen.

Werbeseite

Werbeseite



P. KASSIN

Moskauer Botkin-Krankenhaus: Oswald wurde in die psychiatrische Abteilung eingeliefert

Als Alexander im Paßamt die Neuigkeiten über Oswald erfuhr, regte er sich schrecklich auf. Gesetzt den Fall, daß dieser junge Mann das Gefühl hatte, nicht zurückkehren zu können, weil jemand in den Staaten hinter ihm her war – was war dann?

Aus Oswalds Tagebuch:

22. Oktober. Ich bin mit Rimma allein, allein unter den Geisteskranken. Sie macht mir Mut und schilt mich aus. Sie sagt, daß sie mich in eine andere Abteilung verlegen lassen will . . . (nicht für Verrückte), wo das Essen gut ist.

23. Oktober. In eine normale Abteilung verlegt. (Gute Luft, gutes Essen.) Aber die Krankenschwestern begegnen mir mißtrauisch. (Sie wissen Bescheid.)

Mittwoch, 28. Oktober. Verlasse das Krankenhaus und fahre mit Rimma im Intourist-Auto zum Hotel Berlin. Ziehe später ins Hotel Metropol um. Rimma teilt mir mit, daß das Büro für Paß- und Ausländerangelegenheiten mit mir über meine Zukunft sprechen will.

Später holt mich Rimma mit dem Auto ab, und wir gehen in das Büro, wo vier Beamte auf mich warten (kenne keinen von ihnen). Sie fragen, wie es mit meinem Arm geht, ich sage o.k. Sie fragen: Wollen Sie in Ihre Heimat zurück? Ich sage nein, ich will die sowjetische Staatsbürgerschaft. Sie sagen, daß man sehen werde . . . Sie machen sich Notizen. „Welche Papiere haben Sie, um sich auszuweisen, wer und was Sie sind?“ Ich gebe ihnen meine Entlassungspapiere vom Marinekorps. Sie sagen: „Warten Sie auf unseren Bescheid.“ Ich frage: „Wie lange?“ – „Es wird dauern.“

29. Oktober. Hotel Metropol, Zimmer 214. Ich warte. Ich bin beunruhigt. Ich esse einmal und bleibe sonst am Telefon. Ich bleibe voll angezogen.

31. Oktober. Mein Entschluß steht fest. Um 12 Uhr bekomme ich meinen Paß und spreche ein paar Minuten mit Rimma. Sie sagt: „Bleiben Sie auf Ihrem Zimmer, und essen Sie ordentlich.“ Ich erzähle ihr nicht, was ich vorhabe. Nachdem sie ge-

gangen ist, warte ich ein paar Minuten und nehme dann ein Taxi. „Zur amerikanischen Botschaft“, sage ich. Um halb eins komme ich an, gehe hinein und sage der Empfangsdame: „Ich möchte den Konsul sprechen.“ Sie deutet auf ein großes Buch und sagt: „Wenn Sie Tourist sind, tragen Sie sich bitte ein.“ Ich lege meinen amerikanischen Paß auf den Schreibtisch. „Ich bin gekommen, um meine amerikanische Staatsbürgerschaft aufzugeben“, sage ich sachlich.

Sie steht auf und geht in das Büro von Richard Snyder, dem amerikanischen Geschäftsträger in Moskau. Er fordert mich auf, Platz zu nehmen. Er tippt ei-



UPI/BETMANN

US-Konsul Snyder (1960)
„Er nennt mich einen Narren“

nen Brief zu Ende und fragt mich dann, was er für mich tun kann. Ich sage ihm, daß ich mich entschlossen habe, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen, und deshalb meine amerikanische Staatsbürgerschaft rechtsgültig aufgeben möchte. Sein Sekretär McVickar schaut von seinen Papieren auf.

Snyder notiert persönliche Daten, stellt Fragen. Snyder warnt mich, irgendwel-

che Schritte zu unternehmen, bevor die Russen mich akzeptieren, nennt mich einen Narren und sagt, daß die Ausfertigung der Papiere einige Zeit in Anspruch nehmen wird. (Mit anderen Worten, er weigert sich, meine Aufkündigung der US-Staatsbürgerschaft auf der Stelle zu unterschreiben.) Ich stelle fest: „Mein Entschluß steht fest. Von diesem Tag an betrachte ich mich nicht mehr als Bürger der USA.“ Ich verbringe 40 Minuten in der Botschaft, bis Snyder schließlich sagt: „Falls Sie nicht den Wunsch haben, uns Ihre marxistischen Glaubenssätze auseinanderzusetzen, können Sie jetzt gehen.“ – „Ich möchte die Staatsbürgerschaft aufgeben.“ Er sagt so etwas wie: „Nicht heute.“

Ich verlasse die Botschaft, durch die Kraftprobe in gehobener Stimmung, und kehre in mein Hotel zurück. Ich spüre, daß ich meine Energie nicht umsonst eingesetzt habe. Ich bin sicher, daß die Russen mich nach diesem Treuebeweis akzeptieren werden.

2. bis 15. November. Tage äußerster Einsamkeit. Ich empfangе keine Reporter und nehme keine Anrufe an. Ich bleibe in meinem Zimmer. Ich werde von Ruhr geplagt.

Im Metropol war es Rimma gestattet, auf Oswalds Zimmer zu gehen. Sie hatte neue Direktiven bekommen, als handle es sich um einen ganz neuen Fall. Sie war nun voll verantwortlich für ihn. Er war kein Tourist mehr. Sie nahmen die Sache ernst und er ebenso. Warum war sein Problem noch nicht gelöst? Er war äußerst nervös.

Ihre Beziehung wurde zwangsläufig enger. Er versuchte sie zu küssen, aber das wollte sie nicht. Man konnte wegen so etwas seinen Job verlieren. Und das wäre die Sache nicht wert gewesen, ganz gewiß nicht.

Aus Oswalds Tagebuch:

16. November. Ein russischer Beamter besucht mich und fragt mich, wie es

mir geht. Teilt mir mit, daß ich in der UdSSR bleiben kann, bis irgendeine Lösung für meine Zukunft gefunden ist.

Die Tage kamen und gingen, und noch immer keine Entscheidung. Rimma verbrachte jeden Arbeitstag mit ihm.

Jedesmal wenn sie über ihn mündlich Bericht erstattete, wurde dieselbe Frage gestellt: „Was kann er, um sich sein Brot zu verdienen?“ Leider konnte er nichts, und Geld hatte er auch keines mehr.

Ihr Chef sagte Rimma, der Amerikaner müsse aus seinem guten Zimmer ausziehen. Er bekam eine viel kleinere, sehr bescheidene Kammer zugewiesen. Immer tiefer rutschte er seit seinem De-Luxe-Start. Tiefer hieß in diesem Fall, daß es nach oben ging. Höhere Etage, kleineres Zimmer.

Endlich, Ende Dezember 1959, unmittelbar vor Silvester, wurde Rimma ins Hauptbüro von Intourist gerufen und informiert, daß Oswald nach Minsk geschickt werde. Als sie ihm die Nachricht überbrachte, war er so enttäuscht, daß er in Tränen ausbrach. Er wollte in Moskau leben und nicht in Minsk, aber gleichzeitig war er glücklich, daß er in der Sowjetunion bleiben durfte, glücklich und erleichtert.

Er hatte keine Ahnung, wo Minsk war. Er hatte nie davon gehört. Rimma sagte ihm, daß es eine gute Stadt sei.

Aus Rimmas Sicht mußte er noch sehr kindlich gewesen sein, als er in Amerika den Plan faßte, nach Rußland zu gehen, aber in der letzten Zeit schien es ihr, als sei er erwachsener geworden. Er habe sogar verstanden, daß Rimma nicht einfach ihren Job aufgeben und mit ihm gehen konnte.

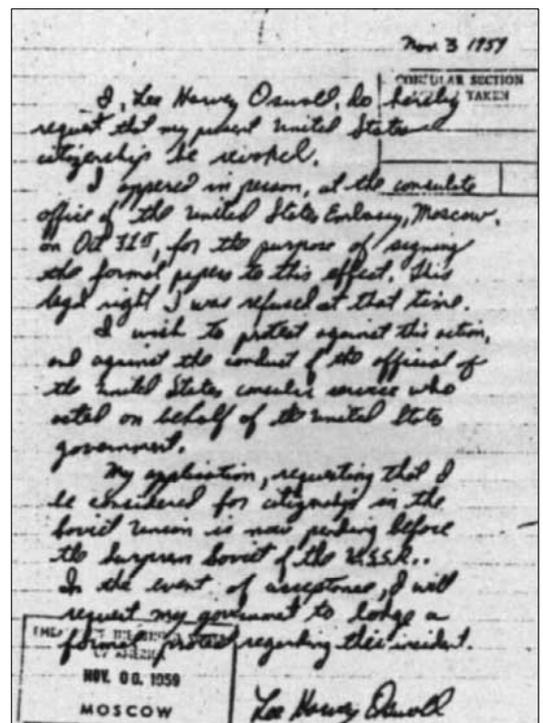
Aus Oswalds Tagebuch:

7. Januar. Ich verlasse Moskau im Zug Richtung Minsk, Belorußland. Meine Hotelrechnung belief sich auf 2200 Rubel, die Zugkarte nach Minsk kostete 150 Rubel, also bleibt mir eine Menge Geld und Hoffnung. Ich habe meiner Mutter und meinen Brüdern Briefe geschrieben, in denen ich ihnen mitteilte: „Ich wünsche in Zukunft keinen Kontakt mehr mit Euch. Ich beginne ein neues Leben und möchte nicht die geringste Verbindung zu früher.“

Rimma erinnert sich, daß es an dem Tag, als er nach Minsk fuhr, schneite. Beim Abschied weinte er, und sie weinte ebenfalls. Aber sie schrieb ihm nicht. Es war bei Intourist selbstverständlich, daß die Mädchen mit den Touristen, die sie begleitet hatten, nicht in brieflichem Kontakt blieben. Rimma konnte dieses ungeschriebene Gesetz nicht brechen.

Wie Igor Iwanowitsch Gusmin in seiner Jugend ausgesehen haben mochte, läßt sich 1993 nicht einmal mehr erahnen, denn seine Erscheinung unterstreicht, was er war – ein pensionierter General des KGB, ein voluminöser alter Mann mit einem großflächigen roten Gesicht, das einem irischen Polizeichef in New York hätte gehören können, eindrucksvoll von der scharfgeschnittenen Nase aufwärts, mit hellblauen Augen, die vor Geradlinigkeit blitzen, aber korrupt vom Mund abwärts – schütterer Kinnbart und gedunsener Bullennacken.

Gusmin, Jahrgang 1922, hatte von 1946 bis 1977 für das KGB in Minsk gearbeitet. Ursprünglich von der Moskauer Zentrale abkommandiert, um „die



Oswald-Schreiben an US-Botschaft*
„Treuebeweis für die Russen“

Kader auf Vordermann zu bringen“, hatte er sich schließlich zum Chef der Abteilung Belorußland hochgedient. Nach dem Großen Vaterländischen Krieg hatte sein Büro eine Reihe von „Säuberungen“ durchgeführt. Die Gesellschaft mußte von Kollaborateuren, faschisti-

* „Ich, Lee Harvey Oswald, bitte hiermit, daß meine gegenwärtige amerikanische Staatsbürgerschaft aufgehoben wird. Am 31. Oktober suchte ich persönlich das Konsulat der amerikanischen Botschaft in Moskau auf, um die hierfür erforderlichen Papiere zu unterzeichnen. Dieses gesetzliche Recht wurde mir damals verweigert. Ich möchte gegen diese Aktion und gegen das Verhalten des amerikanischen Konsularbeamten protestieren, der im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten handelte. Der Antrag, in dem ich um die Staatsbürgerschaft in der Sowjetunion nachsuche, ist jetzt vor dem Obersten Sowjet der UdSSR anhängig. Im Fall seiner Annahme werde ich meine Regierung bitten, einen förmlichen Protest hinsichtlich dieses Vorfalles einzulegen.“

schen Spionen und anderen Dunkelmännern befreit werden. Eine Heidenarbeit für Gusmin und Genossen, mit der sie erst 1953 fertig geworden seien.

Allerdings kann sich Igor Iwanowitsch an keinen Fall erinnern, der auch nur im entferntesten die Probleme aufgeworfen hätte, die sich mit Oswalds Ankunft ergaben.

Bevor Oswald im Januar 1960 zum ständigen Aufenthalt nach Minsk geschickt wurde, waren schon einige Berichte auf Igors Schreibtisch gelandet, so daß er auf dem laufenden war. Seine Aufgabe beschränkte sich darauf, herauszufinden, ob Lee Harvey Oswald das war, was zu sein er vorgab.

In einem der Gusmin überlassenen Dokumente stand, daß auf höchster Ebene beschlossen worden war, Oswald nach seinem Selbstmordversuch die Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen, selbst auf die Gefahr, daß dieser Versuch nur inszeniert war.

Gusmin hatte den geeigneten Spürhund zur täglichen Überwachung zur Hand – Stepan Wassiljewitsch Gregorjef, einen intelligenten, effizienten Mann. Stepan war in Belorußland geboren und kannte sich mit allen Sitten, Gebräuchen und anderen Eigenheiten hier aus. Noch ausschlaggebender war seine Professionalität.

„Unsere Offiziere“, erklärt uns Igor, „kennen keine Dienststunden. Stepan konnte rund um die Uhr auf dem Posten sein, wenn es der Fall verlangte. Das Vorgehen war effizient: Stepan hatte Igor Bericht zu erstatten, der seinerseits mit dem Chef der Gegenspionage in Belorußland Kontakt aufnahm, worauf dieser Offizier die Meldung an die Moskauer Zentrale durchgab. Die Überwachungskette hatte also nur drei Glieder bis zur Spitze in Moskau.“

Igor Iwanowitsch erläuterte uns, warum es im Fall Oswald eine so hohe Aufmerksamkeit und Geheimhaltungsstufe gab. Eine erste Analyse in Minsk hatte gegensätzliche Hypothesen geliefert. Da mußte man zum Beispiel Oswalds Dienst als Marineinfanterist in Betracht ziehen. Die Leute von der Gegenspionage gingen fest davon aus, daß CIA und FBI ihre Kader aus Marines rekrutierten. Außerdem hatte Oswald durchblicken lassen, daß er Erfahrung mit Elektronik und Radar habe. Solche



Russisch-Schüler Oswald in Minsk, Lehrerin (1960): Suche nach verdächtigen Fortschritten

NATIONAL ARCHIVES

Kenntnisse waren im Nachrichtendienst gewiß nicht unerwünscht.

Die zweite Variante ging davon aus, daß er in der Tat prokommunistisch, daß er Marxist war. Allerdings enthüllte die nähere Überprüfung, daß er in der marxistisch-leninistischen Theorie alles andere als ein großes Licht war. Das erweckte Mißtrauen.

Zum dritten mußte man sich Gewißheit darüber verschaffen, daß die Amerikaner ihn nicht im Russischen gedrillt hatten und er seine Kenntnisse lediglich verhehlte. Das war schwierig festzustellen, konnte aber anhand der Entwicklung seiner Sprachfertigkeit kontrolliert werden. Sein Russischlehrer mußte also in der Lage sein, zu entscheiden, ob Oswald von Lektion zu Lektion verdächtige Fortschritte machte oder im entgegengesetzten Fall mit echten Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.

Aber es gab noch eine vierte Möglichkeit. Vor kurzem hatte das KGB damit begonnen, bei einem anderen Land die gesetzlichen Möglichkeiten abzuklopfen, seine Agenten legal in diese Nation einzuschleusen. Igor mußte also einen Gegenzug in Erwägung ziehen. Hatte ein amerikanischer Geheimdienst Oswald geschickt, um den Toleranzgrad der offiziellen sowjetischen Stellen zu testen? War er eine Art Versuchsballon, um herauszubekommen, wie man am besten Maulwürfe einschleusen konnte?

Trotz all dieser Mutmaßungen wurde Oswald schließlich, rein menschlich gesehen, auch als potentieller Immigrant

betrachtet. Es mußte also dafür gesorgt werden, ihm gute Bedingungen zu schaffen, so daß er vom Leben in der Sowjetunion nicht enttäuscht wurde. Minsk eignete sich gut dafür. Um 1960 hatte es einen Lebensstandard aufzuweisen, dessen sich die kommunistische Gesellschaft nicht zu schämen brauchte. Und es war eine Stadt, wo auf der Straße genug Leben herrschte, um seine Überwachung relativ problemlos zu organisieren.

Kurzum, die Observation war gründlich und minuziös vorbereitet. Die KGB-Männer hatten ein komplexes Problem zu bewältigen: Einerseits durfte ihnen nicht das geringste verdächtige Moment in Oswalds Verhalten entgehen, andererseits durfte seine persönliche Freiheit nicht allzusehr beschnitten werden. Sie waren zwar außerordentlich interessiert, mit ihm persönlich zu reden, aber angesichts ihres Operationsziels – war er ein Spion, oder war er keiner? – mußten sie auf diese Möglichkeit verzichten. Direkter Kontakt würde ihren Versuch, ihm seine wahren Beweggründe mit raffinierten Methoden zu entlocken, scheitern lassen.

Im nächsten Heft

Als Arbeiter in einer Radiofabrik – Freundschaft mit dem Sohn eines Luftwaffengenerals – Das KGB überwacht den Amerikaner auf Schritt und Tritt – Alarmierende Verdachtsmomente bei der Kaninchenjagd – Unglücklich verliebt in eine rothaarige Jüdin

Werbeseite

Werbeseite

Südafrika

Pantoffeln und Tränen

Die Ehe zwischen Nelson Mandela und seiner Frau Winnie soll geschieden werden. Will Südafrikas großer alter Mann wieder heiraten?

Desmond Tutu plauderte wieder einmal frei von der Seele weg: „Madiba“, so der Erzbischof in einem Interview über seinen Freund Nelson Mandela, „braucht jemanden, der ihm seine Pantoffeln bringt und an dessen Schulter er sich ausweinen kann.“

Zwar mußte sich der populäre Kirchenmann für solche „sexistischen“ Worte bei den empörten Frauen des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) entschuldigen. Die wollten sich nicht „als Pantoffel-Bringerinnen“ verunglimpfen lassen. Die Seelenlage des südafrikanischen Präsidenten scheint der Kirchenfürst jedoch auf den Punkt gebracht zu haben.

Der einsame Präsident und die treulose exzentrische Gattin; Mandela, der große Versöhner der Nation, der es nicht schafft, in seine eigene Familie



H. MABUZA

Machel-Witwe Graça: Neue „Seelenpartnerin“?

Harmonie zu bringen: das ist Gesprächs- und Spekulationsthema Nummer eins am Kap.

Seit Anfang des Monats der Anwalt des südafrikanischen Präsidenten Winnie Mandela per Gerichtsbeschluss die Scheidungsunterlagen zustellen ließ, ist klar: Die legendäre Ehe zwischen Südafrikas großem altem Mann und der unbeugsamen und so schwierigen Winnie

ist nach 37 Jahren endgültig gescheitert.

Bei all den Sorgen, die den südafrikanischen Präsidenten plagten – Streikwellen in den Krankenhäusern, Rassenunruhen an Schulen und Universitäten, wachsende Gewalt in KwaZulu/Natal –, er wird nun auch noch sein Privatleben vor dem Scheidungsrichter ausbreiten müssen. Denn Winnie Mandela hat eine gütliche Einigung bereits abgelehnt.

Als die beiden Heroen des Anti-Apartheid-Kampfes im Jahre 1956 einander begegneten, war Mandela 38 Jahre alt – ein prominenter Führer im Widerstand gegen die Rassentrennung. Die bildhübsche Nomzamo Winnifred Madikizela, 22, hatte ihr Examen als Südafrikas erste schwarze Sozialarbeiterin gemacht.

Nur vier Jahre war das Paar zusammen, dann ging Mandela in den Untergrund; ab 1962 saß er im Gefängnis. Die Briefe, die die beiden in Mandelas Haftjahren tauschten, rührten die Welt. Winnie, die treu zu ihrem Mann hielt und tapfer Widerstand leistete, wurde selbst zum Idol.

Aber der jahrelange Psychoterror der Geheimpolizei, Einzelhaft und Verbannung hinterließen tiefe Spuren. Winnie Mandela umgab sich mit gewalttätigen Leibwächtern, wurde immer härter und herrschsüchtiger.

Als der Volksheld am 11. Februar 1990 im Triumph aus dem Gefängnis kam, war Winnie an seiner Seite. Damals war ihr Mythos aber bereits verblaßt. Ob in ihrem Township, wo sie sich ein luxuriöses Privatdomizil bauen ließ, oder in den Rängen des gerade wieder zugelassenen ANC – an Winnie Mandelas Extravaganzen schieden sich die Genossen: Während ihre Widersacher vor ihrer politischen Unberechenbarkeit und vor ihrem Machthunger warnten, himmelten die militanten Jugendlichen in den Elendssiedlungen sie geradezu an.

Nelson Mandela, ständig gequält von Schuldgefühlen, daß seiner jungen Frau der Mann und den beiden Töchtern über all die Jahre der Vater gefehlt hatte, ließ seine Gattin auch dann nicht fallen, als sie wegen Beihilfe zur Kindesentführung und schwerer Körperverletzung vor Gericht stand.



ACTION PRESS

Nelson Mandela, Ehefrau Winnie (1990)
„Hoffe, Sie können meinen Schmerz nachfühlen“

Erst als Winnie Mandela wegen dubiosen Finanzgebarens von ihrem Posten als Chefin des Sozialreferats der Organisation zurücktreten mußte und überdies ihre Affäre mit einem fast 30 Jahre jüngeren Mann ans Licht kam, wandte sich Madiba tief gekränkt von der großen Liebe seines Lebens ab. „Ich hoffe, Sie können meinen Schmerz nachfühlen“, beendete der ANC-Patriarch die Pressekonferenz, auf der er im April 1992 die Trennung verkündete.

Der offene Bruch mit ihrem Mann, dem Friedensnobelpreisträger, hielt die unermüdete Winnie allerdings nicht davon ab, auch weiterhin First Lady zu spielen und politisch Karriere zu machen: Daß sie bei der ersten demokratischen Wahl im April 1994 ins Parlament kam und wenig später auch noch Vorstandsmitglied des ANC sowie Präsidentin von dessen einflußreicher Frauenliga wurde, verdankt sie ihren Anhängern an der Basis. Auf dem Posten der stellvertretenden Ministerin für Kultur, Wissenschaft und Technologie konnte sie sich jedoch nur ein knappes Jahr halten: Präsident Mandela feuerte sie, um „die Disziplin in der Regierung zu sichern“.

Das hat der Popularität der heute 60jährigen, die sich mit Vorliebe in farbenprächtige westafrikanische Gewänder kleidet, nicht geschadet. Winnie Mandela spricht aus, was viele schwarze Südafrikaner denken, die enttäuscht sind vom neuen Südafrika: „Wir haben die Ämter erobert, aber nicht die

Macht“, ist eine der Parolen, mit denen sie auf politischen Meetings, Streikveranstaltungen und Beerdigungen die Regierung geißelt. Damit trifft Winnie Mandela einen Nerv: Zunehmend klagen schwarze Südafrikaner ihren Präsidenten an, den früheren Herren des Landes zu sehr entgegenzukommen.

Sie nehmen noch gelassen hin, daß Nelson Mandela im Trikot der „Springboks“ den Weltmeistertitel der weißen südafrikanischen Rugby-Nationalmannschaft zum Einheitsappell nutzte. Doch als der südafrikanische Präsident Mitte August in der rein weißen Enklave Orania mit Betsie, der Witwe des Apartheid-Architekten Hendrik Verwoerd, Tee trank und dann auch noch die Statue ihres Mannes besuchte, war für viele das Maß voll. „Es ist“, so der Journalist Dele Olojede im *Sunday Independent*, „als wenn Jizchak Rabin eine Statue Adolf Hitlers ehren würde.“

Mandela hat erkannt, daß er nur mit einem Versöhnungskurs an die internationale Finanzhilfe und die Wirtschaftsverbindungen herankommt, die das kriselnde Südafrika dringend braucht – gerade wieder jetzt beim Besuch des deutschen Bundeskanzlers, der ihn vor dem Parlament in Kapstadt lobte.

Kürzlich lud Mandela gleich zehn Witwen früherer Apartheid-Politiker und ermordeter Freiheitskämpfer in seine Residenz „Mahlamba Ndlophu“ (Dämmerung des neuen Tages) nach Pretoria, und die Spekulationen begannen: Sucht er unter den Witwen des Landes eine neue „Seelenpartnerin“ (Tutu)?

Die Reihe der prominenten Frauen, mit denen Südafrikas Präsident in Verbindung gebracht wird, ist ansehnlich: Coretta King, der Witwe des US-Bürgerrechtlers, Amina Chachalia, der Witwe eines südafrikanischen Anti-Apartheid-Kämpfers indischer Abstammung, und jüngst Graça Machel, der Witwe des mosambikanischen Präsidenten Samora Machel, der 1986 bei einem mysteriösen Flugzeugabsturz über südafrikanischem Territorium starb.

Nelson Mandela, dessen ANC-Guerillakämpfer im benachbarten Mosambik lange Jahre Unterschlupf fanden, ist tatsächlich mit Graça Machel, 50, befreundet und seit dem Absturz Samora Machels Patenonkel ihrer drei Kinder. Doch die schlanke Frau, die sich im Rahmen von Unicef für die Belange der Kinder und Frauen engagiert, will offiziell von einer neuen Ehe nichts wissen. „Ich heirate nie wieder“, erklärte sie letzte Woche in Radio Maputo. Aber die Gerüchte, der Präsident befinde sich auf Freiersfüßen, wollen in der südafrikanischen Presse nicht verstummen – Favoritin der Blätter: Frau Machel.

Winnie Mandela gibt sich gelassen: „Von mir aus kann der Präsident zusammenleben, mit wem er will.“

Albanien

Plötzlich sterben

Im ärmsten postsozialistischen Land Europas tobt ein erbitterter Machtkampf der Wendehäule.

Noch bin ich fit und kerngesund“, beteuerte der Mann in schwarzer Robe erregt gestikulierend. „Sollte ich demnächst plötzlich sterben, dann fragt den Präsidenten Berisha, wie das geschah.“

Albaniens ranghöchster Jurist Zef Brozi, Vorsitzender des Kassationsgerichts in Tirana, redete sich so richtig in Rage. Am Morgen, so empörte er sich vor eilends zusammengerufenen Journalisten, habe eine Polizistenmeute sein Gericht umstellt, Personal am Betreten des Gebäudes gehindert, Richter mißhandelt, einen Kollegen gekidnappt und sich auch noch an ihm selbst vergriffen, als er gegen diese Übergriffe einschreiten wollte.

„So etwas“, entrüstete sich der oberste Hüter des Gesetzes, „haben wir hier nicht einmal zu Enver Hodschas Zeiten erlebt.“

Die Erinnerung an die zäheste stalinistische Diktatur in Osteuropa – aus deren Stall übrigens beide Kontrahenten kommen – war in der zweiten Septemberwoche ein Höhepunkt im Konflikt zwischen Staats- und dritter Gewalt in jenem postsozialistischen Land, das als letztes den Weg zur Demokratie gefunden hatte.

Dabei geht es nur vordergründig um eine Auseinandersetzung zwischen Exekutive und Justiz. In Wahrheit ist es ein Kampf um die Macht im Staat.

Präsident Sali Berisha, 51, als privilegierter Stipendiat des alten Regimes in Paris zum Mediziner ausgebildet und bis zum Leibarzt des Diktators aufgestiegen, hatte sich nach dem ersten Aufmucken von Dissidenten 1990 zum quicken Wendehals gemausert, der den Kommunismus fortan eine „schwere Krankheit“ nannte.

1992 erzielte er in seinem Wahlkreis Kavaje für die von ihm geführte Demokratische Partei ein an alten Braucherinnerndes Ergebnis von 98 Prozent. Das Parlament wählte ihn zum ersten



Präsident Berisha: Offener Krieg mit dem höchsten Richter

Präsidenten des demokratischen Albanien.

Auf seinen Vorschlag ernannte die Volksvertretung auch den ihm aus gemeinsamen Uni-Zeiten bekannten Juraprofessor Zef Brozi zum Vorsitzenden des Kassationsgerichts. Zum Bruch zwischen den beiden Aufsteigern kam es, als Berisha im Vorjahr eine auf seine Person maßgeschneiderte Verfassung durchdrücken wollte.

Der Entwurf konzentrierte die Macht beim Präsidenten, stärkte die Polizeibefugnisse und sah sogar den Einsatz der Armee bei inneren Konflikten vor. Da im Parlament die dafür notwendige Mehrheit nicht zu erreichen war, wollte Berisha sein Werk per Volksabstimmung absegnen lassen.

Das brachte nicht nur die von den Wende-Sozialisten geführte Opposition gegen den sich immer autoritärer gebärdenden Staatschef auf. Auch Oberrichter Brozi verdamnte den „Verfassungsputsch“.

Gegen alle Erwartungen verlor Berisha die Volksabstimmung: 54

Prozent der Wähler lehnten den Entwurf ab. Brozi sorgte für weitere Niederlagen des Staatschefs. Er nutzte ein neues Strafrecht, um verurteilte Politiker des alten Regimes vorzeitig aus der Haft zu entlassen, darunter Albanien's letzten KP-Chef und Präsidenten Ramiz Alia.

Als abzusehen war, daß auch Ex-Premier Fatos Nano freikommen könnte, der 1994 in einem umstrittenen Verfahren wegen Korruption zu zwölf Jahren verurteilt worden war, setzte die Kampa-

gne gegen den widerborstigen Richter ein. Denn der zum Märtyrer hochstilisierte Nano hätte gute Aussichten, mit seinen Sozialisten die Wahlen im nächsten Jahr zu gewinnen – angesichts des Elends im Lande, das am Tropf karger Auslandshilfe hängt und ansonsten vom Schmuggel lebt: Waren aus Griechenland, Benzin nach Rest-Jugoslawien, Flüchtlinge nach Italien.

Unter allen Umständen will der Präsident verhindern, die Macht dann mit einer ihm feindlich gesinnten Regierung zu teilen. Richter Brozi wurde kommunistischer Umtriebe beschuldigt; drei seiner Kollegen setzte der Justizminister wegen ehemaliger Dienste für die Sigurimi, Albanien's Stasi, ab. Das wiederum prangerte der Oberrichter als Gesetzesbruch an, forderte den Rücktritt des Ministers und warf Berisha „Willkürherrschaft“ vor.

In den bis Mitte September zum „offenen Krieg“ (*Gazeta Shqiptare*) verschärften Konflikt wurden auch Diplomaten hineingezogen. Von der Opposition um Hilfe gegen die „Belagerung“ des Kassationsgerichts gebeten, schoben die Ausländer nächtens vor Brozis Haus Wache, um seine Verhaftung zu verhindern.

Auch der US-Botschafter setzte sich für den Richter ein. Das war besonders peinlich für den Präsidenten, da der vergangene Woche zum Staatsbesuch nach Washington flog, um – im Austausch für Stützpunktrechte der US-Luftwaffe im Bosnien-Einsatz – mehr Wirtschaftshilfe zu erbitten.

Geheimdienstagenten überwachen den rebellischen Richter weiter rund um die Uhr. Als Brozi seine Warnung vor Gefahr für Leib und Leben aussprach, lauerten die Spitzel mit Richtmikrofonen und Videokameras in einem hellen Opel vor dem Haus.



Richter Brozi

S. KOGELFRANZ / DER SPIEGEL

GAMMA / STUDIO X

„Barfuß, aber mit Rüstung“

Profifußballer sind Produktionskapital, das nicht brachliegen darf: Bei Verletzungen werden weder Kosten noch Mühen gescheut, Spieler schnellstens fit zu machen. Über 30 Millionen Mark wandte die Berufsgenossenschaft im vorigen Jahr für die Profiklubs auf. Jetzt rebellieren die Vereine gegen die erhöhten Gefahrstarife.



Verletzter Bundesliga-Spieler Chapuisat: Gesundheitssystem des Profifußballs vor dem Zusammenbruch

Mutig warf Torhüter Oliver Kahn seine 87 Kilo Körpergewicht dem herannahenden Stürmer entgegen. Doch plötzlich war auch Teamkollege Markus Babbel im Weg. Ihre Beine verhakelten sich, Sekundenbruchteile später war es um Kahns rechtes Knie geschehen: Kreuzbandriß – der GAU eines jeden Fußballspielers.

Doch nach nur 147 Tagen stand der ehrgeizige Hüne wieder im Bundesligator des FC Bayern, *Bild* glaubte an ein „medizinisches Wunder“.

Oliver Kahn war nicht in Lourdes. Für seine schnelle Heilung sind modernste Therapiemethoden verantwortlich. Täglich fünf Stunden arbeitete Kahn an seiner Genesung, ein Physiotherapeut war immer dabei. Der Profi, kurz zuvor für fünf Millionen Mark dem Karlsruher SC abgekauft, erhielt – koste es, was es wolle – eine medizinische Optimalbehandlung: Den Löwenanteil der Rechnung zahlte die Berufsgenossenschaft.

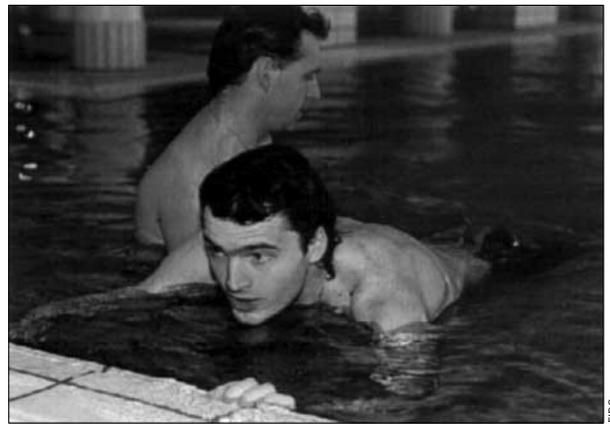
Die Wunder werden teurer. In den nächsten Tagen versickert die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG) drastisch erhöhte Versicherungsbescheide: Alle Bundesliga-, Zweitliga- und Regionalligaklubs müssen rückwirkend ab Januar 1995 rund 600 Prozent mehr Beiträge an die gesetzliche Unfallversicherung abführen – für den FC Bayern steigt der Tarif von 500 000 auf 3 Millionen Mark. Die VBG, vermutet Wolfgang Loos, Geschäftsführer des 1. FC Köln, wolle mit dieser „Frechheit den

Profifußball kaputtmachen“.

In Wahrheit, so argumentiert die VBG, habe es die Bundesliga selbst zu verantworten, daß ihr Gesundheitssystem vor dem Kollaps steht: Immer mehr Verletzungen, immer aufwendigere Therapieformen und die Raffke-Mentalität vieler Klubs beim Abrechnen medizinischer Leistungen haben die Unfallkosten in fünf Jahren um das Dreifache steigen lassen. Für 31,2 Millionen Mark ließen sich die Profis im vorigen Jahr reparieren und rehabilitieren, kassierten Verletztengeld oder bezogen Rente – dem standen Beitragszahlungen von gerade mal 12,2 Millionen Mark gegenüber: ein Mißverhältnis, das die Arbeitgebervertreter der anderen in der VBG versammelten Branchen zuletzt immer vehementer anprangerten.

Lange verzichtete die VBG „aus politischen Gründen“ auf an sich nötige Beitragsanpassungen – weil die Sportvereine einem gesellschaftlich guten Zweck („Sport ist gesund“) dienten, blieben sie verschont.

Angesichts der in Millionenhöhe gestiegenen Spielergehälter mochten nun vor allem die Vertreter der Banken und



Rekonvaleszent Chapuisat

An der Behandlung verdient der Klub mit

Versicherungen „diesen Fußballzirkus nicht länger subventionieren“. Die „prosperierenden Unterhaltungsbetriebe“ (ein VBG-Mann) bekamen eine um das Sechsfache höhere Gefahrklasse.

Nicht ohne Grund: Allein in der vier Monate dauernden Hinrunde der vorigen Saison erlitten die Bundesliga-Cracks 71 schwere Verletzungen, darunter 24 Muskelfaserrisse, 7 Kreuzbandrisse und 7 Bänderverletzungen am Fuß. Im Vergleich zum Baugewerbe kommen Kicker sechsmal häufiger zu Schaden.

Über die Ursachen sind sich Sportärzte und ihre Patienten einig. Das Spiel sei so schnell, sagt Nationaltorwart Kahn, „da kommen die koordinativen Fähigkeiten der Spieler nicht mehr mit“.



BONGARTS

Verletzter Bundesliga-Spieler Kahn: „Diesen Fußballzirkus nicht länger subventionieren“



SVEN SIMON

Rekonvaleszent Kahn

„Neun von zehn Profis kriegen wir wieder hin“

In der Leistungsgesellschaft Bundesliga werden zudem die Zweikämpfe rücksichtsloser denn je ausgefochten; die Konkurrenz innerhalb der Mannschaften führt dazu, daß die Spieler schon im Training ordentlich hinlängen. Ständig werden neue Turniere erfunden und Wettbewerbe aufgebläht; Nationalspieler kommen im Jahr leicht auf 60 Einsätze.

In keiner anderen Berufsgruppe, sagt die VBG-Direktorin Manuela Gnauck-Stuwe, „gehören Unfallschäden so immanent zum Alltag wie im Profifußball“. Am liebsten würde die Leiterin des Bereichs Prävention die Kicker „in Rüstungen stecken und barfuß spielen lassen“, doch einstweilen sind die Verhältnis-

se ungefähr so, als könnten Formel-1-Teams ihre Rennwagen Vollkasko versichern lassen.

Fußballer sind Produktionskapital, das darf nicht brachliegen. Während früher bei einer Knieverletzung erst das Abschwellen abgewartet werden mußte, kann heute mittels Kernspintomographie eine Diagnose schon Stunden nach dem Unfall gestellt werden. Diese Art der Röntgen-Schichtaufnahme kostet rund 1200 Mark, aber sie kann die Heilbehandlung um drei Tage verkürzen.

Bedeutete noch vor zehn Jahren „ein Kreuzbandriß meist das Karriereende“, sagt Physiotherapeut Bernd Restle, der in Düsseldorf ein Reha-Zentrum betreibt, „kriegen wir heute neun von zehn Profis wieder hin“: eine Quote, die nur mit High-Tech-Geräten erreichbar sei, „und die kosten echtes Geld“. So erfordert ein geflicktes Knie im Schnitt 60 000 Mark Reha-Kosten.

Das Geld spielte bislang keine Rolle. Denn die Berufsgenossenschaft hat neben der gesetzlichen Pflicht, „mit allen geeigneten Mitteln den Verletzten wiederherzustellen“, auch ein wirtschaftliches Interesse, daß die Profis rasch genesen: Ab der siebten Woche muß die VBG als Lohnfortzahlung Verletzengeld zah-

len, meist den Höchstsatz, knapp 10 000 Mark monatlich. Mehr noch fürchtet sie die Berufsunfähigkeit des Spielers. Dann summieren sich Rente und Umschulung nicht selten auf eine halbe Million.

Am glücklichsten können sich Spieler schätzen, die beides erlangen: Fitneß und Rente. Die VBG zahlte 37 228 Mark für die Behandlung einer Kreuzbandruptur am Knie des Mönchengladbacher Profis Thomas Hoersen, weitere 37 289 Mark erhielt er an Verletzengeld. Heute gehört Hoersen, 23, zur Stammelf der Borussia – für sein operiertes Knie bezieht er eine Verletztenrente von 1088,80 Mark monatlich.

Während noch vor zehn Jahren viele Klubs gar nicht wußten, zu welchen Leistungen die VBG verpflichtet ist, wird sie heute ausgenutzt, als wäre sie ein medizinischer Selbstbedienungsladen. In der Bundesliga wähnt Werder Bremens Vereinsdoktor Karl Meschede „Ärzte am Werk, die sich besser in der Gebührenordnung auskennen als in ihrem Arztfach“. Oft laute das Motto: „Darf's ein bißchen mehr sein?“

Ulrich Mann, Mannschaftsarzt des Hamburger SV, brüstet sich sogar damit, seinem Klub empfohlen zu haben, „alle Heilbehandlungen, auch Verstauchungen oder Prellungen, der VBG in Rechnung zu stellen“. Mit dem Tip habe er die Vereinskasse „erheblich entlastet“. Und während Werder Bremen jährlich für 16 000 Mark Verbandsmaterial anschafft, läßt sich der HSV „jeden Meter Tape“, mit denen der Masseur die angeschlagenen Knöchel der Profis bandagiert, von der VBG erstat-

Werbeseite

Werbeseite

ten. Mann: „Das sind durch Berufsausübung entstandene Schäden.“

Der jüngste Trend sind vereinseigene Reha-Einrichtungen. Natürlich ist es effektiver, wenn die medizinische Versorgung gleich neben dem Trainingsgelände erfolgt. Daß sich Klubs als Gesellschafter beteiligen, hat jedoch auch wirtschaftliche Gründe: Reha-Kliniken sind lukrativ. Wenn Borussia Dortmund bei der Firma Orthomed seinen knieverletzten Stürmer Stéphane Chapuisat behandeln läßt, verdient der Meisterklub – Ball paradox – über seine Teilhaberschaft mit.

Einige Klubs haben die Verflechtung so perfektioniert, daß die VBG nicht mal als unabhängige Kontrollinstanz dazwischenfunken kann: Alle 14 Tage, so will es das Gesetz, müssen die Patienten von einem Durchgangsarzt („D-Arzt“) untersucht werden. Wenn der Mannschaftsarzt zugleich den Status eines D-Arzt genießt, kontrolliert sich der behandelnde Doktor praktisch selbst.

In den wenigsten Fällen gelingt es, den Betrug nachzuweisen

Von der legitimen Maximalversorgung bis zum Mißbrauch ist es oft nur ein kleiner Schritt. So kommt es schon mal vor, daß ein Arzt zwei Wochen Reha-Behandlung bei der VBG abrechnet, obwohl die Prellung des Spielers schon nach wenigen Tagen abgeklungen ist.

Häufig erliegen die Mannschaftsärzte auch der Versuchung, eine Verletzung zu dramatisieren. Erstens bringen aufwendigere Therapieformen mehr Geld in die Kasse. Zweitens mehrt die wider Erwarten rasche Genesung den Ruf des Doktors. Schnell gilt seine Praxis in der Stadt als Heilstätte, in der noch geholfen wird, wenn nichts mehr hilft.

Eine besonders dreiste Variante des Abzockens dachte sich der Reservetorwart eines süddeutschen Zweitligisten aus: Zwei Wochen vor Beginn der Winterpause klagte er nach einer Trainingseinheit über Rückenbeschwerden. Die angeblichen Schmerzen hielten sich über drei Monate, solange war der Spieler krank geschrieben. Der Vorteil: Während seine Kollegen in der spielfreien Zeit nur ihre Grundgehälter bezogen, kassierte der Torwart von der VBG als Lohnfortzahlung das Durchschnittsgehalt der letzten drei Monate – und da hatte er reichlich Prämien verdient.

In den wenigsten Fällen gelingt es der VBG, den Betrug nachzuweisen. „Natürlich“, sagt Peter Janzen, Revisionsleiter der VBG-Zentrale in Hamburg, wundere er sich, wenn ein Arzt laut Abrechnung an einem Tag den linken Fuß behandelt und am nächsten den rechten:

„Doch haben wir nicht alle schon mal rechts und links verwechselt?“

Für alles, sagt der VBG-Prüfer, gebe es plausible Erklärungen. Als er einmal nachforschte, warum eine Berufsunfallversicherung auch für Hustensaft aufgenommen sollte, erfuhr Janzen, der Spieler habe eine Bauchprellung gehabt – und die hätte bei dauerndem Husten nicht zügig abklingen können.

„Wenn es schwarze Schafe gibt“, fordert Karl Hopfner, Geschäftsführer des FC Bayern München, „dann soll die VBG sie disziplinieren.“ Auch Günther Enderer, Mannschaftsarzt des 1. FC Köln, beklagt die VBG-Praxis: „Statt Roß und Reiter zu nennen und nach dem Verursacherprinzip vorzugehen, wird hier mit der Gießkanne hantiert.“

Vor mehr Kontrolle schreckt die VBG jedoch zurück. „Wir wollen keine Gesundheits-Kripo sein, das ist nicht unser gesetzlicher Auftrag“, wiegelt Janzen ab. Also reagiert die VBG, wie es für gute deutsche Beamte am bequemsten ist: Sie erhöht die Beiträge.

Weil das Maß der Tarifierhöhung „die Existenz einiger Vereine bedroht“ (Bayern-Manager Uli Hoeneß), will die Bundesliga jetzt von Gutachtern klären lassen, ob die VBG ihr Monopol ausnutzt. Am Wochenende bieten die Klubpräsidenten darüber, die Fußballer aus der Zwangsmitgliedschaft in der VBG herauszulösen und ein eigenes Versorgungswerk zu gründen.

Eine Alternative hat der Versicherungsmakler Dieter Prestin, selbst von 1975 bis 1988 Profi beim 1. FC Köln, vorige Woche bereits beim DFB in Frankfurt präsentiert: wie private Assekuranzen die Unfallrisiken übernehmen könnten.

Noch steht der Idee die Gesetzeslage entgegen. Da ein VBG-Austritt, über den letztlich wohl das Verfassungsgericht befinden müßte, juristisch nicht mal in drei Jahren durchzusetzen wäre, hofft Prestin „auf eine politische Lösung“ – angesprochen vom baden-württembergischen Finanzminister Gerhard Mayer-Vorfelder, der dem DFB-Liga-Ausschuß vorsteht.

Die Berufsgenossenschaft sieht dem Aufstand der teuren Kundschaft gelassen entgegen. „Die 109 Fußballklubs“, so VBG-Direktor Janzen, „beanspruchen viele Leistungen, zahlen vergleichsweise geringe Beiträge und machen viel Aufwand.“ Um so weniger kann sich der Chefrevisor vorstellen, daß eine private Unfallversicherung billiger käme: „Solange das Geholze auf dem Rasen andauert, können die machen, was sie wollen – die Kosten bleiben.“

Sportgymnastik

Total gern

Ein hübsches Mädchen setzte einen einmaligen Kreislauf in Gang: Die Sponsorengelder fließen auch ohne internationalen Erfolg.

Der Mann mit dem modischen Stopfelhaarschnitt ist es gewohnt, profitable Geschäfte zu machen. In wenigen Jahren baute Georgios Eleftheriadis, 33, die Stuttgarter Bauträgergesellschaft Immocon auf, setzt inzwischen 80 Millionen Mark im Jahr um.

Über seine Bauprojekte in ganz Deutschland referiert der Grieche stets in nüchternem Tonfall. Richtig in Schwung kommt er erst, wenn er von seinem größten Coup erzählt: dem Sponsorvertrag mit der Sportgymnastin Magdalena Brzeska, 17.

Brzeska hat für Eleftheriadis einen ähnlichen Werbewert wie einst das HB-Männchen für den Zigarettenkonzern



Gymnastin Brzeska*: „Nicht zu bezahlen“

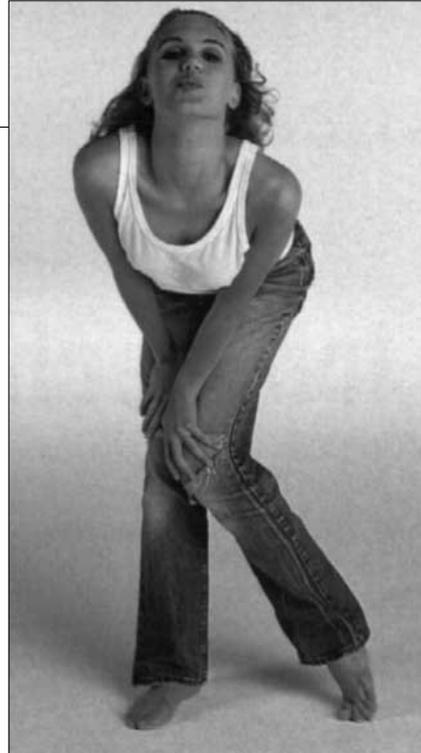
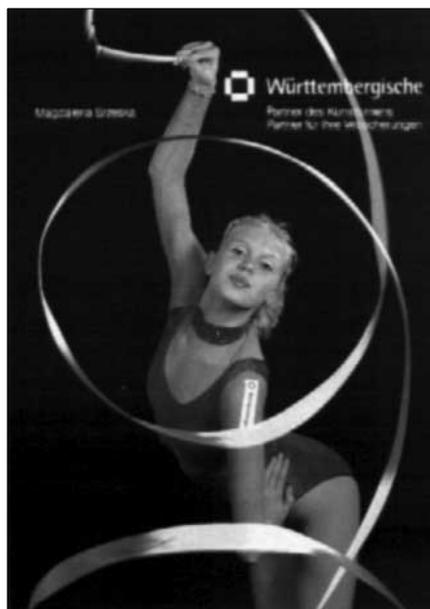
BAT. Die Anzahl der Berichte über die junge Athletin sei „wahnsinnig“ gewesen, sagt der Unternehmer und führt dabei die beiden Ärmel seines Nadelstreifenanzugs weit nach außen: So viele Aktenordner habe er inzwischen angelegt, 7000 Erwähnungen in nationalen Printmedien schickte ihm ein Ausschnittendienst zu. Dokumentiert sind zudem knapp vier Stunden Fernsehzeit. Diese Reklame, sagt Eleftheriadis, sei im Grunde „nicht zu bezahlen“.

Das Phänomen Brzeska, von dem Eleftheriadis so trefflich profitiert, ist

* Mit Manager Kärcher und Sponsor Eleftheriadis.



VIESSE



VIESSE

Fotomodell Brzeska: „Mein Gott, bin ich wirklich so interessant?“

weltweit einmalig. Obwohl die Leistungen kaum ausreichen, um international jemals eine Medaille zu gewinnen, machen ihre Werbeverträge die blonde Sportgymnastin zur Millionärin.

Die Inszenierung von Magdalena Brzeska als Sportstar ist ein modernes Stück deutscher Sportwirklichkeit. Am Anfang stand eine niedlich aussehende und gut talentierte Athletin einer Randsportart. Mit einem ungewöhnlich hoch dotierten Sponsorvertrag (1,5 Millionen Mark in drei Jahren) bekam der Teenager den „Heiligenschein der Erfolgsgesellschaft“ (*Die Zeit*). Der Deal löste einen Medienwirbel aus, der sich dann in neuen Sponsorverträgen niederschlug.

So schloß sich der Kreislauf, und schon bald stand Magda Brzeska in einem zweiten Sportlerleben, das sich immer weiter von ihrem bisherigen Umgang mit Keulen, Reifen, Band und Ball wegbewegte.

Die in Polen geborene Gymnasialschülerin lernte schnell, was auf dem neuen Terrain von ihr verlangt wird. Bei einem Wettkampf in Rom trug sie einen besonders weit ausgeschnittenen Turnanzug. Die Kampfrichter waren empört, dafür erhielt sie aber eine Einladung in Gottschalks Nightshow. Als sie dort mit einem auffälligen Logo ihres Sponsors auftrat, riß der Talkmaster ihr den Aufkleber vor laufender Kamera von der Kleidung. Das war Happening, der Sponsor fand's „einfach klasse“.

Fernsehinterviews, Talkshows und Fotosessions – weil sie „total gern im Mittelpunkt steht“, bewegt sich Magda Brzeska mit erstaunlicher Ungezogenheit durch die Mediengesellschaft, die sie als Repräsentantin einer Jugendkultur vermarktet. „Mein Gott, bin ich wirklich so interessant?“ fragt sie sich bisweilen nur – und spielt wieder bereit-

willing mit, als ein Boulevardblatt sie in lasziver Pose für das Titelbild braucht.

Vor der Gefahr, als turnende Lolita ausgeschlachtet zu werden, schützt Brzeska bisher die Intuition, zwischen ihrem Alltag und der Show unterscheiden zu können. Werde sie auf den Vertrag mit Eleftheriadis angesprochen, behauptet die Gymnastin, denke sie nur: „Mensch, sind die blöd, sehen immer nur das Geld.“ Und wenn das *FAZ-Magazin* vom „Engel am Boden“ schreibt, könne sie sich „kaputt-lachen: Wenn die wüßten, wie ich wirklich bin“.

Anders als Franziska van Almsick („Ich bin es satt, ein Superstar zu sein“) leidet sie noch nicht unter einer voyeuristischen Öffentlichkeit, die ihr bis ins Jugendzimmer mit den Pokalen, der Take-That-Eintrittskarte und den Postern verklärter Liebespaare folgt. Sie begreift den Rummel um ihre Person als Theater, und die Fähigkeit, in ihrer Rolle zu bestehen, hat sie auf der Turnmatte gelernt: „Dort muß ich auch Schauspielerin sein.“

Für Klaus Kärcher, den Manager und Entdecker des Markenartikels Brzeska, ist es dennoch an der Zeit zu bremsen: Das Gerede über den 1,5-Millionen-Vertrag mit Eleftheriadis „müsse vom Tisch“. Denn die Summe, die einst der Türöffner ins Land der großen Scheine war, weckt den Neid der ganzen Gilde. Knöcherne Funktionäre im Deutschen Turner-Bund beklagen den „Magda-Kult“. Gemäßigtere wie Sportwart Michael Bürkle sehen zwar den Werbewert für die Sportart, befürchten aber, daß andere Talente „von Magdas Popularität erdrückt“ werden.

Die anderen Sportlerinnen könnten nur schwer verstehen, sagt Kärcher, daß „Magdas Fall einmalig ist“. Ehrgeizige Eltern, die auf attraktive Vermark-

tungsstrategien ihrer sportiven Kinder spekulierten, meldeten sich dutzendweise. Kärcher lehnte alle Angebote ab, denn er weiß, daß es keine plausiblen Erklärungen für die werbliche Attraktion seines Schützlings gibt. Eigentlich sprächen sogar alle Karriere-Umstände gegen die Regeln des Sponsorings.

Was bleibt, ist der Franzii-Effekt: Auch die Gymnastin ist eine unbekümmert-naïve Persönlichkeit mit lockerem Mundwerk, kombiniert mit einer kindfraulichen Ausstrahlung, die sie von all ihren Konkurrentinnen deutlich abhebt.

Locker kritisiert Magdalena Brzeska alles, was ihr nicht paßt: Ein Angebot für die Produktion eines Fitnevideos lehnt sie ab, weil sie nicht die „Vorturnerin der Nation“ werden will. Das enge Regelwerk ihrer Sportart („das kotzt mich an“) findet sie so „blöd“ wie Zeitungsleute, die dem Fußball lange Artikel, der Rhythmischen Sportgymnastik aber nur wenige Zeilen widmen – wo sie doch wesentlich mehr trainiert als die Kicker.

Wenig später im Bundesstützpunkt Schmiden scheint die Außenwelt wie ausgeknipst. Immer wieder trainiert Brzeska ihre Keulenübung, bis sie bald glaubt, vor Erschöpfung „zu sterben“. Doch trotz ihrer preußischen Disziplin wird sie auch bei der Weltmeisterschaft 1995, die in dieser Woche in Wien stattfindet, keine Medaille gewinnen können. Sie trainiere, sagt sie, eben „allein für das Glück, daß andere vielleicht den Ball oder die Keule verlieren“.

Auch wenn der Sieg wieder den Konkurrentinnen aus dem Osten gehören wird, werden im Herbst alle wieder neidisch auf Magdalena sein: Dann tanzt sie für gutes Geld im Auftrag eines Schallplattenkonzerns, der den blonden Teenie zur Aufwertung eines Musikvideos braucht.

„Ich rieche Menschenfleisch“

SPIEGEL-Redakteur Urs Jenny über Volker Schlöndorffs deutsch-französisches Filmprojekt „Der Unhold“



„Unhold“-Szene auf der Marienburg bei Danzig: Vom Faszinosum des faschistischen Poms verführt

STUDIO BABELSBERG

In Frankreich ist in der Zeit kurz vor dem letzten großen Krieg ein junger Deutscher zu eigenartigem Schlagzeilen-Ruhm aufgestiegen: Eugen Weidmann, blond und schön und vielfacher Mörder. Nicht nur Frauen schwärmten für ihn und machten den Toten zur Kultfigur. Der Schriftsteller Jean Genet hatte jahrzehntelang in seinen oft wechselnden Behausungen als einzige Ikone ein Weidmann-Foto an die Wand gepinnt.

Auch der Schriftsteller Michel Tournier erwies der blonden Bestie seine Reverenz: Er schildert in seinem Roman „Der Erbkönig“ die Enthauptung Weidmanns 1939 (die letzte, die in Frankreich öffentlich vollstreckt wurde) als Massenspektakel, dem letzten Auftritt eines Popstars ähnlich, und macht daraus für seinen Romanhelden Abel Tiffauges, der unter den Zuschauern ist, ein Erweckungs Erlebnis.

Tiffauges, am selben Tag wie Weidmann geboren, entdeckt, daß er dem Deutschen auch wie ein Zwillingenbruder gleicht – was (mit aller Ironie, die zu Literatur gehört) als Berufung zum deutschen Wesen zu verstehen sein darf. Ein Enthusiast des Germanischen wird später den seltsamen Familiennamen Tiffauges in „Tiefauge“ umdeuten, manchmal auch gehässig in „Triefauge“.

Abel Tiffauges, Inhaber einer kleinen Autowerkstatt in Paris, gerät „auf den Tag genau ein Jahr nach Weidmanns Ermordung“ als Frontsoldat in Kriegsgefangenschaft. Er wird nach Ostpreußen expediert und findet dort – bezaubert von nordisch-nebliger, mythen-geschwängelter Landschaft – die Erfüllung delikater Lebensträume, erst als Jagdhelfer im Gefolge des dicken Reichsmarschalls Göring, dann in der Leitung einer der „Napola“ genannten

Elite-Erziehungsanstalten der Nazis. Da wird die Schönheit von Pferdeärschen gepriesen, und der Anblick von 400 nackt duschenden Pimpfen mit pädophiler Verzückerung gefeiert.

Michel Tourniers Roman „Le roi des aulnes“ („Der Erbkönig“) erschien in Frankreich 25 Jahre nach Kriegsende und bekam von der Jury einstimmig (was sonst noch nie vorkam) den bedeutendsten Literaturpreis des Landes zugesprochen, den Prix Goncourt – mancher Kritik zum Trotz, die da fand, Tournier selber erliege ein wenig zu schönheitstrunken dem Faszinosum faschistischen Poms.

Nun ist, nach wieder 25 Jahren, die Auferstehung des Abel Tiffauges in Gang: „Der Erbkönig“ wird unter dem Titel „The Ogre“ („Der Unhold“) verfilmt. Volker Schlöndorff bekennt sich dazu, daß ihn dieses Abenteuer eines

französischen Simplizissimus in Nazi-Deutschland ganz sinnlich verführt habe, zudem aber ist er natürlich der Überzeugung, es stecke darin nicht nur Schau-, sondern auch Erkenntniswert.

So kam es, daß in diesem Sommer, im Juli, all die deutschen Nostalgietouristen in ihren klimatisierten Bussen, auf deren Programm neben der Wolfsschanze und dem Wallfahrtsort Heiligelinde ganz unbedingt die Marienburg südlich von Danzig steht, dieses imposanteste Bollwerk der Deutschordensritter gegen den Ostmenschen in überraschendem, doch irgendwie sinnigem Schmuck erlebten: beflaggt mit Hakenkreuzfahnen, verziert mit dem Reichsadler, geschmückt mit Feuerschalen.

Die Marienburg, wo einst der Reichsjugendführer Baldur von Schirach alljährlich den Führereid zelebrierte, diente Schlöndorff als Napola-Kulisse: Da ließ er seine 400 Pimpfe turnen, exerzieren, Horst Wessel besingen – und die Videokameras der Touristen surrten.

Nach diesem Auftakt, der in einer Sonnwendfeier seinen Höhepunkt fand, zog Schlöndorff mit seinem Trupp nach Paris, um die Geschichte von vorn zu beginnen, Ende der dreißiger Jahre, in der Autowerkstatt des jungen Abel. Den Drehort hatte Schlöndorff selbst bei einem Spaziergang im Osten der Stadt, gleich hinter der Bastille-Oper, in einem Seitensträßchen mit holprigem Kopfsteinpflaster entdeckt: eine ehemalige Autowerkstatt, die vielleicht seit einem halben Jahrhundert vor sich hin-



STUDIO BABELSBERG

Regisseur Schlöndorff, Autor Tournier: „Sie sind verrückt!“

dämmerte, unverändert samt Inventar, nur noch als Abstellhalle genutzt.

Nun steht, in der gewittrig heißen letzten Augustwoche, Schlöndorff als Regie-Strategie vor dieser Garage, die sich in die Höhle des „Unholds“ Abel verwandelt hat. Oben in den engen Räumen über der Tordurchfahrt sind Abels Büro, seine Küche samt Dunkelkammer, sein Schlafkabuff. Da streitet er sich lustlos mit seiner Geliebten, die ihm Lustlosigkeit vorwirft: zu Recht.

Abels Passionen sind anderer Art. Er ist ein täppischer Riese mit dem Gemüt eines Kindes, er steht oft träumerisch an einem verschmierten Werkstattfenster und schaut den Schuljungen und den kleinen Mädchen in ihren blauen Kitteln mit weißen Kragen zu, wie sie vor der Schulhofmauer Ball spielen. Manchmal fotografiert er sie heimlich.

„Das ist eine Geschichte, die mir sehr nahegeht“, sagt Schlöndorff. „Sonst wäre ich jetzt nicht hier. Sicher ist das mein riskantestes Projekt, in dem es alles an Verrücktheit geben kann, aber keinen Mittelweg. Manchmal, wenn ich in meinem Hotelzimmer zu früh aufwache, schießt mir durch den Kopf: Himmel, worauf hast du dich da eingelassen!“

Schlöndorff ist kein Regisseur, der am Drehort herumbrüllt. Die energische Unrast, die ihn treibt, hält er durch Freundlichkeit gezügelt; er sieht, nun 56jährig, mit seinem steilen Kahlkopf endlich nicht mehr älter

aus, als er ist, beinahe schon jünger; er ist „wie befreit“, wieder Regie zu führen (sein letzter Film „Homo Faber“ liegt fünf Jahre zurück), und er scheint endlich eins mit dem, was er kann und liebt: das Kunsthandwerk der filmischen Nacherzählung von bedeutenden Werken der Literatur.

Als die Berliner Mauer gefallen und die DDR in sich kollabiert war, ist Volker Schlöndorff aus Amerika heimgekehrt in der geradezu närrischen Hoffnung, dabeizusein, wenn aus Deutschland etwas Neues würde. Er ließ sich von dem französischen Konzern CGE, der das Studio Babelsberg übernommen hatte, als Geschäftsführer dieses ehemaligen Ufa- und Defa-Filmbetriebs anheuern: Mit aufregend aktuellen Ost-West-Filmstoffen sollte Babelsberg zum Zentrum eines neuen Kino-Europas erblühen – daß aus all dem nicht das Erhoffte wurde (und nun auch nicht mehr wird), weiß er nur zu genau.

Er hatte in eine neue Zeit aufbrechen wollen und verliebte sich in ein altes Buch, in diesen „Erlkönig“. Schlöndorff hat Erfahrung mit Neugier und Naivität bedeutender Schriftsteller im Umgang mit Kinoprojekten (Böll, Grass, Frisch), doch als er zum erstenmal bei Michel Tournier vorsprach, erlebte er eine Überraschung – der Autor erklärte schlicht: „Sie sind verrückt!“

Michel Tournier, ein zierlicher Herr von nunmehr 70 Jahren, genießt dank Gelehrsamkeit und unterhaltsamer Brillanz in seiner Heimat ein Maß an Respekt, das auch Narrenfreiheit einschließt: Man verzeiht ihm sogar seine romantische Neigung zu Deutschland. Mit Lust an Widerspruch und Selbstwiderspruch hat er Schlöndorff erklärt, daß es verrückt sei, einen Haufen Geld für den „Erlkönig“ rauszuschmeißen (das Budget beträgt 26 Millionen Mark), aber auch, wie dieser Film, wenn schon, aussehen sollte: Er sollte eine Kino-Oper sein, von Anfang bis Ende gesungen, möglichst feierlich,



SUDD. VERLAG

Hitlerjugend-Appell vor der Marienburg (1937)
Bollwerk gegen den Ostmenschen

Werbeseite

Werbeseite



STUDIO BABELSBERG

„Unhold“-Star Malkovich bei Dreharbeiten in Paris: Glücklicher Christophorus

grell und grotesk, am liebsten mit einer fetten Primadonna als Göring.

Natürlich hieß Tournier dann auch gut, wie sich Schlöndorff die Sache vorstellte, und ließ sich in der Garage hinter der Rue du Faubourg Saint Antoine von diesem furiosen Amerikaner beeindruckt, John Malkovich, der die französisch-deutsche Schicksalsfigur Abel spielt. „Im Wahnsinn ist Malkovich ein fabelhafter Spießgeselle“, sagt Schlöndorff, der seit zehn Jahren mit ihm befreundet ist. „Wenn ich einmal zu rasch zufrieden bin, stachelt er mich auf, mehr zu riskieren.“

John Malkovich sitzt, da Filmarbeit immer zu einem großen Teil aus Herumsitzen besteht, irgendwo in der Garage in den Polstern eines Kabrios, die Füße aufs Armaturenbrett gelegt, und scheint interessiert vor sich hinzuträumen. Er gehört zu jenen Chamäleon-Schauspielern, die sich auf Abruf blitzartig in ihre Figur versetzen und auch aus dem Stand heraus in Wut zu explodieren vermögen; was ihn so wertvoll und besonders macht – als frivoler Verführer in „Gefährliche Liebschaften“ oder als perfider Präsidenten-Killer in „In the Line of Fire“ –, ist die animalische Sinnlichkeit, die in seinen bernsteingelben Augen glüht.

Malkovich, 41, ist ein Schauspieler, der nur von Fall zu Fall an Kino Interesse hat: „Ich bin ein Theatermensch.“ Für ihn ist das „Steppenwolf Theater“ in Chicago seit fast 20 Jahren so sehr Arbeitsmittelpunkt, daß er es nur „mein Theater“ nennt. An gut 50 Produktionen war er als Regisseur oder Schauspieler, oft zudem als Bühnen- oder Kostümbildner beteiligt. Zuletzt hat er dort vor einem Jahr ein Stück über den Kennedy-Mörder Oswald inszeniert, und wenn er nun in Abels Mechanikerkluft vor sich hinzu-

sinnen scheint, ist er in Gedanken vielleicht bei einem britischen Barock-Dichter und Wüstling, dem Earl of Rochester, den er demnächst „in seinem Theater“ darstellen wird. Mit geschätzten europäischen Filmemachern (zuletzt mit Oliveira, Antonioni, Wenders) arbeitet er, ohne lang nach der Gage zu fragen – „aber an Hollywood kann einen außer dem Geld nichts interessieren“.

Schlöndorff ruft. Schlöndorff arrangiert auf der Straße vor Abels Werkstatt mit ein paar Oldtimern, Laufburschen mit Handkarren und Passanten, die durch ihre Baskenmützen als französische Kleinbürger ausgewiesen sind, einen Beinahe-Unfall: Eines der ballspielenden Mädchen ist vor ein Auto gerannt und hingefallen – nun muß Abel herbeistürzen und die Kleine, der nichts weiter passiert ist, auf seinen Armen hochheben.

Einzig auf diesen Augenblick kommt es an, einzig auf ihn sind Schlöndorffs Kamera und Malkovichs leise Verückung konzentriert. Abel nämlich hat schon als Kind – bei Reiterkampfspielen in einem Internat, das nicht zufällig Saint Christophe hieß – entdeckt, welche Wonne es für ihn bedeutet, ein Kind auf den Schultern oder in den Armen zu tragen. Nun fühlt er sich wieder für einen Augenblick als Menschheitsretter Christophorus.

Später in Masuren wird er entdecken, daß sich diese Wonne noch steigern läßt, wenn er seinerseits

dabei getragen wird, von einem Pferd: Dann meint er jenen Reiter durch Nacht und Wind zu verkörpern, der sein Kind im Arm vor dem mythischen Kinderräuber und -fresser, dem Erlkönig, zu retten sucht.

Anfang September hat Schlöndorff die Autowerkstatt hinter der Bastille in ihren Dornröschenschlaf zurücksinken lassen, und Malkovich ist – mit seiner Gefährtin und den beiden Kindern, ohne die er kaum auf Reisen geht – in die Toskana weitergezogen: Dort dreht Jane Campion nun endlich, nach langem Leiden und Zweifeln, mit ihm ihren neuen Film „Portrait of a Lady“.

Ende Oktober treffen sich Schlöndorff und Malkovich in Ostpreußen wieder.

Wenn die masurischen Wälder sich in Herbstfarben tauchen, ist es Zeit für Görings phantastische wilde Jagd, und wenn dann der erste Schnee gefallen ist, auf dem das Blut schön leuchtet, greift auch Abel in den Kampf ums großdeutsche Reich ein: Er reitet über die Dörfer und fängt Knaben, um die sich lichten Reihen in der Napola zu füllen. Sehr spät erst begreift er, daß er kein rettender Christophorus ist, sondern im Gegenteil der Räuber, der die Front mit Kanonenfutter beliefert, der Erlkönig selbst also, der Oger des Märchens, der da ruft: „Ich rieche Menschenfleisch!“

Am Ende sieht man ihn mit einem Jungen auf den Schultern, den er gerettet hat, in den nebligen, mythischen Mooren des Nordens entschwinden, unterwegs in den Untergang. Sein Name Tiffauges ist zwar bizarr, aber nicht ohne Bedeutung: So hieß das Stammschloß von Gilles de Rais, dem menschenfressenden Ritter Blaubart.



JULSTEIN

Märchenillustration von Gustave Doré „Spießgeselle im Wahnsinn“

Flamme fürs Singen

Die Plattenindustrie sucht nach einem neuen Pavarotti – die größten Chancen auf den lukrativen Job hat der Jung-Tenor Roberto Alagna.

Die drei gewichtigen Herren haben den Höhepunkt ihrer Laufbahn längst überschritten und meiden den strapaziösen Operndienst. Den Ruhm der frühen Jahre vermarkten sie lieber in Sportstadien, Freiluftarenen und öffentlichen Grünanlagen.

Vorbei die Zeiten, in denen Luciano Pavarotti, 59, Plácido Domingo, 54, und José Carreras, 48, als Konkurrenten antraten. Im kommenden Jahr bricht das Millionen-Trio sogar zur gemeinsamen Welttournee auf. Noch einmal global abkassieren, dann geben die lieben Kehlen wohl Ruh'.

Um so eifriger fahnden die Manager jedes besseren Labels nach einem fotogenen, jungen Sänger, der halbwegs korrekt die altbekannten Arien schmettert und sich zum neuen Star-Tenor erklären läßt. Jüngster Fund: der Italo-Franzose Roberto Alagna, 32.

Im Oktober letzten Jahres, nach seinem Londoner Triumph mit Gounods Oper „Roméo et Juliette“, konnten sich die Kritiker vor Begeisterung kaum halten: „Ist dieser Mann der nächste Pavarotti?“ fragte der seriöse *Independent*, und das Massenblatt *Daily Mail* gab den drei regierenden Hochtönern gleich den passenden Rat: „Rückt ein Stück beiseite, ihr drei Tenöre – hier kommt der Thronanwärter, der euch die Kronen wegschnappen kann.“

Timbre und Schmelz, Strahlkraft und Attacke – das heldische Organ genügt allen Anforderungen der professionellen Stimmband-Kontrolleure.

Die Plattenindustrie reagiert entsprechend aufgeregt: Die Kölner Emi zieht für Oktober eine Arien-CD vor, auf der Alagna geschickt unbekanntere Gesangs-Pretiosen unter die abgenudelten Schmachtfetzen schmuggelt. Da wird Mimis notorisch „eiskaltes Händchen“ ebenso warm besungen wie Friedrich von Flotows entschwundene Martha oder die trügerischen Weiberherzen ganz im allgemeinen.

Konkurrent Sony, schon mit einer mächtig geglückten Live-„Traviata“ im Alagna-Rennen, kommt mit einem „Rigoletto“ unter Riccardo Muti auf den Markt,



Sänger Alagna*: „Eiskaltes Händchen“



Jung-Star Alagna: Crashkurs im Kabarett

und für das Label Erato nahm der stimmstarke Hoffnungsträger soeben „Hoffmanns Erzählungen“ von Offenbach auf.

Alagna, in Paris aufgewachsener Sohn eines sizilianischen Maurers, hat – neben seiner strahlenden, in der Höhe manchmal störend forcierten Naturstimme – vor allem eine Starqualität: eine opernreife Herz- und-Schmerzbiographie.

Mit 15 sang er, für Geld, in einer Pariser Pizzeria. Mit 18 tingelte er durch die Kabarett der Metropole, wo er mit neapolitanischen Kitsch-Kanzonetten und leichten Opernstücken gegen Gläserklirren, das Geplapper und dichten Zigarettenqu沿海 ansang. „Das war eine gute Schule“, preist der Sänger noch

* 1994 als Roméo in „Roméo et Juliette“ in London.

heute den allabendlichen Crashkurs; im übrigen ist er stolz darauf, „nie ein Konservatorium besucht“ zu haben.

Rudimentäre Musikbildung vermittelte ihm statt dessen ein selbsternannter Musiklehrer aus Kuba, der ihn „die großen Sänger wie Caruso oder Gigli imitieren ließ“. Eine Partitur, so Alagna, „haben wir nie benutzt“. Sein Lehrer habe in ihm aber „die Flamme fürs Singen entzündet“.

Die Wende zum Professionellen brachte Gabriel Dussurget, Gründer des Festivals von Aix-en-Provence. Der Stimmexperte bestellte Alagna zum Vorsingen und vermittelte seine Entdeckung umgehend ans angesehenen Festival im englischen Glyndebourne.

Die Briten wiederum schickten den Anfänger 1988 mit einer Tournee-„Traviata“ über Land. 1990 debütierte Alagna an der Mailänder Scala, zwei Jahre später begeisterte der Künstler erstmals die Londoner.

Doch wie in einer echten Oper mischte das Schicksal auch eine gehörige Portion Leid in die Erfolgsstory. Alagnas Frau erkrankte an einem Gehirntumor und starb im vergangenen Jahr.

Inzwischen ist der Sänger wieder liiert, und zwar mit der attraktiven rumänischen Sopranistin Angela Gheorghiu. Die beiden gelten als Traumpaar der Opernbühne, eine Art singendes Remake von Humphrey Bogart und Lauren Bacall. „Wir planen unsere Karrieren gemeinsam“, gesteht der Newcomer und schwärmt schon von künftigen Doppelauftritten live und auf CD.

Noch allerdings siegt Alagnas hochgerühmtes Organ nicht überall. Als der Tenor vor kurzem im antiken Freilufttheater von Orange den Herzog in Verdis „Rigoletto“ sang, erregte das Pferd, das ihn in die Arena getragen hatte, weit mehr Aufsehen als der Sänger selbst. Kaum hatte Alagna die berühmte Arie „La donna è mobile“ ins altrömische Rund geschmettert, ließ das Tier unter größter Anteilnahme des Publikums laut und lange Wasser.



B. HELGOTH

Haußmann (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Die Bühne ist für mich ein Spielzeug-Paradies“

SPIEGEL-Gespräch

„Ein Gefühl wie bei Kafka“

Intendant Leander Haußmann über Frohsinn und Schwermut im deutschen Theater

SPIEGEL: Herr Haußmann, Ihre erste Intendanz steht unter dem Motto „Viel Spaß“. Wird das Bochumer Schauspielhaus nun zum Amüsierbetrieb?

Haußmann: Nee, ich bin kein Entertainer. „Viel Spaß“ ist mehrdeutig und kann auch heißen „Na wartet, ihr werdet schon sehen!“ Vergnügen kann man sogar bei Nietzsche haben. Für mich ist die Hauptsache, daß wir keine Langeweile verbreiten. Ich will weder ein mißgelauntes Publikum noch Mitarbeiter, die sich in Ecken verkriechen.

SPIEGEL: Was erwarten denn die Bochumer von Ihnen?

Haußmann: Bestimmt viel zuviel. Vielleicht freuen sie sich auf einen Jaguar und kriegen nur einen Trabi.

SPIEGEL: Bei Ihrem Image als schräger Vogel des Regiebetriebs fürchtet mancher das Schlimmste.

Haußmann: Na ja, man sieht mich gern als Hallodri, der mit schönen Weibern ausgeht, öffentliche Gelder verpraßt und Kunst macht, die keiner versteht. Warten wir's ab. Vorerst ist mir der neue Chefposten reichlich fremd. Neulich habe ich mich tierisch auf einer Probe geärgert und bin losgestürmt, um mich lautstark beim Intendanten zu beschweren. Erst als ich schon auf der

Treppe war, durchzuckte es mich: Das Büro ist doch leer, ich bin's ja selber.

SPIEGEL: Ihr Vorgänger Frank-Patrick Steckel war alles andere als ein Leichtfuß.

Haußmann: Ich glaube, er ist nicht vom Leben enttäuscht, sondern von sich selber und wollte die Welt in ihrer ganzen Hoffnungslosigkeit vorführen. Bei ihm war alles ein Problem, die Beine wurden bleischwer vor lauter Theorie.

SPIEGEL: Wie fühlten sich die Zuschauer in der Bochumer Bleikammer?

Leander Haußmann

provoziert deutsche Theatergänger mit tolldreisten, umstrittenen Klassiker-Inszenierungen. Haußmann-Fans feiern ihn als Jung-Genie, für seine Gegner ist er nur eine „fröhliche Regie-Null“. Der gelernte Druker und Schauspieler begann seine Regiekarriere in der tiefsten DDR-Provinz, im mecklenburgischen Parchim; eine vielbejubelte „Nora“ in Weimar brachte ihm 1990 den Durchbruch. Haußmann, 36, übernimmt jetzt die Intendanz des Bochumer Schauspielhauses und tritt damit die Nachfolge so prominenter Kollegen wie Peter Zadek und Claus Peymann an.

Haußmann: Unwohl. Jedenfalls hat das Theater seit 1990 rund ein Drittel seiner Besucher verloren, etwa 50 000.

SPIEGEL: Kollege Frank Baumbauer vom Hamburger Schauspielhaus kämpft mit ähnlichen Problemen.

Haußmann: Sein Konzept ist richtig. Denn das Haus liegt nun mal im Elendsviertel St. Georg. Da geht man nicht in Champagner-Laune ins Theater, wenn man sich an verhärmten Nutten vorbeischleichen oder über Drogenleichen steigen muß. In so einem Umfeld kann er doch kein kulinarisches Programm machen, wie es der Kollege Jürgen Flimm am benachbarten Thalia Theater so erfolgreich vorexerziert.

SPIEGEL: Wie wollen Sie die abtrünnigen Bochumer zurückgewinnen?

Haußmann: Mit so begabten und extrem unterschiedlichen Regisseuren wie Jürgen Kruse und Dimiter Gotscheff. Meine erste Premiere ist ein Tschechow – „Die Vaterlosen“, die Erfassung des berühmten „Platonow“.

SPIEGEL: Sie wollen das Stück an zwei Abenden, insgesamt sieben Stunden lang, spielen. Hört der Spaß da nicht auf?

Haußmann: Das ist ja gerade der Spaß. Für diese Tschechow-Figuren braucht man den berühmten epischen Atem. Man muß ihnen Zeit lassen, sich zu entwickeln. Vielleicht wird das Publikum nach dieser Langsamkeit sogar süchtig.

* Mit Redakteuren Peter Stolle und Joachim Kronsbein in der Bochumer Schauspielhaus-Kantine.

SPIEGEL: Sie sind der Speedy Gonzales des deutschen Theaters – kurze Produktionszeiten, lange Abende. Was treibt Sie in die Raserei?

Haußmann: Ich kritisiere damit die übliche Theaterpraxis. Viele Regisseure scheißen sich regelrecht aus in ellenlangen Proben. Den „Faust“ kann man natürlich nicht in ein paar Tagen runterinszenieren, aber für einen Shakespeare brauche ich kein halbes Jahr. Wir arbeiten doch nicht für die Ewigkeit. 20 Vorstellungen – und damit basta. Wenn man schnell und preiswert arbeitet, kann man sich auch mal einen Flop erlauben.

SPIEGEL: Mißgönnen Sie Senioren wie Peter Zadek ihr gemächliches Arbeitstempo?

Haußmann: Immer mit der Ruhe geht der Opa in die Schuhe. Es ist doch prima für so ältere Herren, wenn die schön lange rumfummeln können und dabei noch das Doppelte verdienen. Das kann ich mir an meinem Haus nicht leisten.

SPIEGEL: Wie lange wollen Sie als Sprinter durch die Theaterwelt huschen?

Haußmann: Ich bin schon ruhiger geworden. Tumulte sind mir nicht mehr so wichtig. Es muß nicht jede Minute jemand gegen die Tür laufen. Als Kämpfer gegen dieses vergnatzte Theater war mir fast jedes Mittel recht. Ich hab sogar aus dem Trauerspiel „Clavigo“ eine Komödie gemacht, um zu zeigen, daß Goethe auch Humor hatte.

SPIEGEL: Gehen Sie jetzt auf Distanz zu Ihrer Sturm-und-Drang-Phase?

Haußmann: Ich denke, ich bin einfach zu früh bekanntgeworden und hatte es unheimlich schwer, mich zu orientieren. 1990 hatte ich mit der „Nora“ in Weimar einen Riesenerfolg. Da bin ich vom Feuilleton entdeckt worden. Die Öffentlichkeit erwartete zuviel, und unter Druck kann man sich nicht entfalten.

SPIEGEL: Einige Kritiker haben in Ihren Inszenierungen allerlei spätpubertäre Scherze gerügt, zum Beispiel in der verunglückten Hamburger Aufführung von „Troilus und Cressida“.

Haußmann: Ich nehme das nicht immer ernst. Ein Beispiel: Ignaz Kirchner würde bei mir gern mit Harald Juhnke ein ernsthaftes Stück spielen. Das fände ich auch prima. Aber offenbar muß ich mich dafür sogar entschuldigen, nur weil irgendein Redakteur spießig und arschge-sichtig behauptet hat, der Harald sei 'ne Super-Charge.

SPIEGEL: Sie haben einen treuen Feindeskreis in der Journaille.

Haußmann: Sieht so aus, zum Beispiel den FAZ-Mann Gerhard Stadelmaier, bestimmt ein exzellenter Schreiber. Er will mich offenbar fertigmachen, obwohl er meine großen Inszenierungen gar nicht gesehen hat. Das ärgert mich. Ein *Zeit*-Mitarbeiter behauptete, ich sei ein be-

rechnender Jungregisseur, der seine Karriere eiskalt geplant hat.

SPIEGEL: Sie haben jedenfalls die Wende spielend geschafft.

Haußmann: Ich kann doch nichts dafür, daß die Mauer fiel und meine Arbeiten im Westen Aufsehen erregten. Ich hätte in jedem Fall die DDR verlassen, nicht weil ich den Westen so toll fand, sondern weil ich die Welt sehen wollte.

SPIEGEL: War Ihnen das DDR-Theater verhaßt?

Haußmann: Nein, die Bühne hatte aber – wie in allen Diktaturen – einen ganz anderen Stellenwert. Es war alles so bedeutungsschwanger. Mir ging damals schwer auf den Sack, wie berühmte, doppeldeutige Klassiker-Zitate immer als Regimekritik eingesetzt wurden. Sagte also Mephisto im „Faust“: „Wenn wir uns drüben wiederfinden“, lachten alle. Das war mir zu blöd. Allerdings habe ich es auch mal selber gemacht in „Leonce und Lena“, wenn die Lena so gedehnt und überdeutlich vorträgt: „Wir haben alles wohl anders geträumt mit unsern Büchern hinter der Mauer unsers Gartens.“ Aber nach 1989 wurden wir eines Besseren belehrt.

SPIEGEL: Gerade in Bochum.

Haußmann: Ja, die Stadt kämpft in allen Bereichen ums Überleben, und wir haben für die kommende Spielzeit noch nicht einmal einen ordentlichen Haushaltsplan. Alles ist provisorisch. Ich fühl' mich wie in einem Kafka-Stück.

SPIEGEL: Bereuen Sie Ihr Engagement?

Haußmann: Nein, manchmal muß man ganz schön die Zähne zusammenbeißen. Die Stadt hat mir das Haus in einem grausigen Zustand übergeben. Neulich ist unser Orchestergraben zusammengebrochen. Gucken Sie sich nur mal dieses schräge Büro an! Claus Peymann würde sich hier wohl nicht wieder reinsetzen. Wir sind jetzt schon so weit, daß die Maskenbildner ihre Räume selber renovieren und die Techniker die Garderoben verschönern.

SPIEGEL: Vorbildliche Angestellte.

Haußmann: Natürlich dürften wir die Stadt eigentlich nicht so entlasten. Aber man kommt eben an den Punkt, wo man sagt: Ich bin Idealist, leck mich am Arsch, ich mach's eben selber. Bis jetzt

waren alle Mitarbeiter guten Willens. Notzeiten können auch Spaß machen, man kuschelt sich so richtig zusammen.

SPIEGEL: Mit Idealismus allein läßt sich die deutsche Theaterkrise doch wohl nicht lösen.

Haußmann: Klar, nicht generell. Vielleicht wäre das Berliner Schiller Theater nicht geschlossen worden, wenn es innerhalb des Hauses so eine starke Solidaritätsgemeinschaft gegeben hätte. Die Belegschaft hatte sich doch selbst aufge-

Haußmann: Das ist ein bißchen pauschal, stimmt aber im Kern. Sicher sind viele dieser Mittfünfziger, Intendanten und Regisseure, ausgebrannt. Wenn ich in einer solchen Situation wäre, würde ich mit meinem Arsch den Zugang zum Theater nicht verstopfen.

SPIEGEL: Und die Schauspieler?

Haußmann: Viele sind ebenso unflexibel, und für diese mauligen Komödianten ist bei mir kein Platz. Ein Haußmann-Schauspieler muß für alles offen sein, alles mitmachen. Bei uns gibt es auf den Proben nicht diese gängige bockige Attitüde: „Das macht die Figur nicht.“

SPIEGEL: Und warum kommen die Künstler zu Ihnen ins unscheinbare Bochum?

Haußmann: Es liegt sicher an der Aufbruchstimmung hier. Die Bühne ist für uns ein Spielzeug-Paradies, in dem sich alle mal zanken wie die Kinder. Irgendwann vertragen wir uns wieder in diesem Buddelkasten, wenn jeder seine Sandförmchen hat.

SPIEGEL: Wie haben Sie denn den Kinokomiker Detlev Buck in Ihre Krabbelgruppe gelotzt?

Haußmann: Auf den hat mich Kollege Kruse gebracht. Er soll bei mir das russische Problemstück „Im Morgengrauen ist es noch still“ inszenieren, ein Werk, das hier im Westen kein Schwein kennt. Buck hat den klaren Blick des Filmemachers. Das hat er in seiner herrlichen Tölpellei „Wir können auch anders...“ bewiesen.

SPIEGEL: Film und Theater – paßt das zusammen?

Haußmann: Ja, zumindest gilt das für Hollywood. Von den Amerikanern kann man lernen, wie man schwere Stoffe mit Leichtigkeit inszeniert. Es gibt keinen guten amerikanischen Problemfilm, der nicht auch humorvoll ist. Ich kann den ernsthaften deutschen Weg einfach nicht gehen.

SPIEGEL: Wie lange wollen Sie in Bochum lustwandeln?

Haußmann: Ich schwöre: fünf Jahre und keinen Tag länger. Dann mache ich nur noch das, worauf ich Bock habe. Ich will nicht müde und zynisch werden. Wenn die Lust aufhört, wird man faul.

SPIEGEL: Herr Haußmann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Intendant Haußmann: „Nicht für die Ewigkeit“



Haußmanns „Nora“ in Weimar: „Zu früh bekannt“

geben, sie hatte einfach keinen Spaß mehr an der Arbeit.

SPIEGEL: ... und keine Rückendeckung von Kultursenator Roloff-Momin.

Haußmann: Für mich der Oberdilettant. Wie kann jemand so destruktiv mit Kulturgut umgehen wie er. Normalerweise wird doch jeder Pilot, der das Flugzeug nicht hochkriegt, entlassen.

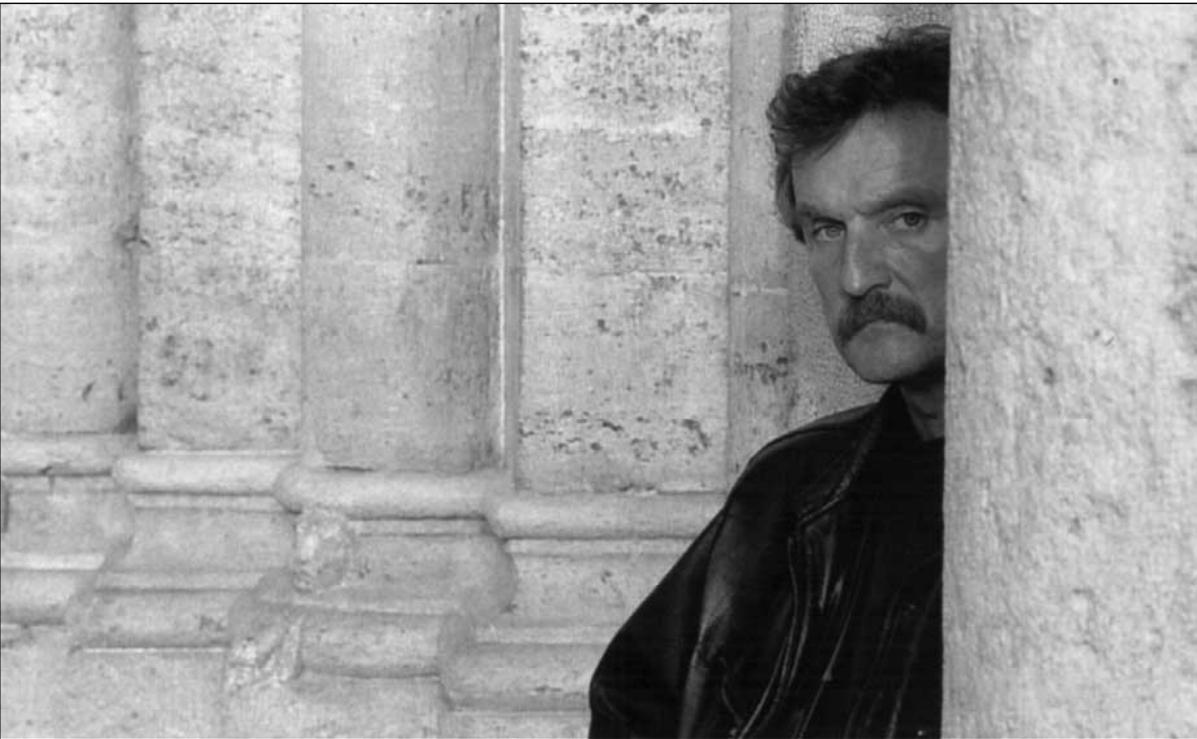
SPIEGEL: Sitzen die Bruchpiloten nicht auch in den Theatern? Ihr Berliner Kollege Frank Castorf hat sich gerade über die phantasielose 68er Generation beschwert, die das Theater gründlich verwüstet habe.

B. HELLGOTH

D. BALTZER/SEQUENZ

Zertrümmerte Zeiten

SPIEGEL-Redakteur Volker Hage über Christoph Ransmayrs neuen Roman „Morbus Kitahara“



V. M. WEBER

Schriftsteller Ransmayr: „Die Deppen in den Sühngesellschaften leiern Gebote nach“

Der Krieg ist vorbei. Nachdem „die halbe Menschheit in der Erde und im Feuer verschwunden ist“, kehrt Frieden ein. Doch was für einer? Wien ist eine einzige „Schuttwüste“, zerstört von Bombentepichen. Dort, wo einst Nürnberg lag, erstreckt sich die Steppe. Zonengrenzen zerteilen das besiegte Land.

Für die Bewohner von Moor, dem ehemals so schönen Badeort, ist das alles nur noch eine ferne, unerreichbare Welt: Zum Tiefland, zu den „Zonen und Niemandsländern“ jenseits des Gebirgszugs, der den Namen Steinernes Meer trägt, gibt es keine Verbindung. Der „Friede von Oranienburg“ und der „Stellamour-Plan“ halten die Menschen in der Seeregion gefangen.

Und sie, die Leute von Moor, müssen sich viermal im Jahr im nahegelegenen Steinbruch einfinden, um dort, auf der hohen, steilen Treppe, die Fron der Zwangsarbeiter nachzustellen, die noch vor kurzem dort im Lager hausten und in Massen gestorben sind. Mannshohe Steinlettern stehen weit sichtbar auf fünf früheren Abbaustufen: „Hier liegen / Elftausendneunhundertdreiund-

siebzig Tote / Erschlagen / Von den Eingeborenen dieses Landes / Willkommen in Moor.“

Wann spielt das? Und in welcher Welt? Der in Oberösterreich geborene Schriftsteller Christoph Ransmayr, 41, hat in seinem lange erwarteten neuen Roman einen Erzählraum geschaffen, der Bruchstücke aus der Zeitgeschichte gespenstisch verwebt und verwirrt: „Morbus Kitahara“*.

Ähnlich wie in seinem bei Kritik und Publikum gleichermaßen erfolgreichen Roman „Die letzte Welt“ (1988), der in mehr als 20 Sprachen übersetzt wurde, verschwimmen auch hier die Grenzen von Ort und Zeit. Doch anders als die Stadt Tomi, Schauplatz der „Letzten Welt“ und Exil des römischen Dichters Ovid, liegt Moor weder am Rande der Zivilisation noch im Zwischenreich von Göttersage und purer Literatur. Moor ist eine fiktive Stadt, aber eine, die an Badeorte an den Seen im Salzkammergut erinnert.

* Christoph Ransmayr: „Morbus Kitahara“. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main; 448 Seiten; 44 Mark.

Und der Granitbruch aus „Morbus Kitahara“ ist – mitsamt der Steintreppe – deutlich dem dortigen Lager Ebensee nachempfunden, einer Außenstelle des KZs Mauthausen. Allein in Ebensee kamen rund 12 000 Häftlinge zu Tode – die mahnenden Buchstaben aus Stein freilich sind dort nie errichtet worden: Sie sind pure Erfindung.

Auch die Gebote des Amerikaners Lyndon Porter Stellamour sind Fiktion – und doch nicht nur. „Zurück in die Steinzeit!“ lautet die Parole: „Keine Fabriken mehr, keine Turbinen und Eisenbahnen, keine Stahlwerke.“ Offensichtlich hat sich hier die Phantasie Ransmayrs an Überlegungen des ehemaligen amerikanischen Finanzministers Henry

Morgenthau aus dem Jahre 1944 entzündet, an jenem nie verwirklichten Plan, der aus dem besiegten Deutschland ein Agrarland machen wollte.

Der Roman „Morbus Kitahara“ spielt die Konsequenzen dieses Plans durch. Er zeichnet das Bild eines besetzten Landes, das nicht wieder aus den Ruinen aufersteht – eine endlos gedehnte Nachkriegssekunde.

Drei Personen stehen im Zentrum. Ambras, der gefolterte Zwangsarbeiter von einst, ist der neue Verwalter des Granitbruchs und damit der heimliche Herrscher von Moor. Ihm zur Seite steht als Leibwächter Bering – eine Pistole gibt ihm einsame Autorität, denn Waffen sind sonst bei Todesstrafe verboten. Und Lily: „die einzige Grenzgängerin in der Seeregion“, Schmugglerin, Überlebenskünstlerin und Tochter eines ehemaligen Schergen in schwarzer Uniform. Sie zieht von Zeit zu Zeit in die Berge, wo sie ein Waffenlager kennt und Jagd auf die „Glatzen“ macht, auf marodierende Banden, die immer wieder Dörfer überfallen.

Lichtgestalten sind sie alle drei nicht: weder das Opfer von einst, gequält von

Erinnerungen und den schmerzhaften Nachwirkungen der Folter, noch die Kinder der Täter, der Soldaten und Saldisten, Kinder, die nun als Erwachsene selbst zur Waffe greifen. Zertrümmerte Zeiten, Stillstand im Trümmerland.

Ein Vierteljahrhundert umfaßt der Roman, der in mitleidlos klarer, nie prunkender Sprache erzählt wird. Erst nach mehr als 25 Jahren endet in diesem Buch der Weltkrieg außerhalb Europas: Die Atombombe fällt – nicht auf Hiroshima, sondern auf Nagoya. Ransmayr verschiebt das aus der Realität Bekannte nicht beliebig und wahllos: Nagoya war einst tatsächlich als alternatives Ziel der Amerikaner im Gespräch.

Weder der Name von Hiroshima noch der von Auschwitz fällt im Roman. Aber das, was sich damit verbindet und mittlerweile vom häufigen Gebrauch der geläufigen Begriffe fast verdeckt wird, ist in kaum einem Werk der deutschen Nachkriegsliteratur so präsent wie in Ransmayrs „Morbus Kitahara“.

Anders als sein gleichaltriger Landsmann Erich Hackl, der sich etwa in der Erzählung „Abschied von Sidonie“ (1989) ganz auf Fakten stützte, um die Geschichte eines Opfers von Auschwitz sorgsam und eindringlich zu rekonstruieren, hat Ransmayr stets eine zwitterhafte Inszenierung bevorzugt: die Vermengung von Fiktion und durchaus exakt recherchierten Zeugnissen.

Der Roman „Morbus Kitahara“ erschöpft sich nicht im historisch-politischen Gedankenspiel. Und die zeitliche Verzögerung, bis auch in Japan der Krieg zu Ende ist, erlaubt vor allem eins: das Aufwachsen einer neuen Generation innerhalb dieser Romanwelt, die Konfrontation der Nachgeborenen mit den Opfern und Tätern.

Der Titel erklärt sich so: Ein blinder Fleck läßt den Leibwächter Bering eines Tages das ewige Dunkel fürchten. Ein Sanitäter kann ihn beruhigen. Das sei ein vorübergehendes Augenleiden namens Morbus Kitahara, benannt nach einem japanischen Augenarzt. Es wäre ein Wunder, erfährt Bering, wenn er wirklich erblinden sollte, wenn er sich nicht wieder „beruhigen“ würde.

Was Bering allerdings in Brand sieht, der Stadt hinter dem Steinernen Meer, verwirrt ihn vollends. Die den Besiegten auferlegte Buße, der Plan Stellamours – alles nur gültig für die Eingeschlossenen von Moor?

Das Tiefland blinkte und leuchtete wie ein einziger Vergnügungspark, während oben, am Moorer Dampfersteg und unter den Felswänden des Blinden Ufers, zu den Jahrestagen immer noch schwarze Fahnen gehißt und Transparente gespannt wurden. *Niemals vergessen. Du sollst nicht töten.* Bravo! Die Deppen in den Sühnegesellschaf-

ten leierten solche Gebote auch noch stundenlang nach und schleppten sie auf Transparente gestickt über die Felder, während über die Fassaden von Brand Leuchtschriften mit Reklamesprüchen flossen. In Moor standen Ruinen. In Brand Kaufhäuser.

Am Beispiel der Sühnegesellschaften von Moor und ihrer eifrigen Büber zeigt

BESTSELLER

BELLETRISTIK

- | | | |
|-----------|---|------|
| 1 | Gordon: Die Erben des Medicus
Droemer; 44 Mark | (2) |
| 2 | Gaarder: Sofies Welt
Hanser; 39,80 Mark | (1) |
| 3 | Grass: Ein weites Feld
Steidl; 49,80 Mark | (6) |
| 4 | Evans: Der Pferdeflüsterer
C. Bertelsmann; 44,80 Mark | (5) |
| 5 | Allende: Paula
Suhrkamp; 49,80 Mark | (3) |
| 6 | Grisham: Die Kammer
Hoffmann und Campe; 48 Mark | (4) |
| 7 | Tamaro: Geh, wohin dein Herz dich trägt
Diogenes; 32 Mark | (7) |
| 8 | Gaarder: Das Kartengeheimnis
Hanser; 39,80 Mark | (8) |
| 9 | George: Asche zu Asche
Blanvalet; 46,80 Mark | (10) |
| 10 | Harris: Enigma
Heyne; 44 Mark | (11) |
| 11 | Irving: Zirkuskind
Diogenes; 49 Mark | |
| 12 | King: Das Bild
Heyne; 48 Mark | (14) |
| 13 | Buchheim: Die Festung
Hoffmann und Campe;
78 Mark | (9) |
| 14 | Høeg: Fräulein Smillas Gespür für Schnee
Hanser; 45 Mark | (13) |
| 15 | Schwanitz: Der Campus
Eichborn; 38 Mark | |

Ransmayr, wie das Prinzip verordneter Reue am Ende zu inhaltsleeren Ritualen und Formeln („Niemals vergessen“) verkommen kann. Wer da an die verblichene DDR denkt, findet im Roman noch manch andere Parallele – bis hin zu der Erfahrung des Leibwächters Bering, daß es jenseits des Steinernen Meers eine funkelnde, unerreichbare Warenwelt gibt.

SACHBÜCHER

1	Ehrhardt: Gute Mädchen kommen in den Himmel, böse überall hin W. Krüger; 29,80 Mark	(1)
2	Wickert: Der Ehrliche ist der Dumme Hoffmann und Campe; 38 Mark	(2)
3	Carnegie: Sorge dich nicht, lebe! Scherz; 44 Mark	(3)
4	Paungger/Poppe: Vom richtigen Zeitpunkt Hugendubel; 29,80 Mark	(4)
5	Carnegie & Assoc.: Der Erfolg ist in dir! Scherz; 39,80 Mark	(5)
6	Kelder: Die Fünf „Tibeter“ Integral; 19 Mark	(6)
7	Paungger/Poppe: Aus eigener Kraft Goldmann; 39,80 Mark	(7)
8	Friedrichs, mit Wieser: Journalistenleben Droemer; 38 Mark	(8)
9	Preston: Hot Zone Droemer; 39,80 Mark	(11)
10	Ogger: Das Kartell der Kassierer Droemer; 38 Mark	(10)
11	Estés: Die Wolfsfrau Heyne; 48 Mark	(12)
12	Carnegie: Wie man Freunde gewinnt Scherz; 44 Mark	(9)
13	Jürgs: Der Fall Axel Springer List; 44 Mark	(14)
14	Jong: Keine Angst vor Fünfzig Hoffmann und Campe; 44 Mark	(13)
15	Gorbatschow: Erinnerungen Siedler; 78 Mark	(15)

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin *Buchreport*

Schließlich wird auch die Seeregion aufgelöst. Die Bewohner sollen einem Truppenübungsplatz weichen. Ambras, Bering und Lily begeben sich, zusammen mit den demontierten Maschinen des Steinbruchs, nach Brasilien.

Doch die Begegnung mit der fremden Welt und auch ein kurzer Liebesrausch bringen keine Erlösung. Die beiden Männer sterben gemeinsam den Feuer-tod an einem Felsen: Ihre Leichen liegen am Ende, mit einem roten Seil verbunden, „in menschenunmöglicher Verrenkung“ – letztes Echo jener Folter, die Ambras erdulden mußte.

Brasilien ist in jeder Hinsicht ein konsequenter Fluchtpunkt des Romans: Dorthin retteten sich Nazis ebenso wie manche derer, die von ihnen gejagt worden waren. Im übrigen kann die Geschichte nicht gut ausgehen – schon weil sie in der Wirklichkeit selten gut ausgegangen ist: Selbst jene Opfer der Lager, die überlebten, sind kaum je in ihrem Leben wahrhaft „Befreite“ geworden. Das Vergangene ist für sie nicht Vergangenheit: Auch so läßt sich die Zeitent-hobenheit des Romans verstehen.

Ransmayr, der das Buch vor allem während langer Reisen durch Brasilien und Irland geschrieben hat, lebt heute in Dublin. Sieben Jahre hat er zur Niederschrift benötigt. Anfang der achtziger Jahre erwischte ihn selbst für kurze Zeit jene nach dem Japaner Kitahara benannte Augenkrankheit – und die Idee, über einen Leibwächter zu schreiben, der zu erblinden fürchtet, setzte sich schon damals bei ihm fest.

Seine „Letzte Welt“ war ein wunderbar artistisches Spiel, angesiedelt zur Zeit des römischen Kaisers Augustus, wenn auch schon damals ein Spiel nicht im luftleeren Raum, sondern mit erschreckten Vorausblicken auf kommende Katastrophen – „Morbus Kitahara“ zieht den Leser völlig in den Bann der größten Katastrophe dieses Jahrhunderts, aus der, so zeigt das Buch, Ausflucht ins Unbeschwerte kaum möglich ist. Und doch ist das kein völlig düsterer Roman: In kleinen Gesten und in den Erinnerungen der Menschen gibt es so etwas wie Liebe, sogar Leidenschaft.

Christoph Ransmayr, der Nachgeborene, hat etwas schier Aussichtsloses gewagt, und es ist ihm mit gestalterischer Kraft und erzählerischer Bedachtsamkeit geglückt – falls von glücken in diesem Zusammenhang überhaupt zu reden ist: Er erzählt noch einmal vom entfesselten Krieg, der scheinbar zum Stillstand gekommen ist, von den gigantischen Greueln und Alpträumen. Und er erzählt das bis zur Unkenntlichkeit Bekannte wie neu, wie zum erstenmal: mit einer das Mythologische streifenden Konzentration auf wenige Personen und in einer fesselnden, alles historisch Fierte umwendenden Prosa.

Werbeseite

Werbeseite

Ratlos im Motel

In der neuerstarkten Pop-Nation England tobt ein Klassenkampf der Bands: Blur aus der Mittelklasse gegen die Proletarier von Oasis.

Damon Albarn sitzt an einem Rosenholzstisch neben den Hotelfahrstühlen und kneift die Augen zusammen. Ab und zu zieht er an den Ärmeln seines karierten Ralph-Lauren-Hemdes, schabt mit seinen Adidas-Sportschuhen über den Teppich und schaut in eine englische Zeitung. Eine halbe Stunde lang. Er sieht darin vergessene Privatfotos und einen Bericht von der Nacht, in der er seine Unschuld verlor.

Albarn muß grinsen. Der 27jährige Sänger der britischen Band Blur weiß: Ein Popsänger hat es geschafft, wenn seine erste Freundin ihre Liebesbriefe an eine Zeitung versteigert.

Albarn darf sich auch sonst als Sieger fühlen. Niemand verkauft derzeit mehr Platten in England als Blur. Auch nicht die Jungs von der Konkurrenzband Oasis. In der „Schlacht der Bands“ (*Time*) um die britische Pop-Herrschaft, die von den Kritikern mit der Rivalität der Beatles und der Rolling Stones verglichen wird, landeten Oasis knapp auf dem zweiten Rang.



Rockgruppe Oasis: Verstärker und Schnaps

Die Entscheidung fiel eine Woche nachdem beide Bands am gleichen Tag neue Singles veröffentlicht hatten und, was in der Geschichte der Charts erst zum drittenmal vorkam, von null auf die ersten beiden Plätze der britischen Hitparade einstiegen: Etappensieg für Blur in einem Duell, das die britischen Medien in den letzten Wochen begeistert anheizten.

Die Hysterie warf fundamentale Fragen auf: nach Gut und Böse, nach Arm und Reich. Blur haben die Rolle der Beatles zugewiesen bekommen, als kluge und charmante Pop-Bastler. Oasis treten für die Stones ein als begabtes, aber sittenloses Rock'n'Roll-Kommando.

Für Damon Albarn ist diese Privatfehde bloß ein Nebenkriegsschauplatz. Wichtig, meint er, sei es vor allem, die Amerikaner zurückzudrängen: „Britische Bands auf den ersten beiden Plätzen unserer Hitparade und dahinter Michael Jackson, Madonna und all die anderen Amerikaner!“ Was alle an diesem Aufstand Beteiligten eint, ist die Freude über die Aufmerksamkeit, die britischer Popmusik nach scheinbar endlos langer Zeit wieder zuteil wird. Zu lange waren die Inselmusiker belächelt worden – eine kleine Katastrophe, nachdem schon das Nationalheiligum Fußball international ins Abseits geraten war.

Der musikalische Niedergang begann in den achtziger Jahren. Seit dem Punkrock der Sex Pistols und dem Hedonistenpop von Duran Duran war auf der Insel kaum etwas passiert, das für Nicht-Briten von Interesse gewesen wäre. Zuletzt sorgten der Erfolg des amerikanischen Grunge-Rocks und die weltweite Begeisterung für Nirvana für Stillstand und kreatives Koma in England. Das ist vorbei. Die einen meinen, Grunge starb mit dem Selbstmord von Kurt Cobain. Blur-Sänger Albarn behauptet, er habe den Grunge höchstpersönlich erlidigt.

Fest steht jedenfalls: Es gibt einen Haufen neuer, selbstbewußter britischer Bands, die gern mit chauvinistischen Begleittönen gefeiert werden. Nie waren in Englands Musikzeitungen so viele Union Jacks zu sehen, nie wurde



Popband Blur: Bahnfahrten ins Büro

so oft auf die glorreiche Rolle der Briten in der Pop-Geschichte verwiesen. Selbst in deutschen Magazinen wirbt Sony für Oasis mit dem Slogan: „Buy British“.

Dabei haben die Musiker das kaum nötig. Die Burschen von Blur und Oasis, aber auch von Supergrass, Pulp, Elastica, Menswear und den Bluetones sind nicht nur jung und sehen ganz annehmbar aus; sie sind auch talentiert und genauso selbstverliebt, wie sich das für eine ordentliche Pop-Rebellion gehört. Damon Albarn behauptet: „Wir sind hier, um englisch als neuen Qualitätsbegriff zu definieren.“

Darüber, was nun genau „englisch“ ist, streiten Oasis und Blur dauernd. Die zwei Bands „repräsentieren zwei völlig verschiedene Englands“, wie der britische Starkritiker Tony Parsons anmerkt: den Middle-Class-Süden und den Working-Class-Norden. Damon Albarn ist in Colchester im Süden aufgewachsen. Seine Eltern entwarfen Bühnendekorationen für Avantgarde-Theater, während Damon mit Brecht- und Hesse-Büchern umherschlenderte und auch mal Musik für das Schultheater komponierte. Vor fünf Jahren begann er mit Blur freundlichen, aber faden Gitarrenpop zu spielen. 1992 ging die Band auf US-Tournee und hatte gegen den allgegenwärtigen Grunge-Rock keine Chance. „Wir haben uns zwei Monate lang in irgendwelchen Motels volllaufen lassen und waren ratlos“, berichtet Albarn.

„Wir sind eine Art-School-Popband“, erklärt er sich heute den Schock, „mit Rockmusik haben wir überhaupt nichts zu tun.“ Mit einer Bühne, die aussah wie ein Wohnzimmer in Colchester, werden

Konzerte nun als Theater inszeniert. Sessel stehen herum, Leselampen, es gibt sogar einen Teppich und ausgestopfte Enten, die von der Decke baumeln. Dazu singt Damon Lieder über den britischen Alltag. Über Reihenhäuser, Bahnfahrten ins Büro und Ehepaare, die zu lange verheiratet sind.

Mit der CD „Parklife“ kam im vergangenen Jahr der große Erfolg. Die Platte verkaufte sich über einemillionmal und steht noch immer hoch in den britischen Charts. Das jetzt erschienene Nachfolge-Album „The Great Escape“ dürfte „Parklife“ noch übertreffen: „Musik voll kaleidoskopischer Überraschungen“, bejubelt bereits das Fachblatt *Q* die versponnenen Arrangements und feinsinnigen Melodien der ironischen Verherrlicher spätkapitalistischer Angestelltenkultur.

„Blur sind eine Bande von Mittelklasse-Wichsern“, giftet Noel Gallagher dagegen. Er ist der Chef von Oasis, und er prophezeit: „Die Jungs haben keine Chance gegen anständige Männer aus der Arbeiterklasse.“ Die Oasis-Mitglieder kommen aus Manchester im Norden Englands, und sie stammen von ganz unten und sind stolz darauf. Sie haben im letzten Jahr das andere wichtige britische Bestseller-Album veröffentlicht,

„Definitely Maybe“. Der Nachfolger dazu heißt „Morning Glory“.

Vor vier Jahren teilte Noel Gallagher, der bis dahin Lautsprecher auf Bühnen getragen hatte, seinem Bruder Liam mit, daß er den Chefposten in dessen Schülerband übernehmen werde. Es werde sich lohnen: Gallagher versprach haufenweise Geld und Mädchen und andere Rock'n'Roll-Träume. Über solche Phantasien schreibt Noel Gallagher auch seine Lieder – die tragen Titel wie „Cigarettes And Alcohol“. Und wenn

Amerikaner sind für Englands Pop-Rebellen nicht satisfaktionsfähig

Oasis eine Bühne betreten, steht dort nichts außer Verstärkern herum – und vielleicht einer Flasche Schnaps.

Ebenso wie Blur sind Oasis sehr traditionsbewußt. Sie verehren die Kinks, die Who und besonders die Small Faces. „Definitely Maybe“ kam bei den Kritikern gut an. Gleich darauf fielen Oasis über Blur, die eigentlichen Lieblinge der Kritiker, her.

Blur-Boß Albarn schlug zurück. In einer Radiosendung summt er live zur

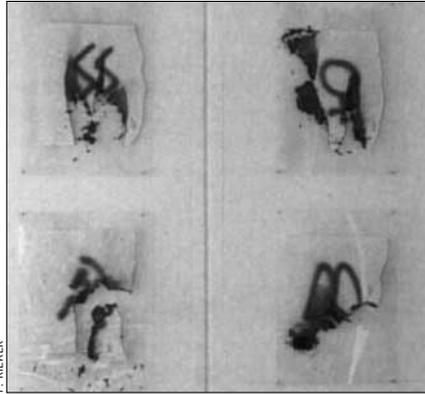
neuen Oasis-Single „Roll With It“ „Rockin' All Over The World“ von den Sumpf-Rockern Status Quo – und spricht seitdem auch gern mal von „Oasis-Quo“. Albarn fügt hinzu: „Jetzt, wo die Zeichen für britische Musik international wirklich günstig stehen, dürfen wir uns von Narren wie Oasis nicht irritieren lassen.“

Wichtigstes Ziel aller britischen Bands ist immer noch der Erfolg in Amerika. Und für den wollen weder Blur noch Oasis arbeiten. Denn sie halten die meisten Amerikaner in Pop-Dingen nicht für satisfaktionsfähig. „Die begreifen zwar die Worte, aber die Feinheiten bekommen sie nicht mit“, erklärt Damon Albarn. Ray Davies von den Kinks habe ihm neulich gesagt: „Wenn du ins Flugzeug nach New York steigst, läßt du deinen Humor zurück. Dinge, von denen du dachtest, sie seien lustig, sind es einfach nicht mehr. Es ist eine ganz andere Kultur.“

So waren Blur über den Plan ihrer alten Plattenfirma entsetzt, ihr Album „Modern Life Is Rubbish“ mit dem Nirvana-Produzenten Butch Vig für Amerika neu aufzunehmen. „Wenn in New York bolivianische Nasenflöten in Mode gewesen wären“, höhnt Damon Albarn, „hätten sie die für uns gekauft.“



Künstlerin Böhme, Verbrennungs-Collage



F. RIEKER

Kunst

Ohnmacht der Symbole

Vor ein paar Jahren hätte es dafür noch Sibirien oder Knast gegeben. Heute geht es auch in Moskau als Kunst durch, wenn die Stuttgarterin Ulrike Böhme, 42, vor der Manege Central Exhibition Hall neben dem Kreml eine Fahne mit Hammer und Sichel verbrennt. Gemeinsam mit der Stadt Stuttgart und der Galerie Bischoff wagen sich die russischen Veranstalter nicht nur an die Symbole des untergegangenen Sowjetreichs; auf 24 angekorkelten Straßafahnen werden heilige Zeichen unterschiedlichster Ideologien und Gruppierungen entweiht,

darunter der Mercedes-Stern, das große McDonald's-M, das Anarcho-Zeichen und das Feministen-Symbol. Die Verbrennungsaktion soll zeigen, wie die politischen Umwälzungen der letzten Jahre ehemals Bedeutungsvolles auf ein neues, unbedeutendes Format zurechtgestutzt haben und von der „Hoffnung auf ein besseres Leben“ (Böhme) künden. Während das Goethe-Institut seine Unterstützung zugesagt hat, verwarf Daimler-Benz, eine der Stern-Aktionen finanziell zu unterstützen. Begründung: „Unser Stern ist ein Hoheitssymbol.“ Das russisch-deutsche Projekt „Transporte“, an dem vier Künstler beteiligt sind, läuft bis 3. Oktober 1995. 1996 gastieren dann russische Künstler in Stuttgart.

Medien

Was fehlt – bald die taz?

Die Geschichte der Berliner Tageszeitung (*taz*) ist eine Geschichte von Überlebenskämpfen. Existenzkrisen gehörten seit Gründung 1978 zur links-alternativen *taz*-Mannschaft wie Einheitslohn oder stundenlange Positionsdebatten. Doch diesmal droht wirklich der „Abgrund“ (Chefredakteur Arno Luik): Sowohl Anzeigen- als auch Abonnentenzahlen (rund 45 000) sind mehr als dürftig, der Einzelverkauf fiel 1994 im Schnitt auf 15 700 Exemplare. Nicht etwa wegen mangelnder Beliebtheit – die 60 000 Blätter werden durchschnittlich von 410 000 Fans gelesen. Den kostenscheuen „Trittbrettleser“ will die *taz* nun mit einer Rettungskampagne zum Abo-Kauf animieren. Am Montag dieser Woche erscheint die Zeitung mit einer weitgehend weißen Titelseite und dem Slogan: „Was hier nicht steht, ist nicht bezahlt.“ Bei 35 000 neuen Abonnenten, so die *taz*-Führungsspitze, sei das Blatt gerettet.



Entwurf für die taz vom Montag dieser Woche

Literatur

Einfach davonschrumpfen

Eines Morgens ist der Elefant nicht mehr da. Und auch von seinem Pfleger keine Spur. Einfach verschwunden. Ganz Tokio steht vor einem Rätsel, denn die Fußkette ist ungeöffnet, die Gitter sind intakt. Der Vorfall ist um so empörender, als das Gehege eigens für den grauen Riesen gebaut worden war; kein anderer Tierpark wollte den alten, afrikanischen Elefanten mehr haben. Nur einer versteht, was wirklich passiert ist: ein junger, etwas einsamer Mann, der in der Werbeabteilung eines Küchengeräte-Herstellers arbeitet. Er erzählt bei einem Scotch on the rocks einer Redakteurin, er habe beobachtet, wie der Elefant immer kleiner wurde. Eines Tages sei das Tier dann ganz verschwunden gewesen. Die Journalistin ist verwirrt, und der junge Mann wendet sich wieder dem Verkauf seiner Mixer und Elektroherde zu, unglücklich, verloren. Am liebsten würde auch er in eine Welt entschwinden, wo jene leben, die keiner mehr braucht und wo ihr Wert nicht an ihrer Nützlichkeit bemessen wird. Den „kühnsten und bedeutendsten Erzähler Japans“ nannte ganz zu Recht die *New York Times* Haruki Murakami, 46, der in seiner Heimat alle bedeutenden Literaturpreise erhielt. Über 40 Werke hat er veröffentlicht. Ein zweibändiger Liebesroman verkaufte sich mehr als viermillionenmal. Auch „Der Elefant verschwindet“ (aus dem Japanischen von Nora Bierich), nach „Wilde Schafsjagd“ und „Hard-boiled Wonderland“ sein drittes, ins Deutsche übersetzte Werk, ist ein leises, surreales Buch. In einer fast naiven Sprache berichtet Murakami von unscheinbaren Begegnungen, die seltsam genug sind, um die Protagonisten aus ihrem Alltag zu werfen – in dem sie sich ohnehin nie richtig wohl gefühlt hatten. Wie der Elefant sieht auch der Autor nur einen Weg, der technisierten, auf Effektivität ausgerichteten Welt zu entkommen: Er tritt nie öffentlich auf, er gibt keine Interviews. Er ist in seine Phantasie entschwinden.

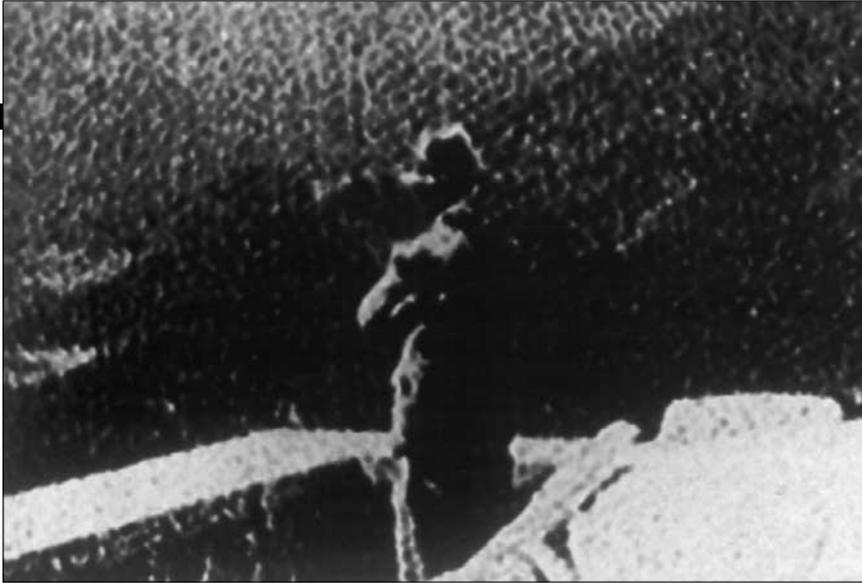


Haruki Murakami
Der Elefant verschwindet
Berlin Verlag
36 Mark

Ausstellungen

Spuk vom Obersalzberg

Nah ist er, doch schwer zu fassen, der Führer. Auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden, wo er sein Unwesen am liebsten trieb, wabert sein Geist um nazi-nostalgische Touristen. Nun spukt er auch durch eine Lichtbild-Kulisse, die den erhabenen Schauplatz verfremdend im Münchner Lenbachhaus nachstellt (22. September bis 22. Oktober): Fotokünstler Stefan Hunstein, 38, hat Privatfotos aufgetan, die kurz vor Kriegsbeginn 1939 auf dem Obersalzberg entstanden sind, und ausgewählte Motive bis an die Grenze der Unkenntlichkeit manipuliert. Körnig, unscharf und in unreal-kühlen Farbefekten beschwören seine acht Großformate (1,30 Meter mal 1,90 Meter) den Ort als filmisch-traumhafte Vision – zum Zeichen, daß auch dieser alpine Herrschersitz „Teil einer großangelegten Inszenierung“ war (Hunstein). Der Diktator selbst verschwimmt zum kaum kenntlichen Schemen und materialisiert sich allenfalls als eine Art romantischer Wanderer über dem Nebelmeer. Künstler Hunstein, im Hauptberuf Schauspieler, will in der Ausstellung auch aus Hitlers Monologen und Tischgesprächen rezitieren.



STÄDTISCHE GALERIE IM LENBACHHAUS



HUNSTEIN

Hunstein-Fotoarbeit (oben), Hitler auf dem Obersalzberg

Architektur

Beton mit Tapete

Backstein ist ein spezielles Material – ideal für Orte, „wo etwas Herbes, Strenges reifen mußte“, wo „Nebel und Seewind ihm nichts anhaben können“. Das lehrte schon Anfang des Jahrhunderts der legendäre Hamburger Baudirektor Fritz Schumacher. Heute gehören Backsteine zur seriösen Einheitskluft Hamburger Neubauten, auch wenn das strapazierfähige Mauerwerk jetzt im Normalfall nur noch als Steinfassade vor Betonwände montiert wird. Mittlerweile ist der rotbraune Baustoff bis in die Berliner Hauptstadt-Architektur vorgedrungen. Wie die Hanseaten ihre Ästhetik exportfähig gemacht haben, zeigt ein Werkbericht des

stilprägenden Hamburger Büros Schramm, von Bassewitz, Hupertz und Limbrock („Häuser aus einem Hause 1985 – 1995“; Europäische Verlagsanstalt, 332 Seiten; 128 Mark). Neben mächtigen neuen Kontorhäusern arbeiten die Architekten mit Vorliebe an Sanierungsprojekten, vom Hamburger Hauptbahnhof bis zum Schweriner Schloß.



EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT

Heizkraftwerk Tiefstack in Hamburg

Schlaf

Sechs Quickies pro Tag

Achtung, alle Anhänger der 60-Stunden-Woche: Der amerikanische Schlafforscher Claudio Stampi untersucht, ob der moderne Hochleistungsmensch nicht mit drei Stunden Schlaf prima auskommt. Übermüdung entstehe womöglich, weil der Mensch stundenlang am Stück schlafe, und nach jeder Tiefschlafphase folgt stets ein Hangover. Der Trick, vermuten die Experten vom Institute for Circadian Studies in Cambridge (Massachusetts), könnte also darin liegen, statt in Tiefschlaf zu fallen, alle vier Stunden 30minütige Power-Nickerchen einzulegen oder anderthalb Stunden pro Nacht, gefolgt von drei Halbstunden-Quickies. 85 Prozent aller Säugetiere, sagt Stampi, schlafen „polyphasisch“. Arbeitnehmer sollten sich demnach künftig mehrmals täglich wie Katzen unter dem Schreibtisch zusammenrollen. Freiwillige Versuchspersonen dürfen in wachen Zeiten ihrer normalen Beschäftigung nachgehen – gegen ein Taschengeld, freie Kost und Logis.

Werbeseite

Werbeseite

Fernsehen

Komplize Kamera

Wenn die ARD an diesem Sonntag (20.15 Uhr) Ulrich Tukur in „Der Mörder und sein Kind“ (Buch: Sabine Thiesler; Regie: Matti Geschonneck) über den Schirm schießt, dürfen sich alle die aufregen, die Verbrecher im Fernsehen am liebsten als perverse Kreaturen sehen, als Marionetten an den Fäden einer mißratenen Gesellschaft, zu Tode erklärt durch die Klischees der Küchenpsychologie.

Der Weg des Düsseldorfer Werbegrafikers Martin Dreyer, der zwei kleine Mädchen ermordet, wird als schreckliche Liebesgeschichte erzählt. Eine geheimnisvolle Sehnsucht zieht den Unglücklichen in das Paradies kindlicher Unschuld und Geborgenheit, das er nur erreichen kann, in dem er es mordend zerstört.

So unschuldig, entspannt und geradezu zärtlich hat wohl selten ein Film im Fernsehen über einen Triebtäter begonnen. Ein Mädchen spielt einsam und selbstvergessen in den Dünen der Nordseeinsel Amrum. Warm und freundlich spricht Dreyer die Kleine an, überreicht ihr einen Seestern, um sie fortzulocken. Das Mädchen bestrickt mit großen Augen nicht nur seinen Mörder, sondern – die Kamera ist immer Komplize – auch den Zuschauer. Ohne es zu wollen, verfällt er der Geschichte.

Auch vor der zweiten Tat sind es die ernstesten Blicke des Kindes, die den sich gegen sein Verlangen verzweifelt wehrenden Mörder ins Herz treffen. Nichts Lolitahaftes haftet dem Mädchen an, kein perverses Gelechte auf seiten des Täters mildert die schreckliche Logik der Szene.

Vergebens versucht der Grafiker erst, sich zu töten, dann durch das Zusammenleben mit seinem behinderten Bruder und zuletzt durch eine hastige Ehe sich selbst zu heilen. Die tödliche Sehnsucht ist stärker, erst vor dem Mord am dritten Kind, das seine Frau in die Ehe mitgebracht hat, vermag dieser perverse Tristan den erlösenden Liebestod zu sterben.



Tukur mit TV-Tochter in „Der Mörder und sein Kind“

Ulrich Tukur macht den inneren Zwiespalt seiner Figur meisterhaft sichtbar. Er führt eine Schauspielerei vor, die über zwei Kanäle zum Zuschauer verfügt: den für das Sichtbare und den für das, was hinter dem Sichtbaren liegt. Er weint, wenn er lächelt, und er giert, wenn er verzweifelt schaut. Schade nur, daß sich der Regisseur nicht ganz auf die Kunst seines Protagonisten verlassen hat. Es wabert etwas zuviel mystischer Seenebel durch den Film, und die Kamera-Blicke in fließende Gewässer, wenn der Trieb Dreyer zu mörderischer Tat getrieben hat, weisen ins Platte.

Doch Geschonnecks fürchterlicher Liebesfilm besticht, weil er nicht richtet, Kausalitäten zuweist oder Partei ergreift. Er ent-rüstet im wahrsten Sinne des Wortes: Die Rüstungen und Brüstungen der Moral bieten keinen Sichtschutz mehr auf den Schrecken.

KINO IN KÜRZE



O'Donnell und Barrymore in „Mad Love“

„**Mad Love**“. Die PR-Windmaschinen Hollywoods versuchen mit aller Kraft, Drew Barrymore (Spezialfach Biest) und Chris O' Donnell (Batmans Bubi) zum neuen Star-Paar hochzupusten. Ihre Produzenten aber haben versäumt, den beiden Ausreißern für ihre Wahnsinnsliebe ein wenigstens halbwegs vernünftiges Drehbuch mitzugeben, und so reicht der Schwung nur zu einer Bauchlandung auf dem Boden der Banalität.

Satire

Mit der *Titanic* durch die Badewanne

Wenn es um den Humor geht, hört sofort der Spaß auf für die deutschen Satiriker, die auch den Humorismus als Ismus verstehen und Abweichungen von der Generallinie nur ungern dulden: *Titanic*-Redakteur Hans Zippert mußte im Sammelband „Genschman war Engholms Lutscher bei Thomas Gottschalk“ („Die besten Satiren aus 7 Jahren“; Elefanten Press) eine Spalte schwärzen, weil ein ehemaliger Mitarbeiter den Nachdruck eines seiner Briefe an die Redaktion nicht gestatten wollte. Auch für Autoren und Redakteure ist Satire die reine Nervensache: Immer lustig sein, immer noch einen Kohlwitz erfinden, das strengt an – und kaum fällt der Redaktion mal ein wirklich gemeiner Scherz ein (Björn Engholm in der Badewanne), da fordert der Verhöhnnte ein hohes Schmerzensgeld.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Affären

Absolut unpolitisch?

Henryk M. Broder über die Ausfälle der Friedenspreisträgerin Annemarie Schimmel gegen Salman Rushdie

Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels handelt vollkommen richtig, wenn er sich weigert, die Zuerkennung des Friedenspreises an die Orientalistin Annemarie Schimmel zu widerrufen. Eine solche Entscheidung, käme sie unter dem Druck der öffentlichen Proteste zustande, würde den Börsenverein in doppelte Not stürzen: Zum einen wäre es unmöglich, auf die schnelle einen anderen Preisträger zu finden; zum anderen käme eine Revision dem Eingeständnis gleich, daß die ursprüngliche Wahl ein Fehlgriff war.

Der Börsenverein verfolgt die einzig mögliche Strategie: Augen zu und durch, oder: Wen wir wählen, bestimmen wir! Die „Abwahl“ der Kandidatin würde zudem den falschen Eindruck erwecken, als seien die Argumente ihrer Gegner repräsentativ für das politische Klima und die kulturelle Stimmung im Lande; das Gegenteil trifft zu.

Wer daran den geringsten Zweifel hat, der schaue sich das Feuilleton der *FAZ* oder die Esotrik-Abteilung einer beliebigen Großstadt-Buchhandlung an. Die Konjunktur des Obskuren läßt rückblickend sogar Erich von Däniken, Christa Meves und Franz Alt wie Pioniere der Aufklärung erscheinen.

Und nun: Annemarie Schimmel, 73, die deutsche Jeanne d'Arc eines interkulturellen Dialogs mit dem Islam. Alles, was wir über sie nicht wissen wollten, haben wir inzwischen erfahren: Mit 15 hat sie angefangen, Arabisch zu lernen; sie war gerade 20, als sie über „Die Stellung des Kalifen und der Kadis am Ausgang der Mamelukenzeit“ promovierte. 1941 trat sie als Übersetzerin in die Dienste des Auswärtigen Amtes.

Wir wissen, daß sie sich immer für „absolut unpolitisch“ hielt, daß sie von der Verfolgung der Juden, Kommunisten und Homosexuellen im Dritten Reich ebensowenig mitbekam wie von der Verfolgung der Bahaï, Kommunisten und Homosexuellen im nachrevolutionären Iran, wo sie immer willkom-



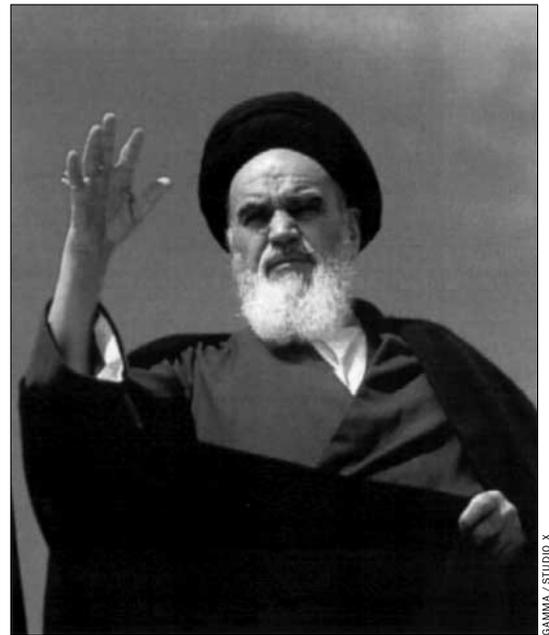
Rushdie-Kritikerin Schimmel, Autor Rushdie: „Mein Blut kommt in Wallung“

men war: „Ich hatte im Iran nie Probleme als Frau.“

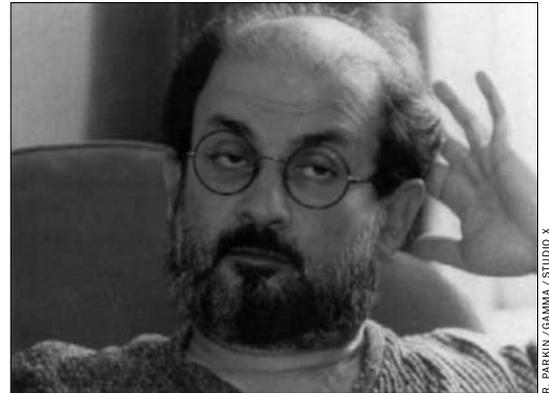
Wir wissen, daß sie noch im Jahre 1992 das Vorwort zu einem Buch schrieb, dessen Autor, ein zum Islam konvertierter Deutscher, den islamischen Gottesstaat, die Scharia, die Polygamie für Männer und die Prügelstrafe für Frauen als Alternative zu den westlichen Werten darstellte.

Doch alles, was wir über Frau Schimmel hätten wissen müssen, hätten wir schon 1989 aus ihrem Buch „Und Muhammad ist Sein Prophet“ erfahren können. Da heißt es „aus gegebenem Anlaß“:

Wer im Frühjahr 1989 die Zeitungsveröffentlichungen verfolgte, die sich mit Salman Rushdies „Satanischen Versen“ befaßten, bemerkte, daß kaum je der Grund für die Empörung nicht nur Ayatollah Khomeinis und weiter muslimischer Kreise richtig verstanden wurde: Beleidigung des Propheten ist seit Jahrhunderten nach den meisten isla-



Ayatollah Khomeini
Lustvolle Kapitulation



mischen Rechtsschulen ein todeswürdiges Verbrechen. Man flüchtete in formalistische Argumente, in denen historische Fakten dargelegt wurden, oder, in den meisten Fällen, in eine Verteidigung der „Redefreiheit“. Aber wer fragte, wie es einem frommen Muslim zumute war, wenn er erfuhr, daß jemand, der seine Religion geformt und geprägt hatte, historische Gestalten, die ihm seit seiner Kindheit lieb und wert waren . . . nun in kaum vorstellbarer Weise ironisch verunglimpft wurden?

Annemarie Schimmel fragte und antwortete postwendend. Seitdem bemühen sich ihre Fans und Apologeten um den Nachweis, daß sie nur einen Ist-Zustand beschrieben, sich aber mit dem Todesfluch gegen Rushdie nicht identifiziert habe, ein angesichts der Wortwahl und der inneren Logik der Stellungnahme waghalsiges Unternehmen.

Frau Schimmel selbst ließ keine Gelegenheit aus, die „Fatwa“ auf eine rechtfertigende Weise zu erklären. Im De-

zember 1994 sagte sie in einer Sendung des Südwestfunks:

Die Verurteilung versteht sich für einen gläubigen Muslim doch von selbst! . . . Ich spreche lieber nicht über Salman Rushdie, denn da kommt mir mein Blut zu sehr in Wallung, weil ich absolut gegen ihn bin. Aber wenn er sich bedroht fühlt, nun ja . . .

Anfang Mai dieses Jahres wallte ihr Blut noch immer. Nach der Nominierung für den Friedenspreis sagte sie in den „Tagesthemen“: „Eine Morddrohung ist natürlich immer etwas Gräßliches“, relativierte die Einsicht aber sogleich, immerhin habe Rushdie auf „eine sehr üble Art“ die Gefühle gläubiger Moslems verletzt, sie selbst habe „erwachsene Männer“ weinen sehen. Selbst die *FAZ*, seit Anfang der Affäre auf Schimmel-Kurs, mußte einräumen, „daß manche ihrer Äußerungen besser ungesagt geblieben wären“.

Der Mantel der Barmherzigkeit, der von vielen über Frau Schimmel ausgebreitet wird, deckt mehr auf als er verhüllt. Hinter der Fassade aus multikultureller Toleranz lauern Sympathien fürs Archaische. Der gut erzogene Mitteleuropäer, der seinen Kindern keine „Negerküsse“ kauft, der außer sich gerät, wenn eine Ölplattform auf hoher See entsorgt werden soll und der genau weiß, welche Vogelart in Kalabrien vom Aussterben bedroht ist: Er findet an der Todesstrafe nichts auszusetzen, wenn sie in einem bestimmten „kulturellen Kontext“ vollzogen wird.

Was vor der eigenen Haustür als Barbarei empfunden wird, entzieht sich der Kritik, wenn es zwischen Riad und Abu Dhabi stattfindet. „Wir“ wollen uns nicht in die kulturellen Angelegenheiten anderer Völker einmischen. „Wir“ kennen weder „falsche“ noch „richtige“ Verhaltensweisen, sondern nur noch „andere“. Im Sudan wird Dieben eine Hand abgehackt, in Saudi-Arabien werden Ehebrecherinnen gesteinigt und Drogenhändler geköpft – geschenkt, auch in Bayern gibt es seltsame Bräuche, an denen man sich als Norddeutscher nicht beteiligen möchte.

Und nichts kränkt „uns“ mehr als der Vorwurf, „wir“ würden anderen „unser“ Werte vorschreiben wollen.

Doch was spricht dagegen, unsere Vorstellungen vom Recht auf Leben anderen aufzuzwingen, nachdem wir ihnen bereits Kreditkarten, Einwegflaschen und Teebeutel aufgezwungen haben?

In der Vorstellungswelt der Europäer leben die unverdorbenen edlen Wilden fort, sie schwingen sich an Lianen durch die Zeitgeschichte, und wenn sie sich dabei gegenseitig die Köpfe einschlagen, dann ist es ihre Angelegenheit.

Hinzu kommt eine Bewunderung für Systeme, die sich mit prozeduralen Fra-

gen nur ungerne belasten. Das hatte doch was, wie der Ajatollah mit dem korrupten Schah-Regime aufgeräumt, wie Saddam den Großmächten die Stirn geboten hat. Die Idee vom guten Diktator, wie sie viele europäische Intellektuelle fasziniert und zu Hymnen auf Hitler und Stalin inspiriert hat, ist langlebiger als es der Nationalsozialismus und der real existierende Sozialismus waren. Das Verständnis für den islamischen Fundamentalismus entspringt derselben Quelle: der lustvollen Kapitulation vor dem totalitären Faszinismus.

Auf diesem Mechanismus beruhen auch Annemarie Schimmels Werk und Wirkung. In Hunderten von Büchern, Aufsätzen, Vorträgen hat die Wissenschaftlerin versucht, den Europäern das Wesen des Islam zu vermitteln. Doch hat sie bei keiner Gelegenheit ein kritisches Wort über die Praxis der fundamentalistischen Regime verloren.

Statt dessen plaudert sie in einer offiziellen iranischen Propagandaschrift über ihr Vertrauen in Gott („Was Er tut, ist das Beste für den Menschen“), und wo sie mal ein Problem lokalisiert, etwa die Stellung der Frau im „Funda-

„Was Gott tut, ist das Beste für den Menschen“

mentalismus“, da setzt sie nicht nur den Fundamentalismus in Führungszeichen, sondern gibt auch schon Entwarnung: „In Saudi-Arabien hat man das Problem zunächst dadurch gelöst, daß Fakultäten für Frauen bestehen und daß es zum Beispiel nur von Frauen geleitete Banken gibt.“

Annemarie Schimmel hat nicht nur Sinn für praktische Lösungen diffiziler Probleme, sie hat auch Respekt vor der lebenden Kreatur, wenn es nicht gerade ein Autor ist, der die Gefühle gläubiger Moslems verletzt. Sie könnte „nicht einmal eine Spinne oder Fliege töten“, und „aus Abscheu vor all den Grausamkeiten im Fernsehen“ habe sie sich noch nie einen Krimi angesehen, vertraute sie einer Bekannten aus Aachen an. Daß sie vor Jahren nach einem Vortrag in geselliger Runde mal gesagt haben soll, Rushdie gehöre umgebracht, sie würde es am liebsten selbst tun, erklärte sie mit der „schlechten Angewohnheit, Ausdrücke wie ‚den könnte ich umbringen‘ . . . und ähnlichen Blödsinn auch zu meinen Freunden zu sagen“.

So verbindet die diesjährige Friedenspreissträgerin wissenschaftliche Reputation mit humanitärer Haltung und einem heiteren Wesen.

Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels hätte keine bessere Wahl treffen können.



Ruandische Flüchtlinge, Cholera-Opfer (1994): Bürgerkriege begünstigen die biologischen Menschheitsfeinde

Medizin

„Krise zur falschen Zeit“

Die WHO ist unter Beschuß geraten. Statt geeignete Strategien gegen neue Epidemien zu entwickeln, verzettelt sich die 4500 Mitarbeiter starke Behörde bei ihren Aufgaben. „Die WHO ist schwer krank“, befinden Kritiker; manche halten die Gründung einer neuen Gesundheitsorganisation für geboten.

Hochgespannt war das Ziel, auf das sich die Vertreter von 55 Nationen verständigten, als sie 1948 die Weltgesundheitsorganisation WHO begründeten. „Allen Menschen soll der höchstmögliche Grad von Gesundheit verschafft werden“, heißt es in der damals verabschiedeten WHO-Präambel.

In dem programmatischen Text wurde auch erläutert, was unter Gesundheit zu verstehen sei: nicht nur die „bloße Abwesenheit von Krankheiten und Gebrechen“, sondern das „umfassende physische, seelische und soziale Wohlbefinden“ der Menschen.

Von diesem Ziel ist die in Genf residierende Uno-Behörde – mit weltweit 4500 Mitarbeitern – ebenso weit entfernt wie von der Erfüllung des 1977

nachgeschobenen Vorhabens „Gesundheit für alle im Jahre 2000“.

Statt dessen ist die WHO im 48. Jahr ihres Bestehens „schwer krank“ und wird „von einem System unterhöhlt, das der Korruption Vorschub leistet, Autoritätsgehabe fördert und Wirkungslosigkeit begünstigt“.

Zu diesem Schluß gelangte das *British Medical Journal* jüngst in einer sechsteiligen Serie, in der die gegenwärtigen Programme und Strategien, die Struktur, das Management und das Selbstverständnis der WHO untersucht wurden.

„Die Krise der WHO“, so das Fazit des britischen Medizin-Fachblattes, komme zu einem Zeitpunkt, da mehr denn je „eine starke Organisation“ benötigt werde, die „weltweit in Gesund-

heitsfragen eine Führungsrolle“ übernimmt.

Immer deutlicher tritt zutage, daß die Zuversicht der Mediziner, sie könnten die großen Krankheiten der Menschheit besiegen oder zumindest in den Griff bekommen, voreilig war – unterm Strich wurde die Menschheit nicht gesünder.

Jahrhundertealte Plagen kehrten zurück, neue Seuchenzüge breiten sich aus, deren Erreger noch unbekannt sind oder sich so verändert haben, daß gängige Arzneimittel nichts mehr ausrichten können.

Begünstigt durch Bürgerkriege, politische und soziale Umwälzungen sowie durch unkalkulierbare Umweltveränderungen und einen weltumspannenden Verkehrsfluß, greifen neue und alte

Krankheiten, mitunter blitzschnell, um sich – ein ungezähmtes Pandämonium von biologischen Menschheitsfeinden (siehe Grafik Seite 230).

Milliarden-Summen investieren westliche Industrienationen in ihre Sozial- und Gesundheitssysteme, mit dem Ergebnis, daß die durchschnittliche Lebenserwartung ihrer Bewohner anstieg. Erst durch Aids bekam die Aufwärtskurve, zum Beispiel in den USA, einen Knick. Zugleich nimmt in den Industrieländern die Anzahl der Kranken mit schweren Leiden wie Krebs oder Alzheimer zu, deren Bekämpfung weitgehend erfolglos bleibt.

Flexibel und gezielt hatte die WHO in der Vergangenheit auf vergleichbare Herausforderungen reagiert. Weltweiten Respekt erlangte die Genfer Weltbehörde beispielsweise mit ihrer Kampagne, die zur Ausrottung der Pocken führte. Am 26. Oktober 1977 wurde der letzte Pockenfall gemeldet. Die wenigen übriggebliebenen Erreger werden in Atlanta und Moskau im Tiefkühlschrank verwahrt.

Verdient machte sich die WHO um das Zurückdrängen der Malaria in Sri Lanka. Schneller als alle anderen Uno-Organisationen faßte die WHO Fuß in China. Abgesandte aus Genf sorgten für einen Wiederaufbau der zerrütteten Gesundheitsversorgung in Vietnam und Kambodscha nach dem Ende von Terror und Krieg.

Wenn nicht alles täuscht, wird die Genfer Behörde solche Erfolge in absehbarer Zeit kaum wiederholen können. Das befürchten nicht nur Kritiker, sondern auch Mitarbeiter der WHO-Zentrale.

Auf eine Milliarde Dollar beläuft sich der Jahresetat der hochbezahlten Gesundheitswächter. Doch nur ein Bruchteil dieser Summe wird für die weltweite Versorgung von Kranken ausgegeben. Auch die Erwartung, die viele Regierungen armer Länder bei ihrem Kampf gegen bedrohliche Infektionskrankheiten in die WHO setzten, erfüllt die Weltbehörde längst nicht mehr.

Statt dessen sei „die WHO zu einer Organisation verkommen, die nur noch Konferenzen einberuft und Studien- gruppen benennt“ – so lautet das Resümee, das Paul Dietrich, Präsident des in der amerikanischen Hauptstadt

Washington ansässigen Institute for International Health and Development, und der russische Medizinprofessor und ehemalige WHO-Mitarbeiter Woldemar Ermakow letzten Monat in einem Beitrag für die *International Herald Tribune* zogen.

Die Liste der Vorwürfe der beiden Autoren gegen die Genfer Superbehörde ist lang:

Trotz der „Explosion von Epidemien“ seien die Programme zur Vorbeugung und Kontrolle seit zehn Jahren zurückgefahren worden.

Im laufenden Rechnungsjahr seien die Ausgaben für Tagungen um 73 Prozent angehoben, zugleich aber der

Etat für die Ausrottung von Krankheiten um 64 Prozent gekürzt worden.

Für die Bekämpfung von Polio, Lepra und der Wurmkrankheit Drakunkulose – Leiden, die in allen afrikanischen Ländern weit verbreitet sind – würden in diesem Jahr ganze 46 000 Dollar bereitgestellt. „Für diese Summe“, so die Kritiker, „kann nicht einmal ein Amtsarzt für den gesamten Kontinent eingestellt werden.“

Die größte Schwäche der WHO, so meinen die beiden Autoren, sei das Fehlen klarer Prioritäten: Statt sich auf dramatische Massenerkrankungen wie TB, Aids und Malaria zu konzentrier-



Versorgung eines Epidemie-Opfers in Indien (1994): Vorbote künftiger Plagen



Beerdigung eines Ebola-Opfers in Zaire (1995): Gefahr aus Savannen und Urwäldern

Werbeseite

Werbeseite

Wiederkehr der Seuchen

Krankheiten und Epidemien bedrohen die Menschheit

Aids Nachdem viele Staaten in Afrika (neun Millionen HIV-Infizierte, bisher rund drei Millionen Aidskranke) bereits



Aids: Vormarsch nach Asien

hochgradig durchseucht sind, dringt die Seuche nun vehement in Asien vor. Experten schätzen, daß im Jahre 2000 allein in Indien fünf Millionen Bewohner mit dem Aidserreger infiziert und eine Million Menschen am Vollbild von Aids erkrankt sein werden.

Cholera Mehr als ein Dutzend Cholera-Epidemien in den vergangenen zwei Jahrzehnten haben den Erreger weltweit verbreitet. Im bürgerkriegsverwüsteten Ruanda starben letztes Jahr innerhalb von acht Wochen 50 000 Flüchtlinge an



Cholera: Weltweite Verbreitung

der ansteckenden Durchfallerkrankung. Im Jahr zuvor wurden rund 100 Millionen Menschen in Lateinamerika, Afrika und der karibischen Inselwelt von der Cholera heimgesucht.

Masern und Diphtherie Nach dem Zusammenbruch des Gesundheits-



Tuberkulose: Jeder dritte infiziert

systems in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion finden dort kaum mehr Impfkampagnen statt. Die Folge: Die im Prinzip beherrschbaren Krankheiten breiten sich epidemicartig aus.

Tuberkulose Ein Drittel der Weltbevölkerung von derzeit knapp sechs Milliarden Menschen ist mit dem Tb-Erreger infiziert, darunter eine Milliarde in Südostasien, aber auch 15 Millionen US-Bürger.

Malaria Veränderte Erregerstämme, gegen die gängige Medikamente nur noch bedingt wirksam sind, geben der Seuche neuen Auftrieb. Auch in diesem Jahr sterben etwa zwei Millionen Menschen auf der Welt durch Malaria.



Malaria: Veränderte Erreger

Lepra An der verstümmelnden Krankheit, verursacht durch ein Bakterium, leiden derzeit sechs Millionen Menschen.

Impfung Knapp zwei Milliarden Menschen werden in diesem Jahr von Krankheiten befallen, die durch das Verabreichen von Impfstoffen hätten verhindert werden können.

Weitere Erreger Bislang noch exotische Erreger halten sich in weitgehend unbewohnten Gebieten versteckt, etwa in Savannen und Urwäldern. Das zeigte sich Anfang dieses Jahres im afrikanischen Zaïre, als 315 Menschen mit dem Ebola-Virus infiziert wurden. Als Vorbote künftiger Epidemien wird auch eine Krankheitswelle eingeschätzt, die im Herbst letzten Jahres die indische Großstadt Surat (Bundesstaat Maharashtra) überrollte und monatelang als Pest eingestuft wurde. Inzwischen gilt als sicher, daß es sich nicht um die Pest handelte, sondern um eine Infektionserkrankung mit Abszessen, die der Beulenpest ähnlich sehen.



Lepra: Sechs Millionen Betroffene

ren, legten die Genfer Gesundheitswächter „noch immer die komplette Speisekarte zur Weltgesundheit“ vor.

Die derzeit 500 von der WHO weltweit betriebenen Programme umfassen Kampagnen zum Anlegen von Sitzgurten im Auto ebenso wie die Erarbeitung von Medikamentenlisten für Polarkreisbewohner. Auf „Millionen Dollar teuren Konferenzen“ (Dietrich) wurden die Infektionsgefahr von Aids bei verschiedenen Sportarten und die medizinischen Folgen eines Atomkriegs diskutiert. Für die Krebsvorsorge und Psycho-Leiden fühlt sich die WHO ebenso zuständig wie für die Mundhygiene und die Verteilung von Aufklebern zum Weltnichtraucher-tag.

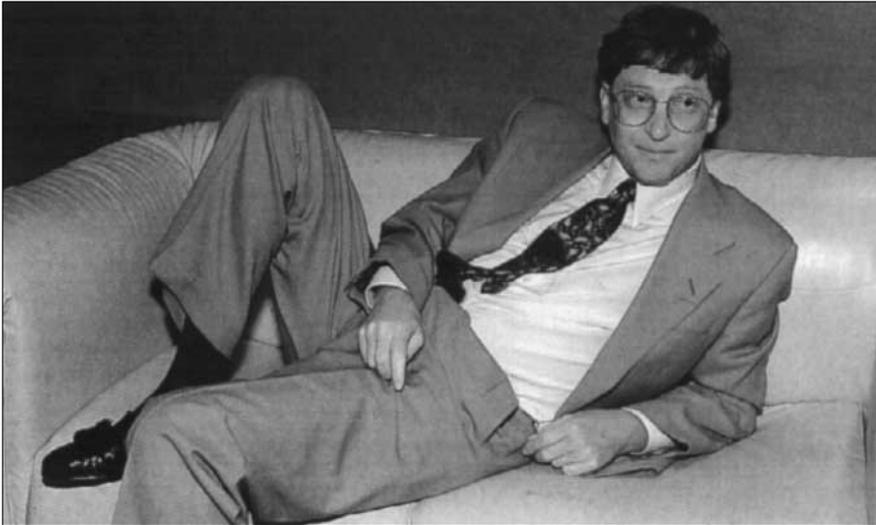
Die WHO „versäumt es, die ihr zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel auf den Gebieten und in den Ländern einzusetzen, in denen die gesundheitliche Not am größten ist“, heißt es auch in einem unlängst in Großbritannien erschienenen Report über die Verwendung von WHO-Mitteln.

In dem Bericht kommen die US-Wirtschaftswissenschaftler Robert Tolison und Richard Wagner zu dem Ergebnis, daß von der WHO die Bedürfnisse ihrer ärmsten Mitgliedstaaten vernachlässigt würden: „Diese Staaten brauchen eine medizinische Grundversorgung und interessieren sich nicht für die eher exotischen Vorstöße der WHO auf medizinische Gebiete, an denen die Industrienationen des Westens ein Interesse haben.“

So kamen beispielsweise von den 107,8 Millionen Dollar, die im vergangenen WHO-Wirtschaftsjahr zur Vorbeugung und Kontrolle von Krankheiten bereitgestellt wurden, nur 3,7 Millionen den in Entwicklungsländern besonders häufigen Durchfallerkrankungen und 2,5 Millionen Dollar den ebenso weit verbreiteten Erkrankungen der Atemwege zugute. Mit jeweils mehr als 4 Millionen Dollar hingegen wurden im gleichen Zeitraum Programme zur Mundhygiene, zu psychosozialer Gesundheit und zur Behandlung seelischer und neurologischer Krankheiten dotiert.

Wenn die WHO ihre Ausgabepolitik nicht radikal neu überdenke, meinen die Experten Dietrich und Ermakow, „werden die Vereinten Nationen wohl nicht umhinkönnen, eine neue Organisation zu gründen, um mit bevorstehenden Epidemien fertig zu werden“.

Den Anfang hat die Uno bereits gemacht. Letztes Jahr entzog sie der WHO wegen offenkundiger Managementfehler die Verantwortung für das größte Einzelprogramm – das mit derzeit 82 Millionen Dollar pro Jahr ausgestattete Projekt zur weltweiten Bekämpfung von Aids.



M. HORACEK/BILDBERG

Unternehmer Gates: Aufrüsten ist angesagt

Computer

Drohender Mangel

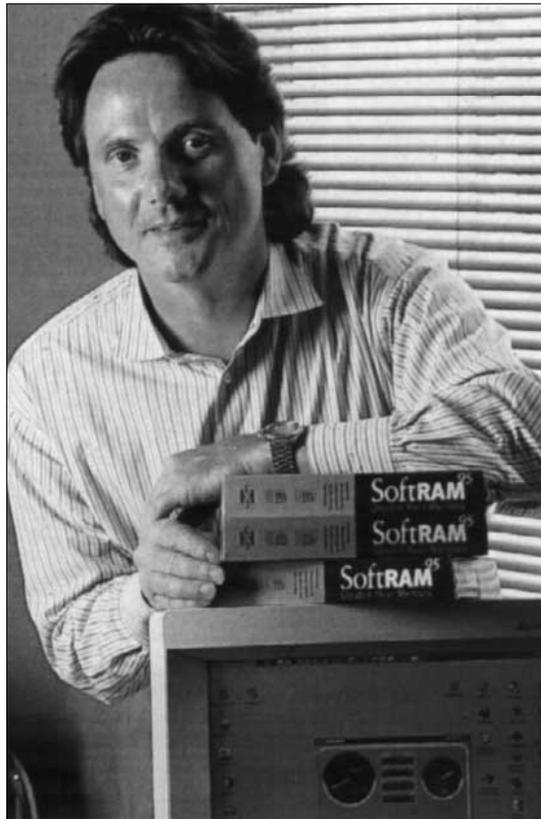
Das neue PC-Kernprogramm Windows 95 bringt den Chip-Markt durcheinander.

Für viele, die es nicht erwarten konnten, Bill Gates in die neue Windows-Ära zu folgen, steht jetzt Frust ins Haus. Zunächst brauchen sie ein CD-Rom-Laufwerk oder müssen als Diskjockey mit 15 Disketten hantieren, um das neue Windows auf ihrem PC zu installieren. Auch verlangt Win95, wenn der Benutzer alles laden will, was das Programmpaket bereithält, auf der Festplatte gut 80 Megabyte Speicherplatz, die längst nicht in jedem PC zur Verfügung stehen.

Die größten Probleme indes dürfte es mit den Arbeitsspeichern (Ram) geben, denn die 4 MB, die Microsoft als Minimalausstattung angibt, reichen – erkennbar an der fatalen Bildschirmmeldung „Nicht genügend Speicher“ – in den meisten Fällen nicht aus.

Aufrüsten ist daher angesagt, auf 8, besser noch auf 16 MB. Und das kostet mehr als der Wechsel vom alten Windows 3 auf Windows 95: Das Programm-Update ist für 199 Mark zu haben, die Chips für die Erweiterung von 4 auf 16 MB kosten mindestens 780 Mark.

Außerdem droht Mangel. Denn die Speicherbausteine des Typs Dram, wie sie für die PC-Arbeitsspeicher nötig sind, werden knapp. Zwar sollen 14 neue Chip-Fabriken die Produktion der Memory-Bausteine dieses Jahr um be-



S. STARR/SABA

Software-Entwickler Poertner
„Diskette rein und fertig“

achtliche 46 Prozent steigern, doch der Bedarf wächst schneller und wird nun durch Windows 95 weiter angeheizt.

Wichtigste Ram-Bausteine sind gegenwärtig die 4-Megabit-Chips, von denen in diesem Jahr rund 1,5 Milliarden Stück zum Stückpreis von etwa 14 Dollar verkauft werden, sechsmal mehr als von den 16 Megabit-Drams der nächsten Generation, die bislang mit rund 48 Dollar gehandelt werden. Bei beiden drohen Lieferengpässe, und die noch viermal größeren 64 Megabit-Chips kommen erst in etwa zwei Jahren

in größeren Stückzahlen auf den Markt.

Bisher deckten die japanischen Hersteller NEC, Hitachi, Toshiba, Mitsubishi und Fujitsu fast die Hälfte des Weltbedarfs an Drams, doch die Japaner scheuen die galoppierenden Kosten für immer neue Reinst-Räume, wie sie für die Herstellung der Chips gebraucht werden: Jede Produktionsstätte für Speicherchips kostet gut eine Milliarde Dollar. Nicht abzuschrecken sind dadurch die Koreaner: Im kommenden Jahr, meldete der *Economist*, werden die drei koreanischen Konzerne Samsung, Hyundai und Lucky Goldstar (LG) „mehr investieren als die gesamte Halbleiterbranche Japans“.

Dennoch wird es nach Meinung des Managements der Firma Intel vorerst nicht genug Speicherchips geben, um

den 60 Millionen Prozessoren, die Intel zu produzieren gedenkt, adäquate Rams zur Seite zu stellen. Schon wird in der Branche gemunkelt, daß wohl bis zu 12 Millionen PC weniger ausgeliefert werden können als vorgesehen. Preissteigerungen auf dem flexiblen Chip-Markt sind unter diesen Umständen unvermeidlich, so daß die Diskrepanz zwischen dem Preis von Windows 95 und den Kosten für die erforderliche Speichererweiterung wohl bald noch krasser ausfallen wird, als sie jetzt schon ist.

In dieser Situation kommen gute Nachrichten aus Kalifornien. Dort hat, im Raum Los Angeles, der aus Deutschland stammende Rainer Poertner eine Software-Lösung für das Speicherproblem erfunden. Sein für das alte wie das neue Windows taugliche Programm „SoftRam“, das jetzt auch in deutsch auf den Markt kommt, bewirkt durch raffiniertes Datenmanagement eine sofortige Verdopplung des Arbeitsspeichers.

„Stellen Sie sich vor, aus 4 MB werden 8 MB, aus 16 werden 32 und so weiter – und Sie brauchen Ihren PC nicht einmal aufzuschrauben. Diskette rein und fertig!“ heißt es in der Werbung für die Software, die weniger kostet als eine Aufrüstung mit Dram-Chips und inzwischen patentiert ist.

Vor drei Wochen eroberte Poertners Ram-Verdoppler bereits Platz 9 in der von dem legendären MS Flight Simulator angeführten amtlichen Liste der „Software-Bestseller aller Zeiten“ – mit 800 000 verkauften Exemplaren.

Genetik

Lehrreicher Alptraum

Was unterscheidet den Menschen vom Wurm? Viel weniger als gedacht.

Seine Geschöpfe hält Biologieprofessor Denis Duboule gut unter Verschluss. Im Keller seines Genfer Instituts, hinter Stahltüren, humpeln und kugeln sie durch die Käfige: Mäuse ohne Füße, mit übergroßen Köpfen oder mit Vorderbeinen, die an Seehundflossen erinnern.

Mit den unheimlichen genmanipulierten Kreaturen hofft Duboule, eine Rätselfrage zu lösen, welche die Menschheit seit Urzeiten beschäftigt: Wie haben sich die verschiedenen Tierarten entwickelt? Wie zum Beispiel, so fragt sich der Genfer Biologe, gelang

es vor rund 360 Millionen Jahren den Fischen, sich Beine zuzulegen und an Land zu gehen?

Jahrzehntelang haben Paläontologen Fossilienskeletten die Antwort zu entlocken versucht. Jetzt spüren Molekularbiologen das Geheimnis der Evolution in einem anderen Erbe aus der Vorzeit auf. In den Genen jetzt lebender Tiere lernen sie, die Baupläne längst ausgestorbener Kreaturen nachzulesen.

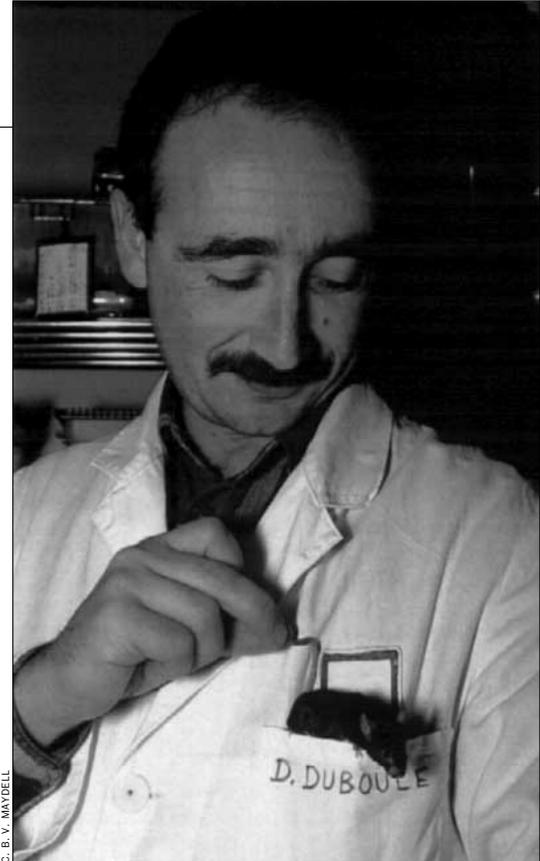
Die Wissenschaftler versuchen, das Drehbuch der Artenstehung zu entschlüsseln, indem sie es in ihren Labors neu schreiben – mit nie dagewesenen Darstellern wie den Genfer Monstermäusen. Aus den Ergebnissen solcher Forschung zeichnet sich eine neue Sicht der Evolution ab. Kühnste Hypothese der Forscher: Ein einziges hochkomplexes Lebewesen könnte der Urahn beinahe aller tierischen Kreaturen gewesen sein (siehe Grafik).

Begonnen hatte die Genetiker-Expedition in die Urzeit, als Baseler und amerikanische Forscher in Fruchtfliegen-Eizellen eine Gruppe von Genen entdeckten, die mit einem immer wiederkehrenden chemischen Erkennungsmuster versehen waren.

Die merkwürdigen Gene erwiesen sich als eine Art Bauplan, nach dem sich das Insekt entwickelt: Sie sorgen dafür, daß den Fliegen an den richtigen Stellen die richtigen Körperteile wachsen.

Acht solcher Erbträger, Hox-Gene genannt, fanden die Wissenschaftler auf dem Insektenchromosom. Während die Larve – vom Kopf her, wie alle Embryos – zu reifen beginnt, treten nacheinander die Hox-Gene in Aktion.

Jedes ist für einen Körperteil zuständig, doch sie funktionieren alle nach demselben Prinzip. Nachdem eine andere Gruppe von Super-Genen im wild wuchernden Zellhaufen die groben Grenzen zwischen den Körperabschnitten gezogen hat, befehlen die Hox-Gene ihren Sklaven – Hunderten von untergeordneten Genen –, die entsprechenden Teile zu formen: Rumpfabschnitte, Beine oder Flügel.



G. B. V. MANDRELL

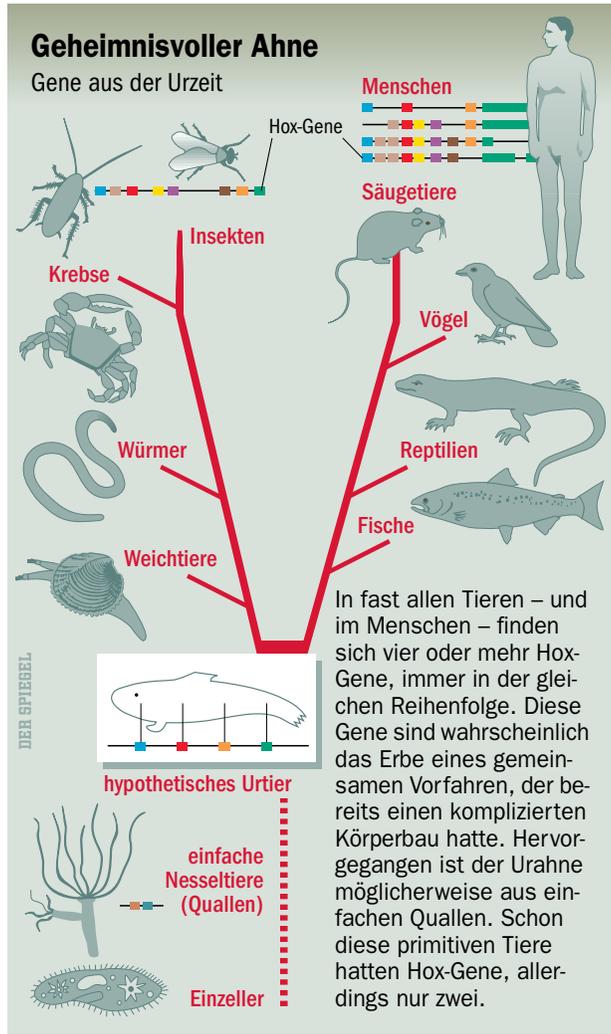
Mikrobiologe Duboule, Versuchsmouse
Suche nach „hoffnungsvollen Monstern“

Geraten die Hox-Gene durcheinander, entstehen Monsterfliegen. Schnell lernten die Baseler Genetiker, durch Vertauschen der Baumeister-Gene Insektenzombies zu züchten – mit Beinen auf dem Kopf oder Flügel anstelle der Augen. Jede kleine Änderung im Hox-Bauplan ergab ein neuartiges – und häufig lebensfähiges – Tier.

Nach dieser Entdeckung begannen Molekularbiologen weltweit, die Architekten-Gene auch in anderen Tieren zu suchen. Das Ergebnis war überraschend: Egal, wo die Forscher fahndeten, ob in Würmern, Krebsen oder Affen – überall fanden sie die gleichen Hox-Gene. Einzig deren Anzahl ist verschieden: Während eine simple Fliege mit einer Kette von 8 Hox-Genen auskommt, weisen die viel komplizierteren Wirbeltiere 4 Stränge mit insgesamt 38 Genen auf.

In allen Tieren, in denen sie vorkommen, so stellte sich heraus, leisten Hox-Gene dasselbe: Sie steuern das allmähliche Embryowachstum vom Kopf zum Schwanz, indem sie das entstehende Wesen nach einem Baukastenprinzip zusammenfügen. Nur die untergeordneten Gene, die über die genaue Gestalt der Einzelteile bestimmen, unterscheiden sich von Tiergruppe zu Tiergruppe.

Der Grundplan aber hat sich während der Evolution kaum verändert – in den Hox-Genen teilen sich beinahe alles Getier und der Mensch die Hinterlassenschaft ihres längst ausgestorbenen Urahns, von dem nichts geblieben ist als seine Gene. Aus diesem Erbe versuchen Molekularbiologen nun, das mysteriöse



Tier zu rekonstruieren, das am Anfang der Entwicklung von Würmern, Insekten und Wirbeltieren stand.

Dieser letzte gemeinsame Vorfahr muß bereits ein kompliziertes Geschöpf gewesen sein. Auch bei ihm dürften die Hox-Gene dazu gedient haben, verschiedene Körperteile zu entwickeln.

Wahrscheinlich besaß das Urtier sogar schon viele Organe der heutigen Lebewesen – etwa eine Art Herz und Augen. Denn so, wie Hox-Gene den Körperbau steuern, scheinen andere Super-Gene für bestimmte Organe zuständig zu sein. Auch diese Erbträger sind offenbar zwischen verschiedenen Tierarten übertragbar.

So haben amerikanische Biologen jetzt ein Gen gefunden, das in Mäusen und Fliegen gleichermaßen das Herz wachsen läßt – nach demselben Prinzip, das Baseler Forscher vor wenigen Monaten spektakulär mit einem Augengen demonstrierten: Sie entnahmen es Mäusezellen und verabreichten es Fliegenembryos in Überdosis. Das Ergebnis: Horrorinsekten mit bis zu 14 Augen (SPIEGEL 14/1995). „Genetisch sind sich die Lebewesen sehr viel ähnlicher, als wir es je vermutet hätten“, resümiert der Baseler Biologe Georg Halder. „Inzwischen fragen wir uns: Was er-

zeugt eigentlich die Unterschiede zwischen Würmern und Menschen?“

Experimente des Genfer Mäusezüchters Duboule könnten Aufschluß geben. Der Wissenschaftler hat einen Zwischenschritt der Evolution detailliert un-



tersucht, der notwendig war, um Fischen die Eroberung des Landes zu ermöglichen: die Erfindung des Fußes.

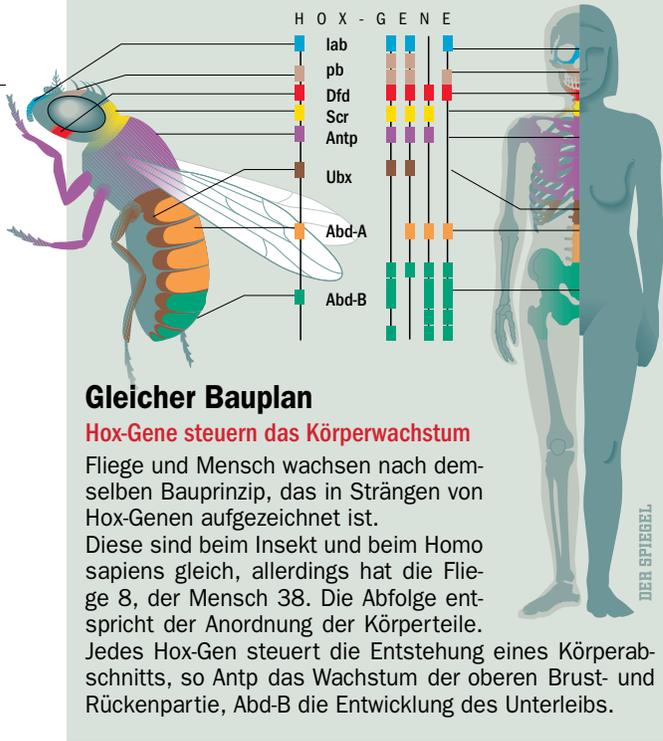
Der Biologe hat verglichen, wie seinen Mäuseembryos die Füße und wie Zebraquappen, daumengroßen, blauweiß gestreiften Fischen, Flossen wach-

sen. Für beides, fand Duboule, sind dieselben vier Hox-Gene zuständig.

Beiden Tieren wächst an der Stelle der späteren Extremitäten zunächst ein Stummel vom Rumpf gerade nach außen. Doch während der werdende Fisch es damit bewenden läßt (und den Sproß nur noch mit etwas Flossenhaut schmückt), legen die wachsenden Beinknöchelchen von Landwirbeltieren am Ende eine Kurve ein: Der Fußball entsteht, aus dem die Zehen sich fächern (siehe Grafik).

Wachstum von Fuß und Flosse, erklärt Duboule, werden von den gleichen Genen gesteuert – nur wird das Programm bei der Flosse etwas früher abgeschaltet. Blicke bei den Fischen ein einziges Gen namens Hoxd-13 etwas länger aktiv, wüchse vielleicht auch ihnen eine Art Fußballen, spekuliert der Forscher. „Möglicherweise änderte sich genau diese Abfolge, als aus Fischen die ersten Landtiere hervorgingen.“

Neuere Fossilienfunde könnten in diese Richtung deuten. So entdeckten Paläontologen in Grönland die Reste eines salamanderartigen Wesens, das vor 360 Millionen Jahren im Wasser lebte. Das Tier namens *Acanthostega* hatte Kiemen und sah aus wie ein Fisch mit primitiven Füßen. War dieser Urlurch



Gleicher Bauplan

Hox-Gene steuern das Körperwachstum

Fliege und Mensch wachsen nach demselben Bauprinzip, das in Strängen von Hox-Genen aufgezeichnet ist.

Diese sind beim Insekt und beim Homo sapiens gleich, allerdings hat die Fliege 8, der Mensch 38. Die Abfolge entspricht der Anordnung der Körperteile.

Jedes Hox-Gen steuert die Entstehung eines Körperabschnitts, so Antp das Wachstum der oberen Brust- und Rückenpartie, Abd-B die Entwicklung des Unterleibs.

nach einer Hox-Gen-Mutation entstanden?

Tatsächlich verzerren sich Tierformen dramatisch, wenn sich während des Embryowachstums bestimmte Hox-Gene etwas früher oder später ein- und ausschalten. Schwäne zum Beispiel, fand

männlichen Exemplaren überdies der Knochen, der den Penis stützt.

Gerade weil jedes einzelne Hox-Gen nicht nur an einer, sondern an mehreren Stellen in den Körperbau eingreift, vermutet Duboule, seien diese Architekten des Tierreichs so bedeutsam für die

der Biologe Cliff Tabin von der amerikanischen Harvard-Universität, haben mehr Halswirbel und damit längere Hälse als Hühner, weil bei ihnen das entsprechende Hox-Gen länger den Körperbau kommandiert.

Indem sie den Fahrplan einzelner Hox-Gene chemisch änderten, schufen die Genfer Forscher um Duboule Mäuse mit Vorderbeinen, die sich nach außen wölbt wie Robbenflossen. Bei Manipulation eines anderen Hox-Gens kamen Tiere mit verkürztem Unterleib zur Welt, denen einzelne Zehen fehlten – den

Evolution gewesen: Sie haben der Natur möglicherweise viel sinnloses Herumprobieren erspart. Denn bereits mit einer kleinen Änderung im Ablauf des Hox-Programms ließen sich völlig neue Formen erfinden, ohne den bewährten Grundplan in Frage zu stellen.

So könnte es ein kleiner Wandel in der Hox-Steuerung manchen Fischen erlaubt haben, vor vielen Jahrmillionen auf festen Grund zu kriechen und ihre Flossen abzuschaffen. Denn alles, was ein Wirbeltier für die Fortbewegung an Land braucht – Vorderbeine, Hinterbeine und Hüften –, wächst unter der Regie des Fuß-Flossen-Gens Hoxd-13.

Was müßte geschehen, damit umgekehrt Mäusen Flossen wachsen? Auch das hofft Duboule herauszufinden: Er läßt seinen Mäuse-Eizellen bestimmte Fisch-Gene einsetzen, welche die Maus-Hox-Gene umprogrammieren sollen.

Schon seit Monaten traktieren Duboules Mitarbeiter, ein Stab aus 20 ehrgeizigen Nachwuchswissenschaftlern, Mäusezellen mit Basen und Enzymen.

Noch ist keine der ersehnten Chimären zur Welt gekommen, im Jargon der Molekularbiologen „hoffnungsvolle Monster“ genannt. „Eigentlich“, sagt Duboule, „ist unsere Zucht ein Alptraum.“

Wünschelruten

Kurzes Glück

Ein US-Wissenschaftler widerlegte den „Wünschelruten-Report“, für den Bonn fast eine halbe Million Mark springen ließ.

Für ihre schwierige Aufgabe wußten sich die beiden Physiker wohlgerüstet. 400 000 Mark, drei Jahre Zeit und Hunderte von Wünschelruten hatten sie zur Verfügung, um möglicherweise böartige Kräfte aus dem Untergrund zu orten – Erdstrahlen.

Auftrag und Geld kamen aus dem Bonner Forschungsministerium, wo Handlungsbedarf erkannt worden war:

Jetzt hat sich der amerikanische Verhaltensphysiologe James Enright den Münchner „Wünschelruten-Report“ erneut vorgenommen. Seine Schlußfolgerung: „Unrealistische Folklore“.

Als Betz und König vor neun Jahren ihre Untersuchungen begannen, schien ihnen ein Ort besonders geeignet, der Kunst des Rutengehens naturwissenschaftlich nachzuspüren: eine Scheune in den nebligen Mooren des Münchner Nordens. Ein solcher Holzbau, erläutert Physiker Betz, lasse die Erdstrahlen ideal aufsteigen.

Negative Vorurteile hegten die Forscher gegenüber ihrem Untersuchungsgegenstand nicht. Schon 1982 hatten die Physiker in der *Zeitschrift für Parapsychologie* ihr Credo verkündet: Ein grundsätzlicher Zusammenhang zwischen Erdstrahlen und Wünschelrutenzucken lasse sich „keinesfalls“ leugnen.

Um solche Beziehungen nachzuweisen, unternahmen die Wissenschaftler



Rutengängerlehrgang in Österreich: Strahlensuche in der Scheune

Es gelte, der „Überfrachtung des Problemkreises mit pseudowissenschaftlichen Erklärungen“ entgegenzuwirken. Seriöse Forschungsbemühungen sollten Klarheit schaffen – die Bonner betrauten zwei Münchner Physikprofessoren, Hans-Dieter Betz und Herbert König, mit einer Wünschelrutenstudie, der aufwendigsten, die je unternommen wurde.

Seit einiger Zeit liegen die Ergebnisse auf dem Tisch: In den enormen Datenbergen aus Tausenden von Mutungen glauben die Forscher einen „realen Kern“ des Wünschelrutenphänomens ausgemacht zu haben, der als „praktisch nachgewiesen“ anzusehen sei.

allerlei Anstrengungen: 500 Rutengänger, die sich selbst „Radiästhesisten“ nennen, mußten in ausführlichen Testserien ihre Feinfühligkeit unter Beweis stellen. Nur 50 von ihnen, die Betz und König für die sensibelsten hielten, durften an den Experimenten in der zweistöckigen Scheune teilnehmen.

Dort galt es, eine „Wasserader“ aufzuspüren, ein bewegliches Rohr, das die Radiästhesisten nicht sehen konnten, weil sie sich selbst in der oberen Etage befanden, das Gerinnsel aber im Erdgeschoß. Insgesamt 10 000mal stellten Betz und König die Mutungen ihrer Versuchspersonen auf die Probe.

Die meisten unter den 50 Auserwählten versagten kläglich und landeten kaum einen Treffer. Aber einige Kandidaten trafen ihr Ziel mitunter verblüffend genau – und bestätigten den Forschern, was die immer schon gewußt hatten: Einige wenige Menschen hätten tatsächlich ein Gespür für unsichtbare Kräfte, und zwar „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“.

In der Rutengängergemeinde lösten die Professorenberichte helle Begeisterung aus: An die 100 Millionen Mark, schätzen Experten, investieren die Deutschen jährlich in „Entstörsender“ und Bettdecken, die vor Erdstrahlen schützen sollen – möglicherweise doch gut angelegtes Geld?

Auch bei der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) spürten manche Oberwasser. Seit Jahren läßt die bundeseigene Entwicklungsorganisation Trinkwasservorkommen in Trockengebieten von einem Wünschelrutenprospektor orten. Der Mann, Hans Schröter, zeigte in der Wüste der Halbinsel Sinai und anderswo etliche Glanzleistungen; seither hat er es dem Erdstrahlenforscher Betz besonders angetan.

„Schröter ist ein ungewöhnlich talentierter Prospektor“, räumen auch Skeptiker wie der US-Wasserexperte Jay Lehr ein – liefern jedoch gleich eine Erklärung mit, die den Gesetzen der Physik nicht widerspricht: In über 20 Berufsjahren habe der GTZ-Mann eine ungeheure geologische Erfahrung gesammelt, allein die erlaube ihm, selbst dort noch Quellen aufzutun, wo andere versagten.

Auch in der kontrollierten Umgebung von Betz' Scheune war der Star-Rutengänger zu Gast. Was er dort vollbrachte, hat nun Verhaltensforscher Enright untersucht, indem er Betz' Aufzeichnungen akribisch auswertete. Tatsächlich, so stellte sich heraus, hatte Schröter eine erstaunliche Serie von fünf Treffern – aber eben nur eine einzige unter vielen Dutzend Versuchen.

Sobald die kurze Glückssträhne vorbei war, lag Schröter ähnlich daneben wie alle übrigen Rutengänger. Betz freilich habe genau jene Kandidaten zu erdstrahlensensiblen Menschen erklärt, die zufällig eine Erfolgsreihe hatten – ein statistischer Taschenspielertrick. Übers Ganze gesehen, so hat Enright nachgerechnet, wäre Schröters Trefferquote höher gewesen, wenn er sich bei jedem neuen Versuch einfach in die Raummitte stellt und „Hier!“ geschrien hätte.

Wie hätte er die Wasserader auch finden sollen? Betz und König wissen es auch nicht. „Es gibt keine Erdstrahlen im Sinne einer wohldefinierten Strahlungsart“, schrieben die Forscher in ihrem Wünschelruten-Report.

Weitere Forschung, bemerkte das US-Innenministerium lakonisch, wäre eine Verschwendung öffentlicher Mittel.



Motorjacht mit „Marine EyeCue“

Navigation

Spielzeug für Freizeit-Kapitäne

Die Technik der Head-up-Displays – im Blickfeld des Piloten in die Frontscheibe projizierte Instrumentenanzeigen – wurde ursprünglich für überschallschnelle Militär-Jets entwickelt. Jetzt soll das Verfahren erstmals kommerziell genutzt werden: Die US-Firma Delco Electronics, eine Tochter des High-Tech-Konzerns Hughes, bietet das System unter dem Namen „Marine EyeCue“ für den Einbau in schnelle Motorjachten an. Dem Power-Boot-Fahrer erscheinen dabei die Anzeigen als virtuelle Bilder, die etwa 30 Meter vor dem Boot über dem Wasser zu schweben scheinen. Anzeigt werden Geschwindigkeit, Wassertiefe, Wassertemperatur, Kurs, Motordrehzahl und -temperatur.

Ernährung

Importierte Krankheiten

Vom Westen übernommene Ernährungsgewohnheiten und westliche Lebensart machen die Japaner kränker. Die Zahl der Menschen mit Leber-, Nieren- und Cholesterinproblemen habe sich, so die japanische Krankenhausvereinigung, in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt. Noch 1984 seien bei Routineuntersuchungen 30 Prozent aller Untersuchten völlig gesund gewesen. Von 2,1 Millionen Japanern, die sich 1994 einem entsprechenden Check unterzogen, waren nur noch 18 Prozent ohne Krankheits-symptome. Am deutlich-



Fast-food-Restaurant in Japan

Dinosaurier

Nester am Meer

Versteinerte Überreste von rund 300 000 Dinosauriereiern liegen nach Ansicht eines spanisch-französischen Forscherteams in einer 12 000 Kubikmeter mächtigen Gesteinsformation bei Bastús in den spanischen Pyrenäen verborgen. Die Wissenschaftler stellten an der Fundstelle Knochenfragmente von Jungtieren und ausgewachsenen Dinosauriern sicher. Zudem fanden sich auch 24 gut erhaltene Dinosauriernester mit bis zu sieben Eiern. Da die Ge-



Dinosaurier

Krebsforschung

Tod für die „Unsterblichen“

Einen Weg, der in einigen Jahren zu einer erfolgreichen Behandlung bösartiger Tumorkrankheiten führen könnte, haben Wissenschaftler am Cold Spring Harbor Laboratory auf Long Island (US-Staat New York) aufgetan. Carol Greider und ihren Kollegen gelang es, sogenannte unsterbliche Krebszellen, die sich jahrzehntelang in Zellkulturen vermehrt hatten, in wenigen Wochen zum Absterben zu bringen. Mit Hilfe einer im Labor entworfenen Molekülkette von Ribonukleinsäuren blockierten sie in den Krebszellen das Enzym Telomerase. Dieses Enzym verjüngt alternde Chromosomen und ermöglicht Zellen, sich unendlich oft zu teilen. Etwa 90 Prozent aller Tumorzellen enthalten Telomerase, in normalen Gewebszellen – ausgenommen blutbildende Stammzellen und Samenzellen – fehlt das Enzym. Die US-Forscher sehen es zwar „im Prinzip“ als erwiesen an, daß sich mit Hilfe ihres Telomerase-Blockers Krebs bekämpfen ließe, aber zuvor muß geklärt werden, ob ihr Laborprodukt nicht zugleich das Knochenmark und andere wichtige Stammzellen im menschlichen Organismus schädigt.

Aids

Tödliche Bilanz

Noch immer verbreitet der kalifornische Mikrobiologe Peter Duesberg die These, es bestehe kein Zusammenhang zwischen einer Infektion mit dem HI-Virus und Aids. Eine Studie, die an britischen Bluterzentren durchgeführt wurde, sollte auch die letzten Zweifel beseitigen, daß Duesberg eine Irrlehre verbreitet. Die britischen Mediziner verglichen die Sterblichkeit von HIV-Infizierten unter den Blutern mit der von Nichtinfizierten über die letzten 15 Jahre. Unter den Nichtinfizierten war zwischen 1985 und 1992 die Sterblichkeitsrate genauso hoch geblieben wie in den Jahren zuvor. Unter den HIV-Positiven hingegen stieg die Sterberate nach 1985 steil an. Mittlerweile sind rund 85 Prozent der britischen Bluter, denen mit verunreinigten Faktor-8-Präparaten das Virus übertragen worden war, an Aids gestorben.

Werbeseite

Werbeseite

Nutztiere

Vogel in der Nische

Nach Protesten von Tierschützern soll Straußenzucht in Deutschland verboten werden.

Der Bauer Max Große Ostendorf hat kürzlich eine bittere Erfahrung machen müssen: Sein Geflügel hat ihn verdroschen.

Als der Landwirt aus Billerbeck in Nordrhein-Westfalen in seinem Straußengehege nach den kostbaren Eiern greifen wollte, stürzte ein Hahn von 150 Kilogramm auf den 33jährigen zu. Das Federvieh quetschte seinen Herrn an den Zaun; neben dem Schrecken erlitt Große Ostendorf Prellungen am Ellenbogen.

Trotz der Niederlage will Große Ostendorf weitermachen: Über 300 000 Mark hat der Großzüchter (100 Strauße auf 20 000 Quadratmetern) bisher in das Geschäft mit dem afrikanischen Wildvogel investiert. Mit „frischem Straußfleisch aus deutschen Landen“ sowie



Zuchtstraube: Nägel, Geldstücke und Hufeisen im Magen

wirtschaftsminister Karl-Heinz Funke einen entsprechenden Entschließungsantrag einbringen. Hinter sich weiß er die Bundestierärztekammer, die den Strauß zum „zu schützenden Tier des Jahres“ erkoren hat.

Aus der Frage, ob Straußenhaltung generell tierquälerisch sein muß, ist ein Politikum geworden. Bis zu 300 Straußenhalter und 5000

der Riesenvögel gibt es mutmaßlich in Deutschland. Bei vielen Züchtern, das gibt Christoph Kistner, Sprecher des Bundesverbandes Deutscher Straußenzüchter (BDS), zu, „fehlt das Wissen“ um den richtigen Umgang mit den Tieren.

Die afrikanischen Laufvögel stellen hohe Ansprüche an ihren Halter. Um ihre Verdauung zu unterstützen, picken Strauße in freier Wildbahn Kieselsteine auf. Als Zuchtvieh würgen die eher blöden Tiere

(Hirngewicht: 70 Gramm) außer Steinen alles mögliche in sich hinein: In den Mägen toter Strauße wurden Geldstücke, Nägel, halbe Hufeisen und Taschenmesser gefunden. Ein verantwortungsvoller Halter müßte also täglich ihre Gehege nach Schrott absuchen.

Nach den Richtlinien des BDS muß jeder Vogel genügend Lauffreiheit haben – mindestens 1000 Quadratmeter für die Ehegemeinschaft von einem Hahn und zwei Hennen. Im Winter

brauchen die Tiere einen trockenen Stall, denn die Evolution hat ihnen keine Bürzeldrüse mitgegeben. Deren Sekret fettet bei anderen Vögeln das Gefieder so ein, daß sie der Nässe trotzen können.

Nach höchstens drei Tagen im Stall müssen die Zuchtstraube wieder hinaus ins Freie, sonst picken die Riesenvögel einander vor Langeweile und Streß zu Tode. Das Temperaturgefälle zwischen Stall und Weide wiederum birgt das Risiko einer lebensbedrohlichen Lungenentzündung. Doch die BDS-Züchter haben festgestellt, daß die Tiere in ungeheizten Ställen gesund bleiben. „Die wärmen sich gegenseitig“, sagt Verbandssprecher Kistner.

Die Aufzuchterfolge gibt Kistner mit 95 Prozent an – „das ist mehr als in Afrika“. Das tierquälerische Image, unter dem die Straußenzüchter jetzt litten, schreibt Kistner einer „unsachkundigen Kampagne“ der Bundestierärztekammer zu.

Doch gleichgültig, wie der Streit um die artgerechte Haltung ausgeht – der deutsche Vogel Strauß in seiner Marktnische könnte auch an mangelnder Nachfrage eingehen.

Die Eier – eßbar, wenn auch mit porzellanharter Schale und zwei Stunden Kochzeit – sind noch kein Hit in den Feinkostläden. Auch das Fleisch, kalorienarm und geschmacklich zwischen Rind und Ente angesiedelt, ist einstweilen kein Marktrenner.

Am meisten brachten bisher Zuchtstraube, die an andere Züchter weiterverkauft werden, bis vor kurzem noch für 15 000 Mark pro Exemplar. Wegen der allgemeinen Straußenflaute schwindet auch dafür jetzt der Bedarf. Der Preis pro Zuchttier sinkt dem Schlachtpreis entgegen – ganzen 1500 Mark.



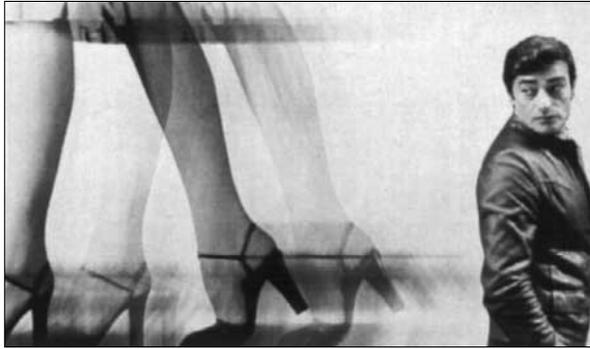
FOTOS: K. SCHÖNE/ZEITENSPIEGEL

Straußenzüchter Kistner: „Es fehlt das Wissen“

dem Verkauf von Straußenleder hofft er, eines Tages in einem Nischenmarkt Geld zu verdienen.

Doch die Zeichen der Zeit stehen anders: Das Kabinett des Falken Gerhard Schröder hat die Vogel-Strauß-Politik für sich entdeckt und fordert im Verein mit Tierschützern ein generelles Verbot der Straußenzucht in Deutschland, weil sie Tierquälerei sei.

Auf der nächsten Sitzung des Bundesrates will der niedersächsische Land-



KEYSTONE/SYGMA

ein „freundschaftliches Übereinkommen“ genannt. Michio Watanabe starb vergangenen Freitag in Tokio an Herzversagen.

Reinhard Furrer, 54. Acht Jahre lang hatte der gebürtige Tiroler auf den ersehnten Trip ins Weltall warten müssen. Die Na-

Gestorben

Charles Denner, 69. Es war der schönste Kinotod von allen, als er in Truffauts „Der Mann, der die Frauen liebte“ einem Paar Frauenbeine hinterherrannte und dabei überfahren wurde, und auf der Intensivstation riß er sich von allen Schläuchen los, wegen schöner Beine natürlich, und dann lag er im Grab und schaute hinauf und konnte den Trauern den unter die Röcke sehen. Denner spielte diese, seine größte, Rolle mit Würde und unaufdringlicher Melancholie, aber seine wahre Größe zeigte er in Nebenrollen, wenn er, mit seinen düsteren Augen und diesem Mund, der sich zum Lächeln zwingen mußte, noch der kleinsten Filmfigur eine Geschichte und manchmal auch ein Schicksal lieh. Er kannte das Leben nicht nur aus den Drehbüchern, war Jude und 1930 aus Polen nach Frankreich emigriert. Er hatte in Paris Theater gespielt, bis Regisseure wie Louis Malle, Claude Lelouch und François Truffaut auf ihn nicht mehr verzichten wollten. Charles Denner starb am 10. September in Dreux bei Paris an Krebs.

Michio Watanabe, 72. Fast 40 Jahre prägte der konservative Politiker, dessen volkstümliche Art und oft derbe Sprüche deutsche Kommentatoren gelegentlich an Franz Josef Strauß erinnerten, die japanische Nachkriegsgeschichte. Zunächst Regionalparlamentarier, dann Unterhausabgeordneter der Liberaldemokratischen Partei, wurde der bei den Bürgern sehr beliebte, wegen Verwicklungen in Korruptionsskandale und rassistischen Sprüchen aber auch umstrittene Watanabe alsbald Finanz- und schließlich Außenminister. Im Juni dieses Jahres provozierten seine historischen Interpretationen Unruhen in Südkorea: Er hatte die japanische Annexion Koreas im Jahre 1910



DPA

sa-Verantwortlichen mißtrauten dem exzentrischen Physiker, einem Hobbypiloten und Hochseesegler mit ausgeprägtem Hang zum Risiko. Im Oktober 1985 war es soweit: 112mal umrundete Furrer auf der „Spacelab-Mission D1“ die Erde – im US-Shuttle „Challenger“, der Monate später, bei seinem nächsten Start, in einem Feuerball verglühte. Die Sechs-Tage-Tour im Orbit blieb Furrers einziges Weltraumerlebnis. Doch die Lust am Abenteuer verließ den fortan mit Ehrungen überhäuft Junggesel-

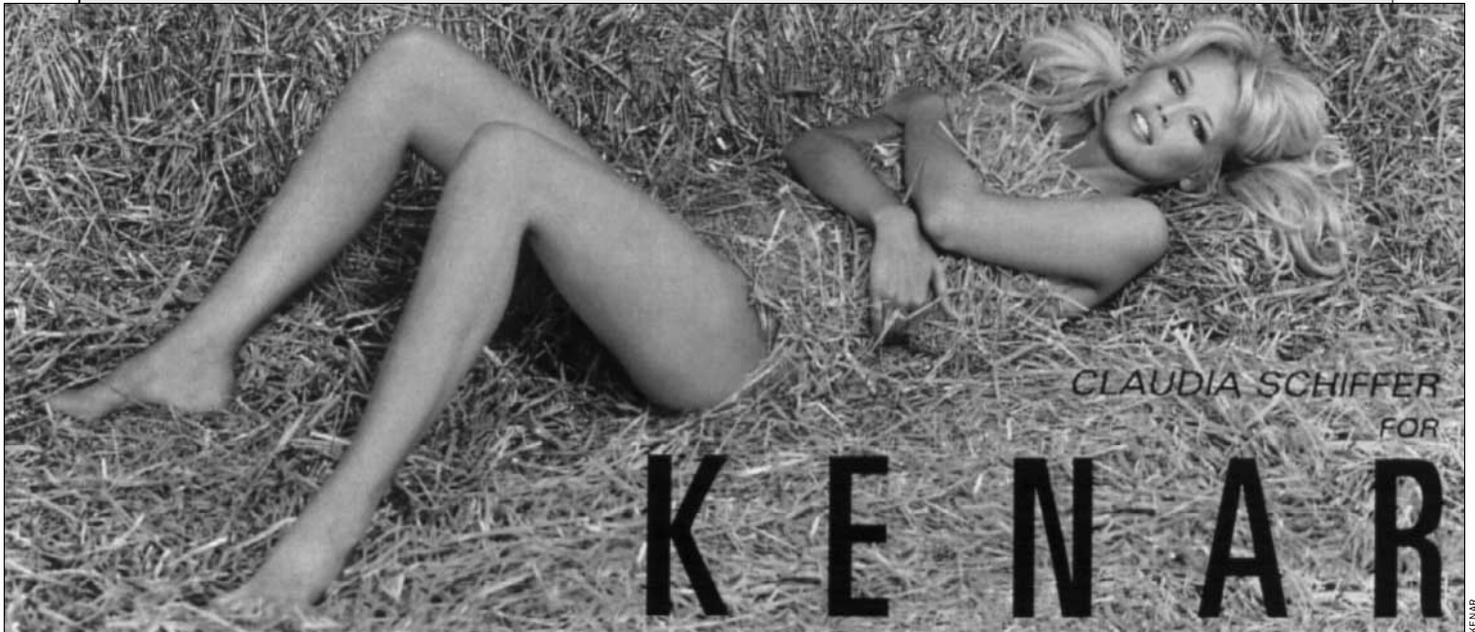


ACTION PRESS

len nicht. Beim Kunstflug mit einer 50 Jahre alten Propellermaschine vom Typ „Messerschmitt 108 Taifun“ ist Reinhard Furrer am 9. September in Berlin tödlich verunglückt.

Urteil

Siegfried Kordus, 53, früherer Rostocker Polizeichef bleibt ungeschoren. Das Oberlandesgericht Rostock hat das Verfahren gegen Kordus abgelehnt. Gegen ihn war nach den Angriffen Rechtsradikaler im August 1992 auf ein Vietnamesenwohnheim in Rostock-Lichtenhagen Anklage erhoben worden wegen fahrlässiger Brandstiftung durch grobe Pflichtverletzung und unterlassener Aufsicht (SPIEGEL 36/1992). Die Ermittlungen hätten keine Möglichkeiten aufgezeigt, so das Gericht, durch die Kordus, der zur Zeit des Einsatzes die Dienststelle verlassen hatte, weil er „sein Hemd wechseln“ wollte, das Desaster hätte zwingend abwenden können. Er sei als Gesamtverantwortlicher nicht verpflichtet gewesen, den Einsatz selbst zu führen.



Schiffer auf Kenar-Werbeplakat

Claudia Schiffer, 25, Topmodel und noch immer hübscheste Verkörperung des deutschen Gretchens, ziert demnächst – nach den Supermodels Linda Evangelista und Helena Christensen (SPIEGEL 7/1992 und 1/1994) – für die Modefirma Kenar die weltbekannte Reklametafel auf dem New Yorker Times Square. Was bisher keine der Schönen durchsetzen konnte, der geschäftstüchtigen Deutschen ge-

lang es: Der Name des Models prangt gut lesbar auf dem sechs mal zwölf Meter großen Plakat. Zu sehen bekommen die New Yorker vom 19. September an eine ansehnliche Umsetzung des deutschen Kinderliedes „Suse, liebe Suse, was raschelt im Stroh?“ – eine scheinbar nackte, im Stroh liegende Schiffer, die mit ebendiesem Material ihre Blößen verhüllt.

Emma Bonino, 47, für Fischereipolitik und Verbraucherschutz zuständige EU-Kommissarin, gab sich als Süchtige zu erkennen. Während einer Pressekonferenz in der Brüsseler Kommission qualmte die Politikerin eine Zigarette nach der anderen. Von Journalisten auf



Raucherin Bonino

das Rauchverbot im Saal hingewiesen, gestand die Kommissarin: „Ich bin stark abhängig.“ Offiziell warnt die Verbraucherschützerin immer wieder vor dem Krebsrisiko durch Rauchen.

Prinzessin Lilian von Belgien, 53, Stiefmutter des amtierenden Königs Albert und seines verstorbenen Bruders Baudouin, versuchte vergebens per Gerichtsbeschluss die Auslie-

ferung des Romans „Une Paix Royale“ ihres Landsmanns Pierre Mertens in Frankreich zu verhindern. Die in Belgien ungeliebte zweite Frau des umstrittenen Königs Leopold III. und ihr Sohn Alexandre fühlen sich in dem Roman diffamiert. Schriftsteller Mertens, der in dem Roman Autobiographisches und Fiktives miteinander vermischt, zitiert die Prinzessin mit abfälligen Bemerkungen über den „analphabetischen“ Stiefsohn Baudouin und dessen „sterile“ Frau Fabiola. Tatsächlich hat der Autor mehrere Gespräche mit Prinzessin Lilian geführt. Ihr Sohn Alexandre, den der Held des Romans zunächst für einen Chauffeur der Königinwitwe hält, wird als „alter verbrauchter Lump“ beschrieben, „dessen Erscheinung als erloschener Angeber nicht das geringste Vertrauen einflößt“. Am Donnerstag wurde der Antrag der hohen Dame, das Buch zu verbieten, von einem Pariser Gericht abgelehnt.

Giancarlo Cito, 50, Bürgermeister der süditalienischen Hafenstadt Tarrent, ein rabiater rechtslastiger Mann mit Sinn für Ökologie, kämpft mit Körperinsatz für die Umwelt. Geschützt von einer dick aufgetragenen Schicht Robbenfett schwamm der raubauzige Politiker am vorvergangenen Wochenende einen Marathon von 50 Kilometern. Das Ziel der Schwimmaktion, für die der Bürgermeister 24 Stunden brauchte, war uneigennützig. Cito, dem Mafia-Verbindungen nachgesagt werden, wollte die „EU und die italienische Regierung zur Sauberhaltung des Mittelmeeres“ anhalten.



Cito



Atkin mit Zwergen

David Weeks, 51, amerikanischer Neuropsychologe, hat für eine Studie über exzentrisches Verhalten mehr als 1000 Sonderlinge interviewt. Ergebnis: „Seit 1950 nimmt die Zahl der Verschrobene zu.“ Und: Im Land der Exzentriker, in Großbritannien, „sind die meisten wohlgelitten, man sieht ihnen Verhalten nach, das anderen merkwürdig erscheint“. So hat **Ann Atkin**, die in ihrem Garten in Devon 7500 Gartenzwerge postiert hat, keinerlei Spott zu befürchten. 30 000 Besucher jährlich sind mit ihr der Meinung, daß „Zwerge das Innerste des Menschen anrühren“ und damit „erst menschliches Handeln Kraft und Dynamik entfaltet“. Wie Frau Atkin tragen die Besucher Zipfelmützen bei der Besichtigung des Zwergenaufmarsches, um „die Gnome nicht in Verlegenheit zu stürzen“.

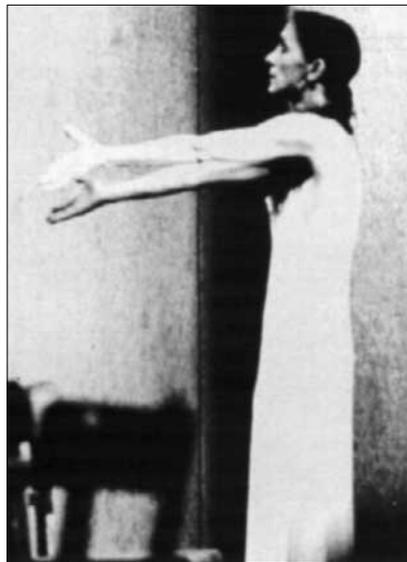
Helmut Kohl, 65, Bundeskanzler, achtet auch bei Staatsreisen auf privaten Genuß und Diskretion. Seinen Besuch im südlichen Afrika wollte er am vorigen Freitag mit seiner engsten Entourage im namibischen Seebad Swakopmund mit einem Festessen ausklingen lassen. Am Abend zuvor hatte er angeordnet, daß die Mehrzahl der ihn begleitenden Beamten den Ausflug ans Meer nicht mitmachen durften. Selbst die handverlesene Schar eingeladenen Journalisten hatte er in entferntere Lokale umdirigieren lassen. An der festlich gedeckten Tafel mit Meeresblick dinierten seine Fahrer und seine Sicherheitsbeamten, mit denen Kohl hatte speisen wollen, indes allein: Der Kanzler mußte ins Innere des Hotels fliehen, weil ihm zu viele deutschstämmige Bürger Swakopmunds zujubelten und ihm Geschenke überreichten mit dem Ruf: „Wir sind stolz, Deutsche zu sein.“

Bernard Debré, 50, Bürgermeister von Amboise und Sohn des ehemaligen gaullistischen Ministerpräsidenten Michel Debré, hat bereits eine Örtlichkeit gefunden, die er mit dem Namen seines Vaters schmücken will – noch zu dessen Lebzeiten. Der im Volksmund „Schloßplatz“ genannte

„Place Général Leclerc“ im Loire-Städtchen Amboise, einstige Residenz der Valois, soll nach der Renovierung umgetauft werden in „Place Michel Debré“. Die Eile erklärt der Sohn, selbst gaullistischer Abgeordneter, mit seiner Sorge, daß ihm „andere Städte und Gemeinden zuvorkommen“

könnten. „Warum“, so fragt Bernard Debré, „soll ich aus Zartgefühl oder Diskretion jemand anderem die Gelegenheit zur Ehrung überlassen?“ So offeriert der brave Sohn seinem Vater, wie die konservative Tageszeitung *Figaro* giftet, „das historische Herz der Stadt von Franz I. und Leonardo da Vinci“ – „ein königliches Geschenk“.

Pina Bausch, 55, Prinzipalin des weltweit geschätzten Tanztheaters Wuppertal, darf in Israel ihre Schultern nicht zeigen. Für die Abonnementwerbung hatte das Center for Performing Arts in Tel Aviv ein Plakativmotiv ausgewählt, das den Protest religiöser Juden hervorrief, noch bevor es



Pina-Bausch-Plakativmotiv

öffentlich präsentiert wurde. Es zeigt die Bausch, die mit ihrem Ensemble in der kommenden Spielzeit in Israel auftritt, zwar in einem langen weißen Kleid, doch das einflußreiche „Komitee gegen unzüchtige Werbung im Heiligen Land“ nahm bei einer Vorprüfung Anstoß an ihren nackten, nach vorn gestreckten Armen. Unbekleidete Körperteile von Frauen, Schultern zumal, gelten den Orthodoxen als hochgradig sündhaft. Die Veranstalter erwägen nun, das Motiv zu ändern.

MONTAG 18.9.

16.03 – 17.00 Uhr ARD

Fliege

„Mein Hund hat mich geheilt.“ Wandelt Fliege jetzt auf sicheren Einschalt-pfoten?

19.25 – 21.45 Uhr ZDF

Fußball

DFB-Pokal: Düsseldorf – FC Bayern.

19.30 – 20.00 Uhr Arte

Sportlegende

1952 gewann der in der Slowakei geborene Langstreckenläufer Emil Zatopek, der dieser Tage seinen 73. Geburtstag feiert, in Helsinki drei Goldmedaillen. Gegen die sowjetische Besetzung der ČSSR leistete das Sportidol Widerstand. Arte-Redakteur Hagen Boßdorf sprach mit Zatopek. Die Sportartikelfirma Adidas nervt zur Zeit im Werbefernsehen mit einem pathetischen Extrakt aus Zatopeks Vita.

20.15 – 21.50 Uhr 3Sat

Jimi Hendrix

Vor 25 Jahren starb der legendäre Gitarrist 27jährig in London. Drei Jahre nach Hendrix' Tod stellten die Regis-



Musiker Hendrix

seure Joe Boyd, John Head und Gary Weis aus Konzertmitschnitten (unter anderem in Woodstock) und Interviews diesen Dokumentarfilm zusammen.

20.25 – 22.10 Uhr DSF

Fußball

Wem das Pokalspiel in Düsseldorf zu langweilig ist: AS Rom – AC Mailand als Aufzeichnung von gestern.

20.40 – 22.40 Uhr Arte

Die glorreichen Sieben

Akira Kurosawas Film „Die sieben Samurai“ war Vorbild für diesen legendären US-Western, den John Sturges 1960

drehte. Sechs der zum Schutz eines mexikanischen Dorfes Angeworbenen beherrschen praktische Kampfestugenden, nur der unerfahrene Chico (Horst Buchholz) bringt lediglich Begeisterung mit. Das waren noch glorreiche Zeiten, da man Deutsche in Hollywood für die Enthusiastenrolle verwendete.

21.00 -21.40 Uhr ARD

Report

Aus Baden-Baden: Schrottreife russische Atom-U-Boote – Zeitbombe für die Umwelt / Eine kleine Stadt im Osten fest in der Hand der alten Seilschaften / Willkür in Jugendämtern – Kinder als Opfer.

21.40 – 22.30 Uhr ARD

Kanzlei Bürger

„Zweite Heimat“-Darstellerin Anke Sevenich wünscht man als Anwältin in dieser Serie, daß sie mehr Biß zeigen darf, die Wandlung zum „Schnüßchen“ mit Schnauze.

23.00 – 23.50 Uhr Sat 1

News & Stories

Günter Gaus befragt Joschka Fischer.

DIENSTAG 19.9.

20.15 – 21.00 Uhr ZDF

Versteckte Kamera

Vierte Staffel der Prominenten-Verlaude mit Fritz Egner. Man hört förmlich die bekannten Fernsehnasen wie im Kinderspiel rufen: „Habt ihr die Kamera auch schön versteckt? Wir kommen.“

22.05 – 22.45 Uhr RTL 2

exclusiv – Die Reportage

Von acht Schönen, die (sich) ausziehen, um auf Ibiza Disco-Queen zu werden und dort dann nur Enttäuschungen erlebten, handelt die Reportage von Janik Winter.

22.30 – 23.45 Uhr Bayern III

Männer von Aran

Robert Flahertys Filme zeigen den Kampf des Menschen mit der Natur. In „Nanuk“ ging es um Eskimos; in dieser auf den irischen Araninseln 1934 gedrehten Geschichte um Fischer. Als die Dokumentation entstand, hatte sich das Leben der rauen



„Männer von Aran“-Szene

Männer bereits verändert. Dennoch ließ Flaherty die Seebären noch einmal mit dem Boot aufs Meer fahren, um sie bei der dramatischen und gefährlichen Haifischjagd zu beobachten.

23.00 – 0.15 Uhr West III

Die Zeit mit Julien

In Agnès Vardas Film (Frankreich 1987) geht es um eine 40jährige Frau (Jane Birkin), die sich in den 15jährigen Schulfreund ihrer Tochter verliebt und sich diese Liebe einen kleinen Ur-

laub lang auf einer einsamen Insel vor der britischen Küste erfüllt. Das Werk ist aber eine Fiktion, eine zarte und scheue Träumerei, denn die Drehorte sind keine üppigen Landschaften, sondern Jane Birkins Haus in Paris und das Haus ihrer Eltern in London; Mutter, Vater, Bruder und ihre beiden jüngeren Töchter spielen sich sozusagen selbst, und die Varda brachte ihren damals 15jährigen Sohn dazu, den kleinen Macho Julien darzustellen. Auftakt zu einer Reihe mit Varda-Filmen auf West III.



„Die Zeit mit Julien“-Darstellerin Birkin

MITTWOCH 20.9.

16.03 – 17.00 Uhr ARD

Fliege

Thema: „Hilfe, ich habe geerbt.“ Kein Problem: Meine Kontonummer lautet . . .

20.15 – 21.44 Uhr ARD

Zaubergirl

Die Münchner Regisseurin Vivian Naefe („Pizza-Express“, „Meine Tochter gehört mir“) fürchtet die Distanz zu ihren Filmfiguren. Viel lieber macht sie sich zu deren Verbündeter, teilt mit der Kamera und vielen Anspielungen auf das große Kino die Lebensträume der meist jungen Protagonisten. Diese Empathie hat bei ihr manchmal den Preis des Sich-Verzetteln, der Abschweifung. Auch dieser Film nach einem Buch von Fred Breinersdorfer braucht Zeit, bis er aus Disco-Geflirre und Szenelärm zum Thema kommt: einer sehr modernen Variante der Professor-Unrat-Tragödie. Ein reifer



„Zaubergirl“-Darsteller Speichert, Knaup, Panse

Mann (Herbert Knaup) verfällt der jungen Schlampe Jenny (Sandra Speichert) und zerstört sein Leben. Naefes Lola ist nicht fesch, sondern frech – ein schlauer Engel. Mit einer Mischung aus Chaotentum und Berechnung entfremdet sie den Disco-Rausschmeißer Horst erst von seiner Tochter (Ulrike Panse), dann von seinem Geschäftspartner. Horst verliert den Job, wenig später seine materielle Existenz. Der

Film hat seine stärksten Szenen, wenn er die Gefühlsverknäulung zwischen Horst und Jenny schildert. Hier trägt das große Einfühlungsvermögen der Regisseurin Früchte: Der Zuschauer verzweifelt mit den in verhängnisvoller Affäre Verketteten, sieht die Katastrophe kommen und weiß keine Lösung. Besonders Knaup in der Rolle des unglücklichen Gate Keeper zieht die Gefühle des Sehers auf sich.

DONNERSTAG 21.9.

20.15 – 20.59 Uhr ARD

Danke, einfach danke

Bitte, bitte: Wir bedanken uns ja nicht, sondern wir schalten ein, wenn Vico Torriani seinen 75. Geburtstag feiert.

20.15 – 21.15 Uhr RTL

April, April

. . . doch es ist kein Scherz, daß Frank Elstner heute und an den nächsten sieben Donnerstagen ebenfalls mit der versteckten Kamera auf Zuschauerfang geht. Vielleicht begegnet er ja Fritz Egner (siehe Dienstag), und dann können beide vor versteckter Kamera

die verlorene Kreativität im Fernsehen suchen.

21.00 – 21.45 Uhr ARD

Kontraste

Themen: Die desolate Situation der sächsischen SPD / Flugunsicherheit durch Privatflieger / Übermüdet auf Deutschlands Straßen – der 24-Stunden-Arbeitstag für Schausteller.

21.15 – 23.20 Uhr RTL

Twins – Zwillinge

Sie gleichen einander weiß Gott nicht wie ein Ei dem anderen, doch sie haben die gleiche Mutter: Julius, der intelligente Sensible (Arnold Schwarzenegger), und Vincent, der rundliche, zu

kurz geratene skrupellose Kleinkriminelle (Danny DeVito). Ivan-Reitman-Komödie (USA 1988).

23.00 – 23.45 Uhr ARD

Sichten und Vernichten

„Ich habe erst begreifen müssen, daß die sogenannte ‚Vernichtung unwerten Lebens‘ keine Erfindung der Nazis ist, sondern schon Jahre vorher von einem Teil der Ärzteschaft proklamiert wurde. Und was noch erschreckender ist: Auch nach Kriegsende, etwa bis 1947, wurde von Ärzten in psychiatrischen Anstalten die Ermordung von zahllosen Insassen fortgetrieben“, erklärt Ernst Klee, Autor dieses Films mit neuem Material aus Archiven in Polen und der ehemaligen DDR.

FREITAG 22.9.

20.15 – 22.00 Uhr ARD

Oscar – Vom Regen in die Traufe

Die USA während der Zeit der Prohibition: Der Mafioso Angelo (Sylvester Stallone) muß seinem sterbenden Vater (Kirk Douglas) versprechen, ein ehrenwerter Mann zu werden. John Landis' Komödie (USA 1991) hielt die *Süddeutsche* für „solide, aber reichlich hausbacken in plüschigem Ambiente mit türschlagender Boulevard-Dramatik“. Ornella Muti ist als herrische Keife zu sehen.



„Oscar“-Darsteller Stallone (M.)

22.10 – 0.45 Uhr Kabel 1

Der Besessene

Das Kinostück ist die Geschichte eines Bankräubers (Marlon Brando), der aus dem Knast entlassen wird und seinen einstigen Freund sucht, der ihn im Stich gelassen hat. Ursprünglich sollte Stanley Kubrick den Western drehen, konnte sich aber nicht mit Brando über die Konzeption der Charaktere einigen. Er schied aus dem Vertrag aus, Brando übernahm die Regie, und der Produzent erlitt einen Reinfall: Brando drehte sechs statt der vorgesehenen zwei Monate (USA 1959).

SAMSTAG 23.9.

20.15 – 22.00 Uhr RTL

Tut er's oder tut er's nicht?

In dieser Show mit Klaus-Peter Grap geht es darum, ob Menschen etwas tun oder nicht, die mit einer versteckten Kamera . . . Wo soll man sich verstecken, um in dieser Woche nicht der versteckten Kamera zu begegnen?

20.15 – 22.40 Uhr RTL 2

Midnight Run – 5 Tage bis Mitternacht

Kopfgeldjäger Jack Walsh (Robert De Niro) hat fünf Tage Zeit, um den entflohenen Mafia-Buchhalter auf dem Landweg von New York nach L.A. zu bringen. Während der Reise werden sie von Mafia-Killern und dem FBI gejagt. An Martin Brests Film (USA 1988) kommt einem manches bekannt vor wie die Gemeinschaft der Gegen-



„Midnight Run“-Szene

sätze, das „odd couple“. Doch De Niro überzeugt.

22.10 – 22.40 Uhr ARD

Jonas' Check-up

Der Kabarettist Bruno Jonas ist in dieser satirischen Reihe – vier weitere sind jeweils samstags geplant – als Sicherheitsbeamter auf dem Bremer Flughafen zu sehen. An seiner Seite: Kabarettkollege Jochen Busse.

22.40 – 0.45 Uhr RTL 2

The Bronx

Daniel Petries Thriller (USA 1981) dreht sich um den Konflikt zwischen Kollegialität und Recht. Ein Streifenpolizist stößt einen unbeteiligten Augenzeugen vom Dach. Sein Kollege (Paul Newman) beobachtet die Tat. Soll er den Täter anzeigen? Am eindrucksvollsten fand die FAZ jene Szenen, in denen lakonisch die Brutalität des kriminellen Alltags gezeigt wird.

23.00 – 24.00 Uhr RTL

RTL Samstag Nacht

13 neue Folgen der herrlichen Nonsense-Show mit Wigald Boning, Olli Dittrich, Mirco Nontschew, Esther Schweins, Stefan Jürgens und Tanja Schumann. Längst fällig: Eine Parodie auf das unsägliche RTL-Magazin „Explosiv“ unter dem Titel „Explodiert“.

SONNTAG 24.9.

14.55 – 16.05 Uhr RTL 2

Bravo-Girl!

Viva-Göhrli Heike Makatsch in der Krefelder Edel-Disko Königsburg. Aus je zehn von *Bravo*-Lesern nominierten Jungen und Mädchen wählen



Moderatorin Makatsch

2000 Youngster die Schönsten. Der alte Paris hatte es schwerer, weil Aphrodite bekanntlich keine *Bravo* las.

20.15 – 22.10 Uhr RTL

Kein Pardon

Peter Schlönzke (Hape Kerkeling), im Käseschnitten-Service seiner Mutter (Elisabeth Volkmann) fest eingespannt, träumt von einer TV-Karriere. Sein Idol ist ein bembelnder und babbelnder Moderator namens Wäscher (Heinz Schenk). Beim Talentwettbewerb kommt es zur Katastrophe, als Schlönzke mit Karel-Gott-Stimme „Biene Maja“ singt. Kerkelings Regieдебüt von 1993 – Witzschkeit in ihrer schlimmsten Form. Total brutal.

20.15 – 21.44 Uhr ARD

Der Mörder und sein Kind

Ulrich Tukur in einer eindrucksvollen Rolle als Serienmörder (siehe Seite 219).

DIENSTAG

23.00 – 23.30 Uhr Sat 1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Der Fall Graf

Vater Graf sitzt wegen der Steueraffäre in U-Haft. Die Tenniswelt sah die Karrie-



Graf bei den U.S. Open

re Steffis gefährdet. Doch sie gewann die U.S. Open. Jetzt will sie sich selbst um ihre Geschäfte kümmern. SPIEGEL TV REPORTAGE rekonstruiert die Karriere Steffi Grafs und das System des Millionenspiels.

MITTWOCH

22.05 – 22.55 Uhr Vox

SPIEGEL TV THEMA

Liebesterror

Der Tagesschau-Beau Jens Riewa wird von einer Verehrerin tyrannisiert, Schauspieler Helmut Fischer erhält von seinen Fans Aktaufnahmen. Über den Liebesterror sprechen Täter und Opfer.

FREITAG

21.55 – 22.35 Uhr Vox

SPIEGEL TV INTERVIEW

Klaus Lemke

Klaus Lemke prägte die Münchner Filmszene der siebziger Jahre. SPIEGEL TV INTERVIEW sprach mit dem Regisseur unter anderem über seinen neuen Film „Das Flittchen und der Totengräber“.

SAMSTAG

21.55 – 23.45 Uhr Vox

SPIEGEL TV SPECIAL

Sarajevo

Zweiter Teil der Dokumentation über den alltäglichen Ausnahmezustand in der bosnischen Hauptstadt.

SONNTAG

22.10 – 22.50 Uhr RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Vom Witwenröster zum Millionen-Jongleur – Zahltag bei Jürgen Harksen / Schuld und Sühne auf hoher See – der Simpson-Prozeß als Kreuzfahrt-Spaß / Die Geschäfte der Embryonen-Dealer.

Aus der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung*: „Unfallversicherung: Schickt ein Ehemann seiner Frau in deren Betrieb, wo sie auch für das Öffnen der Postzustellungen zuständig ist, eine Briefbombe, um deren Lebensversicherung kassieren zu können, kommt es aber nur zu (wenn auch schweren) Verletzungen der Frau, so ist dies zwar auf ein ‚innereheliches Verhalten‘ zurückzuführen, dennoch aber von der Berufsgenossenschaft als Arbeitsunfall zu entschädigen (Bayerisches Landessozialgericht, L 16 Kr 132/94).“

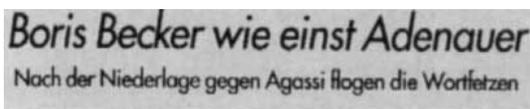
Bitte beachten Sie:

Obwohl wir hier die Funktion PC-Fernbedienung beschreiben, übernehmen wir keine Gewähr dafür, daß sie auch funktioniert. Sie wurde bisher nicht getestet.

Aus einer Bedienungsanleitung der Hamburger Firma Dr. Neuhaus

Marliese Dobberthien, Hamburger Bundestagsabgeordnete, anlässlich der Pekinger Weltfrauenkonferenz in der *Tageszeitung*: „Besonders fielen die Frauen aus Schwarzafrika auf, denen gegenüber die Europäerinnen fast verblaßten.“

Aus der *Frankfurter Allgemeinen*: „Das Kreuz ist weder Ärgernis noch Torheit, sondern ein abendländisches Kultursymbol, so ähnlich wie Tennisschläger oder Mundharmonika.“



Aus dem *Tagesspiegel*

Peter Glotz über das neue Buch von Milan Kundera „Die Langsamkeit“ in der Hamburger Wochenzeitung *Die Woche*: „Beim Schwadronieren über das Loch im Hintern einer Dame kann man leicht abstürzen.“

**Immobilien – die einzige Währung,
die heute mehr wert ist als morgen**



Aus der *Plauener Freien Presse*

Der SPIEGEL berichtete . . .

. . . in Nr. 35/1995 FLUGHÄFEN – IN DEN SCHRITT über die „Fummelei“ des Sicherheitspersonals auf deutschen Flughäfen. Viele Passagiere fühlen sich durch die Handarbeit belästigt.

Am größten deutschen Flughafen in Frankfurt am Main erproben Experten jetzt ein neues elektronisches Kontrollsystem, das Schußwaffen, Messer und andere Metallgegenstände beim Passieren eines speziellen Türrahmens aufspürt. Löst das Gerät Alarm aus, wird der Reisende – wie bisher – von Hand durchsucht. Verläuft der Test erfolgreich, entscheidet das Bundesinnenministerium, ob die „Torsonden“ den Sicherheitsanforderungen genügen und flächendeckend eingeführt werden. Das Ministerium hatte bislang die Zulassung von den amerikanischen Flughäfen üblichen Geräten – wegen der mangelnden Zuverlässigkeit verweigert.

. . . in Nr. 25/1994 REPUBLIKANER – FRASS FÜR DIE WÖLFE über den geplanten Sturz des Republikaner-Vorsitzenden Franz Schönhuber.

In seinem Buch „In Acht und Bann“ schreibt Schönhuber über die Vorgeschichte seiner Absetzung durch den Rep-Bundesvorstand, der für die Republikaner „zuständige SPIEGEL-Korrespondent“ sei „glänzend informiert“ gewesen. Die „Zuträger“ des SPIEGEL hätten „auch in der Parteispitze“ gesessen. „Ins Uferlose“ sei die Partei gefallen, „als der interne Streit von meinen ‚Parteifreunden‘ publik gemacht und öffentlich ausgeschlachtet wurde.“

. . . in Nr. 12/1995 UMWELT – NICHT AUFGEFUNDEN über gefährliche Dioxinbelastungen in Duisburg.

Mehrmals verbreitete der frühere nordrhein-westfälische Umweltminister Klaus Matthiesen, inzwischen SPD-Fraktionsvorsitzender, Gegendarstellungen mit der Behauptung, damit müsse der SPIEGEL seine „Falschdarstellungen“ berichtigen. Matthiesen war zu voreilig: Das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg entschied nach mündlicher Verhandlung, daß der Ex-Minister keinen Anspruch auf Abdruck der Gegendarstellung hat, da sie „offensichtlich unrichtig und irreführend“ ist. Damit ist auch die Darstellung des SPIEGEL bestätigt, daß Matthiesen dem Parlament bei einer Auskunft über Dioxinuntersuchungen die Unwahrheit gesagt hat.